

politicum

**Josef Krainer Haus
Schriften**

**"Hat Österreich seine
Vergangenheit bewältigt?"**

5

a.o. Univ.-Prof. Dr. Alfred
ABLEITINGER
Institut für Geschichte an der Uni-
versität Graz

Präsident Dr. Fritz BOCK
Vizekanzler außer Dienst

a.o. Univ.-Prof. Dr. Gerhard BOTZ
Institut für Neuere Geschichte und
Zeitgeschichte an der Universität
Linz

o. Univ.-Prof. Dr. Karl Dietrich
BRACHER
Institut für Politische Wissenschaft
und Zeitgeschichte an der Universität
Bonn

Dr. Joseph Franz DESPUT
Mitglied des Instituts für Öster-
reichische Geschichtsforschung,
Archivrat Graz

o. Univ.-Prof. Dr. Konrad
GINTHER
Institut für Völkerrecht und interna-
tionale Beziehungen an der Universi-
tät Graz

Prof. Kurt JUNGWIRTH
Landesrat

o. Univ.-Prof. Dr. Norbert LESER
Institut für Philosophie an der Uni-
versität Wien

a.o. Univ.-Prof. Dr. Maximilian
LIEBMANN
Institut für Kirchengeschichte an der
Universität Graz

o. Univ.-Prof. Dr. Wolfgang
MANTL
Institut für Öffentliches Recht an der
Universität Graz

Dr. Ludwig STEINER
a. o. u. bev. Botschafter; Außen-
politischer Sprecher der ÖVP

Univ.-Ass. DDr. Dieter STIEFEL
Institut für Wirtschafts- und Sozial-
geschichte an der Wirtschaftsuni-
versität Wien

o. Univ.-Prof. Dr. Manfred
WELAN
Institut für Rechtswissenschaft an
der Universität für Bodenkultur
Wien; Vorsitzender der Österreichi-
schen Rektorenkonferenz

Dr. Franz Ferdinand WOLF
Chefredakteur, ORF Wien

Joseph Franz Desput
Österreichs bewältigte Vergangenheit?
Geschichtsbewußtsein und
Erste Republik

Alfred Ableitinger
Der „Deutschlandkomplex“
der Österreicher
in der Ersten Republik

Dieter Stiefel
Vom Inflationsschock zum Arbeits-
losenschock — Die wirtschaftliche
Situation in der Zwischenkriegszeit

Maximilian Liebmann
Die Kirche in Österreich,
ihr Verhältnis zum Ständestaat,
zur NS-Bewegung und ihre Rolle
in der Anschlusszeit

Gerhard Botz
Der österreichische
Nationalsozialismus

Norbert Leser
Die Rolle der Sozialdemokratie
in der Ersten Republik

Manfried Welan
Die Verfassungsentwicklung
in der Ersten Republik

Karl Dietrich Bracher
„Austrofaschismus“ und die Krise
der Demokratien

Fritz Bock
Von Berchtesgaden bis Linz —
Österreichs Untergang
als Augenzeuge erlebt

Diskussionssplitter

Ludwig Steiner
Ein Bekenntnis zur
immerwährenden Neutralität

Konrad Ginter
Österreichs Souveränität und
Neutralität in der internationalen
Politik

EX LIBRIS

LITERARICUM

Josef-Krainer-Haus-Schriften

Bisher sind erschienen:

Heft 1 „Politische Bildung“
(vergriffen)

Heft 2 „Kommunalpolitik“

Heft 3 „Modell Steiermark in
Diskussion“

Heft 4 „Arbeit“

In Arbeit ist:
Heft 6 „Kommunikation und
Politik“ (Jänner 1981)

Herausgeber: Herwig Hösele, Ludwig
Kapfer, Dr. Manfred Prisching

Eigentümer und Verleger: ÖVP Steier-
mark, für den Inhalt verantwortlich:
Ludwig Kapfer, alle 8045 Graz,
Pfeifferhofweg 28

Grafische Gestaltung: Georg Schmid

Druck: Styria, Graz, Schönaugasse 64

Bestellungen an Josef-Krainer-Haus,
Pfeifferhofweg 28, 8045 Graz

5

„politicum“ versteht sich als Zeit-
schrift, die die offene Diskussion
pflegt. Namentlich gezeichnete Beiträ-
ge müssen daher nicht mit dem
offiziellen Standpunkt der steirischen
Volkspartei oder mit der Meinung der
Herausgeber übereinstimmen. Sie ge-
ben die Auffassung des Autors wieder.
Unverlangte Manuskripte werden
gerne entgegengenommen, denn „po-
liticum“ lebt von der vielseitigen
Diskussion und lädt dazu ein. Wir
können für solche Manuskripte, die
etwa 3 bis 10 Maschinschreibseiten
Länge aufweisen sollen, und ihre
Rücksendung allerdings keine Ge-
währ übernehmen.

„Es ist freilich nicht zu übersehen“ – mit diesem Zitat begann Landesrat Kurt Jungwirth seine einleitenden Worte zu der Tagung „Hat Österreich seine Vergangenheit bewältigt?“ – „es ist freilich nicht zu übersehen, daß die ÖVP durch ihren Rückhalt in den mittelständischen Schichten, von heute aus gesehen in den alten mittelständischen Schichten, einen kleinbürgerlichen Zuschnitt erhielt, der vor allem ihr geistiges Profil prägen sollte. Ihre Distanz zu den Intellektuellen, ihr offensichtliches Manko an Kontakten zu neueren Strömungen in der Kunst, ja, ihr mangelnder Kontakt zur Kunst überhaupt, ihr Desinteresse an politischer Literatur und ihre fast totale Unproduktivität auf diesem Gebiet, der geistige Habitus ihrer Presse, der Mangel an weitsichtiger politischer Planung oder das Leben von der Hand in den Mund, der geradezu provokante Mangel an Diskussionsfreudigkeit innerhalb der Parteiorganisation, das Übersehen der verschiedenen Entwicklungen in den Gesellschafts- und Naturwissenschaften sowie die Ferne zur Wissenschaft an sich, schließlich das Vertrauen auf Instinkt und Begabung, nicht auf rationale Methoden des politischen Handelns, sowie die Unterentwicklung ihres Bildungswesens und nicht zuletzt der Umstand, daß ihre Spitzenfunktionäre mangels entsprechenden Interesses den parteieigenen Verlag buchstäblich verrotten ließen, in all dem hat jener kleinbürgerliche Zuschnitt seinen Niederschlag gefunden, der schon aus der gesellschaftlichen Orientierung resultiert.“ Es sei kein gehässiger Juso oder ein anderer politischer Gegner, der diese Sätze geschrieben habe, so fuhr Jungwirth fort. Sie stammen vielmehr von einem Nestor der christlichsozialen Bewegung, einem steirischen Publizisten, 1911 geboren: Ludwig Reichhold, der diese Sätze in seinem Buch „Die Chance der ÖVP“ unter dem Eindruck der Niederlage von 1970 verfaßte.

Jungwirth berichtete anschließend darüber, was sich im letzten Jahrzehnt in der Steiermark diesbezüglich geändert habe: Von den ersten Seminaren, Kursen, Schulungstagen in einem Gasthaus in Mautern, in einem adaptierten Gebäude in Andritz und schließlich im ausgebauten Josef-Kraimer-Haus. „Es ist ein Haus“ – so betonte er – „das sich als eine politische Werkstätte versteht, als eine geistige Werkstätte. In diesem Haus wird einerseits Schulung gemacht, also Anerkanntes,

Bekanntes weitergegeben, auf der anderen Seite muß aber auch das Nichtbewährte, das Nichtbekannte oder Nichtanerkannte versucht werden. Und das ist der Sinn einer Tagung wie der heutigen.“

Die Referate, die auf dieser Tagung vom 14. bis 16. März 1980 gehalten wurden, sind im vorliegenden „politicum“ gesammelt. Sie stellen einen Beitrag zur österreichischen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte dar, oder genauer: einen Beitrag zur Selbstreflexion der politischen Kräfte in Österreich. Es sind die bekannten, oftmals benannten und letztlich nur teilweise beantwortbaren Fragen: Wie war es möglich? Welche Fehler wurden gemacht? Wie können sie vermieden werden?

Eine solche Auseinandersetzung ist nicht nur mühsam, sondern sicher auch unangenehm – schon deswegen, weil eine genauere Analyse sich nicht in ein bequemes „Alle tragen Schuld“ oder „Zusammenarbeit ist wichtig“ retten sollte; unangenehm ohne Zweifel auch für die Nachfahren einer christlichsozialen Partei als für jene einer sozialdemokratischen Bewegung. Dennoch ist die Auseinandersetzung mit der unmittelbaren Vergangenheit unabdingbar. „Hier liegt in Österreich“ – wie Jungwirth sehr deutlich feststellte – „noch vieles im argen, weil unsere Scheu stark ist, über Dinge zu sprechen, die unangenehm sein könnten.“ Um zu verhindern, daß große, überflüssige Emotionen aufgebaut werden, daß Demokratie in Gefahr gerät, in Diktatur umzukippen, gelte es, „mit unseren Konflikten aus der Vergangenheit zu leben und nicht nur damit zu leben: Wir müssen über sie sprechen“. Eine derartige Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit, die nicht wie ein Mantel abgelegt werden könne, sei aber auch für eine politische Partei wichtig, sei Bestandteil einer notwendigen politischen Bildung, die nicht „etwas für Wirrgeister“ oder „etwas Ultralinken“ sei, sondern „Voraussetzung dafür, daß Demokratie sein kann“.

Die Tagung sollte jene in Österreich besonders ausgeprägte Tendenz zur Verdrängung überwinden helfen.

Die Aufarbeitung der österreichischen Variante des Nationalsozialismus nehmen Karl Dietrich Bracher und Gerhard Botz vor; Manfred Welan befaßt sich mit den verfassungsgesetzlichen, Dieter Stiefel mit den wirtschaftlichen Problemen der Zwischenkriegszeit; Maximilian Liebmann skizziert die Rolle der Kirche, Norbert Leser jene der Parteien; Alfred Ableitinger analy-

siert den Deutschlandkomplex der österreichischen Parteien; Joseph Franz Desput gibt einen umfassenden Einblick in das Tagungsthema. Fritz Bock schildert seine Sicht der Dinge als Augenzeuge; und Ludwig Steiner und Konrad Ginther stellen den Bezug zur politischen Gegenwart her.

Nicht nur den Referenten, sondern vor allem auch dem Organisator der Tagung, Dr. Desput, ist zu danken. Dieses Heft – es sei noch vermerkt – ist natürlich weit über den geplanten Umfang hinausgewachsen; wir haben uns – ob der Bedeutung des Themas – dennoch zur Herausgabe entschlossen – auch wenn es uns finanziell erheblich belastet.

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor ... zu sein – und ... zu sein ...

ÖSTERREICH BEWÄLTIGTE VERGANGENHEIT? GESCHICHTSBEWUSSTSEIN UND ERSTE REPUBLIK

Hat Österreich seine Vergangenheit bewältigt? Das Erbe der Ersten Republik – eine Last für die Parteien von heute?

Ein provokanter Titel, werden viele auf den ersten Blick meinen, aber ist der Titel an sich wirklich so provokant oder nur deswegen, weil man einerseits an diese Zeit am liebsten nicht erinnert werden möchte, weil sich andererseits politisches Taktieren mit ihr viel leichter durchführen läßt, wenn die Taktik nicht durchschaut werden kann?

I

Es scheint in der Politik die Tendenz zu bestehen – wie Professor Mantl in seinem am letzten Samstag gehaltenen Referat zur Demokratieform hier von dieser Stelle aus ausführte –, sich einer **Problemvermeidungs-choreographie** zu bedienen, was nichts anderes heißt, als durch Scheinprobleme und Historisierungen von den tatsächlichen Problemen abzulenken, weil man sich der emotional bedingten Reaktion der Wähler auf diesen Gebieten sicher weiß, diese also im Griff zu haben glaubt. Es ist daher ein Gebot der politischen Vernunft, um die Funktion der demokratischen Einrichtungen zu wissen, sie durch eigenes, persönliches Engagement mit Leben zu erfüllen und so der Manipulation immer stärkeren Widerstand zu bieten. Das gilt ebenso für den Historiker wie für jeden anderen.

Versuch einer Standortbestimmung also, Standortbestimmung als kontrollierte Selbstbeobachtung eigenen Verhaltens beim Thema 1. Republik, im aktiven Gespräch, als passiv Berieselter der Medien, bei politischen Reden, wo immer Sie wollen. Gleichzeitig und unmittelbar damit verbunden die Beobachtung, wie in der öffentlichen Meinung Tagespolitik mit Bezügen auf die 1. Republik aufbereitet oder von ihr abgelenkt wird.

Soviel als Überleitung zur Schlußdiskussion, in der wir alle den Versuch einer Klarstellung unternehmen werden, inwieweit dieses Erbe der 1. Republik aufgearbeitet oder wieviel politischer Sprengstoff damit heute noch verbunden ist.

Meine Damen und Herren! Sie

werden sich vielleicht fragen, warum gerade so ein Einleitungsreferat? Die Antwort kann nur lauten: Eben deshalb, weil dieser Zeitabschnitt noch so lebendig vor uns steht, die Gemüter nach wie vor erregt – daher auch das große Interesse an dieser Zeit weit über die Historiker hinaus –, daß neben der Aufbereitung und Aufarbeitung durch die historische Forschung **diese Zeit ihr Eigenleben** führt, in der öffentlichen Meinung genauso wie im Bewußtsein jedes einzelnen, der sie noch unmittelbar erlebt hat. Selbst die nur mittelbar betroffenen Jüngeren unter uns sind durch ihr Elternhaus, also durch ihre unmittelbare Umgebung, oftmals ebenso hautnah mit den Problemen dieser Zeit – aus welchen Blickwinkeln heraus auch immer – konfrontiert worden. Und das vielerorts betretene Schweigen im Elternhaus über diese Zeit wurde für die Heranwachsenden, kritisch zu denken Beginnenden ein beredtes Schweigen.

Daher erschien mir das Anreizen dieser Problematik gerade als Einführung durchaus gerechtfertigt. Denn ein reines Fachseminar für Insider lag nicht in der Absicht der Veranstalter, die sich, der Brisanz des Themas durchaus bewußt, trotzdem daranwagten.

Man wird am Ende der Tagung vielleicht besser abschätzen und abwägen können, wie weit diese beiden Gesichter ein und derselben Zeit – das der Forschung und das der öffentlichen Meinung – ihr Eigenleben nebeneinander herleben, wie weit sie sich bereits ergänzen oder überschneiden, oder ob sich wie eine geöffnete Schere voneinander entfernen.

Kurz gesagt: Sind wir bereits so weit, diese Zeit zu entmotionalisieren, daß um Objektivität bemühte Forschung alle Bereiche durchdringen kann?

Woraus sich die zweite Frage ergibt: Wie steht's mit dieser Forschung? Ist sie überhaupt heute schon imstande, ein objektives Bild zu erstellen und dieses auch zu vermitteln?

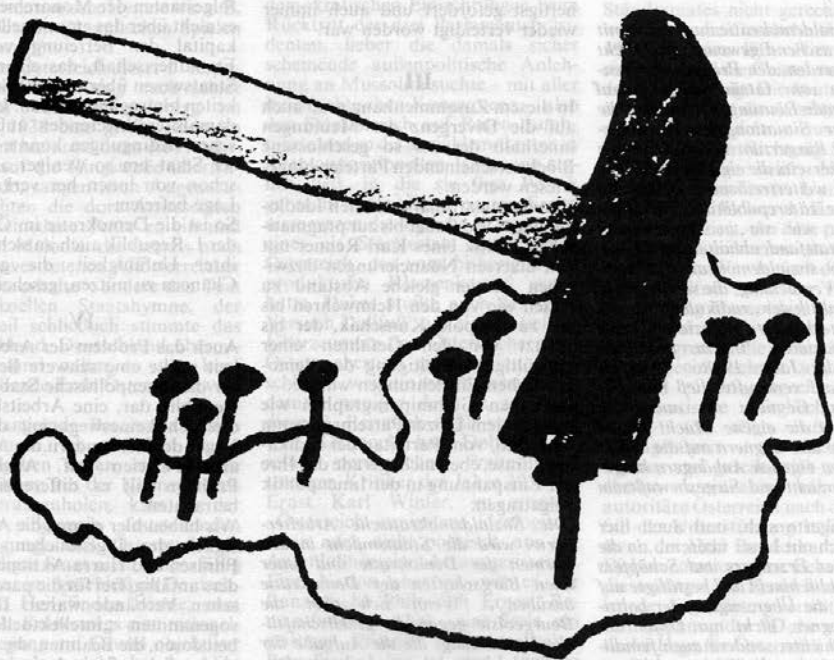
Gibt es also noch zwei oder gar drei oder noch mehrere österreichische Vergangenheiten oder nur eine – wie viele sind es wirklich?

Gehen wir noch einmal gemeinsam zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen zurück! Wie weit hat also diese Zeit in der heutigen politischen Auseinandersetzung etwas zu suchen? Denn auf sie wird oft und oft Bezug genommen – und das ist wiederum unser aktueller Bezug für diese Auseinandersetzung mit der 1. Republik. Verbunden mit der Frage, wie mit dieser Zeit politisch umgegangen wird, woraus sich wiederum schließen läßt, wie diese Zeit ins Geschichtsbewußtsein der Politiker eingedrungen ist, und wie sie glauben, wie die Bevölkerung diese Zeit bereits bewältigt hat, oder, einfacher ausgedrückt: inwieweit der Österreicher dieser Zeit kritisch oder unkritisch, distanziert oder uninteressiert, emotionell aufladbar oder nicht gegenübersteht... Auf gut deutsch, wie weit Herr und Frau Österreicher mit eingestreuten Behauptungen über diese Zeit heute noch manipulierbar sind. Denn manipuliert kann nur dort werden, wo man sich manipulieren läßt, sicher oft nur aus Gründen der Unkenntnis über die Vorgänge und Hintergründe jener für Österreich nicht gerade leichten Vergangenheitsperiode.

Ich bitte Sie daher sehr herzlich, mit mir gemeinsam in dieses Thema hineinzuspringen, sozusagen die Aufwärmphase dieses Seminars mitzumachen.

Es kommt ja im Leben des einzelnen wie im kollektiven Prozeß der Geschichte letzten Endes darauf an, wie die objektiven Realitäten subjektiv erlebt und erarbeitet werden. Man muß eben – ob man will oder nicht, ob mit Bedauern oder mit Genugtuung, zur Kenntnis nehmen, daß über gewisse Ereignisse konträre Anschauungen bestehen.

Auch in der Forschung ist es leider oft nicht anders. Die subjektive Erfassung der objektiven Realitäten dieser Zeit, belastet durch den politischen Auftrag, die „eigene Vergangenheit“ im Sinne des einen der damaligen „politischen Lager“ aufzuarbeiten, führt zur Aufarbeitung von objektiven Teilspekten dieser Zeit, die subjektiv als die Geschichte der 1. Republik „verkauft“ werden.



II

Schon Norbert Leser hat darauf hingewiesen („Zwischen Reformismus und Bolschewismus“), daß in dieser Wertung der historischen Ereignisse der grundlegende Gegensatz, der die Erste Republik von ihren Anfängen her durchzog, deutlich zum Vorschein komme: für die Massen des österreichischen Bürgertums, die sich vor allem in der Christlichsozialen Partei sammelten, war der Zerfall des alten Österreich eine psychologische und soziale Katastrophe, die man beklagte und betrauerte. Viele neigten dazu, das alte Österreich zu idealisieren und in nostalgischer Sehnsucht nach seiner verlorengegangenen Größe an der Realität des neuen Staates vorbeizuleben, bestärkt durch die Agitation der Sozialdemokratie; die zwar eine diametral entgegengesetzte Lesart der Ereignisse und des Staates produzierte, nichtsdestoweniger aber die Interpretation ihres politischen Gegners in verhängnisvoller Weise ergänzte (Symposium in Mogensdorf, Juli 1979):

„Die Sozialdemokratie mußte, um mit der überraschend gewonnenen Macht fertigzuwerden, den Ereignissen ebenfalls eine vom **tatsächlichen Ablauf abweichende Deutung geben**. Vor die schwierige Situation gestellt, einerseits das Bürgertum einzuschüchtern und andererseits die eigenen Anhänger von einer weitertreibenden Politik im Sinne der räterepublikanischen Entwicklung, wie sie in Bayern und Ungarn stattgefunden, abhalten zu müssen, erlag die sozialdemokratische Führung der Versuchung, die schon bisher geübte Taktik der „radikalen Phrase“ auch weiterhin zu strapazieren, ja zu überstrapazieren. Indem man die Erfolge der Jahre 1918 – 1920 als „Revolution“ verkaufte, ließ man sowohl den Gegnern als auch den Anhängern die eigene Macht fühlen und flößte den Gegnern auf die Weise Angst, den eigenen Anhängern hingegen Zuversicht und Siegesbewußtsein ein.“

Man steigerte sich, und auch hier stimme ich mit Leser überein, „in die Rolle eines Erzeugers und Schöpfers der Republik hinein und bestätigte auf diese Art die Überzeugung der politischen Gegner, nicht nur Opfer der Weltgeschichte, sondern auch feindlicher politischer Kräfte geworden zu sein“.

So fühlte sich zum Teil das CS-Lager durch die sozialdemokratische Propaganda, die zum Schaden den Spott zu fügen schien, verhöhnt, gleichzeitig aber auch in seiner Selbsteinschätzung bestätigt. Wobei man übersah, daß die Sozialdemokratie trotz, ja gerade unter dem Schutz ihrer revolutionären Phrase 1919 weiterge-

hende kommunistische Tendenzen abgeblockt hatte.

Aber auch die Sozialdemokratie verkannte die langfristigen Auswirkungen ihrer kurzfristig erfolgreichen Strategie und Taktik: „... hatte die Politik der radikalen Phrase die erwünschte Wirkung getan, die Gegner einzuschüchtern und die eigenen Anhänger mit Zuversicht zu erfüllen, so verbarg sich in ihr auch die Gefahr, die Gegner zusammenzuschweißen und die Parteidänger mit einem Siegesbewußtsein zu erfüllen, das – vor allem nach dem Gang in die Opposition 1920 – keine Deckung in den realen Machtverhältnissen mehr hatte.“ Diese Gefahr wurde nach dem 15. Juli 1927, als es auf Grund des Freispruches nach den Vorfällen im burgenländischen Ort Schattendorf zu Demonstrationen in Wien kam, die in bürgerkriegsähnlichen Zuständen kulminierten, aktualisiert.

Dieses Urteil fällt, und wäre es nicht so tragisch, müßte man von einer Ironie der Geschichte sprechen, ein Geschworenengericht, eine Institution, die gerade von der SD-Partei heftigst gefordert und auch immer wieder verteidigt worden war.

III

In diesem Zusammenhang muß auch auf die Divergenz der Meinungen innerhalb der als so geschlossene Blöcke erscheinenden Parteien hingewiesen werden.

Von der austromarxistischen Ideologie eines Otto Bauer bis zur pragmatischen Politik eines Karl Renner mit den diversen Nuancierungen dazwischen ist der gleiche Abstand zu setzen wie von den Heimwehren bis hin zu Leopold Kunschak, der bis zuletzt vor den Gefahren einer endgültigen Beseitigung der demokratischen Einrichtungen warnte.

So haben Gummiparagrafen wie der aus dem Linzer Parteiprogramm von 1926, vom Parteitag der radikalen Phrase, eben nicht gerade das Ihre zur Entspannung in der Innenpolitik beigetragen:

„Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei wird die Staatsmacht in den Formen der Demokratie und unter allen Bürgerschaften der Demokratie ausüben... Wenn sich aber die Bourgeoisie gegen die gesellschaftliche Umwälzung, die die Aufgabe der Arbeiterklasse sein wird, durch planmäßige Unterbindung des Wirtschaftslebens, durch gewaltsame Auflehnung, durch Verschwörung mit ausländischen, gegenrevolutionären Mächten widersetzen sollte, dann wäre die Arbeiterklasse gezwungen, den Widerstand der Bourgeoisie mit den Mitteln der Diktatur zu brechen.“ Es stellt sich hier die grundsätzliche Frage nach der politischen Verant-

wortung, die man als Parteitheoretiker bei der Formulierung von politischen Zielvorstellungen hat. Der Argumentation, daß diese Thesen bereits 1926 nur zur Abschreckung für die anderen Parteien, ihrerseits in ihrer Radikalisierung nicht fortzuführen, gedient haben, kann man sich nur bedingt anschließen. Als Historiker hat man sich eben an jene Programme zu halten, die formuliert sind – und nicht an jene, die man sich nur gedacht hat. Ob sie durchgeführt werden oder nicht, steht auf einem anderen Blatt – jenem der jeweiligen tagespolitischen Realität. Keine Partei formuliert ihre politischen Ziele, nur um Leute zu erschrecken und dann sagen zu können: seht, so radikal sind wir gar nicht. Das scheint mir Argumentation aus der politischen Krabbelstube.

So war die I. Republik also schon von ihren Ursprüngen her durch unzählige Mißverständnisse belastet: Es fehlte jenes Minimum an Konsens und Stabilität, ohne die ein Gemeinwesen zu bestehen außerstande ist. Anders als die nichtdeutschen Nachfolgestaaten der Monarchie verfügte es nicht über das emotionelle Grundkapital der Befreiung von einer Fremdherrschaft, das einem jungen Staatswesen über manche Schwierigkeiten hinweghelfen kann. Unter den damals erschwerenden außenpolitischen Bedingungen konnte sich dieser Staat um so weniger aus seiner schon von innen her verkrampten Lage befreien.

So ist die Demokratie im Österreich der I. Republik auch an sich selbst in ihrer Unfähigkeit, die gebotenen Chancen zu nützen, gescheitert.

IV

Auch das Problem der Arbeitslosigkeit stellte eine schwere Bedrohung für die innenpolitische Stabilität der Republik dar, eine Arbeitslosigkeit, die sich keineswegs mit dem SD-Lager deckte, sondern die Anhänger aller Parteien traf. Auch dieses Problem gilt es differenzierter zu betrachten.

Wir haben hier einmal die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen, die, für Phrasen und Hurra-Aktionen besonders anfällig, frei für die paramilitärischen Verbände waren. Dann die sogenannten „intellektuellen“ Arbeitslosen, die Beamten, die ebenfalls zu intellektuell-ideologischen Radikalismen neigten – der geistige Nährboden für die NSDAP. Faschismus also als Extremismus, als Diktatur des Mittelstandes? Und schließlich noch die Arbeiter, deren Großteil die radikalen Thesen wörtlich nahm als die Parteilung, die im Februar 1934 unter Zugzwang geriet, als die Basis handelte.

Meist wird für die Arbeitslosigkeit,

die damals ganz Europa erfaßte, die Hartwährungspolitik der Regierung verantwortlich gemacht, wobei man bewußt oder unbewußt außer acht läßt, daß einerseits die Sanierungshilfen des Völkerbundes dies forderten, andererseits die Arbeitsbeschaffung im Hitler-Deutschland zum größten Teil durch kriegswirtschaftliche Projekte ermöglicht wurde, denen sich Österreich wohl schwerlich anschließen konnte. Auch Otto Bauer bot keine Alternative zu der bestehenden Wirtschaftspolitik, die diese den „Fachleuten“ überlassen zu können glaubte, an und hat erst 1932 unter dem Druck der Gewerkschaften für eine Arbeitsbeschaffungspolitik plädiert.

Ebenso typisch für die Situation der I. Republik ist die trennende Wirkung sogar von Staatssymbolen, die sonst überall als einigender Faktor empfunden werden.

Wer schwelgt heute nicht im Hochgefühl des Österreichertums, auch wenn er sich sonst nicht viel darunter vorstellt – es sei hier nur an die Fitmärsche am Nationalfeiertag erinnert –, wenn unsere Hymne wie z. B. bei den letzten Olympischen Spielen gespielt wird?

Anders im Österreich dieser I. Republik. Als Schuschnigg nach seiner Rückkehr vom Obersalzberg im Februar 1938 eine große Rede im Parlament hielt und dazu die Haydn-Hymne auf die Ringstraße übertragen wurde, sangen nach Augenzeugenberichten die dort Anwesenden drei verschiedene Texte zu ein und derselben Melodie: die damals noch zahlreich vertretenen Altösterreicher das „Gott erhalte“, andere den Text der offiziellen Staatshymne, der dritte Teil schließlich stimmte das „Deutschland, Deutschland über alles“ an und nahm so das kurz bevorstehende Ende Österreichs vorweg.

Diese mangelnde Bereitschaft, sich der Chancen, die mit dem neuen Staat gegeben waren, zu bedienen und das beste aus der Kleinstaatsexistenz herauszuholen, kam in der ziemlich allgemein feststehenden Überzeugung, daß Österreich als selbständiger Staat nicht lebensfähig sei und nur im Anschluß an Deutschland sein Heil finden könne, zum Ausdruck. Keineswegs eine rationelle Überlegung auf Grund objektiver Fakten, sondern wohl eher das Alibi dafür, sich nicht mit den ungewohnten Schwierigkeiten eines Kleinstaates auseinanderzusetzen zu müssen.

Dabei hatten es die in Opposition stehenden Sozialdemokraten einfacher. Sie mußten, weil eben nicht in der Regierung, die harte Sanierungspolitik politisch nicht mittragen, nicht mitverantworten, konnten, weil an diesem Staat sowieso nicht

interessiert, ohne Hemmungen dagegenstimmten und sich darauf konzentrierten, die negativen Auswirkungen dieser Sanierungspolitik parteipolitisch auszunützen. Man kann sich manchmal des Eindrucks nicht erwehren, als wollte man förmlich den Wahrheitsbeweis für die Nichtlebensfähigkeit dieses Österreich unter christlichsozialer Führung exekutieren. Ich nenne hier nur als Beispiel die Ablehnung der Genfer und Lausanner Anleihe.

Während also für die CS, wenn auch von außen erzwungen, der Staat trotz aller damit innenpolitisch gebrachten Opfer oder gerade wegen dieser zureichend eine Realität wurde, mit der man doch leben konnte, mußte für die anderen erst Hitler in Deutschland an die Macht kommen, um aus den Anschlußräumen aufzuwachen. Für die innenpolitische Konsequenz auf diese außenpolitische Realität war es aber bereits zu spät. Das Mißtrauen zwischen den Parteien war so groß geworden, daß die eine Seite, und zwar nach dem letzten leichtfertigen Spiel mit den demokratischen Einrichtungen beim Rücktritt der drei Parlamentspräsidenten, lieber die damals sicher scheinende außenpolitische Anlehnung an Mussolini suchte – mit aller innenpolitischen Konsequenz –, also den Staatstreue auf Raten durchführte und so die Sozialdemokraten in ihrer oppositionellen Isolierung stehen ließ, in die sie ihre Politik gebracht hatte. Die weiteren Ereignisse waren die logische Konsequenz eines als Ständestaat konzipierten Österreich, das vom bisherigen unproduktiven Klassenkampf genug hatte. Daher mußte auch der späte Versuch Dollfuß', aus eigener tiefer Überzeugung den Österreichern ein Österreichertum einzupflanzen, fehlschlagen, weil die innere Bereitschaft damals weniger denn je zuvor in dieser I. Republik dafür vorhanden war. Dennoch hat Dollfuß, um seinen persönlichen Freund und strengen Kritiker der Jahre 1933/34, Ernst Karl Winter, zu zitieren, „Österreich wenigstens ideologisch, wenn auch nicht politisch, aus der Anschlußhörigkeit herausgerissen“. Eine Nation aber ist, wie es der französische Philosoph Ernest Renan formuliert hat, „eine Seele, ein geistiges Prinzip, ein moralisches Bewußtsein“, sie ist eine „tägliche Volksabstimmung“, und zu dieser wurde den Österreichern in der Ersten Republik vor 1934 – als bereits die außen- und innenpolitischen Voraussetzungen für sie zerstört waren – niemals Gelegenheit gegeben.

Für die so plötzliche geistige Veränderung, daß man gleichsam über Nacht an dieses Österreich glauben

sollte, wenn schon nicht wollte, als einzige Möglichkeit der Gegenpolitik zu Hitlerdeutschland, dazu war die Zeit durch die vielen innenpolitischen Auseinandersetzungen seit Bestehen der Republik Österreich wohl nicht reif, und das, was an Motivation angeboten wurde, zu wenig, um einigend auf dieses gemeinsame Ziel hinzuwirken.

Denn wenn schon Verzicht auf demokratische Meinungsäußerung, dann wenigstens Brot und Arbeit. Da beides im ausreichenden Maße fehlte, das autoritäre Regime es genauso wenig geben konnte wie das vorher noch demokratische, schauten viele auf das Land, das jedermann „panem et circenses“ zu bieten schien, zu geben versprach. Und als Italiens Rückenstütze infolge Abessinienkrieg und dadurch erfolgter Annäherung an Hitlerdeutschland verloren ging und ein Ersatz dafür weit und breit nicht zu finden war, begann der Anfang vom Ende.

V

Man kann der Zeit des autoritären Ständestaates nicht gerecht werden, wenn man die Geschehnisse erst mit 1933 beginnen läßt. Hier scheiden sich nun wohl die Geister endgültig in der Anschauung. Die heute vorherrschende vertritt die Ansicht, daß das autoritäre Regime zuzusagen der letzte Schritt in Richtung Selbstaufgabe war, das heißt, Hitler den Anschluß erleichterte. Und sie wird auch bei politischen Anlässen genügend strapaziert, um dem politischen Gegner von einst eins auszuwischen. Gegenfrage: War es nach der Ermordung Dollfuß' im Jahre 1934 nicht die Haltung Mussolinis, ausgedrückt durch seine Divisionen an der Brennergrenze, die einen Hitler viel mehr beeindruckten als, um ein Beispiel zu bringen, eine noch so demokratische Tschechoslowakei, die – von allen außenpolitisch fallengelassen – zur Reststuppe wurde, und geteilt, sich schließlich ebenso vernichtend sah wie das autoritäre Österreich nach dem Wegfall der Unterstützung Italiens. Und wenn der Herr Bundeskanzler in der Dokumentation zum Februar 1934, die unlängst im Fernsehen gesendet wurde, die Meinung vertrat, daß eine Einbeziehung der SD die außenpolitische Lage für Österreich wesentlich verändert hätte, weil oft kleine Änderungen in der Politik große Wirkungen zeitigen, so ist dem entgegenzuhalten, woher diese Wirkungen damals hätten kommen sollen und können, wenn nicht von Italien. Professor Jedlicka hat ja bereits darauf hingewiesen, daß Mussolinis Hilfe, der italienische Schutz vor dem Einmarsch der Österreichischen Legion verbunden

war mit der Forderung nach Änderung des innenpolitischen Kurses in Österreich unter Ausschaltung der SD. Bei der Betrachtung der europäischen politischen Landschaft von damals ist aber kein weiterer potenter Staat zu finden, der sich wegen Österreich mit Deutschland infolge der Appeasementpolitik eingelassen hätte.

Hiemit sei lediglich aufgezeigt, daß auf die außenpolitische Komponente in dieser Krisenzeit nicht vergessen werden sollte. Es geht daher nicht an, jene Zeit vor dem Anschluß vom Standpunkt jenes utopischen Sozialismus, den Otto Bauer zeit seines Lebens vertreten hat, zu beurteilen, d. h. gerade von diesem eine bessere Lösung zur Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit zu erwarten und heute noch zu behaupten. Jenes Sozialismus, der bereits einmal realpolitisch Schiffbruch erlitt (Bauer als Staatssekretär für Äußeres für den Anschluß), der die ganze 1. Republik einer Wunschvorstellung nachlief, der von Leser so treffend charakterisierten, nämlich der festen Zuversicht des Versagens des bürgerlichen Staates und damit der zwangsläufigen Bereitschaft der Bevölkerung für einen sozialistischen Staat; eines Utopismus, der erst 1933 zu einer Streichung des Anschlußparagraphen aus dem sozialdemokratischen Parteiprogramm bereit war. Diese Politik, Partei- mit Staatsinteresse zu verwechseln, jenes für dieses zu halten, und damit keinen Unterschied mehr zu erkennen, trug nicht unwesentlich zu den Angstparolen des christlichsozialen Lagers bei.

Überlegungen in die Richtung, was wäre gewesen, wenn, haben sich für den Historiker aber grundsätzlich nicht zu stellen, weil er die Geschichte, die tatsächlichen historischen Abläufe zu untersuchen hat und nicht die, die vielleicht hätten ablaufen können, wenn die Ereignisse andere gewesen wären, wenn aber würde vielleicht hätte sein können. Die Realität der Jahre 1938-40 sah jedenfalls so aus, daß sich kein Land Europas der Expansionspolitik Hitlerdeutschlands widersetzen konnte. Und weil diese Länder alle dem deutschen Druck erlagen, waren ihre Regierungsformen nicht alle schlecht oder gar autoritär. Für die Ablehnung des autoritären Ständestaates gibt es genügend andere aus der damaligen, realpolitischen Situation heraus zu untersuchende Gründe, als daß man zu einem greifen müßte, der erst 1938 zur politischen Realität wurde. Nicht jeder ist ein Freund rückwirkender Geschichtsauslegung und der Beurteilung von Ereignissen vom Standpunkt späterer Vorgänge her.

Auch hat sich bisher die Fragestel-

lung für die Zeitgeschichtsforschung in Österreich im wesentlichen um folgende Hauptthemen gedreht: Kirche, ideengeschichtliche Kontroversen der Lager, Politik der Parteiführer der Zentralen, Arbeitergeschichte, Anschlußproblematik, Ständestaat. Die Frage nach der Haltung der Parteien in den Ländern hat sich bis jetzt leider kaum gestellt, würde sicher ein wesentlich differenzierteres Bild ergeben, da doch schon auf Grund der andersgearteten Länderverfassungen die Zusammenarbeit geradezu präjudiziert war und zum größten Teil bis 1933-34 auch gehandhabt wurde. Umfassende ländergeschichtliche Forschungen gibt es bis jetzt nur in Oberösterreich (3 Bände Slapnicka) oder die Biographie Landeshauptmann Rehrns von Salzburg.

Erschwerend dafür ist sicher die prinzipielle Archivsperrung der Länder auf 50 Jahre. Doch eines ist dabei zu bedenken: Die weitgehende publizistische Beherrschung der österreichischen Zeitgeschichte geht von einer Warte aus, die Aspekte einer gewissen Konsenspolitik nicht zu berücksichtigen scheint.

Die Politik wurde von Wien aus gelenkt, Politik wurde in Wien gemacht, Wien war das Zentrum, das Instrument, auf dem man spielen konnte.

Länderpolitikern blieb dabei an eigener verbaler Artikulierung gegenüber dieser zentralen Politik wenig Spielraum.

Soweit zur Abgrenzung der historischen Forschung und ihres Forschungsgegenstandes, die gesamtstaatlichen Zustände und Bedingungen betreffend. Die tatsächlichen Ereignisse allein bieten ja, wie man allenthalben sieht, in der politischen Realität der Gegenwart so viele Interpretationsmöglichkeiten, daß derartige, vorher erwähnte Gedankenspielerien vollends verwirren und dort, wo sie häufig geübt werden, das Bild dementsprechend verzerren.

Über die Frage der Nationalsozialisten hingegen, ihrer Tätigkeit bis, während und nach dem Anschluß, weiß man sich in Österreich der Nachkriegszeit wohl ziemlich einig. Diesem Standpunkt kommt auch entgegen, daß man über den Faschismus infolge seiner totalen Niederlage allgemein ohne Rücksichten auf irgendwelche politische Auswirkungen sprechen kann. Fassungslos steht man als Angehöriger der Nachkriegsgeneration vor dem Phänomen des unterschwelligen und heute noch bestehenden Antisemitismus in Europa – im sogenannten kultivierten Europa –, der gerade am Ende des von uns behandelten Zeitabschnitts voll zum Ausbruch kam, weil er staatlich sanktioniert zum Ausbruch

kommen durfte. Jahrhunderte unterdrückte, unterbewußt gelebte Judenanimosität konnte so in wenigen Jahren ausgelebt, gleichsam im wahrsten Sinne des Wortes „aufgearbeitet“ werden.

VI

Das ist also der Horizont, vor dem sich die Auseinandersetzungen mit und um unser Thema abspielen, und es gilt nun die Möglichkeiten der Bewußtseinbildungen zu untersuchen.

Da ist einmal der zeitgeschichtliche Unterricht in Haupt- und Mittelschulen, die Behandlung dieses Zeitabschnittes auf der Universität in den einschlägigen Fachrichtungen wie Geschichte, Jus und Politologie. Und da sind die Medien, Ausdruck und Reflexion der sogenannten öffentlichen Meinung, wie Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und allen voran, weil es die größte Zahl der Österreicher zum gleichen Zeitpunkt am leichtesten erreicht – das Fernsehen. Und von diesem Medium wurden Herr und Frau Österreicher durch diverse Club-2-Veranstaltungen und als geistigem Höhepunkt historischer Verarbeitung – durch die Staatsopern – ja allesamt schon einschlägig vorbestraft.

Um die Reflexion von Äußerungen verschiedenster einflußreicher Kräfte und Persönlichkeiten in der öffentlichen Meinung in den Griff zu bekommen, gestatten Sie mir einen kurzen Ausflug auf ihren Begriff und Inhalt. Spielt sie doch eine wesentliche Rolle in unserer Thematik.

Die Erscheinung, die der allgemeine Sprachgebrauch mit öffentlicher Meinung zu bezeichnen pflegt, ist uralte. Sie bezeichnet einen gewissen gemeinsamen Nenner, auf den sich die in einer bestimmten Gruppe herrschenden Individualmeinungen gegebenenfalls bringen lassen.

Meinungen, die als öffentliche bezeichnet werden, stellen die Vielfalt der maßgebenden Urteile gewisser Gesellschaftsschichten dar. Rivalisieren diese untereinander, so entsteht eine Meinung, die die Herrschaft über die anderen zu erzwingen trachtet. Öffentliche Meinung in diesem Sinn ist also das in den Besitz der Macht gelangte und seine Macht ausübende Urteil jener Gesellschaftsschichten, die imstande sind, ihre Meinung gegenüber den anderen erfolgreich durchzusetzen.

Als deren wichtigste Organe treten uns die Presse in all ihrer Vielfalt sowie Rundfunk und Fernsehen, die Massenmedien schlechthin, entgegen. Ihre Bedeutung für die Bildung volkstümlicher Anschauungen über die Vorgänge des politischen Lebens steht wohl außer Zweifel.

Es erhebt sich die Frage, wie weit

Presse und Massenmedien an der Formung des Geschichtsbildes beteiligt sind und inwieweit diese den Willen oder die Kraft zeigen, Politik und damit Geschichte zu machen. Eine Frage, die man sich vor allem bei der Presse als Vertreterin von Parteistandpunkten zu stellen hat, wobei unter Partei nicht nur politische, sondern in gleichem Maße andere, meist finanzielle Gruppen, die hinter der Presse stehen, zu verstehen sind.

Sind also die Medien in einem freien Staat aus sich heraus ein bedeutender Machtfaktor, die durch Beeinflussung der staatlichen Funktionen dem politischen Werden den Weg bereiten, oder sind es nicht auch gerade diese Medien, die weithin von den wirklichen Problemen ablenken? Sind wir nicht alle in akuter Gefahr, nur für uns dahin zu leben und alles übrige zu vergessen?

Wie weit ist man noch bereit, dem permanenten Wechselspiel zwischen politischen Meinungsäußerungen von Parteien, Interessenverbänden oder irgendwelchen anderen Pressure-groups und ihrer Kommentierung und Auslegung in den Massenmedien mit Interesse und Wachsamkeit zu folgen? Aussagen, die durch den jeweiligen Standort des Zuhörens wiederum relativiert werden.

VII

Der politische Plausch, die politische Diskussion, warum wird sie hier in diesem Österreich so oft gemieden? Ich glaube, ein Grund dafür ist, daß bei vielen unterbewußt die Angst vorherrscht, daß bei stärkerer emotionaler Aufladung solcher Diskussionen, und das beweisen einige noch zu bringende Beispiele, man immer wieder, wenn gar keine anderen Argumente mehr helfen, zur gleichen Frontstellung gelangt, die beim 34er Jahr endet. Und ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß historische Bezüge in der Politik oft der Warmhaltung dieser Frontstellung dienen.

Wie kann man von einer Partei von heute verlangen, daß sie Argumentationen in Richtung 1. Republik unterläßt, wenn sie das heute durch historische Bezüge zuzudecken imstande ist, wenn sie sich noch dazu des unterbewußten, vielfach noch bestehenden Schuldcomplexes der anderen sicher wohnt? Wahrscheinlich kann man es heute noch nicht. So lange das aber nicht möglich ist, wird man die 1. Republik und ihre Probleme aus der Tagespolitik nicht wegstreichen. Es wäre zu begrüßen, wenn die Medien dabei nicht mitspielen würden. Fällt ihnen doch bei der Erziehung zu einem politischen Verantwortungsgefühl, das für die Entwicklung und den Fortbestand

der Demokratie von entscheidender Bedeutung ist, die Hauptrolle zu. Das gilt auch für Fragen der 1. Republik. Heute stehen wir in einer politischen Landschaft, in der bei einer Hausdurchsuchung angeordnet von einem unabhängigen Richter im Österreich des Jahres 1980, sofort die dreißig Jahre bemüht werden müssen, als ob es nicht andere Möglichkeiten gibt, sich über problematische Beschlüsse von heute mit den Argumenten von heute auseinanderzusetzen. Was soll denn damit erreicht werden? Etwa Unterdrückung jeder Art von Maßnahmen, weil so etwas damals auch passiert ist?

Dem war nicht immer so in diesem Österreich der 2. Republik.

In der ersten Aufbauphase hatte man wenig Zeit, sich die Schuldmenge an den Ereignissen vor 1938 gegenseitig aufzuwiegen. Die gemeinsam erlebten letzten sieben Jahre waren auch noch zu unmittelbar im Bewußtsein aller, und der daraus resultierende Wunsch, gemeinsam aufzubauen, überwog alles andere. Man sollte dabei nicht vergessen, daß man 1945, trotz absoluter Mehrheit einer Partei, jene Regierungsform der großen Koalition wählte, die das gegenseitige Vertrauen wesentlich stärkte. Es erscheinen in der Folge dann verschiedene, heute würde man sagen, Standardwerke wie Goldingers Geschichte der Republik Österreich, Werke eines Jedlicka, Wandruszka Lagertheorie usw.... So setzte eine allgemeine Tendenz einer Aufarbeitung der Ersten Republik ein, die heute von vielen so belächelt oder verdammte „Koalitionsgeschichtsschreibung“. Mit Daten der politischen Änderung in der österreichischen Landschaft setzten sich, unterstützt durch rege und potente Publikations- und Verlagstätigkeit, immer stärker Tendenzen durch, die Geschichtsschreibung von einer Seite, von einer Warte aus immer mehr objektivieren wollen. Diese zweite Phase, bedingt durch ein langsames Abklingen des „KZ-Korpsgeistes“, verbunden mit zunehmender innenpolitischer Konfrontation mit dem Ende der Koalitionsära, führte zu verstärkter Miterinnerung an die Frontstellung in der 1. Republik. Mit dem Ergebnis: Schreckgespenste werden bedenkenlos mit Hilfe von Schlagworten an die Wand gemalt, ohne sich darum zu kümmern, wie viele irreführende Emotionen dadurch zum Ausbruch kommen. So die rote Katze: Ein rotes Mandat mehr und die rote Alleinherrschaft beginnt, so das Bürgerblockgespenst: Es ist nicht denkbar, daß in Österreich gegen die Arbeiter regiert werden kann. Wobei man bewußt negiert, daß jede Mehrheit, demokratisch gewählt, Regierungsverantwortung

tragen kann und darf. Nach Taschenspielermanier meint man, selbst der größte Unsinn brauche nur oft genug wiederholt zu werden, dann wird schon irgend etwas hängen bleiben.

So wird also aus dem Bewußtsein unseres intakten demokratischen Lebens heraus mit Denkkategorien aus der Zeit des tagespolitischen Klassenkampfes heute noch argumentiert, mit dem technischen Wissen eines Kernphysikers Dampfmaschinenheizer gespielt. Man muß damit gleichzeitig zur Kenntnis nehmen, daß die Ära der Entideologisierung der 50er und 60er Jahre endgültig vorbei ist. Damit ergeben sich auch die divergierenden Ansichten zum Begriff der Ersten Republik: Entweder als Überbegriff für die Zeit 1918 – 1938 oder als Teil jener Zwischenkriegszeit, die sich in 1. Republik, Ständestaat und Anschluß unterteilt. Gab es die Demokratie, oder war es eine Demokratie ohne Demokraten, oder waren nur die einen Demokraten, während die anderen konsequent von 1918 an ein autoritäres Regime im Auge hatten? Wie weit waren alle Lager oder Parteien geistige Wegbereiter für den Anschluß, aus welchen Aspekten und an welches Deutschland auch immer? Diese Fragen müßten eigentlich deutlich machen, daß mit Simplifizierungen und billigen Vereinfachungen hier wenig Staat zu machen ist, will man sich ernsthaft der Probleme dieser Zeit annehmen.

Der Möglichkeiten, dem entgegenzuwirken, gibt es viele. Da ist einmal der Nachholbedarf an zeitgeschichtlicher Wissensvermittlung in den Schulen zu nennen, der wohl erst langsam in Aufarbeitung begriffen ist. Viele Mittelschullehrer ließen die Zeit nach 1918 weg oder streifen sie nur flüchtig. Aktionen zur Zeitgeschichte, wie voriges Jahr mit Wandzeitungen selbst zur Thematik beizutragen, aktives Interesse an der Mitarbeit zu wecken, anstatt ausschließlich zu dozieren, sind für den Geschichtsunterricht wohl überhaupt die lebensnotwendigen Impulse, die er dringend braucht. Nur bewußtgemachte eigene Vergangenheit kann wesentlich zur Selbstidentifikation dieser heute österreichischen Nation als gewolltes und gelebtes Staatsgebilde beitragen. Gerade für die Nachkriegsgeneration, die unbelastet der 1. Republik gegenübersteht, ist die Aufarbeitung dieser Zeit im Sinne eines Verstehens der Motive, von der ihre Eltern und Großeltern geleitet wurden und sich leiten ließen, äußerst wichtig, will man nicht nach der Phase der Koalitionsgeschichtsschreibung zu einer Phase der Konfrontationsgeschichtsschreibung gelangen.

Als Beispiel einer sinnvollen Aufarbeitung im historischen Bereich sei die von den wissenschaftlichen Kommissionen der beiden Parteien gebildete gemeinsame Kommission zur Erforschung der Jahre 1918–1938 angeführt, deren Forschungsergebnisse wiederum verstärkt Aufnahme im zeitgeschichtlichen Unterricht an den Schulen finden sollten. Leider gewinnt man oft den Eindruck, als ob diese Kommissionen unter Ausschluß der Öffentlichkeit, sozusagen im wissenschaftlichen Elfenbeinturm, dahinleben. Die von dieser gemeinsamen Kommission herausgegebenen Tagungsberichte sind nämlich deshalb so wertvoll, weil sie neben den gehaltenen Referaten auch die Diskussionen über diese enthalten. Eine äußerst begrüßenswerte Form der Forschung, da diese Diskussionen in verschiedener Hinsicht das Bild aus den Referaten ergänzen, ihnen oft auch widersprechen und so der Pluralität der Meinungen Rechnung tragen. Was soll denn der eigentliche Sinn solcher gemeinsamen Kommissionen sein? Ihre Aufgabe ist wohl psychologischer Natur, weil der „Vergangenheitsbewältigung“ gewidmet. Mit anderen Worten: Man soll die Handlungsweise des gegnerischen Lagers nicht weiterhin als charakterliche Schweinerei verteufeln, sondern die Motive des politischen Verhaltens aus den Hintergründen begreifen lernen. Nur daraus erwächst jene Toleranz, die verhindert, daß Gegensätze der Vergangenheit neuerlich zu Waffen in der parteipolitischen Auseinandersetzung der Gegenwart „umfunktioniert“ werden.

Deshalb kann man je nach Temperament und politischem Engagement nur bedauernd den Kopf schütteln, sich innerlich ärgern oder auch nach außen hin „explodieren“, wenn heute – 46 Jahre nach den Februarereignissen – in parlamentarischen Debatten, in parteipolitischen Reden, besonders wenn sich Wahlen nähern, und in pseudowissenschaftlichen Dokumentationen diese Februarereignisse noch immer eine Rolle spielen, wenn dort in gehässiger Weise argumentiert wird. Das war z. B. im Parlament im Jahre 1978 anläßlich einer Debatte über die Bekämpfung des Terrorismus letztmalig der Fall.

Ebenso scheinen sich „Dokumentationen“ wie die Broschüre: „Gefahr von rechts“ (Zeitdokumente des Dr. Renner-Instituts) dieser Demagogik nicht entziehen zu können. Was dort schon alles als Rechtsextremismus bezeichnet und für solchen gehalten wird, ist geradezu lächerlich und man könnte ruhig darüber hinweg zur Tagesordnung übergehen, würde einen die Reihe, in der sie erschien, nicht doch zur Nachdenklichkeit zwingen.

Ich zitiere:

„Verteufelung von Reformen Justizministers Broda; Unterdrückung demokratischer Geschichtsdarstellungen durch ÖVP-beherrschte Landesschulräte; Berufsverbotsforderungen von ÖVP-Gewerkschaftern; fragwürdige internationale Vereinigung mit Franz Josef Strauß und Margaret Thatcher...“

... opportunistische Haltung in der Atomfrage u.ä.; aggressive antisozialistische Propaganda des ÖVP-Geschäftsführers Kurt Bergmann.“

Bitte verstehen sie mich nicht falsch: Über die Gefahr eines Radikalismus und Totalitarisierung in jeder Hinsicht soll und muß bei gegebenem Anlaß diskutiert, dieser bewußt gemacht und dagegen angeköpft werden. Solche Argumente sind aber dann unzulässig, wenn damit nur oppositionelle Meinungen abgewürgt werden sollen.

Denn wenn dem so wäre, ist der Hauch des Rechtsextremismus als Etikettierung aller Standpunkte außer dem eigenen berechtigt, und das führt uns eben zu jenen schiefen Geschichtsbildern, die wir vermeiden wollen, ja vermeiden müssen, soll Geschichtsforschung Wissenschaft bleiben und nicht Politik werden. Gerade die Zeitgeschichte ist für dieses Phänomen besonders anfällig, auch wenn es immer oder weil es gerade so oft geeignet wird.

IX

Demokratie ist Diskussion, so sagt man es uns immer wieder. Diskussion aber setzt nicht nur die Freiheit voraus, die eigene Meinung zu sagen, sondern auch die Fähigkeit, eine andere Meinung anzuhören und zu ertragen. Wer eine andere Meinung nicht anhören will, wer der Diskussion ausweicht oder sie verhindert, setzt sich unweigerlich dem Verdacht aus, daß er seiner eigenen Sache nicht sicher ist und daß er die Wahrheit fürchtet. Damit ist gleichzeitig auch der Weg der Demokratie verlassen.

So sollte jede Erklärung für Ergänzungen offengehalten werden. Es ist wesentlich, miteinander zu reden, weil viele Menschen viele neue Perspektiven einbringen können, die für die Wahrheitsfindung notwendig sind.

Es müßte von allen Seiten intensiver nach Wahrheit gesucht werden, weil wir oft nicht wahrhaben wollen, daß das, was wir wahrhaben wollen, nicht wahr ist. Statt jeden vom eigenen Standort aus gesehen Rechtsstehenden als Rechtsradikalen – mit dem Hauch des heute fast schon auf alles anwendbaren Faschisten – zu verdächtigen, wäre es wohl klüger, sich empirisch mit dem Totalitarismus in jeder Form auseinanderzusetzen. Die

rein polemische Verwertung der 30er Jahre und der damit verbundene künstlich emotionale Wirbel haben in der heutigen tagespolitischen Auseinandersetzung einfach nichts zu suchen, denn das eben ist die Radikalisierung der Phrase, die jener Zeit wohl zu Recht immer wieder vorgeworfen wird.

Denn wir dürfen uns alle ohne Ausnahme als Österreicher und damit auch als Erben der 1. Republik fühlen, ob es uns paßt oder nicht. Ein Appell an die kritische Vernunft aller erscheint wohl angebracht, mit dieser Vorgangsweise Schluß zu machen, die zweifellos nur Randscheinungen in unserer Demokratie darstellt. „Wehret den Anfängen“ gilt hier aber genauso wie anderswo. Oder ist der Österreicher wirklich nicht nicht soweit, daß er ruhig und ohne Emotionen über diese Vergangenheit reden kann, sie somit wirklich nicht bewältigt hat?

Die historische Forschung muß es jedenfalls entschieden ablehnen, für solche Argumentationen herhalten zu müssen. Sie hat genug eigene Probleme, die sich vor allem aus dem noch immer bestehenden Lagermentalitätsdenken ergeben. Der Auftrag zur Erforschung des eigenen historischen Lagers verbunden mit vielfachen Publikationsmöglichkeiten führte zu einer wahren Flut von Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Arbeitergeschichtsforschung, besonders über die Zeit 1933–1938. Ein Umstand, der vielleicht dazu verführen könnte, daß diese Perspektive, so wertvoll sie auch immer ist, die Perspektive für die Betrachtung der Ereignisse der 1. Republik schlechthin sei, weil das notwendige Korrelativ dazu, wenn schon nicht vorhanden, so doch dagegen untergeht.

Denn erst wenn alle Teilaspekte gründlich durchforscht sind, kann der Versuch gewagt werden, zu einer Gesamtschau über diese Zeit zu gelangen, die es zwar auch nicht allen recht machen wird können, aber doch von dem Bewußtsein der größtmöglichen Objektivität getragen wird.

Die beginnende Ideologiediskussion innerhalb der großen Oppositionspartei war wohl so ein Ausdruck des Unbehagens, nämlich jenes Unbehagens, sich mit dem grundsätzlichen eigenen ideologischen Standpunkt von heute und damit auch mit der Aufarbeitung der Geschichte dieses politischen Lagers auseinanderzusetzen.

Denn wenn die Sozialistische Partei eine historische Partei ist, sich als solche betrachtet, dann darf sie auch die ÖVP auf ihr geistiges Potential aus der Vergangenheit besinnen, mit Völgung auf dem Gebiet – auch wenn man es nicht

immer gerne hören will – der Katholischen Soziallehre, mit Lueger auf dem Gebiet der Kommunalpolitik, mit Kunschak als christlichem Arbeiterpolitiker, um nur einige zu nennen. Wer weiß denn schon, was ein Professor Messner an Ideen auf dem Gebiet der Soziallehre eingebracht hat?

Es zeugt wohl auch nicht von großem Einfühlungsvermögen in die historischen Vorgänge der 1. Republik, wenn vor Jahren ein Funktionär der ÖVP anlässlich einer Auseinandersetzung im Parlament um das Jahr 1934 auf die Frage, warum denn das Porträt von Kanzler Dollfuß noch im Zimmer des ÖVP-Klubs hänge, antwortete: Wenn unter den Ahnen in einer Ahnengalerie sich auch ein Raubritter befindet, hängt man diesen deswegen auch nicht weg...! Ein bescheidener ideologischer Notstand dürfte da wohl vorhanden sein.

X

Auch wenn heute noch kein Konsens der Anschauungen über jene Zeit hergestellt werden kann, es für ein abgewogenes Geschichtsbild jener Epoche vielleicht wirklich noch zu früh ist, so muß jedenfalls jedem Österreicher aus der Pluralität der Anschauungen in Publikationen über diese Zeit die Möglichkeit geboten werden, ja gegeben sein, sich so zu informieren, daß er als mündiger Staatsbürger selbst zu einem Bild über diese Ereignisse kommen kann und so immer weniger manipulierbar wird.

Sicher kann dem entgegengehalten werden, daß es vielleicht zu einem Bankrott des Überflusses kommen könnte. Und es ergibt sich die Frage, ob die Flut der Informationen, die täglich auf uns einströmt, nicht das eigene Denken langsam ausschaltet. Lassen Sie sich also – und damit komme ich zum Schluß – bei der zeitgeschichtlichen Diskussion nicht ins Bockshorn jagen mit der Frage: Kennen sie diesen und diesen Autor nicht, nein? Na, dann können Sie eben nicht mitreden. Man kann nicht ein ganzes Volk zu bestausgebildeten Historikern machen, um die Vergangenheit aufarbeiten zu können, aber man soll die Finger davon lassen, allen ein einseitiges Korsett in Richtung Vergangenheitsbewältigung verpassen zu wollen, ein Denkschema dafür zu schaffen, wie unsere gemeinsame Vergangenheit, nämlich jene jüngste der Zwischenkriegszeit, zu bewältigen ist. Die folgenden Referate sollen das Ihre dazu beitragen, der gewünschten Pluralität der Meinungen Rechnung zu tragen.

Hat sich doch das politische Spiel mit der Geschichte noch nie als vorteilhaft erwiesen...

Alfred Ableitinger

DER „DEUTSCHLANDKOMPLEX“ DER ÖSTERREICHER IN DER ERSTEN REPUBLIK

In Österreich gibt es die berühmten drei historisch-politischen Lager: das christlichsozial-konservative, das sozialdemokratische, das deutschnational-nationalliberale. Ihre Bedeutung für die politische Kultur dieses Landes nimmt zwar in den beiden letzten Jahrzehnten ab, sie ist jedoch bis heute unlegbar zu spüren. Für die Zeit zwischen den Kriegen galt dieser Sachverhalt aber in ungleich höherem Maße.

Am 12. November 1918 proklamierten die maßgeblichen Sprecher aller drei Lager einen neuen Staat, die Republik Deutschösterreich, und erklärten ihn zum Bestandteil der Deutschen Republik. Sie traten damit für seinen „Anschluß“ an den deutschen Staat ein, der sich drei Tage zuvor in Berlin auf revolutionäre Weise von einem Kaiserreich in eine Republik verwandelt hatte. Der Anschlußwunsch Deutschösterreichs durfte wegen des (leicht vorhersehbaren) Einspruches der Siegermächte von 1918 bekanntlich nicht realisiert werden. Ebenso bekannt ist, daß Deutschland im März 1938 den „Anschluß“ Österreichs unter Gewaltandrohung herbeiführte. Am 10. April 1938 hatte die eben noch österreichische Bevölkerung über dieses vier Wochen zuvor geschaffene Faktum abzustimmen. Sie tat es mit dem in totalitären Diktaturen üblichen Resultat. Das alles bedarf hier kaum der Erwähnung. Wichtig aber ist, daß es vor jener Abstimmung vom 10. April wiederum aus allen drei traditionellen politischen Lagern Österreichs sehr prominente Stimmen gab, die öffentlich empfehlen, zum „Anschluß“, „ja“ zu sagen. Wir erinnern an die des Staatskanzlers von 1918, Karl Renner, wir erinnern an die „Feierliche Erklärung“ der österreichischen Bischofskonferenz vom 18. März 1938. Wir brauchen nicht ausdrücklich die zahllosen freudigen Stimmen traditionell deutschnationaler Österreicher von damals zu zitieren, denn ihre persönliche und öffentliche Zustimmung war selbstverständlich. In dieser Kontinuität österreichischer Einstellungen von 1918 bis 1938, einer

Kontinuität trotz gänzlich veränderter Situation, trotz gänzlich veränderten Charakters Deutschlands seit 1933, kam etwas zum Ausdruck, was uns veranlaßt, in unserem Titel vom „Deutschlandkomplex“ der Österreicher zwischen den Kriegen zu sprechen.

Dieser Titel ist nicht gewählt, um zu provozieren. Er will nicht den geschichtlichen Befund, mit dem wir es in der Folge zu tun haben, als Krankheitsbild ausgeben oder gar die Österreicher von damals denunzieren. Er will vielmehr sagen, daß unser Gegenstand sowohl komplex im alltäglich gebrauchten Sinne des Wortes ist wie auch von besonderer Tiefendimension. In dieser zweiten hier gemeinten Bedeutung soll das Wort „Komplex“ andeuten, daß wir es mit einer Fixierung der Österreicher zu tun haben, die sie schon eingingen – und wenn man will: erlitten – als sie in ihrer politischen Jugend standen, d. h. als sie gerade aufhörten, unpolitische Untertanen zu sein, und als sie gerade begannen, politisch aktive Bürger zu werden. Es ist das Wesen solcher Fixierung, daß man sich von ihr auch unter gründlich veränderten Lebensumständen nicht oder nur unzulänglich zu lösen vermag.

Darum muß hier noch ein weiteres historisches Datum der neueren österreichischen Geschichte einleitend genannt werden: Am 7. Juni 1955 stimmte der österreichische Nationalrat über den Staatsvertrag ab. An diesem Tag gab es in ihm keine Stimme, die sich gegen den Artikel 4 des Vertrages erhoben hätte, der ein striktes Anschlußverbot an Deutschland ausspricht. Dieser Befund, verglichen mit denen von 1918 und 1938, läßt uns meinen, daß wir es bei unserem Thema mit einer weitgehend abgeschlossenen Sache zu tun haben. Einen „Deutschlandkomplex“ der Österreicher hat es gegeben; von ihm ist im Perfekt zu reden.¹⁾

Schon im September 1913 schrieb Otto Bauer, damals noch lange nicht

sozialdemokratischer Parteiführer, an Karl Kautsky, den deutschen, aber europaweit bekannten marxistischen Ideologen und Politiker: „Der vollständige Zusammenbruch der inneren Politik Österreich-Ungarns macht die Leute nur mutlos, die Arbeiter denken, daß in Österreich nichts zu machen ist, alle Anstrengungen vergebens sind und fallen so in eine politische Indifferenz zurück... Am verständlichsten wäre heute vielleicht eine Propaganda, die die Hoffnung der Arbeiter auf den Zerfall Österreichs lenken würde. Aber das ist noch nicht möglich...“¹⁴⁾

Hier ist von diesem Textstück dreierlei wichtig: 1. der Hinweis auf die Lähmung der staatlichen Politik Österreich-Ungarns und auf ihre lähmende Wirkung; 2. daß Bauer einen Ausweg immerhin weiß, der ihm allerdings noch praxisfern scheint, der aber der Sache nach, wenn schon nicht expressis verbis auf „Anschluß“ an Deutschland gerichtet ist; 3. daß Bauer nicht vom Staat aus denkt, nicht von dessen Erfordernissen und allenfalls von dessen internationaler Funktion aus, daß er — wenn man so will — nicht „von oben“ aus denkt, sondern „von unten“, von dem Bedürfnis der Menschen — bei ihm besonders von dem Bedürfnis der Arbeiter — nach Hoffnung und Zukunftsperspektiven.

Was 1913 noch ferne zu liegen schien, wurde ab 1914 zunehmend offenbar: Der Weltkrieg trieb die nationalen Gegensätze und dann die sozialen Spannungen in der Habsburgermonarchie sehr bald zur Unerträglichkeit. Und er erwies, daß der vorhandene Staatsapparat außen- und innenpolitisch keinen genügenden Spielraum mehr hatte, um auf sie antworten zu können; daß er ihnen durchaus hilflos gegenüberstand.¹⁵⁾ Außenpolitisch seit langem an die Zügel der Berliner Politik gelegt, vermochte er diese Bindung nicht zu lösen, weil die deutsch-österreichische Bevölkerung dagegen revoltiert hätte. Damit aber wurde er unfähig, den Krieg unabhängig von Berlin zu beenden, den Krieg, dessen Fortsetzung die slawische, rumänische und italienische Bevölkerung des Staates immer mehr in Opposition trieb, ja zuletzt ins Lager der Kriegsgegner. Der Staat verfiel in Agonie. Als diese Situation gereift war, gab es auf unserem Boden nur eine politische Gruppe, die in Umrissen ein Konzept hatte und es geschickt zu präsentieren wußte: die sich selbst so nennende „sozialdemokratische Linke“. Auf dem Parteitag vom Oktober 1917 legte sie ihre „Erklärung der Linken“ vor, die — unausgesprochen — mit der militärischen Niederlage rechnete

und als deren innere Konsequenz „Konstituierende Nationalversammlungen der einzelnen Nationen“ forderte, „von denen jede die Verfassung... ihrer Nation souverän festgesetzt und die Besorgung gemeinsamer Angelegenheiten mit den anderen Nationen vereinbart“.¹⁶⁾ Otto Bauer, soeben aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, hatte diese Passage formuliert. Sie bedeutete, nach seiner späteren Deutung von 1923, die getarnte Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der anderen österreichischen Nationen und den getarnten Anspruch auf deutsch-österreichischen Anschluß an Deutschland. Der Parteitag, fügte Bauer hinzu, habe gar nicht verstanden, worum es dabei ging.¹⁷⁾

Zwei Monate später, während der großen Streikwelle des Jänner 1918, formulierte die „Linke“ deutlicher. Jetzt brachte sie „Nationalversammlungen“ und, expressis verbis, „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ in direkten Zusammenhang.¹⁸⁾ Und wieder zehn Monate später, im Oktober 1918, gab es keinen Zweifel mehr, ob die Linke ihr Konzept tarnen mußte oder was ihre Ziele denn eigentlich besagten. Die Gesamtlage hatte sich gründlich verändert. Der Krieg ging mit der vollkommensten Niederlage zu Ende. Die polnische und die tschechoslowakische Emigration hatten Exilregierungen gebildet und diese waren von den Alliierten als Regierungen unabhängiger Staaten anerkannt worden; es lag nahe, daß sich nun die Nationalitäten daheim rapid an dem greifbar gewordenen Maximalziel orientierten, jeweils souveräne Staaten bilden wollten. Daher waren in Wirklichkeit, noch bevor Kaiser Karl mit seinem Manifest vom 16. Oktober 1918, in dem auch er zur Bildung von Nationalversammlungen aufrief, dennoch zu retten suchte, was er noch retten zu können glaubte, die Entscheidungen schon gefallen. Auch in „Deutschösterreich“.

Am 3. Oktober verkündete die Sozialdemokratie bereits Grundsätze für die künftige Orientierung und sagte:

„Die Vertreter der deutschen Arbeiterschaft in Österreich erkennen das Selbstbestimmungsrecht der slawischen und romanischen Nationen Österreichs an und nehmen dasselbe Recht auch für das deutsche Volk in Österreich in Anspruch. Wir erkennen das Recht der slawischen Nationen an, ihre eigenen Nationalstaaten zu bilden; wir lehnen aber unbedingt und für immer die Unterwerfung deutscher Gebiete unter diese Nationalstaaten ab. Wir verlangen, daß alle deutschen Gebiete Österreichs zu einem deutsch-österreichischen Staat vereinigt werden, der seine Beziehungen zu den

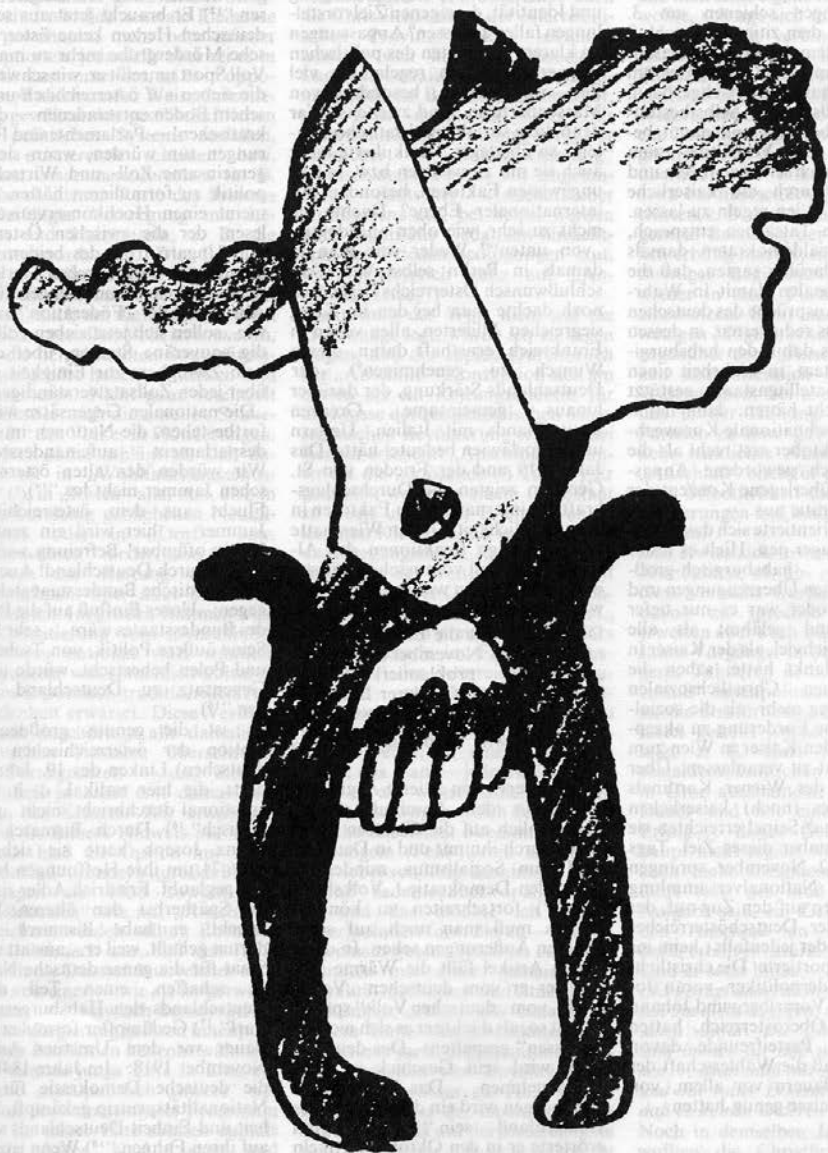
anderen Nationen Österreichs und zum Deutschen Reich nach seinen eigenen Bedürfnissen regeln soll.“¹⁹⁾ Am 13. Oktober begann in der „Arbeiter-Zeitung“ eine berühmte gewordene Artikelserie Otto Bauers, in der bereits deutlich gesagt wurde, von welcher Art die Beziehungen Deutschösterreichs zum deutschen Staat sein sollten:

„In Österreich, wo die Interessen der Nationen einander durchkreuzen..., wird die Demokratie immer begrenzt bleiben durch die über den Völkern thronende Gewalt; Deutschland wird ein national einheitlicher Staat sein, in dem die Volksherrschaft vollkommen verwirklicht werden kann. In Österreich wird der Klassenkampf immer durchkreuzt und kompliziert bleiben durch die nationalen Gegensätze, die die Volksmassen von ihren sozialen und politischen Aufgaben ablenken...; in Deutschland würden wir, von allen Schwierigkeiten des Nationalitätenstreits gänzlich befreit, an den großen entscheidenden Klassenkämpfen des Proletariats teilnehmen.“²⁰⁾

Als daher am 21. Oktober die Deutschösterreichische Provisorische Nationalversammlung, zusammengesetzt aus den 1911 in deutschsprachigen Wahlkreisen Österreichs gewählten Abgeordneten, erstmals zusammentrat und beschloß, an die gerade ihre neuen Staaten bildenden Nationalitäten heranzutreten, um mit ihnen eine gemeinsame Föderation zu bilden, da handelte sie schon ganz illusionär. Manche ihrer Mitglieder mochten an diese Illusion tatsächlich geglaubt haben, die Mehrzahl gab wohl nur vor, an sie zu glauben.²¹⁾ Wie auch immer, wieder drei Wochen später war sie zerstoben. Denn in diese drei Wochen fiel der totale Zusammenbruch der Fronten, die Auflösung der alten Armee, die Unabhängigkeitserklärungen in Warschau, Prag, Zagreb, Laibach. In sie fiel aber vor allem auch die Revolution in Deutschland mit ihren ersten Höhepunkten, der Abdankung des hohenzollerischen Kaisers Wilhelm II. und der Ausrufung der Republik am 9. November. Darauf folgte unmittelbar, am 11. November, die Thronentsagung Kaiser Karls in Wien. Am 12. November, in ihrer dritten Sitzung, zog daraus die Provisorische Nationalversammlung in Wien die Konsequenzen: Sie proklamierte Deutschösterreich als „demokratische Republik“ und sie erklärte diesen neuen Staat zum „Bestandteil der Deutschen Republik.“ Beides einstimmig!

II

War damit eine kluge politische Strategie an ihr Ziel gelangt? Hatte die Strategie der sozialdemokrati-



schen „Linken“ in ihrer Partei und im neuen Österreich triumphiert, weil sie weit vorausgibt, weil sie ihr Ziel geschickt und zäh verfolgt hatte? Manches scheint dafür zu sprechen, vor allem daß der innenpolitischen Konkurrenz nichts übrigblieb, als mitzumachen.

Sogar die Deutschnationalen der verschiedenen österreichischen Parteischattierungen schienen am 3. Oktober von dem zitierten Beschluß der Sozialdemokratie überrascht worden zu sein. Einen Tag später, am 4. Oktober, hatten sie nachgezogen, sich ebenfalls zum Selbstbestimmungsrecht bekannt und damit beansprucht, das Verhältnis zum Deutschen Reich selber zu regeln und nicht mehr durch die kaiserliche Regierung in Wien regeln zu lassen. Wenn es den Tatsachen entsprach, was die Sozialdemokraten damals und seither darüber sagten, daß die Deutschnationalen damit in Wahrheit nur die Ansprüche des deutschen Imperialismus reduzierten, in dessen Dienst sie bis dahin den habsburgischen Großstaat, in Wahrheit einen deutschen Satellitenstaat, gestützt und beherrscht hätten; dann nahm sich der deutschnationale Kurswechsel vom 4. Oktober erst recht als die unausweichlich gewordene Anpassung an das überlegene Konzept der Sozialdemokratie aus.

Langsamer orientierte sich das christlichsoziale Lager neu. Hielt es fester zu seinen habsburgisch-großösterreichischen Überzeugungen und Traditionen oder war es nur tiefer geschockt und gelähmt als alle anderen? Gleichviel, als der Kaiser in Berlin abgedankt hatte, sahen die österreichischen Christlichsozialen keinen Ausweg mehr, als die sozialdemokratische Forderung zu akzeptieren, auch den Kaiser in Wien zum Thronverzicht zu veranlassen. Über Vermittlung des Wiener Kardinals Piff und des (noch) kaiserlichen Ministers Ignaz Seipel erreichten sie am 11. November dieses Ziel. Tags darauf, am 12. November, sprangen sie in der Nationalversammlung gewissermaßen auf den Zug auf, der die Seelen der Deutschösterreicher nach Berlin oder jedenfalls „heim ins Reich“ transportierte. Die christlichsozialen Länderpolitiker, voran Jokod Fink aus Vorarlberg und Johann Hauser aus Oberösterreich, hatten ihre Wiener Parteifreunde davon überzeugt, daß die Wählerschaft der Partei, die Bauern vor allem, von Krieg und Kaiser genug hatten.

III

Trotzdem greift eine historische Erklärung der Vorgänge viel zu kurz, ja daneben, die vor allem mit der

strategischen Überlegenheit der zeitgenössischen österreichischen Sozialdemokratie operiert. Dagegen sprechen schon zwei ganz triviale Argumente. Erstens muß man fragen: Wann hat denn schon jemals eine überlegene Strategie einer Partei die politische Konkurrenz dazu veranlaßt, über Nacht diese Überlegenheit anzuerkennen, die eigene Prägung und Identität, die eigenen Zielvorstellungen fallen zu lassen? Anpassungen an klarere Einsichten des politischen Gegners erfordern regelmäßig viel Zeit von Parteien, besonders von Massenparteien. Und zweitens: War denn diese sozialdemokratische Strategie so überlegen? Kalkulierte nicht auch sie mit zu wenigen bzw. mit zu ungewissen Faktoren, besonders auf internationaler Ebene? Dachte sie nicht zu sehr, wie oben angedeutet, „von unten“? Weder war man ja damals in Berlin selbst vom Anschlußwunsch Österreichs begeistert, noch dachte man bei den im Krieg siegreichen Alliierten, allen voran in Frankreich, ernsthaft daran, diesen Wunsch zu genehmigen¹⁰). der Deutschlands Stärkung, der darüber hinaus gemeinsame Grenzen Deutschlands mit Italien, Ungarn und Jugoslawien bedeutete hätte. Das Jahr 1919 und der Frieden von St. Germain zeigten die Durchschlagskraft der internationalen Faktoren in aller Deutlichkeit. Und in Wien hatte man derartige Reaktionen der Alliierten ganz gut voraussehen müssen und können; man war sogar gewarnt worden.

Die Gründe für die Einstimmigkeit, mit der am 12. November in Wien der „Anschluß“ proklamiert wurde, müssen somit auf anderer Ebene, in tieferen Schichten gesucht werden.

Sammeln wir dafür noch etwas Material.

Otto Bauers oben zitierte Argumentation für den Anschluß scheint vornehmlich auf die Chancen abgestellt, durch ihn mit und in Deutschland zum Sozialismus, mindestens zur vollen Demokratie („Volksherrschaft“) fortschreiten zu können. Jedoch muß man auch auf seine anderen Äußerungen sehen. In demselben Artikel fällt die Wärme auf, mit der er vom deutschen „Vaterland“, vom „deutschen Volk“ spricht — fast so, als dächte er es sich nicht in „Klassen“ gespalten. „Das deutsche Volk wird sein Geschick in seine Hand nehmen... Das Deutschland von morgen wird ein demokratisches Deutschland sein.“¹¹) Immerhin erörterte er in den Oktober-Artikeln auch die demokratische „Föderation der österreichischen Nationen“¹²), eben das Ziel, das die Nationalversammlung am 21. Oktober wirklich oder vermeintlich anvisierte. Zehn

Wochen später jedoch, am 25. Dezember, veröffentlichte er den Artikel „Eine Zollunion?“, mit dem er jenes Ziel der Lächerlichkeit preis- bzw. als reaktionäre politische Bosheit ausgab: „Die Monarchisten... wollen... uns an Slawen und Ungarn binden, damit wir uns nicht mit den anderen deutschen Stämmen vereinigen können und vereinigen müssen.“¹³) Er braucht jetzt aus seinem deutschen Herzen keine österreichische Mördergrube mehr zu machen: Voll Spott umreißt er, wie schwer sich die sieben auf österreichisch-ungarischem Boden entstandenen — demokratischen! — Parlamente und Regierungen tun würden, wenn sie eine gemeinsame Zoll- und Wirtschaftspolitik zu formulieren hätten. Man meint einen Hochkonservativen zu lesen, der die zwischen Österreich und Ungarn trotz des beiden übergeordneten Monarchen erlebten Schwierigkeiten zum Zeugen für die Absurdität der „Föderation“ anruft: wie „sollen sich jetzt sieben vollständig souveräne Staaten, über denen kein Zwingherr zur Einigkeit steht, über jeden Zollsatz verständigen“.¹⁴) „Die nationalen Gegensätze würden fortbestehen, die Nationen im Bundesparlament auseinanderstoßen. Wir würden den alten österreichischen Jammer nicht los.“¹⁵)

Flucht aus dem österreichischen Jammer — hier wird ein zentrales Motiv offenbar! Befreiung von ihm in und durch Deutschland! Auch der demokratische Bundesstaat steht dagegen: „Unser Einfluß auf die Politik des Bundesstaates wäre... sehr klein. Seine äußere Politik, von Tschechen und Polen beherrscht, würde uns in Gegensatz zu Deutschland bringen.“¹⁶)

Es ist die genuin großdeutsche Option der österreichischen (und deutschen) Linken des 19. Jahrhunderts, die hier radikal, d. h. ganz emotional durchbricht, nicht „pragmatisch“.¹⁶) Durch Bismarck und Franz Joseph hatte sie sich seit 1866/71 um ihre Hoffnungen betrogen gelaugt. Friedrich Adler zitierte im Spätherbst den älteren Liebknecht: er habe Bismarck auch darum gehaßt, weil er, „anstatt einen Staat für die ganze deutsche Nation zu schaffen, einen Teil dieses Deutschlands den Habsburgern zuwarf“.¹⁷) Gedämpfter formulierte O. Bauer vor dem Umsturz Anfang November 1918: „Im Jahre 1848 hat die deutsche Demokratie für das Nationalitätsprinzip gekämpft. Freiheit und Einheit Deutschlands stand auf ihren Fahnen.“¹⁸) Wenn jetzt die österreichischen Völker frei würden, „so gewinnt dadurch das deutsche Volk seine 1866 verlorene Einheit zurück“.¹⁹)

Es ist eine „linke“ Option, die

1918/19 den „Anschluß“ erhellt. „Links“ bedeutet hier freilich mehr als eine bloß parteipolitische Kategorie. Das Wort bezeichnet das (unausweichlich gewordene) Reagieren der Massen der Bevölkerung in der revolutionär gewordenen Situation Deutschösterreichs — hier nationalrevolutionäres Reagieren. In der revolutionär gewordenen Situation sind nämlich zentrale Elemente des gewohnten, mehr oder minder akzeptierten, jedenfalls aber sei es in positiv-zustimmender, sei es in oppositionell ablehnender Weise Orientierung gewährenden gesellschaftlichen und politischen Systems zerfallen, noch existierende scheinen bzw. drohen zusammenzubrechen (z. B. die bescheidenen Reste des Systems regelmäßiger Versorgung mit Lebens- und Heizmitteln, z. B. die Eigentumsordnung). Die Bevölkerung muß selbst reagieren. Unvermutet mobilisiert, sucht sie neue Orientierung, auch um die Reste der alten zu behaupten. Das Volk ist souverän, weil die hergebrachten Souveränitäten aufgehört haben zu wirken und zu existieren. Nicht ganz vereinzelt manifestiert sich diese neue „Souveränität“ des Volkes in Plünderungen. Politisch-sozial schlägt sie sich damals oft in „Wohlfahrtsausschüssen“ (!), in „Räten“ aller Art, also in dann kurzlebig gebliebenen Neubildungen, oder in „Dorf-“ bzw. „Heimwehren“ nieder, also Organisationen zur Rettung des noch vorhandenen, aber akut bedrohten Vertrauens. Im großen Rahmen wird die Orientierung vom „Anschluß“, also vom national statt staatlich Vertrauten, von sprachlich-kultureller sowie politisch-traditioneller Verbundenheit erwartet. Diese Verbundenheit durchdringt alle damaligen politischen Parteien, überschreitet alle Parteigrenzen — und dies in Wahrheit ja nicht erst damals am Ende des Krieges. Wir erwähnten schon O. Bauers Hinweis auf 1848; damals hieß die Option nur nicht „Anschluß“, sondern „großdeutsch“ (wogegen sie 1938 sowohl mit „großdeutsch“ wie mit „Anschluß“ bezeichnet werden sollte). Ebenfalls charakteristisch war, daß sich 1882, als sich die Deutschösterreicher erstmals von einer — wie sie irrigerweise sagten — slawisch-konservativen Wiener Regierung in ihren innenpolitischen Positionen bedroht wählten, ihre damals junge Elite in Linz ein ebenso sozialpolitisches „linkes“ wie betont deutschnationales Programm gab. Zu dieser Elite zählten damals Viktor Adler, Karl Lueger und Georg von Schönerer, in den folgenden Jahren die Gründer der drei politischen Lager Österreichs.²⁰ Die Reaktion von 1918/19 hatte durchaus Vorläufer, und regelmäßiger

verband sie „Fortschritt und Deutschum“²¹) gegen vermeintlichen slawischen Konservatismus und „Klerikalismus“. Das läßt sich 1918/19 bei Sozialdemokraten nicht nur an der Spitze, bei Otto Bauer, Karl Renner²²) und Friedrich Adler beobachten, sondern gerade auch in den Ländern.²³) Spontane Anschluß euphorie charakterisiert auch die Christlichsozialen der österreichischen Provinz.²⁴) Erst sekundär machen sich im christlichsozialen Lager wirtschaftliche und international-politische Bedenken bemerkbar, und zwar mehr bei Ober- als Unterschichten; da kommt Sorge vor möglicher „Bolschewisierung“ Deutschlands, Furcht vor ungehinderter deutscher wirtschaftlicher Konkurrenz auf, bei Seipel werden auch skeptische Gedanken hinsichtlich der Friedensbedingungen laut, wenn Österreich ganz auf „Anschluß“ setze.²⁵) Wenn man das Wort nicht auf die Goldwaage legt, würde ich zu sagen wagen, daß der rapide Durchbruch der „Anschluß“-Konzeption sich am besten als ein Rettungserlebnis für die Masse der zeitgenössischen österreichischen Bevölkerung erklärt. Bei Renner erscheint „Anschluß“ mitunter als die „erlösende (!) Tat“.²⁶) Er bedeutet, weiter in einem Großstaat zu leben und nicht in einem unbekannten Kleinstaat zu verbleiben als unaufgegangener „Rest“ aus der Rechnung der Weltpolitik. Dabei ist wichtig, daß der Großstaat Deutschland nicht mehr von Wilhelm II., nicht mehr von preußischen Militärs und — gerade im Falle des „Anschlusses“ der österreichischen Katholiken — auch nicht mehr überwiegend von Protestanten regiert zu werden verspricht. „Anschluß“ bedeutet weiter, in einem Land zu leben, das man — jedenfalls langfristig — als wirtschaftlich blühend einschätzt, wogegen sich der österreichische Kleinstaat ökonomisch nach damaligem (Fehl-)Urteil als dauerhaft lebensunfähig ausnimmt. „Anschluß“ bedeutet aber vor allem auch — und das möchte ich wieder (über)pointiert formulieren —, wieder mit einem guten Gewissen zu leben, nämlich mit einer gemeinsamen Loyalität zu Nation und Staat leben zu können; „Anschluß“ bedeutet in diesem Sinne, den jahrzehntelangen und immer mehr angespannten Konflikt zwischen der Loyalität zum vorhandenen Staat, zur Habsburgermonarchie, auf der einen und zum deutschen Volk auf der anderen Seite nun nicht mehr mit sich tragen zu müssen.²⁷) Aus allen diesen Faktoren entsteht der außerordentliche Sog der Anschlußidee am Ende des Ersten Weltkrieges. Der Sog war so stark,

daß er massenweise und in der Öffentlichkeit stattfindendes Widerstreben gegen ihn nicht mehr begründbar, nicht mehr legitimierbar erscheinen ließ. Was an Widerstreben sichtbar auftrat, war etwa, daß man statt an Deutschland an die Schweiz angeschlossen sein wollte; das ließ sich in Vorarlberg legitimieren. Oder daß man seine eigene Republik haben wollte, solange sich mit diesem Plan die Hoffnung verbinden ließ, das historisch-vertraute Land vor der Zerteilung zu bewahren; das ließ sich in Tirol begründen. Insofern trat Widerstreben auf, wo man öffentliche Zustimmung, demokratische Legitimation für die politische Ordnung überhaupt für unangebracht hielt, etwa bei unerschütterlichen Monarchisten, z. B. dem berühmten Kriegsgeneral Boroewic, der sich bekümmert erbötig machte, mit Hilfe einiger tüchtiger Regimenter Kaiser Karl wieder in seine Funktion in Wien einzusetzen. Sieht man von diesen wenigen Möglichkeiten ab, so gab es gegenüber dem „Anschluß“-Gedanken kein öffentlich legitimierbares Widerstreben. Bei allen Unterschieden in der Haltung der einzelnen Parteien zu ihm, gab es von da an kein wirkliches Ausweichen mehr: „Anschluß“ blieb für die österreichische Öffentlichkeit die oberste aller Forderungen und innigste aller Hoffnungen.

Das erwies sich insbesondere in den 30er Jahren, als ab- oder auszuweichen versucht wurde. Wir werden davon zu sprechen haben. Das erweisen aber auch während der 20er Jahre Vorgänge, in denen vorsichtigeren Taktikern in bezug auf „Anschluß“ innenpolitisch jederzeit unter die Strafdrohung des Wählerverlustes gestellt wurde. Anfang 1921 setzt z. B. Karl Renner seiner sozialdemokratischen Zuhörerschaft in Graz auseinander, daß „auf die Dauer und mit einem wirklichen Erfolg... dieses Österreich überhaupt nicht regiert werden“ könne, auch nicht sozialdemokratisch. Er fährt fort: „es muß unsere klare Aufgabe sein, ein Ziel zu verfolgen, den Anschluß an Deutschland“; dafür erhält er „stürmischen Beifall“.

Und er setzt hinzu: „Es genügt dabei nicht, daß einer sagt: Ich bin nicht dagegen, oder: Ich bin ja auch dafür. Die Christlichsozialen sind immer für alle und alles gewesen... Man muß mit ganzem Herzen und mit voller Erkenntnis dafür sein, daß es keinen anderen Weg gibt.“²⁸) Noch in demselben Jahr 1921 aber wußten die Christlichsozialen die Sozialdemokraten in bezug auf den „Anschluß“ öffentlich in die Defensive zu drängen. Christlichsoziale Landespolitiker hatten im Verein mit Deutschnationalen in Tirol, Salzburg

und in der Steiermark Abstimmungen angesetzt, in denen sich die Bevölkerung über den Anschlußwillen äußern sollte.²⁹) Sie kümmerten sich dabei — und das ist für das oben diesbezüglich Gesagte charakteristisch — nicht im mindesten um die Schwierigkeiten, die sie dadurch der christlichsozial geführten Bundesregierung auf außenpolitischer Ebene bereiteten.³⁰) In Salzburg zogen in dieser Causa alle Landtagsparteien an einem Strang³¹), in der Steiermark dagegen gingen die Sozialdemokraten auf halbe Distanz. Sie veröffentlichten deshalb zur Erklärung ihrer Haltung eine Stellungnahme, die ebenso gewunden wie vielsagend war:

„Die sozialdemokratische Partei hat so viele Beweise ihres unbedingten Anschlußwillens gegeben, daß kein Zweifel über den vollen Ernst desselben bestehen kann. Sie ist zu einer Zeit für den Anschluß eingetreten, als er nach ihrer Überzeugung durch eine entschlossene Tat hätte durchgeführt werden können. Dazumal waren die anderen politischen Parteien für eine solche Tat nicht zu haben. Die nunmehr beantragte Volksbefragung kann... den Anschluß nicht fördern, keinesfalls aber kann sie ihn herbeiführen.“

Schließlich erklärt die sozialdemokratische Partei: Wenn die anderen Parteien des Landtages trotz der Vorstellungen des Staatskanzlers (d. h. des christlichsozialen Bundeskanzlers Michael Mayr) auf ihre Verantwortung den 3. Juli als Abstimmungstag festsetzen, so werden die Sozialdemokraten für diesen Antrag zwar nicht stimmen; damit sich aber aus dem Ergebnis einer solchen Volksbefragung kein falsches Bild vom Anschlußwillen der Bevölkerung ergibt, wird sich die sozialdemokratische Partei von einer solchen Volksbefragung nicht absetzen, sondern daran teilnehmen.³²)

Noch ein halbes Jahr später erschien der gesamtösterreichischen Parteivertretung der Sozialdemokratie dieser Text so wichtig, daß sie ihn nicht nur wörtlich in ihren politischen Rechenschaftsbericht an den Parteitag aufnahm, sondern ihm darüber hinaus noch einschlägige Angriffe gegen die Christlichsozialen voranstellte. Darin behauptete sie, die Christlichsozialen hätten noch 1919 in Tirol Flugblätter verbreitet, „in denen der Anschlußgedanke als eine jüdische Erfindung dargestellt wurde, die das Land Tirol den Juden in die Hand spielen wolle“. Nun wären „sie begeisterte Verfechter des Anschlusses geworden“. Die Christlichsozialen würden also sozusagen erst nun verspätet einen Anschluß an den Anschlußgedanken vollziehen.

Wir sehen: Öffentlich mußte man

sich sorgfältig hüten, in den Geruch von Anschlußgegnerschaft zu kommen.

IV

Dennoch hat es während der folgenden Jahre in allen drei politischen Lagern Österreichs nicht an Differenzierungen des Anschlußdenkens gefehlt. Es mag erstaunen, daß sie sich sogar unter den Deutschnationalen finden: Im Frühjahr 1922, als die wirtschaftliche Krise des Staates ihrem Tiefpunkt zutrieb, forderten die österreichischen Nationalsozialisten, in jenen Jahren noch eine quantitativ ganz unbedeutende, in sich stets zerstrittene und immer wieder zerfallende Gruppe „den revolutionären Akt freiwilliger Unterstellung unter das Deutsche Reich... um dem traurigen Spiel ein Ende zu bereiten, selbst auf die Gefahr eben, daß die Entente sich dann bemüht, die Verwaltung des Landes selbst zu führen“. Wieder ist der Zusammenfall von Krisenintensität, Radikalität des Anschlußwillens und Gebrauch des Vokabels „revolutionär“ bemerkenswert. Der Sprecher der Großdeutschen Volkspartei, Franz Dinhofer, antwortete den Nationalsozialisten aber im Mai 1922 im Parlament:

Zwar halte auch er die österreichische Volkswirtschaft „in dem uns gegebenen Zwangsrahmen für unheilbar passiv“, jedoch habe ihm noch niemand gesagt, „was eigentlich geschieht, wenn es zu dem so erwünschten Zusammenbruch komme und zu dem Ende mit Schrecken, das einem Schrecken ohne Ende angeblich sosehr vorzuziehen sei“.³³)

Die Großdeutsche Volkspartei zog gleichzeitig aus dieser Haltung pragmatischen Verantwortungsbewußtseins die politische Konsequenz und erklärte sich bereit, nun auch formell mit den Christlichsozialen eine Regierungskoalition zu bilden und in die Regierung einzutreten. Sie machte damit den Weg zur ersten Regierung Seipel und zu deren an der Stabilisierung der Existenz des Kleinstaates Österreich orientiertem Kurs frei.

Es muß freilich auch festgehalten werden, daß die Großdeutschen, um sich in einer politischen Konkurrenz zu profilieren, in der alle für das genuin großdeutsche Ziel, den „Anschluß“, eintraten, ihrem Deutschnationalismus einen bald sehr bedenklichen Charakter gaben. Sie definierten ihn nämlich schon 1921 in ihrem Salzburger Programm innenpolitisch. Der Zentralbegriff des Programms war der der „Volksgemeinschaft“, deren politische Institutionen und Maßnahmen dem „Wesen des deutschen Volkes“ entsprechen sollten. In polemischer Abgrenzung

von dieser „Volksgemeinschaft“ und diesem „Wesen des deutschen Volkes“ wurde dem Liberalismus vorgeworfen, daß er den Kampf aller gegen alle entfachte, wurde den Sozialdemokraten marxistisch-materialistischer, den Christlichsozialen katholisch-römischer „Internationalismus“ attestiert. Allen drei Strömungen wurde somit mindestens Fremdheit gegenüber dem deutschen „Wesen“ nachgesagt. Damit aber distanzierte sich die Großdeutsche Volkspartei tendenziell vom parteipolitischen Pluralismus, damit überantwortete sie tendenziell auch die Auslegung des dem — vage-dunkeln — „Wesen des deutschen Volkes“ politisch Entsprechenden jeglichem antiparlamentarischen, antiparlamentarischen Radikalismus. Gewiß dachten die Großdeutschen daran selber nicht; das bezeugen ihre gleichzeitigen konkreten Vorschläge. Aber sie schufen mit ihrer Weigerung, Partei unter Parteien zu sein, eine Einbruchsstelle in die ohnehin schwach ausgebildete parteiendemokratische politische Kultur des damaligen Österreich. Als der Einbruch ab 1930/32 einsetzte, schwemte er folgerichtig sie, die sie sich der Lücke am nächsten plazierte hatten, als erste voll hinweg.

Differenzierungen des Umganges mit dem „Anschluß“ lassen sich auch bei den Sozialdemokraten beobachten. Es ist für das in Wahrheit nicht dialektische, sondern während der Ersten Republik fast immer bloß unklare und schließlich in Selbsttäuschungen mündende Verhältnis von Ideologie/Programm und politischer Praxis der österreichischen Sozialdemokratie allerdings kennzeichnend, daß man ihre Differenzierungen nicht einfach lesen und zitieren kann, sondern daß man sie erschließen muß. In ihrem berühmten Linzer Programm von 1926 formulierten die Sozialdemokraten über den „Anschluß“ in Punkt VI/4 bemerkenswert kurz:

„Die Sozialdemokratie betrachtet den Anschluß Deutsch-Österreichs an das Deutsche Reich als notwendigen Abschluß der nationalen Revolution von 1918. Sie erstrebt mit friedlichen Mitteln den Anschluß an die deutsche Republik.“³⁴)

Wenn diese Kürze überhaupt eine beginnende Distanzierung vom Anschluß andeuten soll, dann ist sie perfekt getarnt worden. Der „Anschluß“ erscheint als notwendiger Abschluß der nationalen Revolution, und das Wort „notwendig“ bedeutet im Kontext autostauraristischen Denkens gewiß nicht wenig. Man darf auch nicht übersehen, daß das Programm, obwohl dem Staat auferlegt worden ist, „Österreich“ zu heißen, von „Deutsch-Österreich“

spricht; die Sozialdemokratie reklamiert die 1918 von ihr mitgeprägte Staatsbezeichnung.

Andererseits verlangt der zweite Satz des Textes nach mehr als einer nur pazifistisch-internationalistischen Interpretation, er enthält auch mehr als das bloße Eingeständnis der Unfähigkeit Österreichs (und Deutschlands), eine gewaltsame Lösung des Problems herbeizuführen. 1926, im Jahr des Völkerbundesbeitritts des Deutschen Reiches und ein Jahr nach den Locarno-Verträgen, verweist er die Lösung der „Anschluß“-Frage auf ein Verfahren, das sie auf lange Zeit unaktuell sein läßt. Wir werden sehen, wie nahe die Sozialdemokratie damit Seipel steht. In mancher Beziehung hatte ja bereits das skizzierte Verhalten der steirischen Sozialdemokraten von 1921 neue Aspekte in der Orientierung der österreichischen Linken verraten; die gewisse Deckung, die die Sozialdemokraten einer christlichsozialen Bundesregierung und einem von ihr initiierten Bundesgesetz gegen Christlichsoziale der Länder gaben, in Wahrheit auch gegen Stimmungen in der eigenen Anhängerschaft gaben, war ein bemerkenswerter Vorgang! Ebenso beschäftigte sich der sozialdemokratische Parteitag im Spätherbst 1921, als die österreichische Währung geradezu in katastrophal werdende Turbulenz geriet, in keinem Antrag, ja in keinem Wort mit dem „Anschluß“ als Mittel der Krisenbewältigung. Er war im Gegenteil, bei aller Polemik gegen die Christlichsozialen und die „Bourgeoisie“ überhaupt, auf Ermöglichung breiter Parteienkooperation über ein Finanzprogramm gestimmt und damit auf Stabilisierung des Kleinstaates Österreich. Obwohl die Regierung Seipel 1922 dann einen anderen Stabilisierungsweg wählte, änderte sich daran nichts; die Sozialdemokratische schuf durch Zustimmung zu Verfassungsänderungen die Voraussetzungen für die innenpolitischen Auflagen, die der Völkerbund für seine Kreditgarantie forderte.

Am sichtbarsten sind die Differenzierungen im Anschlußdenken der Christlichsozialen! Ihr Programm von 1926 formuliert weit weniger eindeutig als das sozialdemokratische. Die Partei nennt sich „national gesinnt“ und fordert die „Pflege deutscher Art“ durch Kampf gegen die „Übermacht des zersetzenden jüdischen Einflusses auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiete“. Eine gewisse Nähe zum programmatischen Konglomerat der Großdeutschen ist nicht zu verkennen; zwar mag die Rücksicht auf die gemeinsame Regierungskoalition mitgespielt haben, doch ist ein Antisemitismus mittlerer Stärke seit dem 19. Jahr-

hundert genuin katholisch. Die Partei verlangt auch die Gleichberechtigung des deutschen Volkstums in der europäischen Völkerfamilie und die „Ausgestaltung des Verhältnisses zum Deutschen Reich auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes“.³⁵ Offenbar kommt das Wort „Anschluß“ mit Bedacht nicht vor, der Rekurs auf das Selbstbestimmungsrecht, mit dem „Anschluß“ seit 1918 stets von der Entente gefordert worden war, soll offenbar Teile der eigenen Wählerschaft beruhigen und ebenso den großdeutschen Koalitionspartner. „Ausgestaltung... auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes“ kann jedenfalls vielerlei meinen. In Anbetracht des rhetorisch auf „Anschluß“ eingeschworenen politischen Umfeldes der Zeit sind diese Formulierungen jedenfalls geradezu kühn zu nennen.

Die Spannweite christlichsozialer Einstellung zur Anschlußfrage zeigt aber erst ein Seipel-Interview vom September 1928 in voller Deutlichkeit. Seipel gibt es in Genf, am Sitz des Völkerbundes, aber er gibt es einem reichsdeutschen Journalisten. Es zeigt, wie sehr Seipel „von oben“ her denkt, vom Staat und der internationalen Staatengemeinschaft aus, und wie wenig er bereit ist, „mit den Massen zu irren statt gegen sie Recht zu behalten“ (O. Bauer). Es heißt da:

Er fühle sich bei den Völkerbundversammlungen immer in einer Doppelrolle. „Selbstverständlich habe ich an Österreich zu denken und Österreich zu vertreten; aber jedesmal, wenn ich zum Völkerbund komme, schlägt mich das Problem des Völkerbundes selbst in Bann, seines Wertes in der Gegenwart, seiner Entwicklungsfähigkeit in der Zukunft. Dabei sind beide Betrachtungsweisen gar nicht so weit voneinander entfernt. Ein sehr großer Teil der Fragen unserer eigenen Zukunft muß vom Österreicher ganz verschieden beantwortet werden, je nachdem er an die Zukunft des Völkerbundes, an eine Organisation des Friedens, an den wirklichen Aufbau Europas glaubt oder nicht. Die Anschlußfrage zum Beispiel gehört hierher. Die Pessimisten in bezug auf die Lebensfähigkeit Österreichs sind zugleich die Pessimisten in bezug auf den Völkerbund. Ich glaube nicht, daß in absehbarer Zukunft die Verständigung unter den europäischen Völkern solche Fortschritte gemacht haben wird, daß dann auch Fragen wie die Anschlußfrage sine ira et studio — was in unserem Fall etwas freier zu übersetzen wäre: ohne Furcht und Leidenschaft — behandelt werden können. Nichts wird dem Anschluß Österreichs an Deutschland im Wege stehen, wenn einmal die Frage für alle Beteiligten „uninteressant“ geworden

ist, das heißt, wenn die Deutschen und die Österreicher die Widerstände gegen den Anschluß nicht mehr als einen Angriff auf ihr natürliches Recht und ihre Lebensmöglichkeit empfinden und wenn die anderen... ihn nicht mehr als eine Bedrohung des Friedens empfinden.“³⁶

Das heißt ganz eindeutig Vertagung des „Anschlusses“ auf eine unbestimmte Zeit, innerhalb derer sich herausstellen wird, ob er überhaupt ein dauerndes Bedürfnis der Österreicher und der Deutschen ist. Seipels positive Umschreibung des österreichisch-deutschen Verhältnisses heißt nicht „Anschluß“, sondern „keine Kombination gegen und ohne Deutschland“.³⁷ Mit dieser distanziert-überlegenen Denkwiese stand er zwar freilich nicht allein. Aber er mußte mit ihr beim Umgang mit der Anhängerschaft seiner eigenen Partei doch kaum weniger vorsichtig sein wie seine Partei im Umgang mit ihren österreichischen Konkurrenten.

V

Diese ihre Vorsicht im Umgang mit dem „Anschluß“ als dem Ausdruck des Deutschlandkomplexes breiter österreichischer Kreise haben die Christlichsozialen schließlich doch nicht erfolgreich durchhalten können. Die bei ihnen teilweise zu beobachtende Kühle gegenüber dem „Anschluß“ wurde mit zu einem Grund ihres Niederganges als Partei bis 1933/34 und des Fehlschlages des in der Hauptsache von ihnen getragenen „autoritären Staates“ von 1934 bis 1938 sowohl auf außen- wie auf innenpolitischer Ebene. Wenn der „Anschluß“-Wille — nach einem Wort Alexander Novotnys³⁸) — für Seipel immer nur eine „Modekrankheit“ der Österreicher war, dann erwiesen die 30er Jahre den Irrtum dieser Auffassung oder die Dauerhaftigkeit der „Krankheit“.

Die beginnende Weltwirtschaftskrise ließ 1930 in Deutschland den auch dort bis dahin recht unbedeutenden Nationalsozialismus zur Flutwelle anschwellen. Ab 1931 schlug er immer mehr auch auf Österreich über. Zu den Bedingungen seines Erfolges gehörten hier neben der ökonomischen Krisis zweifellos auch die Unfähigkeit bzw. der Unwille zur Kooperation zwischen christlichsozial geführten Regierungen und sozialdemokratischer Opposition seit dem Justizpalastbrand von 1927 sowie eine wachsende Verbitterung über den Völkerbund. Denn der erwies 1931 gleichzeitig seine Neigung, relativ maßvoll vorgetragenen Versuchen, die internationale Ordnung zu revidieren, massiv entgegenzutreten — indem er vor allem das Projekt der deutsch-österreichischen Zollunion zu Fall brachte —, wie

auch seine Unfähigkeit, eine zu wirklicher Aggression fähige und entschlossene Macht in die Schranken zu weisen — wie Japan bei seinem Vorstoß in die chinesische Mandschurei. Wie hätte man, gerade auch in Deutschland und Österreich, unter diesen Umständen nicht zu dem Schluß kommen sollen, daß sich national-revolutionärer Radikalismus bezahlt mache?

Am 24. April 1932 fanden in fünf Ländern Österreichs Wahlen statt, in Kärnten, Steiermark, Salzburg, Niederösterreich und Wien. Überall wurden die Großdeutschen und (wenn auch etwas weniger vollständig) der bäuerlich-deutschnationale „Landbund“ sowie der „Heimatblock“ (d. h. der sich Wahlen stellende Teil der Heimwehren) von den Nationalsozialisten geradezu aufgerufen. Als Folge davon nahm die Koalitionsbereitschaft dieser Parteien auf der Ebene der Bundesregierung in Wien rapid ab. Die im Mai gebildete Regierung Dollfuß wurde von den Großdeutschen nicht mehr mitgetragen, für die Völkerbundanleihe vom Sommer 1932, die unter denselben politischen Bedingungen wie 1922 bewilligt worden war, gab es nur mehr eine Stimme Mehrheit — und auch diese, unter dem Druck des Heimatblocks, nur um den Preis verschärfter Konfrontation mit der Sozialdemokratie. — Im Frühjahr 1933 war es bereits soweit, daß die traditionellen Parteien des deutsch-nationalen Lagers sich de facto mit den Nationalsozialisten fusionierten.³⁹⁾

Gravierender noch — auch für unser Thema — war der 24. April 1932 für die beiden Großparteien. Die Sozialdemokraten behaupteten sich im großen und ganzen; immerhin büßten auch sie im „nationalen“ Salzburg jeden fünften ihrer Wähler von 1927 ein.⁴⁰⁾ Die Christlichsozialen verloren überall deutlich, in Wien jedoch wurden sie zugunsten der Nationalsozialisten nahezu halbiert. Hier interessiert daran weniger Dollfuß' Folgerung daraus, nämlich die Regierung am besten gar nicht mehr mit Wahlen zu konfrontieren und statt dessen aus Gründen innen- wie außenpolitischer Selbstbehauptung auf den „autoritären Staat“ zuzusteuern. Für uns ist es vielmehr wichtig, daß auch der Gestaltwandel, den Deutschland mit Hitlers Aufstieg 1932 und Hitlers „Machtergreifung“ 1933 durchmachte, den im „Anschluß“-Willen manifestierten Deutschlandkomplex sogar im christlichsozialen Lager nicht aus der Welt schaffte. Die vorsichtige Politik des Abweichens vom Pfad des „Anschlusses“ hatte die christlichsoziale Anhängerschaft nicht umgeprägt, nicht neu orientiert, sie hatte

vielmehr — spätestens seit 1931 — latente Spannungen innerhalb des Lagers, besonders Spannungen zwischen seiner Führungselite und seiner Wählerschaft verschärft. Der Gestaltwandel Österreichs von der parlamentarisch-demokratischen Republik zum „autoritären Staat“ (1933/34) änderte daran nichts Wesentliches. Er deckte diesen Sachverhalt nach außen weitgehend zu. An seiner Innenseite aber verspürte das Regime von damals sehr gut, daß die Integrationskraft seiner mehr österreichisch als deutsch gestimmten Elite auch aus „nationalen“ Gründen sehr abnahm. Vermutlich hat die Führung des autoritären Staates auch deshalb vor 1938 niemals gewagt, sich durch ein Plebiszit zusätzliche Legitimation zu verschaffen, wie das andere autoritäre Regime gerne tat. Es wußte gut, daß es sich der Öffentlichkeit immer als ebenso gut deutsch wie gut österreichisch darstellen mußte. Im März und April 1938 zeigten sich dennoch die wahren Verhältnisse.⁴¹⁾

Auch die Sozialdemokratie machte dieselbe Erfahrung, auch sie vermochte ihre Anhängerschaft nicht auf der seit 1933 dem „Anschluß“-absagenden programmatischen Position zu halten. Ihr Parteitag vom Oktober 1933 strich den „Anschluß“-Artikel des Programms von 1926 ersatzlos und er handelte damit in klarer Erkenntnis und konsequent. Denn während den österreichischen Deutschnationalen seit 1918 der „Anschluß“ immer der eigentliche Zweck ihrer Existenz gewesen war und sie mit Erreichen dieses Zieles keinen Existenzgrund mehr besaßen und während das christlichsoziale Lager immerhin hoffen durfte, auch in Hitlers Großdeutschem Reich zwar nicht als Partei, aber als Kirche und als Katholizismus weiter zu bestehen, wußte die Sozialdemokratie sehr gut, daß mit dem „Anschluß“ an ein nationalsozialistisches Deutschland ihre geschichtliche Identität vernichtet werden würde. Bis 1938 fehlten in der Folge allerdings Anlässe, festzustellen, ob die frühere Wählerschaft der Sozialdemokratie sich den Beschluß des Parteitages 1933 zu eigen machte. 1938 aber, als es um das Abstimmungsverhalten in der Volksabstimmung vom 10. April ging, gab es nicht nur Karl Renners eingangs erwähnte Zustimmungserklärung, deren letzte Motivationen nie aufgehellt werden konnten. Da stellte sich auch heraus, daß der Anteil der Arbeiter an den Nein-Stimmen, die es in Wien gab, mit Ausnahme der Bezirke Favoriten und Hernals unterdurchschnittlich gering war. Gerhard Botz, der diesen Sachverhalt ermittelt hat, drückt ihn auch mit den

Worten aus, „daß sich im allgemeinen in Wien, ausgenommen Hernals und Favoriten, die Arbeiterschaft stärker als andere soziale Gruppen... den Ja-Parolen des Nationalsozialismus angepaßt“ habe.⁴²⁾ Die Fixierung auf Deutschland ging somit 1938 wie 1918 durch alle österreichischen Lager, beide Male im Zeichen akuten Krisenempfindens, das weder die Habsburgermonarchie noch der „Ständestaat“ hatten abbauen und auflösen können. Diese Fixierung stellt sozusagen den negativen Grundkonsens der Bevölkerung der Ersten Republik Österreich dar und sie war stark genug, um die Integrationskraft der traditionellen drei Lager auszuhöhlen. Das Argument, das in der historisch-politischen Literatur und Publizistik mitunter diesem Befund entgegengestellt wird, stimmt (leider) nicht: Es ist zwar richtig, daß die Regierung Schuschnigg in den letzten Tagen vor dem 11. März 1938 Brücken zu den früheren Funktionären der Sozialdemokratie zu schlagen suchte und daß diese seit 1934 „illegalen“ Sozialisten diese Brücken betreten und, unter dem Schutz der Polizei in Floridsdorf versammelt, beschlossen, für Schuschniggs Volksabstimmungs-Plan am 13. März einzutreten. Doch dieser Konsens war bloß ein Konsens einer wissen, die Dürstigkeit der nächsten Zukunft voraussehenden Elite, nicht ein österreichischer Konsens der damaligen österreichischen Bevölkerung. Er war allenfalls ein Vorgriff auf 1945.

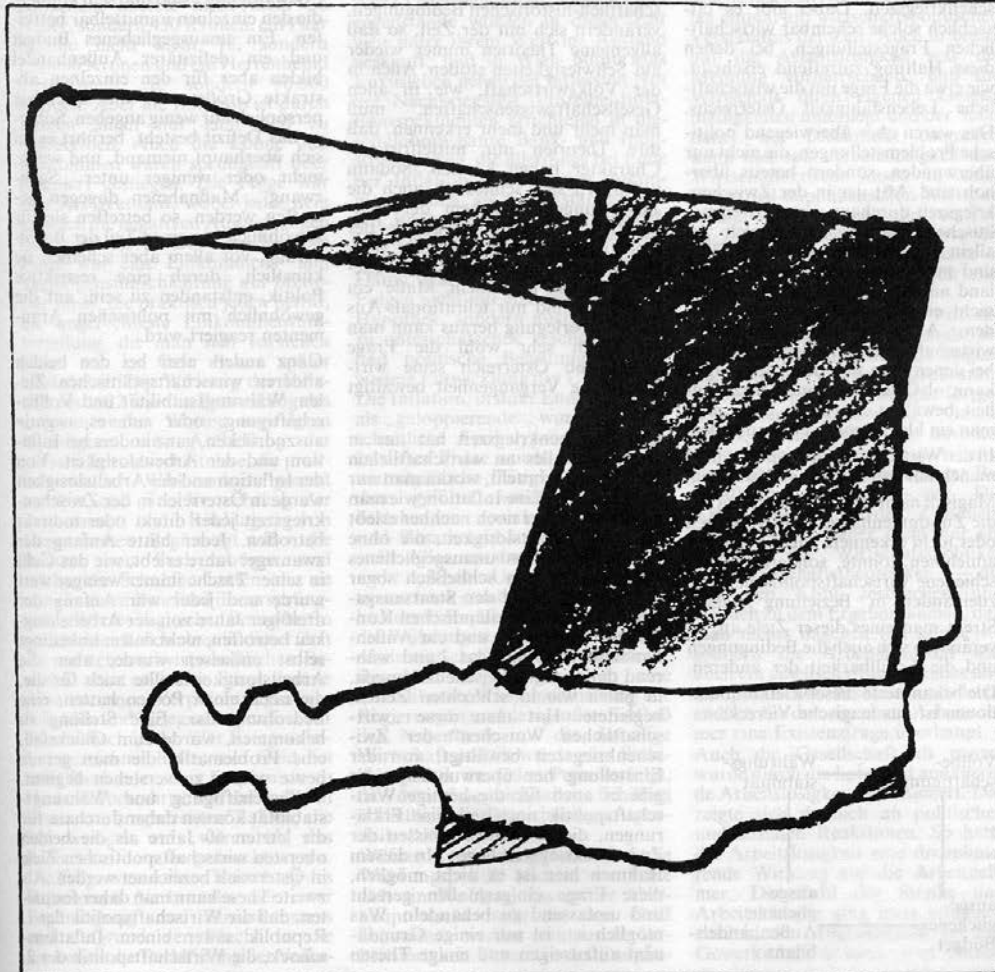
Anmerkungen

1. Zur Thematik im allgemeinen nennen wir unter Verzicht auf das umfangreiche frühere Schrifttum nur wenig neuere Titel, die jeweils ausführliche Biographien enthalten: Alfred D. Low, *Die „Anschluß“-Bewegung in Österreich und Deutschland, 1918–1919*, und die *Pariser Friedenskonferenz, Wien-Stuttgart 1919* — Radomir Luza, *Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit, Wien-Köln-Graz 1977*; Norbert Schausberger, *Der Griff nach Österreich. Der „Anschluß“-Wien-München 1978* — Lajos Kerekes, *Von St. Germain bis Genf. Österreich und seine Nachbarn 1918 bis 1922*, Wien-Köln-Graz 1979.
2. Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und „Anschluß“: Susanne Miller, *Das Ringen um die „einzigste großdeutsche Republik“. Die Sozialdemokratie in Österreich und im Deutschen Reich zur „Anschluß“-Zeit 1918/19*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 11, 1971 — Evelyn List, *Die Propaganda des Austromarxismus am Beispiel der sozialdemokratischen „Anschlußbewegung 1918–1933*, phil. Diss., Wien 1976.
3. Zum Verhältnis von Österreichischem Katholizismus und „Anschluß“: Anton Stadinger, *Zur „Österreich“-Ideologie des Ständestaats*, in: *Das Juliabkommen von 1936*, Wien-München 1977 — Erika Weinzierl, *Kirche und Nationalsozialismus in Wien im März 1938*, in: *Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte*, 2. Bd., Wien 1978 — Maximilian Liebman in diesem Heft: *politicum* 5.
4. Zur Geschichte der Ersten Republik Österreich überhaupt: Walter Goldinger, *Geschichte der Republik Österreich, Wien 1962* — Adam Wandruszka, *Österreichs politische Struktur, in: Heinrich Benedikt (Hrsg.), Geschichte der Republik Österreich*, 2. Aufl., Wien 1977.
5. In Zitiert: *Archiv für Sozialgeschichte* Ann. 11, 5, 20. Ann. 10.
6. 2. Richard G. Plaszchka — Horst Haselsteiner — Arnold Suppan, *Innere Front. Militärassistenten, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918*, 2. Bde., Wien-München 1974.
7. Erklärung der „Linken“, in: Otto Bauer, *Werkausgabe*, 5. Bd., Wien 1978, S. 123–130; die Zitate S. 129.
8. Otto Bauer, *Die österreichische Revolution*, in: *Werkausgabe*, 2. Bd., Wien 1978, S. 569. *„Die Revolution ist allerdings abgeklungen“*, in: Otto Bauer 1923, als: *„Die österreichische Revolution“* erstmals erschien, die Intentionen der „Linken“ von 1917 richtig wiederab; sogar in der „Erklärung“ selbst finden sich gegen Ende Sätze, die deutlich auf die „Wiederherstellung einer mächtigen, vom echten internationalen Geiste erfüllten... Gesamtpartei in Österreich“ abzielen, und zwar mit Hilfe der „internationalen Richtungen“ innerhalb der tschechischen und polnischen Arbeiterschaft. — Vgl. Erklärung der „Linken“ (wie Ann. 5), S. 130.

- 5 Vgl. die Resolution der „Linken“ von Wiener Neustadt, referiert von L. Kerkas (wie Anm. 1), S. 207. — Dort auch: S. 21. Anm. 12 — der wichtige Hinweis auf die Arbeit des sowjetischen Historikers W. M. Turok, Die russische Oktoberrevolution und ihre Rückwirkungen auf den Zusammenbruch der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, in: Die Auflösung des Habsburgerreiches, Wien 1970 — Vgl. auch O. Bauer, Die österreichische Revolution (wie Anm. 4), S. 576ff.
- 6 Ebenda, S. 586f.
- 7 Otto Bauer, Deutschland und wir, in: Arbeiter-Zeitung 16.10.1918, abgedruckt in: Werkausgabe 7. Bd., Wien 1979, S. 279–282; Zitat S. 282.
- 8 Der deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, hatte bei Mitgliedern der Prov. Nationalversammlung interveniert und davor gewarnt, schon im damaligen Zeitpunkt einen „Anschluß“-Beschluss zu fassen; vgl. N. Schaubberger (wie Anm. 1), S. 43f. — Auch aus O. Bauers unten in Anm. 12 nachgewiesener Argumentation ist zu ersehen, daß für viele der Entsch. der Nationalversammlung nur Alibi-charakter hatte.
- 9 Alfred D. Low (wie Anm. 1), S. 14–30.
- 10 O. Bauer (wie Anm. 7), S. 281.
- 11 O. Bauer, Das neue Europa, in: Arbeiter-Zeitung 17.10.1918, abgedruckt in: Werkausgabe, 7. Bd., Wien 1979, S. 283–287.
- 12 O. Bauer, Eine Zollunion?, in: Arbeiter-Zeitung 25.12.1918, abgedruckt in: Werkausgabe 7. Bd., Wien 1979, S. 290 bis 295; Zitat S. 291.
- 13 Ebenda, S. 291.
- 14 Ebenda, S. 294.
- 15 Ebenda, S. 294.
- 16 Vgl. N. Schaubberger (wie Anm. 1), S. 31ff.
- 17 Arbeiter-Zeitung 22.11.1918, zitiert bei A. D. Low (wie Anm. 1), S. 30.
- 18 O. Bauer, Das neue Europa (wie Anm. 11), S. 284.
- 19 Ebenda, S. 286.
- 20 Vgl. A. D. Low (wie Anm. 1), S. 34.
- 21 So der Titel eines über Kärnten handelnden Aufsatzes von

- Hanns Haas, Fortschritt und Deutschtum, Kärntner sozialdemokratische Slowenpolitik in der Ersten Republik, in: Gerhard Botz u. a. (Hg.), Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, Wien-München-Zürich 1978, S. 297–327.
- 22 Vgl. unten Anm. 26.
- 23 Vgl. z.B. Ernst Hanisch, Die sozialdemokratische Fraktion im Salzburger Landtag 1918–1934, in: Bewegung und Klasse (wie Anm. 21), S. 247–268, bes. S. 259ff.
- 24 Vgl. Gottfried Köfner, Eine oder viele Revolutionen? Das Verhältnis zwischen Staat und Ländern in Deutscherreich im Oktober und November 1918, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte 2, 1979 (erscheint im Spätherbst 1980), bes. Anm. 117.
- 25 G. Köfner (wie Anm. 24), bes. Anm. 118 — Vgl. den Beschluß der am 16. Februar 1919 in der konstituierende Nationalversammlung gewählten christlichsozialen Abgeordneten, wonach bei Verhandlungen über den „Anschluß“ auf die „vollkommene Sicherung der wirtschaftlichen Interessen Deutscherreiche Bedacht zu nehmen“ sein werde; Zitat nach Klaus Berchthold (Hg.), Die österreichischen Parteiprogramme 1868–1966, Wien 1967, S. 361 — Zu Seipel vgl. unten Anm. 36.
- 26 Die politische und wirtschaftliche Lage Österreichs. Genosse Dr. Karl Renner vor der Großen Arbeiterschaft, in: Arbeiterwille 17.1.1921.
- 27 Vgl. A. D. Low's Hinweis auf Robert Hamerlings „Doppelloyalität“; Low (wie Anm. 1), S. 8f.
- 28 Wie Anm. 26.
- 29 Robert Hinterregger, Die Anschlußagitation österreichischer Bundesländer während der Ersten Republik als europäisches Problem, in: Österreich in Geschichte und Literatur 22, 1978, S. 261–278.
- 30 Ebenda, bes. S. 266ff.
- 31 E. Hanisch (wie Anm. 23), S. 261.
- 32 Protokoll der Verhandlungen des Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutscherreichs, abgehalten in Wien vom 25. bis 27. November 1921, Wien 1922, S. 19f.
- 33 Stenograph. Protokolle über die Sitzungen des National-

- tes der Republik Österreich, 1. GP, 112. Sitzung (31. S. 1922), S. 3715.
- 34 Klaus Berchthold (Hg.), Die österreichischen Parteiprogramme (wie Anm. 23), S. 264.
- 35 Ebenda, S. 376.
- 36 Zitat nach Friedrich Rennhofer, Ignaz Seipel. Mensch und Staatsmann. Eine biographische Dokumentation, Wien-Köln-Graz 1978, S. 578. — Ferner zur Thematik Seipel und der „Anschluß“ Kleemann von Klempner, Ignaz Seipel, Staatsmann einer Krisenzeit, Graz-Wien-Köln 1976, bes. S. 249 bis 259 mit vielen weiteren Nachweisen. — Alexander Novotny, Ignaz Seipel im Spannungsfeld zwischen den Zielen des Anschlusses und der Selbständigkeit Österreichs, in: Österreich in Geschichte und Literatur 7, 1963, S. 260–266, dort auch S. 265f. Abdruck eines Briefes Seipels an Josef Zuck vom 2. Juli 1919, worin Seipel sagt, „daß einzig und allein das uneingeschränkte Anschließende ... uns den Frieden verschlechtert“.
- 37 Vgl. W. Goldinger (wie Anm. 1), S. 114. — A. Novotny (wie Anm. 36), S. 261.
- 38 A. Novotny (wie Anm. 36), S. 263.
- 39 Vgl. Isabella Ackerl, Das Kampfbündnis der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei mit der großdeutschen Volkspartei vom 15. Mai 1933, in: Das Jahr 1934, 25. Juli, hg. von Ludwig Jedlicka und Rudolf Neß (Veröff. der Wiss. Kommission Bd. 3), Wien 1975, S. 9–20.
- 40 E. Hanisch (wie Anm. 23), S. 253, Tabelle 2.
- 41 Vgl. A. Staudinger (wie Anm. 1). — Es ist in diesem Zusammenhang durchaus interessant zu sehen, daß Schisching durchaus an Plebiszite gedacht hat, u. a. auch zeitweise an eines der Wiedererrichtung der Monarchie in Österreich; vgl. dazu z.B. Niederschriften über seine Gespräche mit Otto von Habsburg, zitiert von Ingrid Mosser, Der Legitimus und die Frage der Habsburger-Restauration in der innenpolitischen Zielsetzung des autoritären Regimes in Österreich (1933–1938), phil. Diss. Wien 1979, bes. S. 365–377.
- 42 Gerhard Botz, Wien vom „Anschluß“ zum Krieg, Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien, 1938–39, Wien 1978, S. 179 f.



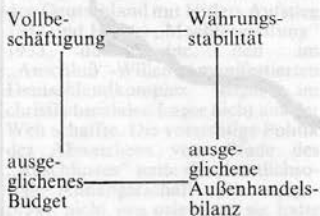
VOM INFLATIONSSCHOCK ZUM ARBEITSLOSENSCHOCK — DIE WIRTSCHAFTLICHE SITUATION IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT

Bei der Frage „Hat Österreich seine Vergangenheit bewältigt?“ erscheint die wirtschaftliche Seite vielen nur eine Ergänzung zu sein oder eine Kulisse, um die davorstehende politische Dimension nur noch deutlicher werden zu lassen. Diese Haltung ist vielleicht selbst noch ein unbewältigtes Erbe aus der Zwischenkriegszeit. Dabei gibt es tatsächlich solche scheinbar wirtschaftlichen Fragestellungen, bei denen diese Haltung zutreffend erscheint, wie etwa die Frage um die wirtschaftliche Lebensfähigkeit Österreichs. Das waren aber überwiegend politische Problemstellungen, die nicht nur überwunden, sondern bereits überholt sind. Mit der in der Zwischenkriegszeit durchaus vertretbaren politischen Haltung, Österreich sei allein wirtschaftlich nicht lebensfähig und müßte sich daher an Deutschland anschließen, würde man heute nicht einmal mehr ausgelacht werden. Aber es gibt auch echte wirtschaftliche Problemstellungen, bei denen man sich durchaus fragen kann, ob Österreich seine Vergangenheit bewältigt hat, doch dazu muß man ein klein wenig weiter ausholen.

In der Wirtschaftspolitik spricht man manchmal von magischen Vielecken. Magisch nicht so sehr deshalb, da wir die Zusammenhänge nicht verstehen oder nicht erkennen, wie ein Zyniker annehmen könnte, sondern da verschiedene wirtschaftspolitische Ziele zueinander in Beziehung stehen.

Strebt man eines dieser Ziele an, so verändern sich auch die Bedingungen und die Erfüllbarkeit der anderen.

Die bekannteste dieser Zielkombinationen ist das magische Viereck:



Bemühungen zur Erfüllung eines dieser Ziele berühren so gut wie immer — positiv oder negativ — auch die Bedingungen zur Erfüllung der anderen Ziele. Wobei es die Volkswirtschaftstheorie hier wohl besonders schwer hat, denn die Zusammenhänge zwischen diesen wirtschaftlichen Zielen, die wirtschaftlich-historischen Bedingungen, verändern sich mit der Zeit, so daß allgemeine Theorien immer wieder auf Schwierigkeiten stoßen. Auch in der Volkswirtschaft, wie in allen Gesellschaftswissenschaften, muß man mehr und mehr erkennen, daß ihre Theorien nur mittelfristigen Charakter haben können. Sodann verändern sich schließlich auch die Zielsetzungen. Welchem der wirtschaftspolitischen Ziele gerade der Vorrang eingeräumt wird, die Wertigkeit der wirtschaftspolitischen Ziele ist selbst in hohem Maße ein Politikum und nur teiltrational. Aus dieser Überlegung heraus kann man schließlich sehr wohl die Frage stellen, ob Österreich seine wirtschaftliche Vergangenheit bewältigt hat.

Die Zwischenkriegszeit hat uns in Österreich alles an wirtschaftlichen Problemen gebracht, woran man nur denken kann: Eine Inflation, wie man sie weder vorher noch nachher erlebt hat, eine Arbeitslosigkeit, die ohne Beispiel war, ein so unausgeglichenes Budget, daß man schließlich sogar der Überwachung der Staatsausgaben durch einen ausländischen Kontrolleur zustimmte, und ein Außenhandelsdefizit, das das Land während der ganzen Zwischenkriegszeit, in guten wie in schlechten Zeiten, begleitete. Hat man diese „wirtschaftlichen Watschen“ der Zwischenkriegszeit bewältigt, von der Einstellung her überwunden, oder gibt es auch für die heutige Wirtschaftspolitik noch teilweise Erklärungen, die in den Ereignissen der Zwischenkriegszeit liegen? In diesem Rahmen hier ist es nicht möglich, diese Frage einigermaßen gerecht und umfassend zu behandeln. Was möglich ist, ist nur einige Grundlinien aufzuzeigen und einige Thesen

vorzulegen, bewußt zu vereinfachen und die vielen „Wenn“ und „Aber“ einmal wegzulassen.

Als erste These kann man einmal festhalten, daß nur solche wirtschaftlichen Probleme länger in einem gesellschaftlichen Gedächtnis bleiben, nur solche Gegenstand einer „Bewältigung“ sind und sein können, die den einzelnen unmittelbar betreffen. Ein unausgeglichenes Budget und ein defizitärer Außenhandel bilden aber für den einzelnen abstrakte Größen, die ihn scheinbar persönlich nur wenig angehen. Solange das Defizit besteht, berührt es an sich überhaupt niemand, und wenn, mehr oder weniger unter „Sachzwang“, Maßnahmen dagegen getroffen werden, so betreffen sie für gewöhnlich nur einen Teil der Bevölkerung, vor allem aber scheinen sie künstlich, durch eine restriktive Politik, entstanden zu sein, auf die gewöhnlich mit politischen Argumenten reagiert wird.

Ganz anders aber bei den beiden anderen wirtschaftspolitischen Zielen, Währungsstabilität und Vollbeschäftigung, oder um es negativ auszudrücken, ganz anders bei Inflation und der Arbeitslosigkeit. Von der Inflation und der Arbeitslosigkeit wurde in Österreich in der Zwischenkriegszeit jeder direkt oder indirekt betroffen. Jeder hatte Anfang der zwanziger Jahre erlebt, wie das Geld in seiner Tasche immer weniger wert wurde und jeder war Anfang der dreißiger Jahre von der Arbeitslosigkeit betroffen, nicht daß er unbedingt selbst entlassen wurde, aber die Arbeitslosigkeit stellte auch für die, die noch einen Posten hatten, eine Bedrohung dar. Eine Stellung zu bekommen, wurde zum Glücksfall, eine Problematik, die man gerade heute wieder zu verstehen beginnt. Vollbeschäftigung und Währungsstabilität können daher durchaus für die letzten 60 Jahre als die beiden obersten wirtschaftspolitischen Ziele in Österreich bezeichnet werden. Als zweite These kann man daher festhalten, daß die Wirtschaftspolitik der 1. Republik unter einem Inflationschock, die Wirtschaftspolitik der 2.

Republik unter einem Arbeitslosenschock stand. Das ist sicher grob vereinfacht, trifft aber wahrscheinlich den Kern der Sache.

Die in der Kriegsfinanzierung und den politischen Bedingungen der Nachkriegszeit begründete Inflation hatte bis Ende 1922 ein bestürzendes Ausmaß angenommen. Bis dahin war die Krone auf $1/15.000$ ihres Wertes von 1913 (gemessen am Gold) gefallen. Die Geldmenge war von 3,4 Milliarden 1914 auf 42,6 Milliarden Ende 1918 und schließlich sogar auf 193 Milliarden Kronen Ende 1921 angestiegen. Die Golddeckung der Währung, die vor dem Krieg fast 75% betragen hatte, war praktisch auf Null gefallen. Die Preise stiegen vor dem Krieg bis 1922 bei Zucker von 80 Heller pro Kilo auf 21.000 Kronen, bei Brot von 46 Heller pro Kilo auf 5760 Kronen, bei Mehl von 36 Heller auf 11.000 Kronen, ein Straßenbahnfahrtschein kostete nicht mehr 36 Heller, sondern 430 Kronen, ein Paar Schuhe nicht mehr 18, sondern 150.000 Kronen und ein Herrenhemd nicht mehr 20, sondern 90.000 Kronen. Aber die Inflation ist durch Zahlen allein nur zum Teil zu beschreiben. Auch die Löhne und Einkommen waren sprunghaft oder indexiert gestiegen. Die Folge war eine Art Wettlauf, wobei jeder dem anderen die negativen Auswirkungen der Inflation aufladen wollte. Die Folge war eine Einkommens- und Vermögensumschichtung auf breiter Basis, die praktisch jeden betraf, die ungerechteste Einkommensverteilung, die man sich vorstellen kann, wie es Otto Bauer später ausdrückte. Die Wirkung der Inflation bis 1922 war die Entwertung des nicht in realen Werten angelegten Vermögens, eine Aufhebung der meisten Schuldverhältnisse, die praktisch außer Wirksamkeit gesetzt wurden, und eine Vernichtung der Ersparnisse und Rücklagen von Generationen. Begünstigt waren die Besitzer von Sachvermögen und solche, die Schulden hatten, die sie nun für einen Bruchteil des ursprünglichen Wertes begleichen konnten. So entschuldeten sich etwa in dieser Zeit die meisten landwirtschaftlichen Betriebe, aber auch der Staat konnte seine enormen Verpflichtungen aus Schulden und Kriegsanleihen fast zur Gänze abschütteln. Wer Kriegsanleihen gezeichnet hatte, sein Geld bei einer Bank oder seine Ersparnisse zu Hause aufbewahrte, war nur mehr im Besitz von ungedeckten Zahlen, die fast weniger wert waren als das Papier, auf dem sie gedruckt waren. Die Folge waren eine Drosselung des allgemeinen Verbrauchs bei einer Begünstigung des Luxuskonsums und aufgrund der Flucht in die Sachwerte die Entblößung der Volks-

wirtschaft von ihren Lagervorräten. Verhängnisvoll war auch, daß mit großem Eifer durchgeführte Investitionen in der Inflationszeit vielfach fehlgeleitet wurden, da die Preiswirren den Unternehmen jede Sicht und zweckmäßige Orientierung nahm.

Doch die Inflation hatte nicht nur wirtschaftliche Folgen. Auch auf dem gesellschaftlich-moralischen Bereich hatte die Währungskatastrophe schwerwiegende Auswirkungen, die sich allerdings weniger exakt belegen lassen. Die Inflation war eine „Entwertung aller Werte“. Man bekam für sein Geld, seine Arbeit nicht mehr den vorher vereinbarten Gegenwert. Kaum ein ausländischer Mensch hatte noch Geld, wie es Erich Kästner formulierte. Seriöse Kaufleute, die nicht flexibel genug waren, kamen unter die Räder, während andere über Nacht ein Vermögen erwerben konnten. Wer Devisen hatte, dem stand Österreich offen. Viele Kunstgegenstände wurden in dieser Zeit weit unter ihrem Wert ins Ausland verkauft, und in Wien blühte das Luxusleben neben der bittersten Not der Nachkriegszeit. Einzelne Inflationsspekulanten errichteten in diesen Jahren ganze Bank- und Industrieimperien, die allerdings bei Ende der Inflation noch rascher zusammenbrachen, als sie entstanden waren. Breite Schichten der österreichischen Bevölkerung waren aber verarmt, ihre Ersparnisse entwertet. Damit war die Inflation in ihren Folgen nicht nur eine wirtschaftliche Hypothek, sondern auch eine nicht zu unterschätzende gesellschaftliche und politische Belastung für die weitere Entwicklung der 1. Republik. Die Inflation, in ihrer Endphase 1922 als „galoppierende“, wurde als wirtschaftliche Apokalypse empfunden. In dieser Phase wurde nicht nur die wirtschaftliche Tätigkeit ad absurdum geführt, sondern auch die bestehenden sozialen Verhältnisse und Zusammenhänge in Frage gestellt. Alles, nur das wollte man nicht mehr erleben. Unter diesem Inflationschock stand die Wirtschaftspolitik der 1. Republik, durch ihn wurde die Währungsstabilität das dominierende wirtschaftspolitische Ziel der 1. Republik. Begünstigt durch eine quasi liberale Wirtschaftshaltung der Regierungen und den großen Einfluß der Notenbank auf die damalige Wirtschaftspolitik wurde eine Stabilitätspolitik um jeden Preis verfolgt, die dem österreichischen Schilling schließlich die Bezeichnung „Alpendollar“ einbrachte.

Während man so gebannt auf die Währungspolitik blickte, verstärkte sich ein Problem, das später überhaupt nicht mehr in den Griff bekommen werden konnte: die Arbeitslosigkeit. Bereits in der Endpha-

se der Inflation begann die Arbeitslosigkeit stark zu steigen, und spätestens 1924/25 mußte man erkennen, daß die Arbeitslosigkeit trotz Verbesserung der Wirtschaftslage, trotz zunehmender Produktion und wachsendem Bruttonationalprodukt weiter anstieg.

Österreich schien zu viele Arbeitskräfte aufzuweisen oder gar überbevölkert zu sein. Wie sollte den 200.000, 300.000 oder gar 400.000 Menschen, die eine Beschäftigung suchten, je ein Arbeitsplatz gegeben werden? In der Weltwirtschaftskrise erreichte dann auch die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt: Anfang 1933 waren in Österreich mehr als eine halbe Million oder etwa jeder vierte Arbeitnehmer arbeitslos.

Ein wirklich energisches Vorgehen gegen die Arbeitslosigkeit hat es von seiten der Wirtschaftspolitik und des Staates in Österreich in der Zwischenkriegszeit nicht gegeben. Das lag einmal am wirtschaftspolitischen Verständnis der Zeit. Auch in bezug auf die Arbeitslosigkeit war die Meinung vorherrschend, daß die Wirtschaft ihren eigenen Gesetzmäßigkeiten unterliegt und der Staat daher nur beschränkt eingreifen kann und soll. Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen waren in einer industriell-kapitalistischen Welt nun einmal Erscheinungen, die von Zeit zu Zeit auftraten, aber — wie die Geschichte scheinbar gezeigt hatte — auch immer wieder praktisch von selbst verschwanden.

In der Zwischenkriegszeit trat die Arbeitslosigkeit aber erstmals als Massenerscheinung auf. Es zeigten sich erstmals Folgen von Strukturänderungen und Krisen in einer fortgeschrittenen industriellen Gesellschaft, wo ein Großteil der Bevölkerung ausschließlich auf ein Arbeits-einkommen aus unselbständiger Beschäftigung angewiesen war. Die Arbeitslosigkeit in der Zwischenkriegszeit war daher nicht nur ein Problem der Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheoretiker — die sich den Kopf zerbrachen und vielfach zu dem Ergebnis kamen, daß man nichts dagegen tun könne —, sondern die Arbeitslosigkeit war auch ein gesellschaftlich-soziales und ein politisches Problem und letztendlich für den einzelnen Arbeitnehmer eine Existenzfrage überhaupt.

Auch die Gesellschaft als ganzes wurde durch die hohe und andauernde Arbeitslosigkeit verunsichert. Das zeigte sich deutlich an politischen und sozialen Reaktionen. So hatte die Arbeitslosigkeit eine disziplinierende Wirkung auf die Arbeitnehmer. Die Zahl der Streiks und Arbeitskämpfe ging ganz erheblich zurück, die Mitgliederzahl bei den Gewerkschaften sank, und ebenso

verringerte sich die Zahl der jährlichen Krankentage pro Arbeitnehmer ganz erheblich. In dieser Extremsituation, wie es vor allem die Weltwirtschaftskrise für die Arbeitnehmer war, gerieten vor allem die gesellschaftlichen Randgruppen unter Druck. Das galt nicht nur für die ausländischen Arbeitnehmer, deren Arbeitsmöglichkeiten in ganz Europa durch Inlandsarbeitschutzgesetze erheblich eingeschränkt wurden, sondern auch für die berufstätigen Frauen und die jugendlichen Arbeitnehmer.

Bereits aus diesen wenigen Aspekten wird klar, daß der Arbeitslosigkeit auch eine politische Bedeutung beizumessen war. Das Unvermögen der 1. Republik, das Arbeitslosenproblem zu lösen, hat sicher die antidemokratischen Zeittendenzen verstärkt und zu einer Beziehungslosigkeit gegenüber der Demokratie geführt. Gewisse Radikalisierungstendenzen sind ebenfalls nicht zu übersehen, aber nicht so sehr bei den Arbeitslosen, die zu sehr mit dem Kampf um ihre tägliche Existenz beschäftigt waren, sondern bei denen, die noch auf einem Arbeitsplatz saßen und Angst hatten, ihn zu verlieren. Denn Arbeit war spätestens im Ständestaat zu einem politischen Privileg geworden. Das zeigte sich bei der durch Verordnung festgelegten bevorzugten Vermittlung von Arbeitsplätzen an Angehörige des dem System treu gegenüberstehenden Schutzkorps ebenso wie die Forderungen, Gegner des Ständestaates von ihren Arbeitsplätzen zu entfernen.

Gerade die Arbeitslosigkeit gibt daher eine Erklärung dafür, wie wenig Widerstand zuerst der Aufhebung der Demokratie und dann dem Anschluß an das Deutsche Reich entgegengesetzt wurde. Die Bevölkerung war durch die wirtschaftlichen Probleme zu sehr geschwächt, um für eine Republik, bei der zwar im Parlament der Klassenkampf auf zum Teil recht hohem geistigem Niveau geführt wurde, die aber nicht imstande war, die anstehenden konkreten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme zu lösen, entschieden einzutreten.

Am Anfang der 2. Republik war der Inflationsschock überwunden, oder besser, durch den Arbeitslosenschock verdrängt. Denn zumindest die erste Politikergeneration der Nachkriegszeit hatte ihre Erfahrung noch aus der Zwischenkriegszeit mitgebracht und ihre Lektion in Sachen Arbeitslosigkeit gelernt. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren in Österreich nicht nur die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen anders, sondern auch die wirtschaftspolitische Einstellung. Einer kapitali-

stischen, quasi liberalen Wirtschaftspolitik folgte der Interventionsstaat, im wirtschaftlichen Bereich auch verbrämt „soziale Marktwirtschaft“ genannt. Auch die Einflußzentren der österreichischen Wirtschaftspolitik hatten sich verlagert, weg von der ehemals fast monopolistischen Stellung der Nationalbank hin zu den Gewerkschaften und damit auch hin zu einer starken Betonung der Vollbeschäftigung.

Der Erfolg dieser neuen österreichischen Wirtschaftspolitik ist nicht zu leugnen und nicht zu übersehen: Es geht uns so gut wie nie zuvor. Wir haben hier scheinbar im positiven Sinne unsere Vergangenheit bewältigt und durch den Schock der Arbeitslosigkeit gelernt. Ein Vergleich der Arbeitslosigkeit der Zwischenkriegszeit mit der nach dem Zweiten Weltkrieg zeigt den imponierenden wirtschaftlichen Erfolg der 2. Republik.

Aber als kritischer Wirtschaftstheoretiker muß man hier in die Rolle der Cassandra schlüpfen: Es ist sehr wohl richtig, daß eine strukturelle, stetig ansteigende Arbeitslosigkeit wie in den zwanziger Jahren in Österreich nach dem Zweiten Weltkrieg nicht aufgetreten ist. Die bedeutend günstigeren weltweiten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen spielten hierbei sicher eine große Rolle. Aber auch nach dem Ersten Weltkrieg kam der große Sprung in die Arbeitslosigkeit erst, nachdem der Krieg wirtschaftlich überwunden war, nachdem von Kriegs- auf Friedensproduktion umgestellt worden war und der erste Nachholbedarf erfüllt werden konnte. Das war etwa 10 Jahre nach dem Krieg, Ende der zwanziger Jahre. Erst dann kam man in die großen Überkapazitäten und -produktionen hinein, erst dann stieg die Arbeitslosigkeit sprunghaft und stark an. Die „wirtschaftliche Normalisierung“ nach dem Zweiten Weltkrieg dauerte bedeutend länger, schon allein aufgrund der weitaus größeren Zerstörungen. Es erfolgte nicht nur eine Umstellung von Kriegs- auf Friedensproduktion, sondern auch ein Wiederaufbau. Zusätzlich war aufgrund einer gewissen Umverteilung das allgemeine Konsum- und Bedarfsniveau außerordentlich gestiegen. Aber Ende der sechziger Jahre war dieser Nachholbedarf weitgehend befriedigt, Krieg und Kriegsfolgen waren wirtschaftlich bewältigt. Und nun begann das Problem der Arbeitslosigkeit wieder aktuell zu werden, auch wenn man in Österreich damit bisher noch relativ gut zurechtgekommen ist: Wohl nicht zuletzt aufgrund des Arbeitslosenschocks, der immer noch sitzt. Denn eines kann man aus der

Erfahrung der Zwischenkriegszeit mit der hohen Arbeitslosigkeit auch für heute noch ableiten: Ein wirtschaftlich-politisches System, das die soziale Rolle des einzelnen in der Hauptsache über seinen Arbeitsplatz definiert und dann nicht jedem auch einen solchen Arbeitsplatz zuteilen kann, stellt sich grundsätzlich in Frage, ganz gleich, ob es sich Kapitalismus oder soziale Marktwirtschaft nennt.

DIE KIRCHE IN ÖSTERREICH, IHR VERHÄLTNIS ZUM STANDESTAAT, ZUR NS-BEWEGUNG UND IHRE ROLLE IN DER ANSCHLUSSZEIT

In der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit kann das vorgegebene Thema nur skizzenhaft behandelt und praktisch nur die „sky-line“ jener Geschichte konturenhaft gezogen werden. Dies wird in vier Schwerlinien bzw. Abschnitten mit unterschiedlicher Länge erfolgen:

- I. Die Kirche und die parlamentarische Republik
- II. Das Verhältnis der Kirche zum Ständestaat
- III. Die NS-Bewegung und die Kirche
- IV. Die Rolle der Kirche in der Anschlusszeit

I. Österreichs Kirche und die parlamentarische Republik

1. Die Kirche und der Umsturz im November 1918

Bereits unmittelbar nach dem Umsturz im November 1918 bemächtigte sich die austro-marxistische Hetze des Wiener Erzbischofs Kardinal Friedrich Gustav Piffl¹⁾ (1864 bis 1932). „Zutreiber des Massenmordes“ war der Titel, den die sozialdemokratische Presse dem Kardinal ob seiner Äußerungen in Predigten und Hirtenbriefen während des Krieges des öfteren gab. Seine bedingungslos patriotische Haltung trug ihm von derselben Seite auch die Qualifikation „Kriegshetzer“ ein. Dies obwohl sich die Kirche, an der Spitze gerade der Wiener Erzbischof, der die Leitung der österr. Kirche 1918 ohne zu zögern in die Hand nahm, völlig loyal zum neuen Staat der Republik Deutschösterreich, wie der übriggebliebene Rest der Monarchie sich nannte, verhielt. Der Kardinal geht sogar so weit, daß er seinen Geistlichen noch am 12. November 1918 die Anweisung gibt, die Gläubigen zur unbedingten Treue gegenüber dem Staat Deutschösterreich, den die provisorische Nationalversammlung eben zur Republik erklärt hatte, zu ermahnen.²⁾

Wegen dieser Anweisung und ihrer Begründung — die Staatsform sei für den Katholiken kein Dogma —, setzte sich die Kirche, setzten sich die Bischöfe, vor allem natürlich der

Kardinal selber, heftigster Kritik aus den eigenen Reihen aus. Treulosigkeit, Verrat, Hinterhältigkeit, Unglaubwürdigkeit, Doppelzüngigkeit waren die Vorwürfe, die sie zu hören bekamen. — Diese Kritiken und Zensuren sollten übrigens 20 Jahre später, hervorgerufen durch die Bischofserklärung im März 1938, eine gewisse Parallele erleben.³⁾

Am Sonntag, dem 10. November 1918, vormittag, überbrachte des Kaisers Privatsekretär Hauptmann Werkmann im Auftrage seines Herren, des Kaisers, dem Kardinal in der Rotenturmstraße ein Schreiben. Der Kaiser appellierte in dem handgeschriebenen Brief an Kardinal Piffl, er möge beim Prälaten Johann Nepomuk Hauser⁴⁾, dem neuen Führer der Christlichsozialen Partei, intervenieren, daß seine Partei ihrem Beschluß treu bleibe und zum Kaiser stehe.⁵⁾ Der Kardinal liest den Brief, verbrennt ihn wunschgemäß bis auf des Kaisers Unterschrift, die er abreißt und zum Andenken aufbewahrt⁶⁾, und erklärt dem wartenden Kaisersekretär pathetisch lapidar: „Ich erfülle meine Pflicht.“⁷⁾ Bald darauf begibt er sich zum Prälaten Hauser ins Parlament.

An jenem rauhen, nebelverhangenen Novembersonntagmorgen hatte aber auch ein anderer das erzbischöfliche Palais in Wien betreten. Es ist dies der Wiener Fiakersohn, der kath. Moraltheologe zunächst von Salzburg, dann von Wien und letzte Minister für soziale Fürsorge in der kaiserlichen Regierung, Prälat der röm.-kath. Kirche, den Viktor Reimann dem Staatsmann Fürst Metternich an Können und Bedeutung zur Seite stellt und zu groß für Österreich einstuft, nämlich: Dr. Ignaz Seipel.⁸⁾ An jenem Sonntagmorgen drückten so Vertreter der alten untergehenden monarchischen Ordnung und der neuen republikanischen Macht die Türschnallen im erzbischöflichen Palais. Die Kirche wurde ohne eigenes Zutun Zeuge und Drehscheibe brisantester Politik, der Kardinal zu einer Art Schlüsselfigur dramatischer, politischer Entscheidung von höchster Tragweite. Seipel, der nun

immer mehr ins Zentrum des politischen Geschehens rückt und die Bühne der Handlung betritt, geht zum Kardinal, um sich — wie aus seiner Tagebucheintragung vom 10. November 1918 hervorgeht⁹⁾ — in einer äußerst heiklen Frage Rat zu holen. Die Sozialdemokraten mit dem späteren Staatskanzler Karl Renner¹⁰⁾ an der Spitze forderten nämlich die förmliche Abdankung des Kaisers. Prälat Hauser, der Führer der Christlichsozialen, war für eine mildere Form, die aber auf dasselbe hinauslief, nämlich: Der Staatsminister für soziale Fürsorge, Seipel also, solle den Kaiser zur freiwilligen Abdankung bewegen. Da sah der Priester Seipel die Stunde gekommen, um seinen Bischof, den Kardinal, zu Rate zu ziehen; dieser spricht sich dem Ratsuchenden gegenüber ganz entschieden gegen jedwede Form der Abdankung aus.¹¹⁾

Renner's Manifestentwurf, mit dem Kernpunkt der Abdankung des Kaisers, wird zur Verzichtserklärung des Kaisers auf Ausübung der Staatsgeschäfte umgedrückt. Der Schlüsselsatz im endgültigen Text: „Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften“, wird in der Literatur allgemein Seipel zugeschrieben.¹²⁾ Wieweit dies auf die skizzierte Aussprache mit dem Kardinal zurückzuführen ist, wird sich kaum jemals einwandfrei klären lassen.

Kardinal Piffl ruft, aus dem Parlament zurückgekehrt, den Sekretär des Kaisers telefonisch herbei und eröffnet ihm die Treueversicherung der Christlichsozialen. Anschließend teilt er ihm aber auch seine Meinung über die politische Situation mit, die in der Feststellung gipfelt, daß die Entscheidung über die Staatsform in die Hände des Volkes gelegt werden soll. Diese Position deckt sich nicht unwesentlich wiederum mit dem kaiserlichen Manifest, das darauffolgenden Tages veröffentlicht wird, in dem es auch heißt: „Im voraus erkenne ich die Entscheidung an, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform trifft. Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen.“¹³⁾

Prälats Seipel, der bis zur Manifest-
unterzeichnung bei der kaiserlichen
Familie Persona grata, wenn nicht
gar gratissima war, ist es nachher,
insbesondere nach dem 12. Novem-
ber, bei der exilierten Familie nicht
mehr. Ähnlich erges es dem Kardinal;
die zahlreichen handgeschriebenen
Briefe der Exkaiserin an den
Kardinal sprechen eine sehr beredte
Sprache. „Armes, ehemals katholi-
sches Österreich!“ ist ein beliebter
Ausruf besagter, heute hochbetagter
in der Schweiz lebenden erlauchten
Dame in den apostrophierten Briefen,
die das Wiener Diözesanarchiv
in Verwahrung hält.

Es zeigt von großem Mut und tiefem
Verantwortungsbewußtsein des Kar-
dinals, daß er just an dem Tag in der
Rotenturmstraße seinen Hirtenbrief
verfaßt, in dem auf der Ringstraße
vor dem Parlament revolutionäre
und verhetzte Proletarier sich der rot-
weiß-roten Fahne bemächtigen und
den weißen Streifen herausreißen, so
daß nur rote Fetzen übrigbleiben.
Während Schüsse fallen, Tote und
Verletzte auf der Straße liegen¹⁴⁾,
diktiert der Erzbischof sein Hirten-
wort, in dem er die Priester auffor-
dert, die Gläubigen zur unbedingten
Treue gegenüber diesem eben prokla-
mierten Staat, der Republik, zu
ermahnen.¹⁵⁾ Drei Tage später, am
Freitag, dem 15. November, hält der
Erzbischof eine große Kleruskonferenz,
an der auch der kommende
Mann Österreichs, Dr. Ignaz Seipel,
teilnimmt. Hier hält Piffl eine pro-
grammatische Ansprache, man ist
beinahe gewillt, von einer Parteitage-
rede zu sprechen. Diese unedirierte,
im Wiener Diözesanarchiv aufbewahrte
Rede¹⁶⁾ gipfelt im dramatischen
Aufruf: „Ein wichtiger Moment für
den künftigen Wahlkampf ist die
grundsätzliche Ausschaltung der Pa-
role „Monarchie oder Republik?“.
Diese Frage ist vorderhand grund-
sätzlich zurückzustellen.“ Derselbe
Kardinal, der vierzehn Tage zuvor
noch mit donnernder Stimme die
Lösung in die Menge rief: „Gut und
Blut für unseren Kaiser, Gut und
Blut für unser Vaterland!“, ruft jetzt
beschwörend seinen Priestern zu:
„Ich warne nachdrücklich, mit dieser
Parole „Monarchie oder Republik?“
in den Kampf zu gehen. Sie könnte
ungeheuer schaden... Diese Frage:
Monarchie oder Republik? müssen
wir künftigen, ruhigeren Zeiten zur
Entscheidung, sei es im Wege eines
Volksreferendums, sei es im Wege
der künftigen Konstituante, überlas-
sen.“

2. Der Kardinal im Zweifrontenkrieg — Katholiken bekämpfen die Repu- blik und den Parlamentarismus

Der Kardinal war mit dieser seiner
Haltung über seinen eigenen Schat-
ten gesprungen. Er wies zwar der

Kirche, den Gläubigen, einen ande-
ren Weg als den der Restauration,
aber nicht alle verstanden ihn und
folgten ihm, für viele war er schlicht
und einfach der Verräter, der um ein
billiges Linsengericht Heiliges, Un-
aufgebautes, den Thron verkauft und
dafür die Republik mit ihrem lärm-
den, streitenden und manchenmal
chaotisch anmutenden Parlament
eingehandelt hat.

Der Kampf gegen Republik und
Parlamentarismus wurde von An-
fang an (geradezu leidenschaftlich)
von dem aus Württemberg stam-
menden, 1913—1918 bei der christlich-
sozialen Tageszeitung „Reichspost“
tätigen katholischen Journalisten Dr.
Joseph Eberle und seinen Gesin-
nungsfreunden in der Zeitschrift
„Das Neue Reich“ geführt.¹⁷⁾
Piffl und mit ihm viele treue
Katholiken mußten von nun an einen
zermürbenden Zweifrontenkrieg füh-
ren, gegen die Legitimisten und
Monarchisten in den ureigensten
Reihen auf der einen Seite — die in
zwei Flügel gespaltene christlich-
soziale Partei drohte in zwei Parteien zu
zerfallen — und gegen die Kultur-
kämpfer, die unter dem Motto
„Trennung von Kirche und Staat“
die Kirche aus der Öffentlichkeit
drängen und in die Sakristei verban-
nen wollten, auf der anderen Seite.
Manche gerieten, ähnlich wie der
ehemalige kaiserliche Minister Alex-
ander Spitzmüller, in Gewissenskon-
flikte. Konnten sie, die dem Kaiser
den Treueid geleistet hatten, öffent-
liche Ämter in der Republik anneh-
men? Dieses einem gordischen Knoten
gleich verschlungene Problem
löste Piffl auf die Art, daß er erklärte,
es sei unbedingt Pflicht der Christen,
dem Vaterland unabhängig von der
Staatsform zu dienen;¹⁸⁾ auch hierin
witterten manche gläubigen Katholi-
ken Verrat.

Dem Betreiben des späteren Bun-
despräsidenten Wilhelm Miklas¹⁹⁾,
den 1922 auf Madeira verstorbenen
Kaiser Karl selig- und dann heilig-
sprechen zu lassen,²⁰⁾ stand die
Kirche äußerst reserviert gegenüber.
Man fürchtete nämlich, die Kirche
werde dadurch über den Umweg von
Heiligenschein, Kerzen- und Weih-
rauchduft vor den Karren des
Legitimus gespannt.

Die Frage, wie wäre es gewesen, hätte
Wiens Erzbischof anders ent-
schieden, hätte er damals in den grauen
Novembertagen die Katholiken auf-
gerufen, nicht der Republik, sondern
weiterhin dem Kaiserhaus die Treue
zu halten, läßt sich wohl stellen, von
der Geschichte her aber nicht beant-
worten. Daß des Kardinals geradezu
staatsmännische Haltung in der
Geschichtsschreibung aber kaum ge-
würdigt wird, seine Verdienste um
das neue Österreich in den Ge-

schichtsbüchern weitgehend ver-
nachlässigt werden, wird man aber
ihm selber nicht anlasten können.

3. Kirche und Koalition zwischen Christlichsozialer Partei und Sozial- demokraten

In der Frage des Weiterbestehens der
Koalitionsregierung der Christlich-
sozialen Partei mit den Sozialdemo-
kraten, die die innenpolitische Dis-
kussion des Jahres 1920 weithin
beherrschte und deren Bestand im
Juni desselben Jahres sein Ende fand,
war der Kardinal ein ganz ent-
scheidender Anhänger dieser Koalition.
Anders hingegen der Politiker-Prälats
Seipel, dieser verhielt sich einer
schwarz-roten Koalition gegenüber
sehr reserviert und bislang ableh-
nend. Beim Parteitag der Christlich-
sozialen, der vom 28. Februar bis 1.
März 1920 in Wien abgehalten wurde,
prallten die Meinungen für und wider
die Koalition mit den Sozialdemo-
kraten hart aufeinander. Der von den
Austro-Marxisten vehement geführte
Kulturkampf bzw. ihre Politik der
Trennung von Kirche und Staat, wie
sie es nannten, war der Grund,
warum viele Delegierte für die
Beendigung dieser Koalition ein-
traten. Am 1. März nun ergriß der
damalige Unterstaatssekretär, der
schon genannte spätere Bundespräsi-
dent Wilhelm Miklas, das Wort und
teilte den streitenden Parteimännern
mit, er habe in dieser Frage mit dem
Kardinal eine ausführliche Unter-
redung gepflogen und dieser habe sich
trotz des sozialdemokratischen Kul-
turkampfes, trotz der ständigen, in
persönlichen Beschimpfungen und
Beleidigungen seiner Person — „Zu-
treiber des Massenmordes“, „Kriegs-
hetzer“, „Dirnenkardinal“ — waren
übliche Epitheta²¹⁾ —, der Hierarchie
überhaupt und des einfachen Klerus
ganz entschieden gegen den Bruch
der Koalition ausgesprochen. Dann
rief Miklas den verdutzten Koali-
tionsgegnern unter den Parteisol-
daten zu: „Wollen Sie päpstlicher sein
als der Papst? Wollen Sie trotzdem
uns vorwerfen, daß wir durch Lau-
heit in kulturellen Dingen die Partei
gefährdet haben?“²²⁾

Diese von mir hier als verdutzte
Parteisoldaten apostrophierten
Mandatare der Christlichsozialen
Partei konnten sich freilich auch auf
ganz andere Stimmen aus dem
katholischen Lager berufen. So liest
man etwa in der vom Klagenfurter
Theologieprofessor Franz Zach ver-
faßten Broschüre:

„Der Sozialismus ist der moderne
Antichrist; ihn zu bekämpfen, ist
Gewissenspflicht jedes Katholiken.
Warum? — Weil die Sozialdemo-
kraten nicht an Gott und Jesus Christus
glauben; weil sie den Katholiken die
Kirchen wegnehmen und daraus

Kinos machen wollen; weil sie überhaupt jedes Privateigentum abschaffen und so die Grundlage der christlichen Gesellschaft zerstören wollen; weil sie die Bauern mit der Peitsche aus dem „heiligen Erbe“ ihrer Väter vertreiben wollen; weil sie den Eltern ihre Kinder entreißen und die christliche Familie auflösen wollen; weil sie als sexuelle Wüstlinge das Prinzip der „freien Liebe“ vertreten — eine Moral, die für Dirnen und Zuhälter paßt.“²³) Man hörte nicht auf Miklas, auch nicht auf den Rat des Kardinals, und die Koalition zerbrach.

Der sensationelle Versuch, eine schwarz-rote Koalition bzw. eine Konzentrationsregierung zu bilden, durchgeführt von Seipel im Juni 1931, also die alte, elf Jahre zuvor zerbrochene Koalition in erweiterter Form, d. h. unter Einbindung aller Parteien zur Rettung Österreichs aus tiefster politischer und wirtschaftlicher Not wiederaufleben zu lassen, scheiterte bekanntlich. Das Mißtrauen der Sozialdemokraten Seipel gegenüber war einfach zu groß, so waren sie die ersten, die ablehnten. Die Begründung Otto Bauers für die Absage der Sozialdemokraten, an einer solchen Koalition mitzuwirken, zeigt, daß man dort nicht im selben Maß über den Schatten der eigenen Ideologie zu springen vermochte wie auf seiten Seipels. Bauers Begründung lautete nämlich, die „Koalitionsteilnahme hätte bedeutet, daß wir Sozialdemokraten... nur die Geschäfte des zusammenbrechenden Kapitalismus mitadministrieren sollten und nicht in der Lage wären, den Interessen der Arbeiterklasse... zu dienen“.²⁴) Ohne richten und urteilen zu wollen, möchte ich in diesem Zusammenhang die Frage Klemens von Klemperers, des Seipel-Biographen, wiederholen: War die negative Entscheidung der Sozialisten wirklich klug?²⁵)

Ich hoffe nicht, als Kirchenhistoriker mich zu sehr auf das mir nicht zustehende politische Parkett zu begeben, wenn ich des weiteren den Überlegungen Norbert Lesers hierzu meine vollste Reverenz erweise, die da lauten: „Wäre dieses Experiment einigermaßen erfolgreich verlaufen, und wäre es gelungen, aus dieser Regierungsbeteiligung von Seipels Gnaden etwas zu machen, ... so hätte diese Koalition in die Zeit der faschistischen Bedrohung Österreichs durch Deutschland hineinreichen und damit eine solide Grundlage für den Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus auf breiter Basis schaffen können.“²⁶)

Die Skizze jenes tragischen Scheiterns von Seipels historischem Koalitionsversuch wäre unvollständig, würde ich verschweigen, daß Seipel,

bevor er dieses über sich selbst hinauswachsende Koalitionsangebot macht, sich, ähnlich wie im düsteren November 1918, zu Kardinal Piffl begibt, sich mit diesem berät²⁷) und erst dann das damals allgemein als sensationell empfundene Koalitionsangebot stellt und seinem großen Gegenspieler innerhalb und außerhalb des Parlamentes, dem Sozialdemokraten Otto Bauer, die Vizekanzlerschaft anbietet. Ob hinter diesem auffallenden zeitlichen Konnex sich auch ursächliche Zusammenhänge verbergen, läßt sich aufgrund der derzeitigen Quellenlage allerdings nicht entscheiden. Daß dieses Koalitionsangebot bereits nach dem Erscheinen der Enzyklika „Quadragesimo anno“²⁸), in der es bekanntlich heißt, man kann nicht gleichzeitig guter Katholik und wirklicher Sozialist sein, gestellt wird, erhöht seinen tiefen Ernst und läßt es auch kirchenpolitische Dimension mit besonderem Akzent annehmen.

4. Der Brand des Justizpalastes und die Heimwehr

Es wäre der erste Abschnitt unserer Untersuchung unabgeschlossen, würde nicht noch ganz kurz des verhängnisvollen 15. Juli 1927 und der autoritären Heimwehr gedacht. Im Gefolge der großen Demonstration an jenem heißen Julitag, an dem eine aufgelaufene Menge den Justizpalast in Brand steckte, lagen nicht weniger als 89 Tote auf dem Wiener Straßpflaster. Der Wiener Polizeipräsident Johann Schober²⁹) hatte nach ausdrücklicher Zustimmung Bundeskanzler Seipels den Schießbefehl erteilt. Im großen Rededuell im Parlament zwischen Otto Bauer, der für die Amnestie jener Menschen eintrat, die im Zusammenhang mit dem 15. Juli verhaftet worden waren, und Bundeskanzler Seipel sprach dieser sein ihm und der Kirche so schwer angelastetes Wort: „Verlangen Sie nichts vom Parlament und von der Regierung, das den Opfern und den Schuldigen an den Unglückstagen gegenüber milde erscheint, aber grausam wäre gegenüber der verwundeten Republik. Verlangen Sie nichts, was ausschauen könnte wie ein Freibrief für solche, die sich empören... Es liegt uns nichts ferner, als hart sein zu wollen, aber fest wollen wir sein! Fest sein heißt ebenso wenig hart sein, als milde sein schwach sein heißen muß. Aber es muß für beides Tag und Stunde richtig gewählt sein.“²⁹)

Sofort wurde von sozialdemokratischer Seite daraus das grausame und verheerende politische Schlagwort vom „Prälaten ohne Milde“ und vom „Blutprälaten“ geprägt. Nicht weniger als 25.000 Menschen sind unter dem Eindruck dieses Schlagwortes

innerhalb weniger Wochen aus der katholischen Kirche ausgetreten.³⁰) Dieses Faktum traf den Priester Seipel und seine Kirche zutiefst. Es sollten dadurch aber auch innerkirchliche Kräfte wachgerufen oder, besser gesagt, vorhandene mächtig bestärkt werden — man denke vor allem an Michael Pfieglar und Karl Rudolf —, die die strikte Trennung von Kirche und Politik, von Seelsorge und politischem Tagesgeschehen forderten und verfolgten.³¹)

Die Haltung der Kirche zur autorität ausgerichteten Heimwehr bzw. zum Heimatschutz war anfänglich mehr als positiv.

Ja noch im Jänner 1930 pries der Wiener Kardinal den Heimatschutz ob seiner Stoßkraft und seines Machtbewußtseins als leuchtendes Beispiel.³²) Aber bloß eindreiviertel Jahre später, Ende September 1931 bereits, urteilte er über diesen mehr als kritisch.³³)

II. Das Verhältnis der Kirche zum Ständestaat

1. „Quadragesimo anno“ — Konkordat — Katholikentag

Im Jahre 1932 waren in Österreich zwei für unsere Themenstellung wichtigste Persönlichkeiten ins Grab gesunken: Kardinal Friedrich Gustav Piffl im April und die bis dahin das politische Geschehen am stärksten prägende Persönlichkeit, der mehrfache Bundeskanzler Prälat Ignaz Seipel, im August.

Neue Männer waren an ihre Stellen getreten. Der 1,51 m große Dr. Engelbert Dollfuß³⁴) hatte am 20. Mai 1932 den Bundeskanzlersessel erklommen, der frühere Universitätsprofessor für neutestamentliche Bibelwissenschaft Dr. Theodor Innitzer³⁵) war im September 1932 zum Erzbischof von Wien ernannt und im März 1933 zum Kardinal kreiert worden.

Beide Herren sollten zwei Ereignisse näher zusammenführen, die an der Wiege des Ständestaates stehen und die für „Kirche und Staat“ von weichenstellender Bedeutung waren, das Konkordat³⁶) 1933/34 und der Allgemeine Deutsche Katholikentag im September 1933 in Wien. Diesen Katholikentag³⁷), an dem durch Hitlers 1000-Mark-Sperre bedingt lange nicht so viele Katholiken aus Deutschland teilnahmen wie erwartet, benützte Bundeskanzler Dollfuß, um sein autoritäres ständestaatliches Vorhaben unter Berufung auf die schon apostrophierte Enzyklika „Quadragesimo anno“ zu verkünden. Am 9. September formulierte er in seiner Begrüßungsansprache bei der ersten Hauptversammlung des Katholikentages im Wiener Stadion die denkwürdigen, programmatischen Sätze: „Die jetzige Regierung

ist einmütig entschlossen, im christlich-deutschen Geist die Erneuerung von Staat und Wirtschaft in die Wege zu leiten. Wir werden ständische Formen und ständische Grundlagen, wie sie die Enzyklika „Quadragesimo anno“ uns so schön verkündet, zur Grundlage des Verfassungslebens nehmen. Wir haben den Ehrgeiz, das erste Land zu sein, das dem Ruf dieser herrlichen Enzyklika wirklich im Staatsleben Folge leistet.“³⁸) Diese Berufung der Regierung auf die genannte Enzyklika währte in unterschiedlicher Intensität bis zum Anschluß 1938. Als vierzig Jahre später ihr Hauptverfasser, Pater Oswald von Nell-Breuning, betonte, die Enzyklika sei keineswegs als Staatsprogramm, sondern nur als ein Aufruf zur Gesellschaftsreform gemeint gewesen und Österreich habe sie ständestaatlich mißverstanden³⁹), gab er für die Geschichtsschreibung etwas durchaus Interessantes von sich; dasselbe, Dezenten davor gesagt, wäre nicht nur genauso klug gewesen, sondern hätte vielleicht auch manches geschichtsmächtig verhindern können. Der Salzburger Historiker Prof. Ernst Hanisch hat zu Nell-Breunings später Aussage treffend annotiert: „Viel wichtiger aber war die Tatsache, daß in den dreißiger Jahren weder von offiziellen vatikanischen noch von sonstigen kirchlichen Stellen offener Protest gegen die Interpretation von Dollfuß erhoben wurde.“⁴⁰)

2. Der Episkopat lobt und tadelt

Was sagten die österreichischen Bischöfe und die Katholiken zum aufziehenden autoritären Ständestaat, ohne ständig zankendes Parlament und ohne die sich tagaus und tagein gegenseitig befegenden Parteien?

Die Haltung des Episkopates war ambivalent, nirgends kommt dies besser zum Ausdruck als in einer gedruckten Denkschrift⁴¹), die die Bischöfe im Dezember des Jahres 1933 Bundeskanzler Dollfuß überreichten.⁴²)

Man liest hier einerseits Lob und Ermunterung: „... hat doch der Herr Bundeskanzler mehr als einmal und in vollster Offenheit seine Absicht kundgegeben, einen berufsständischen Bundesstaat auf christlicher Grundlage und im Sinne der Enzyklika „Quadragesimo anno“ aufzubauen. Für dieses offene Bekenntnis der Regierung zur christlichen Staats- und Gesellschaftsidee und für die enge Fühlungnahme der Regierung mit der Kirche bzw. dem Episkopat“ — heißt es verbal — „spricht darum letzterer auch an dieser Stelle seine dankbarste und freudigste Anerkennung aus...“ Die Umstrukturierung der parteipoli-

litischen Landschaft zugunsten der Einheitsbewegung VF (Vaterländische Front) qualifizierten die Bischöfe in der Denkschrift als mit vollem Recht erfolgt und preisen sie als großen Segen.

Andererseits soll und darf man nicht übersehen, daß dieselben Bischöfe in derselben Denkschrift warnend und tadelnd ihre Stimme zu Versuchen erheben, den italienischen Faschismus zu imitieren. Wörtlich formulierten die Hierarchen: „Es sei in aller Offenheit darauf hingewiesen, daß gewisse Gefahrenmomente für Einbürgerung faschistischer Imitationen nach italienischem Muster bestehen und immer mehr an die Oberfläche treten. „Balilla“-Organisationen als erste Stufe der faschistischen militärischen Jugendorganisationen, wie sie seit 1925 für die acht- bis achtzehnjährigen Jugendlichen in Italien eingeführt und ausgebaut sind, mögen für Italien am Platze sein: für unsere Verhältnisse kommt der Faschismus als „Importware“ nicht in Betracht, ja muß in seiner Grundlage des absolutistischen Totalitätsstaates entschieden abgelehnt werden!“

Es ist bedauerlich, daß diese warnenden Bischofsworte nicht im selben Maß in die Geschichtsschreibung Eingang gefunden haben wie die sich identifizierenden.

3. Der Bürgerkrieg und der Kardinal

Ähnlich korrekturbedürftig erscheint mir die Geschichtsschreibung über die Haltung des österr. Episkopates angesichts der Bürgerkriegsereignisse im Februar 1934. Wenn etwa formuliert wird, Kardinal Innitzer habe die Bürgerkriegsopfer auf seiten der Exekutive als Helden, die das Unheil von den Altären abgewehrt hätten, gefeiert⁴³), dann soll man doch nicht verschweigen, daß derselbe Innitzer auch für die Verwundeten und Hinterbliebenen auf der anderen Seite des Bürgerkriegsgrabens sorgte und sich eingesetzt hat.

Ich möchte in diesem Konnex einen Brief verlesen, der von einem Oberleutnant am 20. Februar 1934 verfaßt und am 1. März d. J. 34 im Eb. Ordinariat Wien eingegangen ist und dort im Archiv aufbewahrt wird.⁴⁴) Dieser Brief — einer von mehreren —, der den Wiener Kardinal ob seiner Fürsorge für die Hinterbliebenen der auf seiten der Sozialdemokraten Gefallenen auf das wüteste beschimpft und in dem ihm gedroht wird, spricht eine so eindeutige Sprache, daß ein Kommentar dazu überflüssig erscheint, er lautet: „Herrn Dr. Theodor Innitzer, Wien. Sie haben es für richtig gehalten unmittelbar nach den Tagen schwerster Abwehrkämpfe gegen den bolschewistischen Terror, welchen ein Gesindel jüdischer Schweinehunde

seit Jahren planmäßig betreibt, einen Aufruf zu erlassen, der jedem Kämpfer ein Faustschlag ins Gesicht ist. Wir werden diesen nicht hinnehmen, weil wir die Erfahrung haben, daß dieses Gezucht nach wie vor bereit ist und bleibt, jedem anständigen Christen an die Gurgel zu fahren und Ihre Liebesgaben zum Ankauf von Schnaps und Munition verwenden wird.

Für die gefallen Helden wird im 16. Jahre der Republik ein Denkmal geschaffen, für die Hinterbliebenen der Roten sammeln Sie Spenden — nur für die mit der goldenen Tapferkeitsmedaille behafteten Elendskerle, die vor Jahren für Gott und Kaiser und auch gestern zu sterben bereit waren, bleibt für die Zukunft der Hungertod mit Ihrer feierlichen Versicherung für ein herrliches Jenseits.

Es werden die Tage kommen, wo Sie neuerlich am eigenem Leibe verspüren werden, wie der Dank dieser roten Freibeuter aussieht.

Die Zeit ist zu ernst und mir zu wertvoll, um Ihnen die Methoden zu erklären, die wenigstens zur Niederhaltung, und nicht zur Förderung dieses staatsfeindlichen und volksfremden Gesindels führen. Unser Führer Fey wird mit unserer Hilfe dieser Bande schon zeigen, wie sie ausgerottet werden kann. Ihre „christliche Herzensgüte“, von der auch die jüdischen Freimaurer träumen, wird jedoch der Anlaß sein, daß Tausende brave Heimatschützen die Konsequenz Ihrer verdammenwerten Handlung ziehen werden.

Bis jetzt waren die Waffen aller ehrlichen vaterlandstreuen Soldaten vom Herrgott gesegnet, wir haben diesen Herrgott nie verleugnet, was wir aber immer wieder verleugnen werden und verhindern müssen, ist die Umfälschung dieser uns heiligen Begriffe, die aus einer falsch angebrachten Gefühlsduselei in eine moralische und finanzielle Unterstützung dieser Bluthunde mündet. Es wäre an der Zeit, daß Sie sich zu besinnen bequemen, wie seit Jahrtausenden Christen für die Idee des Christentums geblutet haben; damals haben aber deren Vertreter nicht für ihre Todfeinde Spenden gesammelt, sonst wäre diese erbahene Idee schon lange nicht mehr aufrecht.

Unser großer Kanzler Seipel, der auch Ihnen ein Vorbild sein könnte, hatte nie in seinem Leben sich zu so einer Tat entschlossen, obwohl er als Kanzler, Priester und Mensch immer edelster Christ gewesen ist. Er hat nie für die Opfer Sowjetrußlands und deren österreichischen Exponenten gesammelt — er blieb ihr erbittertester Gegner.

Die Todesopfer unserer braven Exekutive klagen Sie gleich den überle-

benden Helden dieser Tage an und werden dafür sorgen, daß Sie verschwinden. Betätigen Sie sich als Bettelmönch für Ihre bemitleidenswerten Opfer – aber nicht in unserem Vaterland Österreich. Luzatto.“

3. Der Bundespräsident sucht bei den Bischöfen Rat gegen Dollfuß

Die skizzierte Ambivalenz der österreichischen Kirche zum Dollfußregime spiegelt sich auch in der Aussprache des österreichischen Bundespräsidenten Miklas mit den Bischöfen wider. Nach dem unseligen Bürgerkrieg kommen nämlich dem praktizierenden Katholiken Miklas Bedenken am Kurs, den Dollfuß eingeschlagen hatte, so daß er sich am 22. Februar 1934 an die Bischofskonferenz wendet und dieser in einer mehrstündigen Aussprache seine Gravamina gegen den bisherigen Regierungskurs vorträgt.⁴⁵⁾ Die Bischöfe entledigten sich ihrer schweren Verantwortung, indem sie – wohl auch im Hinblick auf das schon unterzeichnete, aber noch nicht ratifizierte Konkordat – des Bundespräsidenten Zweifel zu zerstreuen versuchten.⁴⁶⁾

Diese Aussprache des Bundespräsidenten mit den österreichischen Bischöfen über den regierenden Kanzler und ihr Ergebnis, bald nachdem der Pulverdampf des Bürgerkrieges verhaucht war, zeigten die Unzulänglichkeit maßgeblicher Herren des Staates und der Kirche erschütternd auf. Drei Monate waren zu diesem Zeitpunkt übrigens seit der Entscheidung der Bischofskonferenz verstrichen, wegen der besonders heiklen politischen Verhältnisse den Klerus aus der aktiven Politik zurückzuziehen.⁴⁷⁾

4. Konkordat und KA

Für die Kirche brachte das Konkordat, das am selben Tag ratifiziert wie die ständische Verfassung promulgiert wurde, nämlich am 1. Mai 1934, das lang ersehnte Ende des so zermürbenden und kräfteaubenden Streites um Ehe, Schule, Finanzen der Kirche etc. Im Zusatzprotokoll zum Artikel XIV brachte es aber auch etwas, was die Kirche mit staatlicher Hilfe das ganze katholische Organisationswesen neu ordnen ließ. Mit Hilfe des genannten Protokolls und bedingt durch die demokratische- und vereinsfeindliche Zeitströmung wurde die Katholische Aktion, kurz KA genannt, von der Dachorganisation freier und weitgehend autonomer kath. Vereine zur straff geführten und weisungsgebundenen einheitlichen vereinsfeindlichen kirchlichen Organisation umstrukturiert.⁴⁸⁾

5. Dollfußkult

Mit seiner Ermordung durch nationalsozialistische Hand am 25. Juli 1934 wurde Bundeskanzler Dollfuß zum Heros und Mythos. Politik, Religion, politische Propaganda und Heiligenkult wurden zu einem unentwirrbaren Knäuel verwoben, an dem die Kirche maßgeblich mitgesponnen hat. Dieser Kult begann sogar blasphemische Züge anzunehmen, als man Dollfuß' Sterben mit Christi Opfertod und Erlösungswerk in Parallele zu setzen sich unterstellte.⁴⁹⁾

6. Heftige Kritik im kath. Lager am Ständestaat

Unter Kurt Schuschnigg – Dollfuß' Nachfolger – wurde das Verhältnis Kirche und Ständestaat zwar nüchterner, sachlicher und emotionsloser, eine grundsätzliche Haltungsänderung ergab sich aber nicht. Die Interventionen des Wiener Kardinals für die Häftlinge im Anhaltelager Wöllersdorf sprechen zwar die Sprache des Helfenwollens⁵⁰⁾, aber nicht die der grundsätzlichen Haltungsänderung und des Widerstandes. Wohl mehrten sich kritische Stimmen über den allzu engen Konnex zwischen Kirche und Ständestaat unter den Theologen und der Geistlichkeit. Ein Name mag hierbei für viele gelten, der vielfach promovierte Grazer Theologieprofessor Johannes Ude wurde einer der heftigsten Kritiker.⁵¹⁾

III. Die NS-Bewegung und die Kirche

In der Historiographie über das Verhältnis von Kirche und Nationalsozialismus findet man die Kirche erst in jüngerer und jüngster Zeit auf der Anklagebank der Kollaborateure, während sie bis lange nach dem Krieg als Dulderin und Märtyrerin jenes schrecklichen Systems galt und dand. Ein Faktum aber prangte immer schon wie ein Kainsmal, wie ein schmutziger Fleck am Kleid der Kirche als Märtyrerin und Dulderin, das ist bzw. sind die März-Erklärungen des Jahres 1938 der österreichischen Bischöfe mit Kardinal Innitzers berühmt-berüchtigtem handschriftlichen „Heil Hitler“.

Was in der österreichischen Historiographie bis heute kleingeschrieben wird und noch der gründlichen Aufarbeitung harret, das ist Österreichs bzw. seiner Kirche zum Teil recht engagierter weltanschaulicher, ideologischer und politischer Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus in dem halben Dezennium von 1933 bis 1938, in dem in Deutschland der Nationalsozialismus bereits fest im Sattel saß und begann, seine barbarische Ideologie machtvoll in die Tat umzusetzen.

Wenn auch hier und heute nicht über den antinazistischen Abwehrkampf jener Ständestaatszeit zu referieren ist, so möchte ich dieses halbe Dezennium doch unter diesem Gesichtspunkt durch einige Marginalien skizzieren:

1. Die Bischöfe

Von offizieller kirchlicher Seite hatte die österreichische Bischofskonferenz bereits im Herbst 1931 das Problem Nationalsozialismus ausführlich erörtert. Aufgrund eines Referates, das der damalige Grazer Fürstbischof Dr. Ferdinand Pawlikowski hielt, beschloß die Bischofskonferenz, in einem gemeinsamen Hirtenbrief die Irrtümer des Nationalsozialismus aufzuzeigen. Der spätere Fürstbischof von Salzburg, Sigismund Waitz, lieferte für diesen Hirtenbrief das Konzept.⁵²⁾

Am 21. Jänner 1933, noch vor Hitlers Machtübernahme in Deutschland also, veröffentlichte Bischof Johannes Maria Gföllner/Linz sein kompromißloses Hirtenwort gegen den Nationalsozialismus, das in der Alternative gipfelte: Entweder Katholik oder Nationalsozialist.⁵³⁾ Von episkopaler Seite war des weiteren immer wieder gegen den Nationalsozialismus Stellung bezogen worden. Die letzte diesbezügliche Enunziation erschien am 3. Dezember 1937 im „Osservatore Romano“ in Form einer Sympathiebekundung für den deutschen Episkopat. In den österreichischen Verordnungsblättern wurde sie ebenfalls wiedergegeben. In ihr sprechen die österreichischen Bischöfe ihre tiefe Betroffenheit über all das aus, was im Deutschen Reich vor sich gehe, wo der Staat in voller Anwendung seiner Gewalt, wie sie sich im Laufe der letzten Jahre immer mehr ausgebildet habe, planmäßig und unaufhaltsam bis zum Äußersten gehe, „um die christliche Religion, besonders aber die katholische Kirche in diesem Reiche, auszuschalten und zurückzudrängen.“⁵⁴⁾ Die nächste Stellungnahme der österreichischen Bischöfe war bereits ihre „Feierliche Erklärung“ im März 1938, deren Entstehung wir später noch kurz unter die Lupe nehmen werden.

2. Das Kirchenvolk in kompromißlose Bekämpfer und Brückenbauer gespalten

Und wo stand das katholische Volk, die katholische Presse? Der Katholizismus war ähnlich wie die Theologen in zwei Lager gespalten. Diese beiden Lager, über deren numerische Stärke sich schwierig etwas sagen läßt, hoben sich sehr deutlich voneinander ab und hatten jeweils ihr literarisches Sprachrohr. Auf der einen Seite standen die sogenannten

„Brückenbauer“ zum Nationalsozialismus hin mit ihrer „Wochenschrift für Religion und Kultur, Soziologie und Volkswirtschaft“ und dem optimistischen Namen „Schönere Zukunft“.⁵⁵) Herausgeber und Hauptschriftleiter war der schon genannte Journalist und Publizist Dr. Joseph Eberle, ein entschiedener Gegner des „alles lähmenden und verwirrenden Parlamentarismus.“⁵⁶)

Auf der anderen Seite standen die von Bundeskanzler Engelbert Dollfuß als Gegengewicht zur „Schönen Zukunft“ ins Leben gerufenen „Österreichischen Wochenhefte. Der Christliche Ständestaat“ (CSt)⁵⁷) genannt, mit dem Münchener Emigranten und Wiener Philosophieprofessor Dietrich von Hildebrand als geistig-führendem Kopf an der Spitze. Kompromißlos und radikal bekämpfte er mit seiner Zeitschrift den Nationalsozialismus.

Auf der Seite der „Brückenbauer“, die als progressive, aufgeschlossene, pastoral orientierte, dem Ständestaat mehr als kritisch gegenüberstehende katholische Richtung eingestuft wird und wurde, formulierte Dr. Anton Böhm – die nach Eberle bedeutendste geistige Potenz der „Schönen Zukunft“ – im Februar 1934 den ideologischen Standort zum Nationalsozialismus folgendermaßen: Diese „Schönen Zukunft“ hat „schon seit Jahren das Positive in der nationalsozialistischen Bewegung erkannt und anderen geraten, dieses Positive ins eigene Programm zu übernehmen.“⁵⁸) Ein Jahr zuvor schon, im April 1933, hatte derselbe Anton Böhm, in dem Ernst Hanisch den ideologischen Führer des „Bundes Neuland“ sieht⁵⁹), in der Zeitschrift „Neuland“ geschrieben: „Die Christlichsozialen werden sich um neue Koalitionsgegnossen umsehen müssen, wenn sie die Verantwortung nicht verlassen wollen. Es werden nur die Nationalsozialisten sein können: der Weg nach links ist verarmt. Mit diesem Gedanken wird man sich allgemach vertraut machen müssen.“

Anschließend warf Böhm die Frage auf: „Wäre es nicht sehr zweckmäßig, heute schon das Verhalten gegenüber den Nationalsozialisten darnach auszurichten, daß man in ihnen Koalitionsgegnossen zu gewinnen hat?“⁶⁰) Das andere katholische Lager, das man als politischen Katholizismus, weitestgehend ständestaatlich und konservativ punziert, charakterisieren kann, schleuderte in seiner Zeitschrift „Der Christliche Ständestaat“ dem entgegen: In der Haltung zum Nationalsozialismus gelte das Wort Christi in voller Konsequenz, nämlich: „Wer nicht für mich ist, ist gegen mich.“⁶¹) Der geistig-intellektuelle Führer dieser Richtung, Dietrich von Hildebrand, der nur unter

Polizeischutz seine Antrittsvorlesung halten konnte⁶²), folgte daraus: „Das Bemühen, mit dem Nationalsozialismus zu einem Ausgleich zu gelangen, ist Schwäche, Unklarheit, um nicht zu sagen Dummheit, feiger Kompromiß.“⁶³) Dem Aufruf des gläubigen Katholiken und Journalisten Anton Böhm zur Koalition mit den Nationalsozialisten setzte der ebenso gläubige Katholik und Vizebürgermeister von Wien, Ernst Karl Winter, die Parole entgegen: Katholizismus, Liberalismus, Sozialismus und Faschismus (!) sollen sich zu einer Koalition gegen den Nationalsozialismus verbünden. Das, meinte Ernst Karl Winter prophetisch, aber ohne Resonanz, sei die einzige Chance für Österreich, ja für Europa, um dem Nationalsozialismus erfolgreich Widerstand leisten zu können.⁶⁴) Die Richtung dieses politischen Katholizismus vertrat sehr dezidiert den Standpunkt: „Eine Besinnung auf ursprünglich wertvolle Intentionen des Nationalsozialismus ist nicht möglich, weil die ganze Ideologie des Nationalsozialismus vom Urfang an eine Ausgeburt niedrigster, gefährlicher Instinkte, geistiger Beschränktheit und Halb- und kultureller Klischees war... Was Deutschland, was Europa braucht, ist nicht eine Reform des Nationalsozialismus, sondern eine völlige Liquidierung desselben.“⁶⁵) Die Wochenschrift „Der Christliche Ständestaat“ ging sogar noch einen Schritt weiter; im April 1937 forderte sie zwischen den Zeilen, aber sehr deutlich die Beseitigung des NS-Regimes in Deutschland. Der Jesuit Franzelin vertrat offen die These, daß der physische bewaffnete Widerstand gegen die Staatsgewalt berechtigt sei, „wenn die Tyrannei des staatlichen Machthabers gewohnheitsmäßig alles Maß überschreitet, einen Zustand herbeiführt, der für die Untertanen völlig unerträglich wird und in eine systematische Zerstörung der öffentlichen Wohlfahrt ausartet.“⁶⁶)

3. Der Pastorkatholizismus – nur unsterbliche Seelen

Anders dachten die progressiven, ganz auf Pastoral ausgerichteten Priester und Theologen. Diese fanden sich von der Politik des Ständestaates vor dessen Karren gespannt, sie predigten sehr engagiert die Trennung von jeder Politik und die Besinnung auf die Pastoral, auf Seelsorge, die fern jeden politischen Standortes nur unsterbliche Seelen zu kennen habe. Der führende Kopf dieser Richtung, der Wiener Theologieprofessor Michael Pflieger, hatte bereits 1927 das parteipolitische Engagement der Kirche entschieden

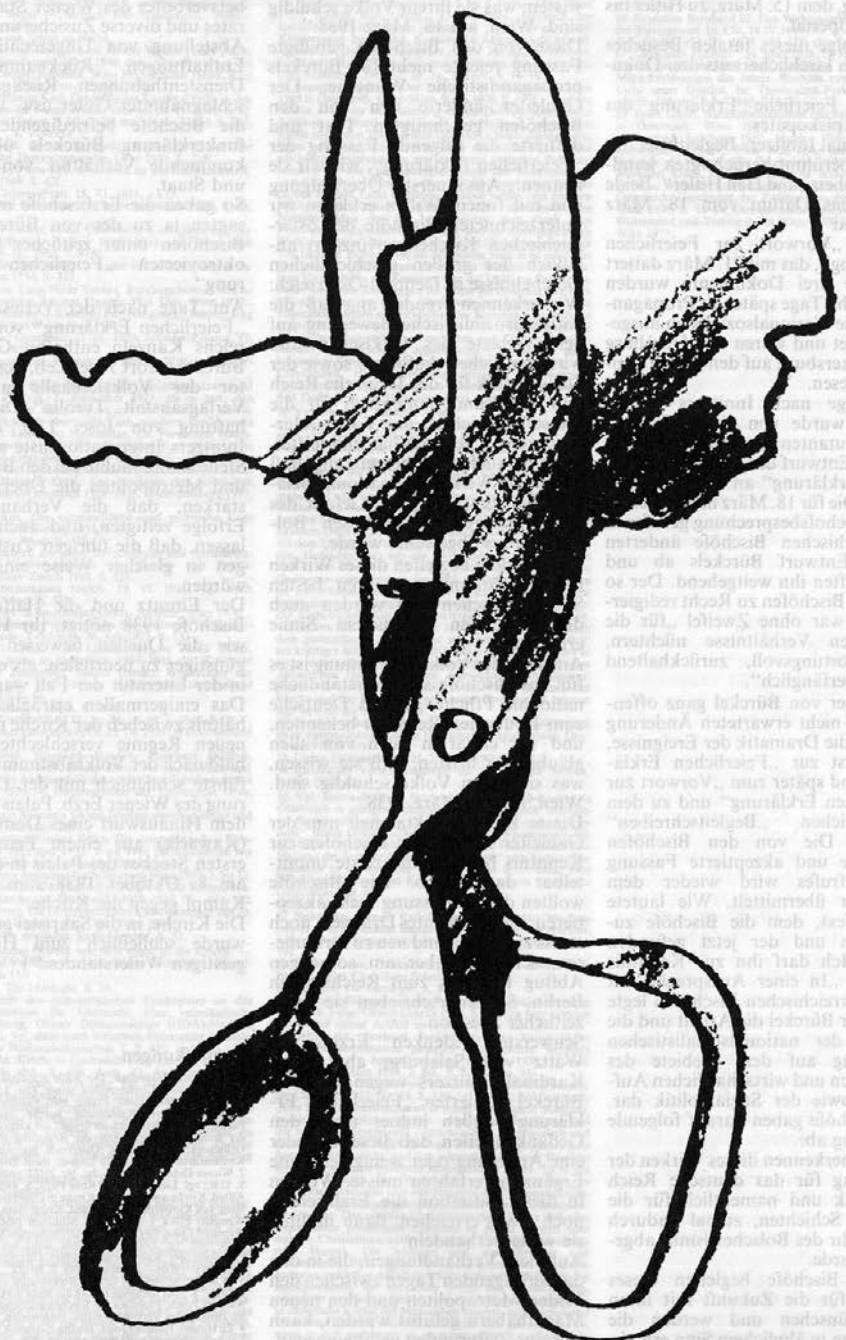
verworfen. Für Pflieger war die Vermengung von Politik und Religion eine unselige Angelegenheit, da sie sowohl den seelsorglichen Einfluß der Kirche und auf die Dauer auch das politische Gewicht der Katholiken schädige. Hauptaufgabe der Seelsorge sei es, meinte er 1931, die Kirche aus jeder Verkettung mit den politischen Parteien zu lösen. In logischer Konsequenz dieses rein pastoralen Grundprinzips formulierte Michael Pflieger im April 1938 die klassisch gewordenen Sätze, nachzulesen in der „Schönen Zukunft“ und in der Zeitschrift, die sich ganz bewußt „Der Seelsorger“ nannte: „Der Seelsorger darf nicht Parteimitglieder und Gegner kennen. Er darf nur unsterbliche Seelen kennen. Darum ging ich vor zehn und mehr Jahren zum Schrecken der christlichen Politiker, aber mit dem Segen meiner kirchlichen Oberen zu den Sozialisten selbst, weil an dieser Stelle die Kirche Gottes in der größten Gefahr war. Darum kämpfte ich um den Primat der Seelsorge vor aller Politik... An dieser reinen Seelsorgearbeit änderte sich nichts, als der politische Hauptgegner der christlichen Partei eine nationalbetonte Partei geworden war. Der Priester sollte und durfte auch jetzt nur unsterbliche Seelen und nicht Parteimitglieder sehen.“

Zur nazistischen Bewegung, die einen Monat zuvor die Macht in Österreich übernommen hatte, schlug dann Michael Pflieger seine berühmte gewordene Brücke, indem er auf diese gemünzt fortlaufend formulierte: „Zur neuen Bewegung führen den Priester weit mehr Wege als zu den marxistischen Sozialisten. Diese vertragen als Partei den Atheismus, jene waren gottgläubig... Das Idyll der „Volkskirche“ ist endgültig vorbei. Sagen wir es nun ehrlich: Gott sei Dank!“⁶⁷)

IV. Die Rolle der Kirche in der Anschlusszeit

Nach dieser marginalienhaften Skizzierung der Strömungen im österr. Katholizismus in der Ara des Ständestaates nun zu den Anschlussjahren des Jahres 1938 selbst.

Am Freitag, dem 11. März 1938, am Abend, trat Bundeskanzler Schuschnigg mit seinem bekannten „Gott schütze Österreich“ zurück. Hitlers Truppen marschierten unter dem Jubel der Bevölkerung in Österreich ein, am Sonntag, dem 13. März, erfolgte in Linz die Proklamation des Anschlusses Österreichs ans Deutsche Reich durch Hitler, und tags darauf sein Einzug in Wien unter dem Geläute der Kirchenglocken. Kardinal Innitzer, der am Sonntag, dem 13. März, in der Wiener



Reichspost die Gläubigen zum Dankgebet für die ohne Blutvergießen vor sich gegangene Umwälzung aufgerufen hatte, begab sich am Dienstag, dem 15. März, zu Hitler ins Hotel Imperial.

Im Gefolge dieses fatalen Besuches entsetzten kirchlicherseits drei Dokumente⁶⁹⁾.

1. Die Feierliche Erklärung des österr. Episkopates.

2. Kardinal Innitzers Begleitbrief mit seinem berühmten-berühmten handschriftlichen „und Heil Hitler“. Beide tragen das Datum vom 18. März 1938, und

3. das „Vorwort zur Feierlichen Erklärung“, das mit 21. März datiert ist. Alle drei Dokumente wurden kaum zehn Tage später als Propaganda für die Nationalsozialisten ausgeschlachtet und waren von Hamburg bis Radkersburg auf den Plakatwänden zu lesen.

Am Tage nach Innitzers Hitler-Besuch wurde von Klaus Selzner, dem Adjunkten des Gauleiters Bürckel, ein Entwurf der späteren „Feierlichen Erklärung“ an Innitzer übergeben. Die für 18. März nach Wien zu einer Bischofsbesprechung gerufenen österreichischen Bischöfe änderten diesen Entwurf Bürckels ab und entschärften ihn weitgehend. Der so von den Bischöfen zu Recht redigierter Text war ohne Zweifel „für die damaligen Verhältnisse nüchtern, verantwortungsvoll, zurückhaltend und unverfänglich“.

Mit dieser von Bürckel ganz offensichtlich nicht erwarteten Änderung beginnt die Dramatik der Ereignisse, die zuerst zur „Feierlichen Erklärung“ und später zum „Vorwort zur Feierlichen Erklärung“ und zu dem unrühmlichen „Begleitreiben“ führten. Die von den Bischöfen redigierte und akzeptierte Fassung des Aufrufes wird wieder dem Gauleiter übermittelt. Wie lautete dieser Text, dem die Bischöfe zustimmten und der jetzt gefunden wurde? Ich darf ihn zur Kenntnis bringen: „In einer Aussprache mit den österreichischen Bischöfen legte Gauleiter Bürckel die Arbeit und die Erfolge der nationalsozialistischen Bewegung auf dem Gebiete des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik dar. Die Bischöfe gaben darauf folgende Erklärung ab:

a) Wir anerkennen dieses Wirken der Bewegung für das deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten, zumal dadurch die Gefahr des Bolschewismus abgewehrt wurde.

b) Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren Segenswünschen und werden die Gläubigen in ähnlichem Sinn ermahnen.

c) Wir werden uns am Tage der Volksabstimmung als Deutsche zum Reich bekennen, erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind. Wien, am 18. März 1938.“

Diese von den Bischöfen gebilligte Fassung reichte nicht für Bürckels propagandistische Wünsche. Der Gauleiter änderte den von den Bischöfen genehmigten Text und diktierte die folgende Fassung der „Feierlichen Erklärung“, wie wir sie kennen: „Aus innerster Überzeugung und mit freiem Willen erklären wir unterzeichneten Bischöfe der österreichischen Kirchenprovinz(en) anlässlich der großen geschichtlichen Geschehnisse in Deutsch-Österreich: Wir erkennen freudig an, daß die nationalsozialistische Bewegung auf dem Gebiete des völkischen und wirtschaftlichen Aufbaues sowie der Sozialpolitik für das Deutsche Reich und Volk und namentlich für die ärmsten Schichten des Volkes Hervorragendes geleistet hat und leistet. Wir sind auch der Überzeugung, daß durch das Wirken der nationalsozialistischen Bewegung die Gefahr des alles zerstörenden, gottlosen Bolschewismus abgewehrt wurde.“

Die Bischöfe begleiten dieses Wirken für die Zukunft mit ihren besten Segenswünschen und werden auch die Gläubigen in diesem Sinne ermahnen.

Am Tage der Volksabstimmung ist es für uns Bischöfe selbstverständliche nationale Pflicht, uns als Deutsche zum Deutschen Reich zu bekennen, und wir erwarten auch von allen gläubigen Christen, daß sie wissen, was sie ihrem Volke schuldig sind. Wien, am 18. März 1938.“

Dieses Bürckel-Diktat ließ nun der Gauleiter einfach den Bischöfen zur Kenntnis bringen und reiste unmittelbar danach ab. Die Bischöfe wollten die Neufassung nicht akzeptieren, ihr vehementes Drängen, noch etwas zu ändern und neu zu formulieren, scheiterte aber am sofortigen Abflug Bürckels zum Reichstag in Berlin. So unterschrieben sie unter zeitlicher Pression.

Schwerste Bedenken Erzbischofs Waitz von Salzburg, aber auch Kardinal Innitzers wegen der von Bürckel diktierten „Feierlichen Erklärung“ ließen immer mehr den Gedanken reifen, daß diese entweder eine Änderung oder wenigstens eine Ergänzung erfahren müsse. Wollten in dieser Situation die Erzbischöfe noch etwas erreichen, dann mußten sie weiterverhandeln.

Auf diese Verhandlungen, die in den darauffolgenden Tagen zwischen den beiden Metropoliten und den neuen Machthabern geführt wurden, kann hier aus Zeitgründen nicht eingegangen werden. Jedenfalls erreichten die

Erzbischöfe: Das „Vorwort zur feierlichen Erklärung“ in einer Besprechung mit Bürckel persönlich am 21. März, die Zurücknahme des Schulgebetsverbotes des Wiener Stadtschulrates und diverse Zusicherungen wie: Abstellung von Ungerechtigkeiten, Enthaftungen, Rücknahme von Dienstenthebungen, Rückgabe beschlagnahmter Güter usw. und eine die Bischöfe befriedigende Rundfunktelerklärung Bürckels über das kommende Verhältnis von Kirche und Staat.

So gaben die Erzbischöfe nach und sagten ja zu der von Bürckel den Bischöfen unter zeitlicher Pression oktroyierten „Feierlichen Erklärung“.

Am Tage nach der Verlesung der „Feierlichen Erklärung“ von Österreichs Kanzeln enthaftet Gauleiter Bürckel sofort Josef Leeb, den Direktor der Volkslesehalle und der Verlagsanstalt „Tyrolia“. Diese Enthaftung von Josef Leeb, der auf Innitzers Interventionsliste an erster Stelle stand, mußte bei den Bischöfen und Metropoliten die Überzeugung stärken, daß die Verhandlungen Erfolge zeigten, und auch hoffen lassen, daß die übrigen Zusicherungen in gleicher Weise eingehalten würden.

Der Einsatz und die Haltung der Bischöfe 1938 nötigt, ihr Handeln, wie die Quellen beweisen, betont günstiger zu beurteilen, als es bisher in der Literatur der Fall war.

Das einigermaßen erträgliche Verhältnis zwischen der Kirche und dem neuen Regime verschlechterte sich bald nach der Volksabstimmung und führte schließlich mit der Demolierung des Wiener Erzb. Palais und mit dem Hinauswurf eines Domkuraten (Kawarig) aus einem Fenster des ersten Stockes des Palais in den Hof am 8. Oktober 1938 zum offenen Kampf gegen die Kirche.

Die Kirche, in die Sakristei gedrängt, wurde schließlich zum Hort des geistigen Widerstandes.⁶⁹⁾

Anmerkungen

1. Liebmann Maximilian, Die Rolle Kardinal Piffis in der österreichischen Kirchenpolitik seiner Zeit. Ungedr. theol. Diss. Graz 1960. Loidl Franz, Piffis Friedrich. In: ÖBL; Prantner Robert, Katholische Kirche und christliche Parteilichkeit in Österreich im Spiegel der katholischen Presse der Erzbischöfe Wien unter der Regierung Piffis, von der Gründung der Republik Österreich bis zum Tode des Kirchenfürsten (1918-1932). Ungedr. theol. Diss. Wien 1955.
2. Wiener Diözesanblatt, 36. Jg., Nr. 21/22, vom 18. XI. 1918, S. 123f.; vgl. Liebmann, Die Rolle Piffis, S. 490f.; Kostelicky Alfred, Kirche und Staat. In: Kirche in Österreich 1918-1963, Hrsg. von Klostermann Ferdinand, Kriegl Hans, Mauer Otto, Weinzierl Enka, I. Bd., Wien-München 1966, S. 201-217; Weinzierl Enka, Der Weg des österreichischen Katholizismus 1918-1962. In: Löschel Der Geist nicht aus, Hrsg. vom Präsidium der Katholischen Aktion Österreichs, 2. Aufl. Innsbruck-Wien-München 1963, S. 8.
3. In einem Artikel des Grazer Volksblattes vom 31. März 1938 hat S. der damalige Dekan der theol. Fakultät in Graz, Andreas Posner, Professor für Kirchengeschichte auf Parallelen episkopalen Verhaltens eigens hingewiesen.
4. Zu Hauser, Honeder Josef, Johann Nepomuk Hauser, Linz, Landeshaupthaus von Oberösterreich 1908-1927. Linz 1973.
5. Werkmann Karl, Der Tote auf Madeira. München 1923, S. 14f.

6 Tagebucheintragung vom Prälat Josef Wagner, dem damaligen Sekretär Piffls, 10. XI. 1918. Wiener Diözesanarchiv (WDA).

7 Werkmann, Der Tote, S. 15.

8 Reimann Viktor, Zu groß für Österreich. Wien-Frankfurt 1968, S. 41ff. Zu Seipel vgl. vor allem Klempner von Klempner, Ignaz Seipel – Staatsmann einer Krisenzeit, Graz-Wien-Köln 1976, und Renhöfer Friedrich, Ignaz Seipel – Mensch und Staatsmann. Wien-Köln-Graz 1978.

9 Tagebuch von Seipel im WDA.

10 Zu Renner vgl. Renner Karl, An der Wende zweier Zeiten – Lebenserinnerungen. Wien 1946, ders., Österreich von der Ersten zur zweiten Republik. Wien 1953; Fischer Heinz, Karl Renner. Wien-Frankfurt 1970 – Staatsmann einer Krisenzeit.

11 Vgl. Werkmann Karl, Die Rolle des Kardinal Piffls in den Umstürzen. In: Neues Wiener Journal, 24. IV. 1932, S. 3f. 12 Klempner, Seipel, S. 80 u. 128; Renhöfer, Seipel, S. 153; Renhöfer, S. 8.

13 Zitiert nach Lorenz Reinhold, Kaiser Karl und der Untergang der Donaumonarchie. Graz 1959, S. 554f. 14 Mikolajczyk Hans Leo, Österreich im 20. Jahrhundert. 3. Aufl. Wien 1969, S. 67.

15 Wiener Diözesanblatt, 18. XI. 1918, a.o. 16 Näheres bei Liebmann, Die Rolle Kardinals Piffls, S. 43, Anm. 27.

17 Weinzierl-Fischer Erika, Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus, I. Teil 1918–1933. In: Wort und Wahrheit, 18. Jg. 1963, S. 418f.

18 Spitzmüller Alexander, „... und hat auch Ursach es zu leben“. Wien 1925, S. 37.

19 Zu Miklas: Lang Hilde Verena, Bundespräsident Miklas und das autoritäre Regime. Ungedr. Phil. Diss. Wien 1972. 20 Miklas Wilhelm an Kardinal Piffl (Original), Ostersonntag 11. IV. 1923. DAW-BA, I, 1923, S. 10.

21 Siehe u. a. Gleichheit, 21. IX. 1920, Arbeiter-Zeitung, 17. XI. 1920, S. XII. 1921.

22 Hektographiertes Referat von Miklas Wilhelm. DAW-BA, I, 1921, S. 10.

23 Zach Franz, Kann ein Katholik Sozialdemokrat sein? Klagenfurt 1919, S. 5. Zach war 1927, als es galt, den Bischofstitul von Graz-Seckau neu zu besetzen, hierfür Kandidat. Er wurde aber nicht Zach, sondern Pawlikowski ernannt. Vgl. Liebmann Maximilian, Dr. Ferdinand Stanislaus Pawlikowski (1872–1935). In: Amorn Karl (Hrsg.), Die Bischöfe von Graz-Seckau 1218–1688. Graz–Wien–Köln 1967, S. 456–469. Zur skizzierten ideologischen Position Zachs vgl. auch: Hanisch Ernst, Die Ideologie des politischen Katholizismus in Österreich 1918–1933. Wien-Salzburg 1977, S. 18.

24 Bauer Otto, Die wirtschaftliche und politische Lage Österreichs. In: Parteilich, 31. S. 29.

25 Klempner, Seipel, S. 320.

26 Leser Norbert, Zwischen Reformismus und Bolschewismus. Der Autokratismus als Theorie und Praxis. Wien-Frankfurt-Zürich 1968, S. 451.

27 Tagebucheintragung Seipels, 19. VI. 1931. Vgl. auch Klempner, Seipel, S. 319.

28 Zu Schöber: Kleinschmidt Oskar, Schöber, Wien 1930.

29 Stenographische Protokolle des Nationalen III. Gesetzgebungsperiode, 7. Sitzung, 26. Juli 1927, S. 133.

30 Weinzierl Erika, Vom Liberalismus zu Adolf Hitler. Kirche und Staat in Österreich 1867–1945. In: Rembold Günter und Zinnhöber Rudolf (Hrsg.), Wegbereiter der Gegenwart. Linz 1977 (Linz Philosophisch-theologische Reihe, 9. Bd.), S. 5.

31 Vgl. Renhöfer, Seipel, S. 514ff.

32 Wiener Kirchenblatt, 12. Jg., Nr. 3, 19. I. 1930, S. 2f. 33 Schriftlicher Entscheid Piffls, 29. IX. 1931. WDA-Nachlaß Piffl.

34 Zu Dollfuß: Shepherd-Gordon, Engelbert Dollfuß. Graz-Wien-Köln 1961; Binder Dieter Anton, Dollfuß und Hitler. Über die Außenpolitik des autoritären Staates in den Jahren 1933/34. Dissertation der Universität Graz, Graz 1979.

35 Zu Innitzer: Reimann Viktor, Innitzer zwischen Hitler und Rom. Wien-München 1967.

36 Vgl. Weinzierl-Fischer Erika, Die österreichischen Konkordate von 1855 und 1933. Wien 1960 (Schriftreihe des Arbeitskreises für österreichische Geschichte).

37 Allgemeiner deutscher Katholikentag Wien 1933, 7. bis 12. September. Wien 1934. Jesowsky Wilfried, Die Katholikentage. In: Kirche in Österreich 1918–1965, S. 373–380; Hofrichter Peter, Die österreichischen Katholikentage des 20. Jahrhunderts. Ungedr. phil. Diss. Wien 1966.

38 Allgemeiner deutscher Katholikentag, S. 55.

39 Nel-Breuning Oswald von, Wie sozial ist die Kirche? – Leistung und Versagen der katholischen Soziallehre. Düsseldorf 1972, S. 111.

40 Hanisch, Die Ideologie, S. 24.

41 Denkschrift des österreichischen Episkopates an das Bundesministerium für Inneren über vaterländische Jugendzuerziehung. Grazer Diözesanarchiv (GDA)-Nachlaß Pawlikowski. Vgl. dazu auch Weinzierl, Österreichs Katholiken und der Nationalsozialismus, I, S. 421, und dies., Der Episkopat. In: Kirche in Österreich 1918–1965, S. 36.

42 Weinzierls ebd., S. 439, Anm. 42, Annahme, besagte Denkschrift sei Ende 1934 oder gar 1935 entstanden, ist aufgrund nachstehender Notiz im gedruckten „Memorandum des österreichischen Episkopates über die katholische Jugendzuerziehung in Österreich“ auf November 1933 zu revidieren und zu datieren: „Die Denkschrift wurde im Dezember 1933 dem vereinigten Bundeskanzler Doktor Dollfuß übergeben...“ Memorandum im GDA-Nachlaß Pawlikowski.

43 Hanisch, Die Ideologie, S. 24.

44 DAW-BA, Innitzer.

45 In einem handgeschriebenen Brief von Miklas an Innitzer, 4. März 1934 (Original) DAW-BA/I, liest man wörtlich: „Es mich sehr mehr interessiert, ist die Frage, ob auch Euer Einzug und die Hochwürdigsten Bischöfe Österreichs, in deren Mitte ich funde, auch meine Gewissensbedenken und Auffassungen darlegen dürfen, dergleichen Meinung sind wie das führende katholische Bild Österreichs, und ob sie meine Forderungen auch für Pharisäerium halten. Sollten die Hochwürdigsten Bischöfe jedoch finden, daß der Bundespräsident denn doch vielen gerechten Grund habe, aus Pflicht und Gewissen heraus wider das heutige Regime Klage zu führen, so wolle man sich nicht gütigst aus der katholischen Presse bedeuten, damit sie in Hinsicht nicht mißverstanden, wohl aber von der katholischen Wahrheit und Gerechtigkeit willen

vorsichtiger urteile und schreibe.“ Dieser Brief ist ediert bei Remann, Innitzer, S. 36ff.

46 Vgl. Weinzierl-Fischer Erika, Katholiken und der Nationalsozialismus, I, S. 421; Reimann, ebd.

47 Vgl. Weinzierl, Erika, Vom Liberalismus zu Adolf Hitler, S. 60f.

48 Die katholische Aktion und Seelsorge. Referate der vierten Wiener Seelsorgeversammlung vom 2. bis 4. Jänner 1935. Wien 1935; Rudolf Karl (Hrsg.), Der Aufbau. Jahrbuch der katholischen Aktion in Österreich, 1935. Wien 1935.

49 Josef Maria Kasper, Die katholische Aktion nach dem II. Vatikanum. In: Der Seelsorger, 1966, 36. Jg., S. 309–319.

50 Liebmann Maximilian, Laie und Hierarchy. In: Österreichische Academia, 1966/67, 18. Jg., 9. Heft, S. 14–16.

51 Juchacz Gerhard, Der Pater. Die Nationalsozialisten 1934 in Österreich. Graz-Wien-Köln 1976, S. 192f. „Auf der dritten Stufe der Mythisierung erhielt Dollfuß überirdische Attribute, er wurde zum Engel und Heiligen, gelegentlich wurde er als Christus auf der Erde gleichgesetzt.“

52 Seine politische Mission war nicht menschlich, sondern göttlichen Ursprungs, er war nicht ein einfacher Politiker, sondern ein von Gott gesandter Retter der Vaterlands in der letzten Stunde, in der Welt immer als Fürsprecher am Throne Gottes für sein Land eintraten. Dollfuß wurde zum heiligen Märtyrer des neuen Österreich, zum „österreichischen Nationalheiligen des 20. Jahrhunderts“, sein Grab zum „Nationalheiligtum der Österreicher“.

53 „Die Wallfahrt der Österreicher“ – so hieß die neue „Wallfahrtsstätte“. Wie beim Kreuzest Christi bedeutete der „Dollfuß“ Erlösung für die Menschen, auch er ist durch die überirdische Größe seines politischen Willens unsterblich. Das Vermächtnis des Kanzlers war die Liebe zu Österreich, daher wurde der Krieg gegen die Stör der Ordnung zu einem heiligen Krieg, zu einem Glaubenskrieg. In regelmäßigen Totengedenken am Sarkophag des Kanzlers sollte sich die mythische Kraft auch auf die neuen Führer übertragen. 1921 jährlichen Gedenkfeste – auch jene vom Unterrichtsministerium für die Schulen approbierten – kamen mit ihren katholischen Elementen der altariarischen Anordnung der katholischen Heiligenverehrung entgegen. In manchen ländlichen Gebieten, vor allem in Niederösterreich, wurde das Bild Dollfuß in den Herrgottswinkel gehängt.“

54 Vgl. Reimann, Innitzer, S. 66.

55 Ude Johannes, Das vierte, nationalsozialistische Österreich. In: Grazer Volksblatt, 27. März 1938, S. 1f. „Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alle Recht ausgeht“, so begann die Verfassung des dritten, des sogenannten christlichen Österreich. Doch die Taten dieses Gebildes, das man „christlicher“ Österreich genannt, manchmal alles andere eher als christlich. Eine Minderheit, welche durch Ausnützung eines Zufalles die Herrschaft an sich gesessen hatte, zwang eine überwältigende Mehrheit dazu, sich zu einem Österreich zu bekennen, das gar kein Österreich war. All dem Unfug nun, den man mit dem „Märtyrerkanzler“, mit den „Dollfußkernern“, mit der „Dollfußfamilie“ usw. getrieben hatte – und die auch heute noch einen argen Unfug und eine schwere Gewissensvergewaltigung des größten Teiles der Deutschen im christlichen Österreich –, all diesem Unfug, zu dessen politischer Auswirkung sich auch leider verschiedene Vertreter der katholischen Kirche in Österreich vergeblich hatten, wurde nun das verdiente Ende bereitet. Damit wurde auch dem politischen Katholizismus im christlichen Österreich ein kräftiger Schlag versetzt, hoffentlich für immer, so daß er nicht mehr aufleben wird. Wer aber leugnet, was das ist im christlichen Österreich einen politischen Katholizismus gegeben hat, der weiß entweder nicht, was Mißbrauch der Kirche und der Religion zu politischen Zwecken ist, oder er bewußt die Unwahrheit sagt.“

56 Veselsky Oskar, Bischof und Klerus der Diözese Seckau unter nationalsozialistischer Herrschaft. Ungedr. theol. Diss. Graz 1978, S. 17f.

57 Siehe dazu Ebneth Rudolf, Die österreichische Wochen-schrift „Der Christliche Ständestaat“. Mainz 1976 (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, Reihe B, Bd. 19).

58 Böhm Anton, Denkschrift, Februar 1934. Zitiert nach Ebneth, „Der Christliche Ständestaat“, S. 22.

59 Hanisch, Die Ideologie, S. 30.

60 Neuland, Blätter jünger katholischer Erneuerungsbewegung, 10. Jg., 9. VI. 1935, Nr. 23, S. 539–541. Auf S. 540 liest man: „Der Nationalsozialismus in seiner gegenwärtigen Gestalt ist ein Artikel entnommen, der mit „Dr. n. n.“ gezeichnet ist. Gerhard Seewann eruierte hinter dieser Buchstabenkombination besagten Anton Böhm. Seewann Gerhard, Ungedr. Jugendbewegung, 1960 in 1938, 2. Aufl. Frankfurt a. Main 1974, 2. Bd., S. 822, Anm. 35.

61 Hildebrand Dietrich von, Wahre und falsche Objektivität. In: CS, 9. VI. 1935, Nr. 23, S. 539–541. Auf S. 540 liest man: „Der Nationalsozialismus ist ein Gegenstand, der in seinem wesentlichen Gehalt – dem Blutmaterialismus und der brutalen Herrenmoral – antichristlich, metaphysisch und ethisch durch und durch faul und abwegig. Sogenannte gute Seiten besitzt er nicht, und was gelegentlich in dieser Hinsicht angeführt wird, ist durchaus akzidenteller Natur. Es ist ein völliger Mangel an Objektivität, wenn man dies zu verschleiern versucht und das Negative des Nationalsozialismus als Entgelten gewisser radikaler Elemente hinstellt.“

62 Das positive Christentum des Führers und aller sogenannten gemäßigten Elemente ist genau so weit vom wahren Christentum entfernt wie die Theorien Rosenbergs oder Hauers. Die letzteren sind in ethischer und konsequenter. Wer dieser Bewegung gegenüber, die einen genau so radikalen Abfall vom Christentum darstellt wie der Bolschewismus, die mit allen brüchig auf intellektuellen, ethischen rechtlichen Gebiet, was eine „ethische und geistliche Kultur der Menschheit brachte, vermittelnd und verständig auftritt, verhält sich ganz und gar unobjektiv, wenn er sich auch noch so vornehm objektiv vorkommen in seinen Über den Parteien-Sehen. Hier gilt, was in der Bibel steht, was das Wort des Herrn: Wer nicht für mich ist, ist wider mich.“ Hier fordert die wahre Objektivität ein restloses, uneingeschränktes „Anathema sit.“

63 Ebneth, „Der Christliche Ständestaat“, S. 40.

64 CS, 9. VI. 1935, Nr. 23, S. 540.

65 Winter Ernst Karl, Monarchie, Faschismus und Bolschewismus. In: CS, 23. VIII. 1936, Nr. 34, S. 799–801.

66 Hildebrand Dietrich von, Die letzte Maske fällt. In: CS, 8. VII. 1934, Nr. 31, S. 3–5.

67 Franzelin Bernhard SJ, Das Widerstandsrecht gegenüber der Staatsgewalt. In: CS, 18. IV. 1937, Nr. 15, S. 347–349, und ebd., 25. IV. 1937, Nr. 16, S. 374–377; zitierte Stelle, S. 376.

68 Weinzierl-Fischer Erika, 24. April 1938, 13. Jg., Nr. 8, S. 798. Zu Nachstehendem siehe Liebmann Maximilian, Die März-Erklärungen der österr. Bischöfe vom Jahr 1938 im Licht neuer Quellen. In: Theologisch-Praktische Quartalsschrift, 128. Jg., Linz 1990, S. 3–26.

69 Fried Jakob, Nationalsozialismus und katholische Kirche in Österreich. Wien 1947; Rudolf Karl, Aufbau im Widerstand, Salzburg 1947; Molden Otto, Der Ruf des Gewissens, 3. Aufl., Wien 1958 (Das ewige Gewissen. Beiträge zur Geschichte Österreichs 1938–1945, 5. Bd.); Weinzierl Erika, Der österreichische Widerstand 1938 bis 1945. In: Weinzierl Erika und Skalkin Kurt (Hrsg.), Das neue Österreich. Geschichte der Zweiten Republik. Graz-Wien-Köln 1975, S. 11–29; Dokumentationsarchiv Wien (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–45. Bde. 2 und 3, Wien 1975.

DER ÖSTERREICHISCHE NATIONALSOZIALISMUS

I. Vorbemerkungen

Der Nationalsozialismus wird von der überwiegenden Mehrzahl historischer und politologischer Forschungen als eine Form des Faschismus gewertet, als seine wichtigste und extremste. In Österreich stellt er jedoch nicht die einzige Version des Faschismus dar. Die nächstwichtigste, teilweise mit dem Nationalsozialismus konkurrierende, teilweise und insbesondere anfänglich auch kooperierende andere Form faschistischer Bewegungen in Österreich ist die Heimwehr-Bewegung, oder genauer: das Bündel von regionalen und richtungsmäßig differenzierten Heimwehren. Eine andere, weniger ausgeprägte Sonderform des Faschismus in Österreich wurde von der Frontkämpfervereinigungen repräsentiert. Die beiden letztgenannten Richtungen des Faschismus in Österreich sind jedoch nicht Thema meines Referats.

Wesentlich zur Abgrenzung des behandelten Gegenstands und zum Verständnis der Zusammenhänge, in denen er eingebettet ist, erscheint es mir auch, sich eine periodenweise Dreigliederung des Nationalsozialismus in Österreich klarzumachen, die Unterscheidung der faschistisch-nationalsozialistischen Bewegung (etwa 1922 bis 1938) von der vorfaschistischen Phase des Nationalsozialismus in Österreich (1904 bis 1921) einerseits und von der Phase des Nationalsozialismus an der Macht (1938 bis 1945) andererseits. Da hier die letztgenannte Phase, die Periode der vollfaschistischen NS-Diktatur ab 1938 – ebenso wie das halbfaschistisch-autoritäre Regime des „Ständestaates“ –, von einer Erörterung ausgeschlossen ist, werden sich meine Ausführungen weiterhin nur auf das Phänomen Faschismus vor seiner Machtübernahme beziehen.

Im Gegensatz zu der funktionellen Zäsur von 1938 in der Geschichte des Nationalsozialismus soll die kaum weniger deutliche Zäsur der Faschistisierung des österreichischen Nationalsozialismus von 1921/22 den Themenbereich meiner Ausführungen nicht begrenzen. Denn der Nationalsozialismus in Österreich verweist auf Tatbestände besonders nachdrücklich, die auch bei anderen faschistischen Bewegungen und Regimen der Zwischenkriegszeit auftreten: die Transformation einer system-

immanent operierenden Organisation in eine militant terroristische, die Umdefinition einer im großen und ganzen parlamentarisch-demokratischen und sozialreformerischen Programmatik in eine diktatorische, pseudorevolutionär-reaktionäre Richtung, das Ausbrechen angepaßter Individuen in rücksichtslos gewalttätige Aktivität, kurz den partei- und regimetypologischen Charakterwandel scheinbar stabiler politisch-gesellschaftlicher Einheiten.

Indem hier die Kontinuitätslinien, die den Nationalsozialismus in seiner faschistischen Phase mit dem Nationalsozialismus in seiner nicht- oder vorfaschistischen Phase verbinden, nicht abgeschnitten werden – Gemeinsamkeiten, die im übrigen auch in die Richtung seiner Nachfolger nach 1945 zu verfolgen wären –, sollen keineswegs der Faschismus und insbesondere seine nationalsozialistische Spielart in ihrer besonderen Inhumanität unterbewertet werden. Damit soll vielmehr die Möglichkeit zu einer jeweils organisations- und „lager“-internen Selbstkritik und Selbstbesinnung offen gelassen werden, die politische Bildung nicht einfach im Schlagen eines zum Popanz aufgebauten Gegenbildes idealisierter, gegenwärtiger Zustände mißversteht und die gerade dadurch außerstande sein könnte, neue un- und antidemokratische Tendenzen frühzeitig zu erkennen und ihnen gegenzusteuern.

II. Die Entwicklung der NSDAP

1. Vorfaschistische Anfänge

In Österreich reicht der Nationalsozialismus organisatorisch ins Jahr 1904 zurück, als in Nordböhmen die „Deutsche Arbeiterpartei“ (DAP) entstand. Ihre Entstehungsbedingungen waren durch eine Überlagerung der industriellen Konflikte in einer mächtig fortgeschrittenen industriell-kapitalistischen Gesellschaft durch spezifische nationale Probleme gekennzeichnet. Die überwiegend deutschsprachigen Facharbeiter, Angestellten und öffentlich Bediensteten der böhmischen Randgebiete standen nicht nur im ökonomischen Gegensatz zu den besitzenden und leitenden Klassen, sie sahen sich häufig auch einer drohend empfundenen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, im Betrieb und in ihrer

sozialen Geltung ausgesetzt, die von der verspätet vom Industrialisierungsprozeß erfaßten und weniger qualifizierten tschechischen Arbeiterschaft der böhmischen Kerngebiete ausging. Für einen Teil der Bergleute, Textilarbeiter, Eisenbahner, Handlungsgehilfen, Beamten dieser deutsch-tschechischen Kampfgebiete stand daher, anders als für die prinzipiell übernational orientierte sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die nationale Frage im Zentrum ihrer wirtschaftlich-sozialen Interessenwahrnehmung. Die seit den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts entstehenden deutschen „Arbeiter“-Verbände suchten daher gewerkschaftliche Zielsetzungen mit klassenharmonischen Standpunkten und nationalem Protektionismus zu vereinen. Somit lag in den „völkischen“ Gewerkschaften schon in nuce jenes ideologische Grundmuster vor, aus dem heraus später der Faschismus entstehen sollte, als diese deutschnationalen Gewerkschaftsverbände 1903/04 zur besseren Absicherung ihrer Interessen auf das Gebiet der Politik ausgriffen und eine eigene Parteiorganisation gründeten. Dieser parteipolitische Ableger der „völkischen“ Gewerkschaften ist die DAP.

Die DAP, die Anfang 1918 die Bezeichnung „nationalsozialistisch“ in den Parteinaamen aufnahm und sich sodann „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei“ (DNSAP) nannte, blieb zunächst noch eine Splitterpartei, die nur allmählich im Gebiet der späteren österreichischen Republik Fuß fassen konnte. Bei den Reichsratswahlen von 1911 erreichte sie mit 26.670 Stimmen in der ganzen österreichischen Reichshälfte knapp ein Zehntel der deutschen Sozialdemokratie. Ihr Parteiprogramm enthielt neben deutschnationalen und antisemitischen auch zahlreiche demokratische und sozialreformerisch-antikapitalistische Forderungen, so daß sie (und später die DNSAP) im Spektrum der österreichischen Parteien nicht allzu weit vom rechten, deutschnationalen Flügel der Sozialdemokratie Engelbert Pernerstorfers oder Franz Schuhmeiers einzuordnen ist. Als faschistisch im eigentlichen Sinn kann sie noch nicht bezeichnet werden.

Auch in sozial-klassenmäßiger Hinsicht haben Führungsschicht und

Wählerschaft der DNSAP, entsprechend ihrer ideologischen Orientierung, eine Mittelposition zwischen der Sozialdemokratie und den bürgerlich-liberalen Parteien eingenommen.

Die neuen Staatsgrenzen schnitten 1918 die DNSAP von ihrem Kerngebiet in den Sudetländern ab. Sie zerfiel in drei Teile, einen größeren, in der CSSR agierenden Zweig, einen auf Polen entfallenden Splitter und eine deutsch-österreichische Parteiorganisation.

Diese empfindliche Schwächung der Partei zeigte sich auch in den Wahlergebnissen. Bis zu den Wahlen für die konstituierende Nationalversammlung am 16. Februar 1919 gelang es der Partei unter ihrem Führer, Dr. Walter Riehl, nicht einmal, in den meisten Wahlkreisen eigene Kandidatenlisten aufzustellen. In insgesamt 8 Wahlkreisen erlangte die DNSAP daher nur 23.334 (0,78 Prozent) von knapp 3 Millionen abgegebenen gültigen Stimmen.

Auch während der beiden folgenden Jahre scheint keine wesentliche Verschiebung in der Attraktivität und der Berufs- und Klassenstruktur der DNSAP eingetreten zu sein, wie die Ergebnisse verschiedener Wahlen erkennen lassen. Trotz lokaler Rückschläge gelang es der Partei zunächst nur im Land Salzburg zwei und in Wien-Niederösterreich ein Landtagsmandat sowie eine größere Anzahl von Gemeinderatsmandaten zu erringen. Bei den Nationalratswahlen am 17. Oktober 1920 kandidierte die DNSAP zwar schon in fast allen Wahlkreisen, erreichte aber nur knapp 34.000 Stimmen.

2. Frühfaschistische Welle und Parteispaltung

Erst im weiteren Verlauf der Geschichte der Ersten Republik wurde die DNSAP zur Keimzelle des Nationalsozialismus. Hitlerscher Richtung, die sich nach mehrfachen Krisen und Spaltungen als „NSDAP, Hitlerbewegung“ schließlich auch organisatorisch ausgliederte und später anwachsend die übrigen nationalsozialistischen Splittergruppen praktisch wieder aufzog.

Für die Entwicklung des österreichischen Nationalsozialismus wurde entscheidend, daß ihre Führer schon Ende 1919 beschlossen hatten, mit ausländischen Nationalsozialisten, vor allem mit den deutschen, Kontakt aufzunehmen, und daß sich diese Kontakte in einer intensiven Zusammenarbeit von vier zwischenstaatlichen Tagungen 1920 bis 1922 fortsetzten. In dem Maß, wie sich Hitler im deutschen Nationalsozialismus durchsetzte, wurde auch der deutsche Einfluß innerhalb der österreichi-

schen Partei stärker. Auf dem Parteitag in Salzburg vom 11. bis 15. August 1923 gewann die Hitler-Richtung die Mehrheit, was zum Rücktritt des bisherigen österreichischen Parteibormanns Riehl und zu tiefen Spaltungerscheinungen in den folgenden Jahren führte. Die soziale Ursache dafür ist in der nach dem Ende der Inflation von Bundeskanzler Seipel durchgeführten „Genfer Sanierung“ zu sehen, die zu Massenentlassungen von Beamten und Angestellten und zu einem sprunghaften Ansteigen der Arbeitslosigkeit geführt hatte. Die Unzufriedenheit des „neuen Mittelstandes“ hat im selben Zeitraum den raschen Anstieg der nationalsozialistischen Bewegung und einen Strukturwandel ihrer Mitgliedschaft bedingt. Angeblich zählte die nationalsozialistische Partei Mitte 1923 34.000 eingeschriebene Mitglieder in 118 Ortsgruppen. Der ein Jahr zuvor gegründeten und mit deutscher Hilfe organisierten paramilitärischen „Ordnerruppe“ gehörten 9800 Mitglieder an. Die Auflage der Parteizeitung, der „Deutschen Arbeiterpresse“, stieg innerhalb eines Jahres von 4000 auf 22.000. Auch eine Anzahl neuer NS-Wochenblätter wurde zur selben Zeit gegründet. In diesen Jahren erhielt der österreichische Nationalsozialismus einen Schub kleinbürgerlicher und proletaroider Elemente. Vor allem ist auch ein Zustrom von Schülern und Lehrlingen, die von der Arbeitslosigkeit bedroht waren, und von Studenten zu verzeichnen, die, durch den Weltkrieg „entwurzelt“, vielfach erst ihr Studium begonnen hatten, als ihre beruflichen Erwartungen durch die Nachkriegskrise zusammenbrachen. Lehrer, Schulvereinsmitglieder und „deutsche Turner“ spielten bei der Gewinnung der Jugend für den Nationalsozialismus eine wesentliche Rolle. Neben ehemaligen Offizieren und Unteroffizieren, die in der republikanischen Armee keine Aufnahme fanden, waren es gerade die zuletzt genannten Gruppen, die zu den aktivsten Mitgliedern des frühen Faschismus aller Richtungen wurden. Daher bestanden auch in dieser Zeit enge personelle und teilweise auch organisatorische und ideologische Verknüpfungen mit rechtsradikalen Gruppen des katholisch-konservativen „Lagers“ wie der „Ostara“ und der „Frontkämpferversammlung“.

Von besonderer Bedeutung für den frühen Nationalsozialismus in Österreich blieben weiterhin die „völkischen“ Gewerkschaften, in denen Nationalsozialisten und andere deutschnationale Berufs- und „Standes“-Vereinigungen vereint waren. Die einzelnen, parteipolitisch unabhängigen Verbände waren im

„Deutschen Gewerkschaftsbund für Österreich“ zusammengefaßt. Zusammen zählten die „völkischen“ Gewerkschaften nach einem steilen Mitglieder-Anstieg schon 1923 über 45.000 Mitglieder, erreichten 1928 ihr Maximum mit 51.247 Mitgliedern, um in der Folge zwischen 47.000 und 49.000 zu schwanken. Sie erfaßten damit allerdings nur etwa 5 Prozent der Gesamtsumme der Gewerkschaftsmitglieder aller politischen Richtungen. Die deutschnationalen Gewerkschaften waren auch ein vorrangiges Rekrutierungsfeld des frühen Nationalsozialismus in Österreich, wodurch die weiterhin anhaltende besondere Dominanz der Angestellten und Eisenbahnbeamten in seinen Reihen verständlich wird. Der in Österreich schon vor dem Hitlerputsch einsetzende innere Zerfall des Nationalsozialismus und die allmähliche Besserung der wirtschaftlichen Lage wirkten sich in einem Mitglieder- und Anhängerverlust der Parteiorganisation aus. Nachdem noch die Abspaltung des langjährigen Parteibormannes Riehl, der 1924 eine eigene, bedeutungslose Gruppe, den „Deutschsozialen Verein“, gründete, ohne tiefere Auswirkungen geblieben war, kam es im Mai 1926 zur endgültigen Spaltung des österreichischen Nationalsozialismus in eine Gruppe um den Parteibormann Karl Schulz und in eine Gruppe unter Hitlers Führung. Behielt erstere den alten Parteianamen und eine gewisse demokratische Orientierung bei, so band Hitler seine Anhänger streng an die Münchner Parteileitung und an deren politische Grundsätze. Er gab seiner Partei die Bezeichnung „NSDAP Österreichs (Hitler-Bewegung)“. Zahlenmäßig zunächst annähernd gleich stark, erlangte die Hitlerbewegung in den folgenden Jahren ein immer stärkeres Übergewicht. Mit Hitlers innerparteilicher Machtübernahme in Österreich ging auch die Aufgabe des Anspruchs der NSDAP einher, primär eine Arbeiterpartei zu sein.

Schulz dagegen vertrat weiterhin die Meinung, daß die nationalsozialistische Partei, deren Mitglieder zum größten Teil „Lohnabhängige“ und in den „völkischen“ Gewerkschaften organisiert seien, mit diesen zusammenarbeiten müsse. Seine Richtung vertrat in der Folge immer schwächer werdend den Arbeitnehmerflügel des österreichischen Nationalsozialismus, während die Hitlerbewegung vor allem den städtischen „Mittelstand“ anzog.

Der Heimwehfaschismus, der sich nach 1927 weniger aus unmittelbar wirtschaftlichen denn sozialpsychologischen Gründen (bürgerliche Angstpropaganda nach den Unruhen des 15. Juli 1927) und wegen der

von einheimischen Unternehmern und von Italien und Ungarn verstärkt erfolgenden Unterstützung stürmisch entwickelte, war bis Ende der zwanziger Jahre eine wirkungsvolle Konkurrenz, die einen Massenaufschwung der NSDAP verhinderte. Er saugte nicht nur einen Teil der früher nationalsozialistischen Anhänger, vor allem in der Oststeiermark, an, sondern blockierte auch die Ausdehnung der Nationalsozialisten auf die ländlichen Gebiete, solange die Heimwehr eine noch ungebrochene Bewegung war.

3. Aufstieg zur faschistischen Massenbewegung

Obwohl sich die NSDAP (Hitler-Richtung) schon 1926/27 organisatorisch festigte, erreichte sie bei den Nationalratswahlen des Jahres 1927, gemeinsam mit einer anderen deutschnationalen Splittergruppe als „Völkisch-sozialer Block“ auftretend, nicht einmal das Ergebnis der DNSAP von 1920. Erst als die Weltwirtschaftskrise Österreich erfaßt hatte und jeder zehnte Erwerbsfähige arbeitslos war, erreichte sie bei den Nationalratswahlen am 9. November 1930 111.627 Stimmen oder 3,0 Prozent. Einen weiteren, wenn auch geringen Anstieg konnte die NSDAP bei den Landtagswahlen in Oberösterreich im April 1931 verzeichnen. Innerhalb von fünf Monaten stieg hier ihr Stimmenanteil von 2,2 auf 3,4 Prozent.

Als der Putsch des Steirischen Heimatschutzes unter Dr. Walter Pfirmer, der nicht zuletzt auch unternommen wurde, um den drohenden Zerfall der Heimwehr abzuwenden, am 13. September 1931 gescheitert war und schon jeder fünfte Österreicher einen Arbeitsplatz suchte, erhielt die NSDAP verstärkten Auftrieb. Zudem wurde sie seit Juli 1931 durch einen von Hitler entsandten Emissär, Theo Habicht, nach deutschem Vorbild reorganisiert, was ihre Schlagkraft weiter erhöhte. Der entscheidende Durchbruch zur Massenpartei gelang ihr jedoch bei den Landtags- und Gemeinderatswahlen am 24. April 1932, bei denen insgesamt zwei Drittel der Wahlberechtigten Österreichs zu den Urnen gingen. Bei diesen Landtagswahlen erreichte die NSDAP in Wien 17 Prozent, in Niederösterreich 14 Prozent und in Salzburg 29 Prozent und bei Landtagswahlen am 6. November 1932 in Vorarlberg immerhin 11 Prozent. Mit einem Schlag zogen 29 NS-Vertreter in die Landtage der drei erstgenannten Bundesländer ein. Insgesamt entfielen auf sie über 344.000 Stimmen oder 16 Prozent in denjenigen Bundesländern, in denen die Landtagswahlen stattfanden. Ähn-

lich lautete das Ergebnis der Gemeinderatswahlen, die am selben Tag in Steiermark und Kärnten (ausgenommen die beiden Landeshauptstädte) durchgeführt wurden.

Dieser Wahlerfolg ist auf folgende Verschiebungen in der Wählerschaft zurückzuführen (Verschiebungen von Wähler- und Nicht-Wähler-Potentialen haben dabei eine geringe Rolle gespielt): Zunächst gelang es dem Nationalsozialismus, den größten Teil der Wähler der Partei des deutschnational-liberalen städtischen „Bürgerturns“, die „Großdeutsche Volkspartei“, und einen beträchtlichen Teil der deutschnationalen Bauernschaft, des „Landbundes“, aufzusaugen. Im Laufe des Jahres 1932 und 1933 setzte sich das Vordringen der NSDAP in der deutschnationalen Bauernschaft vor allem in Kärnten, Steiermark und Salzburg fort, ohne jedoch zu einem stärkeren Einbruch in die katholisch-konservative Landbevölkerung zu führen.

Sodann ist dem Nationalsozialismus, allgemein gesehen, kein wirklich entscheidender Einbruch in den christlichsozialen „Mittelstand“ und in die sozialdemokratische Arbeiter- und Angestelltenschaft gelungen. Wo allerdings auf regionaler Ebene eines der beiden letztgenannten Lager zahlenmäßig, organisatorisch und ideologisch schwach vertreten war und sich nicht auf eine starke oder ungebrochene politische Subkultur stützen konnte, gelangen dem Nationalsozialismus auch Einbrüche in das katholisch-konservative „Lager“ und in die Sozialdemokratie. Daher gingen die nationalsozialistischen Wahlgewinne in den großen Städten und in Wien auch auf Kosten der Christlichsozialen und in den schwach oder nicht industrialisierten Gebieten und Städten auch auf Kosten der Sozialdemokratischen Partei.

Schließlich ging die in Auflösung

begriffene Heimwehr zum Teil und wiederum in regional stark wechselndem Ausmaß zum Nationalsozialismus über, und zwar überall dort, wo deutschnationale Tendenzen schon immer stark gewesen waren, also vor allem in Südoesterreich.

Auch Protestanten, die 1934 in ganz Österreich nur 4,4 Prozent der Bevölkerung ausmachten, tendierten überdurchschnittlich stark zum Nationalsozialismus.

Gemeinderatswahlen in einigen Orten Niederösterreichs und Tirols im Frühjahr 1933 belegen, daß der Nationalsozialismus weitere Fortschritte machte, sich jedoch den Grenzen seines Wählerpotentials näherte. Als die NSDAP am 23. April 1933 in Innsbruck 41 Prozent der Stimmen erhielt, war dies der letzte Anstoß, daß Dollfuß, der seit März 1933 „autoritär“ regierte, alle weiteren Wahlen verbot.

Das Ergebnis des bis zum Parteiverbot einer exponentiellen Wachstumskurve folgenden Ausgreifens der NSDAP in immer neue, berufliche, soziale und politische Gruppen schlug sich im Juni 1933 in der in Tab. 1 wiedergegebenen Sozialstruktur der Parteimitgliedschaft nieder. (Die Vergleichsdaten aus Deutschland sind dem dort gegebenen Entwicklungsvorsprung entsprechend um knapp drei Jahre zeitverschoben.)

Daraus ist ersichtlich, daß der österreichische Nationalsozialismus in einer mittleren Phase seines Massenerfolgs wie die deutsche NSDAP besonders stark Zulauf aus den Berufsgruppen der freien Berufe, der öffentlichen Bediensteten und Angestellten erhalten hatte. Diese sozialen Gruppen waren, verglichen mit der Gesamtgesellschaft, unter den Parteimitgliedern weitaus überrepräsentiert. Die Angehörigen der Arbeiterklasse im eigentlichen Sinn waren dagegen in Österreich wie in Deutschland unterrepräsentiert, wenngleich sie innerhalb der NSDAP

Tab. 1

Soziale Gliederung der NSDAP in Österreich (1933) und in Deutschland (1930) in Prozenten¹⁾

	Österreich		Deutschland	
	NSDAP ²⁾ (-IV 1933)	Ges. Ges.* (1934)	NSDAP (-IX 1930)	Ges. Ges.* (1933)
Bauern	11	21,2	14,2	20,7
Selbständige	9	10,9	17,3	8,0
Freie Berufe	6	0,9	3,0	1,6
Öffentl. Bedienstete	20	9,7	8,3 ³⁾	4,8 ³⁾
Angestellte	16	10,1	25,6	12,4
Arbeiter	38	47,2	28,0	46,3
Sonstige	-	-	3,6	6,2
Summe der Erwerbstätigen	100 (n = 262)	100,0 (N = 3,04 Mio.)	100,0 (N = 121.151)	100,0 (N = 32,3 Mio.)

¹⁾ Horizontale Vergleichbarkeit nur eingeschränkt gegeben

²⁾ Kumulierte Beitrittswerte

³⁾ Nur Verwaltungsbeamte und Lehrer

Quellen: Eigene Stichprobenerhebung im Berlin Document Center Parteistatistik. Stand 1. Januar 1935, Bd. 1 (o.O., o.J.), S. 53ff.

* Ges. Ges. = Gesamtgesellschaft

jeweils das relativ größte Kontingent stellten. Ebenso waren in beiden Staaten selbständige Bauern unter den Parteigenossen seltener anzutreffen, als es ihrem Anteil an der Gesamtgesellschaft entsprach. Nur bei den gewerblichen Selbständigen ergibt sich eine Diskrepanz zwischen dem deutschen und dem österreichischen Befund: während jener eine starke Überrepräsentierung dieser Berufsgruppe anzeigt, läßt dieser nur eine etwa proportionale Vertretung innerhalb der NSDAP erkennen. (Andere, zu den Nicht-Erwerbstätigen zählende soziale Gruppen sind hier nicht berücksichtigt. Abgesehen von den Studenten war ihr relativer Anteil in der NSDAP eher gering.)

4. Arbeit in der Illegalität

Die gesteigerte nationalsozialistische Terrortätigkeit nach der Übernahme und Festigung der Macht im Deutschen Reich führte am 19. Juni 1933 zum Verbot der NSDAP und ihrer Gliederungen in Österreich. Ein Großteil der Parteiführer flüchtete sofort nach Bayern und setzte von dort aus seine Tätigkeit fort. Obwohl im Laufe der nächsten Monate über 10.000 Aktivisten nach Deutschland flohen und dort als „Österreichische Legion“ zusammengefaßt wurden, konnte die NSDAP bald wieder ihre durch das Betätigungsverbot eingetretene organisatorische Schwäche überwinden. Erst der von einer Wiener SS-Gruppe ausgehende, fehlgeschlagene Putsch vom 25. Juli 1934, bei dem Dollfuß ermordet wurde, führte zu starken Desorganisationserscheinungen in der NSDAP. Dennoch stieg die Anzahl der Parteimitglieder, die zwischen Juni 1933 und Juli 1934 von 67.000 auf 87.000 angewachsen war, bis zum Berchtesgadener Abkommen (12. Februar 1938) um weitere 60.000. Über die damit einhergehende soziale Umstrukturierung gibt es bisher keine verlässlichen zahlenmäßigen Angaben. Doch kann mit einiger Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß der Anteil der Jugendlichen noch größer wurde. Vor allem gelang nunmehr ein echter Einbruch in die bäuerliche Bevölkerung. Dagegen scheint der Anteil der öffentlich Bediensteten stark zurückgegangen zu sein. Die von dem autoritären Regime Dollfuß' und Schuschnigg politisch und gesellschaftlich niedergeworfene industrielle Arbeiterschaft insgesamt erwies sich dem Nationalsozialismus gegenüber weiterhin als relativ resistent, wenngleich sich die Nationalsozialisten nach dem vergeblichen Aufstandsversuch des Republikanischen Schutzbundes am 12. Februar 1934 besonders um die Gewinnung der ehemaligen Sozialdemokraten bemühten. Verein-

zelt schon vorher, in etwas stärkerem Umfang unmittelbar nach dem Februar 1934 scheint ihnen dies jedoch bei den desorientierten Schutzbündlern und bei jugendlichen Arbeitslosen gelungen zu sein.

Erst nach dem österreich-deutschen Abkommen vom Juli 1936, das Österreich in zunehmende außenpolitische Abhängigkeit vom Deutschen Reich brachte und den Nationalsozialisten im Inneren einen beträchtlichen, bald größer werdenden Handlungsspielraum einräumte, setzte wiederum ein verstärkter Anhängerzustrom zum Nationalsozialismus ein, der während der „Anschluß“-Tage vereinzelt die Züge eines Wettlaufs um die Parteimitgliedschaft annahm. Obwohl der von Hitler mit umfassenden Partei- und Staatsvollmachten ausgestattete saarpfälzische Gauleiter Josef Bürckel mit starker Hand die Reorganisation der österreichischen NSDAP betrieb, konnten erst allmählich die chaotischen Zustände auf dem Parteisektor in Österreich überwunden werden.

Der von ihm schließlich in der „Ostmark“ durchgesetzte, bis 1945 im wesentlichen unveränderte Zustand war durch den Aufbau eines dichten Organisationsnetzes, durch rigiden innerparteilichen Zentralismus, durch eine sonst seltene zahlenmäßige Stärke der „Partei“ und durch die Verschmelzung der regionalen Führung mit Staatsfunktionen (Reichsstatthalter-Gauleiter in den Reichsgauen), aber dennoch durch ein Andauern starker sozialer Spannungen innerhalb der verschiedenen politisch-ideologischen und sozialen Gruppen der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen gekennzeichnet. Auf die weitere Entwicklung des Nationalsozialismus nach dem Übergang von der „Bewegungs“- zur Regimephase, der sich in Österreich 1938 in manchem wesentlich rascher vollzog als im „Altreich“, ist hier nicht mehr einzugehen.

III. Die Programmatik der NSDAP

Auf die nationalistisch-sozialreformmerische Programmatik der DAP und DNSAP vor ihrer Faschistisierung wurde schon andeutungsweise hingewiesen. Sie enthielt bereits viele Einzelforderungen, die von der bayrischen „Deutschen Arbeiterpartei“ bzw. der NSDAP Hitlers in ihrem 25-Punkte-Programm von 1920 aufgeführt und in einen anderen Kontext gestellt wurden. Als der deutsche Nationalsozialismus im Laufe der zwanziger Jahre seinen Einfluß auf Österreich ausdehnte, wurde für die österreichischen Nationalsozialisten

auch das Programm der NSDAP Hitlers verbindlich. Im Zusammenhang mit anderen programmatischen Dokumenten und Führer-Außerungen lassen sich in der vielschichtigen und widersprüchlichen Ideologie des Nationalsozialismus folgende Komponenten ausmachen:

1. Im Zentrum steht die Fiktion der Volksgemeinschaft, die das bedingungslose Zusammenstehen aller gegen innere und äußere Feinde verlangt und als „nationaler Sozialismus“ ausgegeben wird.
2. Nach außen hin äußert sich das in einem radikalen Nationalismus, der rassistische Züge annimmt und in imperialistische Expansionsbestrebungen mündet. Deshalb ist eine permanente Mobilisierung von Parteianhängerschaft und „Volksgenossen“ notwendig.
3. Aus dem militärischen Prinzip aller faschistischen Bewegungen sind die Ideologie von Gewalt, Autorität und Hierarchie und der Führerkult abgeleitet. Deshalb und weil sie Demokratie und politischen Liberalismus verantwortlich macht für die „revolutionäre Gefährdung“ durch die Arbeiterschaft und für die Nichterfüllung nationalistischer Ambitionen in den Pariser Friedensverträgen, ist sie antidemokratisch, antiparlamentarisch und antiliberalistisch.
4. Der Hauptfeind im Innern sind Kommunisten und Sozialisten, die durch Klassenkampf und Revolution (oder was dafür gehalten wird) die Bildung der „Volksgemeinschaft“ und eine Außenpolitik der „Stärke“ verhindern.
5. Auch „rassische“ und nationale Minderheiten wie die Juden werden als Sündenböcke für alle möglichen Mißstände angesehen und grausam verfolgt. Besonders virulent war der Antisemitismus in Deutschland und Österreich, wo er aus spezifischen sozialen und ideologischen Momenten schon immer zum politischen Arsenal der traditionellen Rechts- und Mittelparteien gehörte.
6. Meist trägt der Antisemitismus deutlich die Züge eines Antikapitalismus. Auch sonst spielen pseudosozialistische Parolen (gegen das Groß- und Finanzkapital, gegen Großgrundbesitz, Spekulanten usw.) eine wichtige Rolle. Vor allem in der Frühzeit wendet sich die NS-Bewegung, die deshalb im Gegensatz zu den traditionellen Rechtsparteien auch „Arbeitnehmer“ ansprechen kann, mehr verbalradikal als praktisch gegen das Großbürgertum und die Aristokratie sowie gegen die gesellschaftlichen Privilegien und die Parteien dieser Klassen, die sie durch „plebejisches“ Auftreten beunruhigt, bis im Zusammenhang mit der Machtübernahme die Zählung des „revolutionären“, „linken“ Flügels

der NSDAP durch den „Führer“ erfolgt.

7. Trotz ihres nationalen „Sozialismus“ und mancher sozialpolitischen Forderungen anerkennt die nationalsozialistische Ideologie generell das Privateigentum und das sozialdarwinistische Prinzip des Kampfes aller gegen alle („freie Konkurrenz“), das auch im Kriege, der als höchste Bewährungsprobe eines Volkes verherrlicht wird, auf internationaler Ebene zur Anwendung kommt.

Die nationalsozialistische Ideologie weist sich somit in ihrer doppelten Stoßrichtung gegen die Bedrohung des „Kleinbürgers“ von unten (Proletariat) und von oben (Großkapital) auf weite Strecken als eine typische Mittelstandsideologie aus. Gerade weil sie jedoch sehr widersprüchliche Elemente enthält, die je nach Zielgruppe in unterschiedlicher Betonung in den Vordergrund gestellt werden, kann diese Ideologie die verschiedensten Sozialgruppen ansprechen und unter einem organisatorischen Dach vereinen.

Je nach der Dosierung dieser sieben Komponenten der nationalsozialistischen Ideologie kann man verschiedene Richtungen innerhalb der NS-Bewegung unterscheiden, einen „linken“ nationalsozialistischen und einen „rechten“ sozial-nationalen Flügel. Das national-soziale Element in der NSDAP setzte eher die Orientierung des alten österreichischen Nationalsozialismus fort und hatte seinen Schwerpunkt bis 1930/31 in den „völkischen“ Gewerkschaften, in der NS-Betriebszellenorganisation und in der SA. Die stärker sozial-nationale Strömung hatte ihr Zentrum von Anfang an im Umkreis Hitlers und seiner getreuesten Anhänger. Sie betonte das elitäre Element und das Theorem der „Volksgemeinschaft“. Ihre Hauptvertreter in den dreißiger Jahren fand diese Richtung in der SS und – in einer konservativen Version – im betont katholischen Nationalsozialismus eines Seyß-Inquart. In der Entwicklung des NSDAP-Parteiprogramms selbst trat anfangs die national-soziale, ab den dreißiger Jahren mehr die sozial-nationale Komponente in den Vordergrund, ohne daß je die eine oder andere Richtung völlig dominant geworden wäre.

IV. Die Vielfachstrategie des Nationalsozialismus

Die Mehrdeutigkeit der nationalsozialistischen Ideologie und die soziale Heterogenität ihrer Anhängerschaft korrespondieren mit einer Vielfältigkeit der Strategie des Nationalsozialismus zur Eroberung der Macht. Vor allem vier verschiedene Strategien

des Nationalsozialismus sind es, die in seiner politischen Praxis und Programmatik ausgemacht werden können.

1. Das Selbstverständnis des frühen Nationalsozialismus als Vertretung sozialer Gruppen, die zwar beruflich und sozial in einem gewissen Sinne über die Mehrheit des „Proletariats“ hervorgehoben waren und nationale Vorrechte in Anspruch nahmen, aber dennoch überwiegend zu den ökonomisch abhängigen Klassen und politisch benachteiligten Schichten gehörten, bedingte die im wesentlichen parlamentarisch-demokratische Strategie von DAP und DNSAP.

Wahl der Führungsgremien der Partei, offen akzeptierter Pluralismus der Meinungen, Beteiligung an parlamentarischen Wahlen und Politikprozessen usw. prägen die Struktur des frühen Nationalsozialismus und sein Parteiprogramm von 1913, wenngleich auch die konservativen Einschränkungen radikaler Demokratie, nationalistischer und wirtschaftlicher Protektionismus, insbesondere auch berufsständische Elemente deutlich hervortreten. Dennoch ist die Strategie von DAP bzw. DNSAP bis etwa 1920, und insbesondere während der „österreichischen Revolution“, als demokratisch-sozialreformerisch anzusprechen.

2. Dasselbe gilt nicht mehr für die unter deutschem Einfluß in den Vordergrund tretende Strategie mittels Beteiligung an Wahlen, exzessiver propagandistischer Mobilisierung und scheinbarer Einpassung in das parlamentarische System. Diese pseudolegalistische Machterwerbungsstrategie stellt eine wesentliche Komponente der typischen doppelten politischen Strategie des Faschismus dar und bezieht sich immer auf die Kehrseite der Medaille, auf die Anwendung von Gewalt. Diese Strategie hat der Nationalsozialismus, vor allem Hitler selbst, nach dem Scheitern des Novemberputsches 1923 und der Reserviertheit der konservativen und reaktionären Kräfte in Bayern einem offenen Bruch der Legalität gegenüber eingeschlagen. Sie stellt das Ergebnis eines politischen Lernprozesses aus Mißerfolgen und die Anpassung an die Grundhaltung der ehemaligen aristokratischen und militärischen Oberschichten, der traditionellen Bürokratie und des konservativen Bürgertums dar, gegen deren Widerstand oder passive Resistenz eine nationalsozialistische Machtübernahme weder in Deutschland noch in Österreich möglich war. In der taktischen Anpassung an die sozialen und politischen Gegebenheiten einer modernen Gesellschaft und der jungen Demokratie in Europa nach 1918 liegt ein großer Unterschied des

faschistischen Nationalsozialismus zu älteren Versionen des politischen Deutschnationalismus, der niemals ganz den Charakter von Honoratiorenparteien und elitärkultureller Vereinsmeierei überwinden konnte. Dennoch ließ die nationalsozialistische Machterwerbungsstrategie niemals einen Zweifel daran, daß es ihr darum gehe, mit massendemokratischen Mitteln den Parlamentarismus und die Demokratie abzuschaffen.

Ganz diesem Ziel untergeordnet sind die Organisationsstruktur und der Agitationsstil des faschistischen Nationalsozialismus, die auf die Gewinnung eines breiten Massenanhanges ausgerichtet sind. Die Parteiorganisation, die beim nichtfaschistischen Deutschnationalismus eher lose, wenn nicht zersplittert oder in sich zerfallen ist, wird unter Hitler zu einem schlagkräftigen Apparat umgeformt mit einer Reihe von Nebenorganisationen, die alle dazu dienen, Anhänger zu gewinnen, Wähler zu mobilisieren, in neue soziale Schichten einzudringen. Zugleich hat diese ständige Expansion in der Massendurchbruchphase die Aufgabe, die Finanzierung des anwachsenden Funktionsapparats durch Mitgliedsbeiträge und Spenden sicherzustellen.

In der Vielfalt der Organisationsstruktur kommt die schon erwähnte ideologische Polyvalenz zum Ausdruck, insofern, als jede der funktionellen Gliederungen und berufstätigen Teilorganisationen der „Bewegung“ ein anderes Moment des Programms in den Vordergrund stellt und damit Propaganda treibt: der „Agrarpolitische Apparat“ richtet sich massiv auf Bauerninteressen aus, die „Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation“ auf die Interessen der großbetrieblichen Arbeiter. Der „Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes“, der „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund“, die „Frauensschaft“ usw. zielen auf die respektiven sozialen Gruppen, um deren Gewinnung es geht. Die Jungen werden in HJ und BdM, die zum gewaltsamen Aktivismus Neigenden in SA und SS zusammengefaßt. Und all die Einzelaktivitäten überwölbt der faschistische Anspruch, das gesamte Volk zu repräsentieren. (Inwiefern dies tatsächlich in Form einer „negativen Volkspartei“ gelungen ist, siehe die oben dargestellte Tabelle).

3. Mit dieser pseudolegalistischen Mitglieder- und Propagandastrategie hängt untrennbar zusammen die mit gewaltsamen Mitteln operierende Machteroberungsstrategie. Dabei lassen sich drei Varianten feststellen. Die früheste Gewaltstrategie ist die Form des Putschismus, der im November 1923 in München zur

Anwendung kam, aber auch in Österreich nach 1921 in kleinen „völkischen“ Offiziers- und Studentenzirkeln in Zusammenarbeit mit bayrischen und ungarischen Verschwörungsgruppen geplant und vorbereitet wurde.

Ihre Konsequenz sind Wahlenthaltung, Fememorde, Provokation der bürgerlichen Staatsgewalt zum Eingreifen und Cliquenkämpfe in den eigenen Reihen. In sozial und politisch modernisierten Gesellschaften ist die Wirksamkeit gerade dieser Gewaltstrategie begrenzt, wie das rasche Scheitern des in Wien nach diesem Muster geplanten und von der SS getragenen Putsches vom 25. Juli 1934 belegt.

Komplementär dazu verhält sich eine andere Version der nationalsozialistischen Gewaltstrategie, die aufstandsähnliche Strategie der „nationalen Erhebung“. Sie involviert breite Kreise von Parteianhängern und Militanten, insbesondere die SA, zeigt deutliche Merkmale des Spontanen und erfordert einen wesentlich geringeren Organisationsgrad als die putschistische Strategie. Dieses Ablaufmuster ist in der Erhebung der Nationalsozialisten in den Bundesländern im Gefolge des Juliputsches 1934 und in der unmittelbaren Vorperiode des „Anschlusses“ im März 1938 erkennbar, wo es gerade in der Steiermark und in Graz zu aufstandsartigen Kundgebungen und Erscheinungen von Doppelherrschaft kam.

Die dritte Version der nationalsozialistischen Gewaltstrategie ist die Gewaltprovokation im täglichen Propagandakampf. Dabei wird Gewalt zur Einschüchterung und Zerschlagung von politischen Gegnern planmäßig vorbereitet und von den paramilitärischen Formationen nicht selten rücksichtslos angewandt, und zwar nicht nur defensiv, sondern direkt offensiv. Die Analyse zahlreicher blutiger Zwischenfälle und Straßenkämpfe mit meist „marxistischen“ Arbeitern kann folgende von „Führer“-Worten bestätigte Gewaltstrategie nachweisen: einerseits geht es darum, der linken Arbeiterbewegung das „Recht auf die Straße“ wirksam streitig zu machen und die Agitationsmethoden des Propagandamarsches und der Demonstration auch in „rote“ Arbeiterbezirke hineinzuverlagern, um, wenn die Aktion erfolgreich verlief, dem Bürgertum zu zeigen, der wirkungsvollste Gegner der „Roten“ und Verbündete im Kampf gegen den „Marxismus“ sei der Nationalsozialismus; zugleich damit wurde ein Einschüchterungs- und Desorganisierungseffekt im gegnerischen „Lager“ erzielt. Wenn die Propagandaaktion dagegen auf den Widerstand der Linken stieß, wenn es

Verwundete oder Tote auf der eigenen Seite gab, wenn sich die Nationalsozialisten geschlagen zurückziehen mußten, dann wies ihre Propaganda neuerlich auf den „roten Terror“, die „revolutionäre Gefahr“ hin und versuchte, damit erst recht Anhänger und Unterstützung zu finden. Diese Gewaltstrategie lief also auf einen propagandistischen Erfolg unter allen Umständen hinaus.

4. Die letzte hier zu nennende Machteroberungsstrategie des Nationalsozialismus wurde in Österreich nur einmal, und zwar erfolgreich angewandt, in dem „Anschluß“ genannten Prozeß der Machtübernahme. Die Machtübernahme im März 1938 in Österreich läßt sich in drei Teilprozesse zerlegen, deren Zusammenwirken erst den vollen Erfolg garantierte. Es handelt sich dabei zunächst um einen Aufstand von unten, wobei über Weisung der Parteiführer die Nationalsozialisten „auf die Straße gingen“, um durch Massendemonstrationen einen Souveränitätsverlust des autoritären „Ständestaats“ zu erzwingen; sodann um eine Machtübernahme von oben, vom Inneren des Staatsapparates heraus, in den einzudringen es dem Nationalsozialismus die verhängnisvolle Politik Schuschniggs seit 1936 gestattet hatte. Dies war notwendig, um die „nationale Erhebung“ kontrolliert ablaufen zu lassen und formaljuristisch zu legitimieren. Die wirklich entscheidende Komponente, die die beiden anderen Teilprozesse auslöste oder beschleunigte, war jedoch die militärische, wengleich ohne Waffengewalt ablaufende Intervention von außen mit all ihren Konsequenzen hinsichtlich Verfolgung, Terrorisierung und Kontrolle der gegnerischen Teile der österreichischen Bevölkerung.

V. Schlußfolgerungen

Zum Abschluß sollen hier nicht die möglichen Schlußfolgerungen, die eine demokratisch intendierte politische Bildung aus der Geschichte des Nationalsozialismus ziehen kann, vorgegeben werden. Nur jene fünf Ebenen, auf denen sie entwickelt werden können, seien hier genannt. Lernprozesse aus der Geschichte des Nationalsozialismus und des Faschismus überhaupt können sich beziehen:

1. auf Entstehungs- und Aktionsbedingungen kleiner, faschistischer (oder bloß rechtsradikaler) Organisationen,
2. auf wirtschaftliche, soziale, sozialpsychologische, politische Ursachen eines möglichen Massenerfolgs dieser Splitterorganisationen unter Krisenbedingungen verschiedenster

Art, wodurch der Nationalsozialismus erst zu einer Bedrohung für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wurde,

3. auf die Bündnisstrategie der für den machtpolitischen Erfolg des Nationalsozialismus notwendigen Partner (in der Vergangenheit etwa aristokratische Oberschichten, Kirchen, deutschnational-konservatives Bürgertum, Staatsbürokratien),

4. auf Abwehrstrategien der direkt oder indirekt vom Nationalsozialismus bekämpften Gegner und die Gründe für ihr historisches Scheitern, insbesondere im Hinblick auf Sozialdemokratie, Kommunisten, katholische Kirche und „christlichen Ständestaat“, und

5. auf die ideologische Grundstruktur der österreichischen Gesellschaft, aus der heraus der Nationalsozialismus erst entstehen konnte und deren Symptome von neueren Umfragen und sozialpsychologischen Tiefenanalysen in nur wenig abgestufter Weise quer durch alle sozialen, regionalen und parteiorganisatorischen Differenzierungen hinweg auch heute noch feststellbar sind.

DIE ROLLE DER SOZIALDEMOKRATIE IN DER ERSTEN REPUBLIK

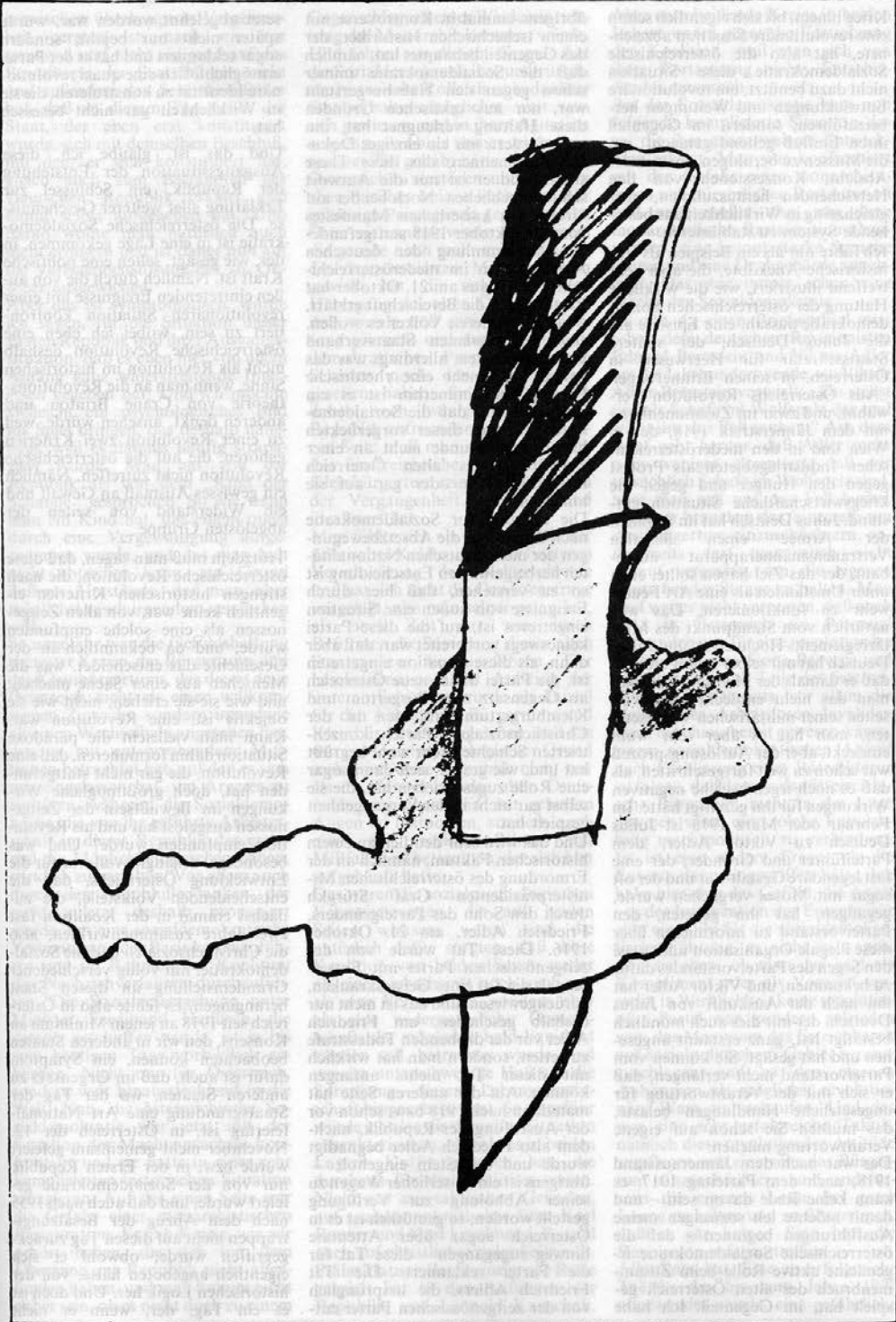
Ich möchte heute versuchen, in der mir zur Verfügung stehenden Zeit dem Aspekt gerecht zu werden, der mir zu diesem Thema gestellt wurde, nämlich die österreichische Sozialdemokratie und ihre Wirkung in der 1. Republik zu erfassen, und zwar im Zusammenwirken und in Zusammenschau mit den anderen politischen Kräften. Wenn ich das versuchen will, so möchte ich gleich einleitend sagen, daß man die österreichische Sozialdemokratie in der Zwischenkriegszeit nicht verstehen kann, wenn man nicht die Vorgeschiede dieser Partei wenigstens kurz resümiert, also die Vorbedingungen, die sich in einem ganz anderen Bezugssystem, nämlich im Bezugssystem des alten Österreich, entwickelt haben. Die Sozialdemokratische Partei Österreichs ist ja mit einer historischen Verzögerung und Verspätung gegenüber der deutschen Sozialdemokratie, die schon 1863 bzw. 1868 eine organisatorische Einheit gefunden hat, 1888/89 entstanden, am Parteitag von Hainfeld; und das ist auch eine sehr wichtige, um nicht zu sagen, traumatisierende Erfahrung für die Geschichte dieser Partei, daß nämlich die Angst immer lebendig war in dieser Partei, in die Fraktionskämpfe zurückzufallen, die vor 1889 zu lange eine organisatorische Einheit verhindert hatten. Es ist ein wesentlicher Unterschied zur deutschen Sozialdemokratie, daß die Einheit in der österreichischen Sozialdemokratie immer viel höher geschrieben wurde, der Integrationsmechanismus der Sozialdemokratie daher ein etwas anderer war und man also in Österreich auch nie eine offene Auseinandersetzung über Grundfragen führte, wie im Revisionismusstreit in der deutschen Sozialdemokratie, weil man alle Fragen, die der Einheit der Partei abträglich waren, von vornherein abdrängte und jeden Anschein einer Divergenz vermeiden wollte.

Der französische Politologe Duverger hat einmal geschrieben: „Jede Partei trägt den Stempel ihrer Geburt“, und wenn man das auf die österreichische Sozialdemokratie anwendet und dieses Geburtsdrama identifizieren will, so könnte man sagen, es war die Angst, wieder in die Richtungskämpfe zurückzufallen, und daher das verstärkte Festhalten an einer Einheit um jeden Preis. Dies

ist auch eine Erklärung dafür, daß die österreichische Partei im Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie ihre Einheit auch während des Weltkrieges aufrechterhalten konnte. Ebenfalls muß man sich vor Augen halten, daß diese Partei 1889 aus der Taufe gehoben wurde in einem Gründungsakt, den Karl Renner, der sonst ein eher nüchterner Betrachter der Dinge war, im Rückblick einmal das „Bethlehem des österreichischen Sozialismus“ genannt hat, was gleichzeitig zum Ausdruck bringt, daß es hier einen quasi religiösen Charakter gehabt hat und auch insofern die Assoziation mit Bethlehem stimmt, als es eine von der Außenwelt zunächst unbeachtete Tatsache und ein unbeachtetes Ereignis war, das aber doch weittragende historische Auswirkungen gehabt hat. Aber diese Assoziation mit Bethlehem bedeutet eben auch, daß die österreichische Sozialdemokratie von allem Anfang an einen quasi religiösen Charakter gehabt hat und dies gerade im Rahmen des katholischen Österreich, und das erklärt auch viele spätere Konflikte mit der katholischen Kirche, da sich die Sozialdemokratie als eine Art Gegen- und Ersatzkirche gefühlt hat. Und ich glaube, wenn man die österreichische Sozialdemokratie verstehen will, so muß man auf zwei Elemente hinweisen, die auch für die deutschen Sozialdemokraten in gewissem Sinne zutreffen und vielleicht auch dann in späterer Folge das gemeinsame historische Schicksal, nämlich das Scheitern der österreichischen und der deutschen Sozialdemokratie, erklärbar machen, auf der einen Seite die Massenorganisation, die in Österreich noch viel dichter war, wenn man die Zahlen vergleicht, als in der deutschen Sozialdemokratie, die Massenorganisation, die ja so ein großes Gefühl der Zuversicht vermittelt hat, auf der anderen Seite aber auch sehr stark dazu geneigt hat, die eigene Kraft zu überschätzen und in einer Art organisatorischer Nabelschau zu verharren, und auf der anderen Seite eine fatalistische Ideologie, die auf das engste mit dieser Massenorganisation zusammenhängt, und die Kollege Erich Matthias in Parallele zu meinen eigenen Forschungen als Kautskyanismus bezeichnet hat, ein Begriff, den man dann vielleicht als eine Art Überbegriff für die Entwicklung der österrei-

chischen und der deutschen Sozialdemokratie ansetzen könnte.

Diese Partei ist hineingegründet worden in ein Bezugssystem, in dem sie auf Grund der herrschenden Verhältnisse zu einer Oppositionshaltung verurteilt war, nämlich die österreichische Sozialdemokratie im habsburgischen Vielvölkerstaat, und der berühmte Austromarxismus ist ja in den letzten Jahren des 19. und in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts entstanden, als eine zwanglose Arbeitsgemeinschaft kongenialer Persönlichkeiten, wie Otto Bauer, Karl Renner und Max Adler, die in Bindung an die Sozialdemokratie versuchten, die ihnen gemeinsame marxistische Methode auf die Probleme ihres Bezugssystems anzuwenden, vor allem auf das Nationalitätenproblem, auf das Problem der Demokratisierung des alten Österreich, und man kann sagen, daß die Sozialdemokratie sich eigentlich bis 1914 als eine Art unbedankte Staatserhalterin betätigt hat. Denn die ernstzunehmenden, konstruktivsten Vorschläge zum Umbau des alten Österreich stammten aus der Feder von Karl Renner, der sie zum Teil unter Pseudonymen als Staatsbeamter veröffentlicht hat, und sie wurden auch von der Sozialdemokratischen Partei akzeptiert. Vielleicht wären diese Vorschläge, wenn sie rechtzeitig aufgegriffen und durchgeführt worden wären, instande gewesen, diesen Zerfallsprozeß aufzuhalten. Jedenfalls sind sie nicht ernst genommen worden, sind nicht beachtet worden, aber es muß daran erinnert werden, daß die Sozialdemokratie bis 1914 in ihrer ganzen Taktik und Strategie durchaus auf die Erhaltung des alten Österreich eingerichtet war, wobei es Akzentunterschiede gegeben hat zwischen Renner und Bauer. Renner war also Großösterreicher, quasi aus dem Herzen heraus und hat diesem Staat bis fast über dessen Grab hinaus die Treue gehalten, während für Bauer das alte Österreich eine kühl und rational akzeptierte Ausgangsvoraussetzung, aber nicht etwas war, an dem er unter allen Umständen festhalten wollte. Trotzdem haben diese latenten Gegensätze in der damaligen Phase keine Rolle gespielt, und die Austromarxisten waren sich bis 1914 jedenfalls in der Bejahung des alten Österreich einig und haben auch später noch sehr stark an dieser Legalität festgehalten; bis tief in den



Krieg hinein, bis sich eigentlich schon eine revolutionäre Situation abzeichnete, hat also die österreichische Sozialdemokratie diese Situation nicht dazu benützt, um revolutionäre Entwicklungen und Weitungen herbeizuführen, sondern im Gegenteil ihren Einfluß geltend gemacht, um die Massen zu beruhigen, zwar in der Absicht, Konzessionen von den Herrschenden herauszuholen, aber gleichzeitig in Wirklichkeit das bestehende System zu stabilisieren.

Ich führe nur als ein Beispiel, als eine historische Anekdote, die aber sehr treffend illustriert, wie die wirkliche Haltung der österreichischen Sozialdemokratie aussah, eine Episode an, die Julius Deutsch, der spätere Staatssekretär für Heerwesen in Österreich, in seinen Erinnerungen „Aus Österreichs Revolution“ erwähnt, und zwar im Zusammenhang mit dem Jännerstreik 1918, der in Wien und in den niederösterreichischen Industriegebieten als Protest gegen den Hunger und gegen die kriegswirtschaftliche Situation entstand: Julius Deutsch hat im Rahmen der Armee einen illegalen Vertrauensmännerapparat aufgebaut, der das Ziel haben sollte, eben unter Umständen als eine Art Feuerwehr zu funktionieren. Das war natürlich vom Standpunkt des Militärreglements Hochverrat, und Julius Deutsch hat mir selber später erzählt, daß er damals der Meinung war, daß man das nicht entdeckt hätte von seiten seiner militärischen Vorgesetzten, man hat es aber sehr wohl entdeckt, aber der Auflösungsprozeß war schon zu weit fortgeschritten, als daß es noch irgendwelche negativen Wirkungen für ihn gezeitigt hätte. Im Februar oder März 1918 ist Julius Deutsch zu Viktor Adler, dem Parteiführer und Gründer, der eine fast legendäre Gestalt war und der oft sogar mit Moses verglichen wurde, gegangen, hat ihn gebeten, den Parteivorstand zu informieren über diese illegale Organisation und quasi den Segen des Parteivorstandes dafür zu bekommen, und Viktor Adler hat ihn nach der Auskunft von Julius Deutsch, der mir dies auch mündlich bestätigt hat, ganz erstaunt angesehen und hat gesagt, Sie können vom Parteivorstand nicht verlangen, daß er sich mit der Verantwortung für ungesetzliche Handlungen belaste, das müßten Sie schon auf eigene Verantwortung machen.

Das war nach dem Jännerausstand 1918, nach dem Parteitag 1917; es kann keine Rede davon sein – und damit möchte ich sozusagen meine Ausführungen beginnen – daß die österreichische Sozialdemokratie irgendeine aktive Rolle beim Zusammenbruch des alten Österreich gespielt hat, im Gegenteil. Ich habe

übrigens einmal in Kontroverse mit einem tschechischen Historiker, der das Gegenteil behauptet hat, nämlich daß die Sozialdemokratie immer schon gegen den Habsburgerstaat war, nur aus taktischen Gründen diese Haltung verleugnet hat, ihn aufgefordert, mir ein einziges Dokument zu nennen, das diese These stützt, und er ist mir die Antwort schuldig geblieben. Noch bei der auf Grund des kaiserlichen Manifestes vom 16. Oktober 1918 stattgefundenen Versammlung der deutschen Abgeordneten im niederösterreichischen Landhaus am 21. Oktober hat Viktor Adler die Bereitschaft erklärt, wenn die anderen Völker es wollen, einen gemeinsamen Staatsverband aufrechtzuhalten, allerdings war das damals nur mehr eine rhetorische Phrase, aber immerhin ist es ein Zeichen dafür, daß die Sozialdemokratie auch in dieser vorgerückten historischen Stunde nicht an einer Zerstörung des alten Österreich interessiert war oder gar auf sie hinarbeitete.

Die Haltung der Sozialdemokratie nach dem durch die Absetzbewegungen der nicht-deutschen Nationalitäten herbeigeführten Entscheidung ist so zu verstehen, daß hier durch Ereignisse von außen eine Situation eingetreten ist, auf die diese Partei keineswegs vorbereitet war, daß aber dann, als diese Situation eingetreten ist, die Partei dieses neue Österreich im Gegensatz zum Bürgertum und Kleinbürgertum und den in der Christlichsozialen Partei konzentrierten Schichten sehr wohl begrüßt hat und, wie gesagt, sich dann sogar eine Rolle zugeschrieben hat, die sie selbst gar nicht in der Vergangenheit gespielt hat.

Und das wird sehr deutlich an einem historischen Faktum, nämlich an der Ermordung des österreichischen Ministerpräsidenten Graf Stürgkh durch den Sohn des Parteigründers, Friedrich Adler, am 21. Oktober 1916. Diese Tat wurde von der zeitgenössischen Partei mit Entsetzen, als die Tat eines Geisteskranken, zurückgewiesen, und das ist nicht nur deshalb geschehen, um Friedrich Adler vor der drohenden Todesstrafe zu retten, sondern man hat wirklich mit dieser Tat nichts anfangen können. Auf der anderen Seite hat man dann nach 1918 bzw. schon vor der Ausrufung der Republik, nachdem also Friedrich Adler begnadigt wurde und aus Stein eingeholt – übrigens ist ein kaiserlicher Wagen zu seiner Abholung zur Verfügung gestellt worden, so gemächlich ist es in Österreich sogar über Attentate hinweg zugegangen – diese Tat für die Partei reklamiert. Die Tat Friedrich Adlers, die ursprünglich von der zeitgenössischen Partei ent-

setzt abgelehnt worden war, wurde später nicht nur bejaht, sondern sogar reklamiert und hat es der Partei ermöglicht, sich eine quasi revolutionäre Identität zu konstruieren, die sie in Wirklichkeit gar nicht besessen hat.

Und das ist, glaube ich, diese Ausgangssituation der Entstehung der Republik, ein Schlüssel zur Erklärung aller weiterer Geschehnisse. Die österreichische Sozialdemokratie ist in eine Lage gekommen, in der, wie gesagt, selten eine politische Kraft ist. Nämlich durch die von außen eintretenden Ereignisse mit einer revolutionären Situation konfrontiert zu sein, wobei ich eben eine österreichische Revolution deshalb nicht als Revolution im historischen Sinne, wenn man an die Revolutionstheorie von Crane Brinton und anderen denkt, ansehen würde, weil zu einer Revolution zwei Kriterien gehören, die auf die österreichische Revolution nicht zutreffen. Nämlich ein gewisses Ausmaß an Gewalt und ein Widerstand von seiten der abgelösten Gruppe.

Trotzdem muß man sagen, daß diese österreichische Revolution, die nach strengen historischen Kriterien eigentlich keine war, von allen Zeitgenossen als eine solche empfunden wurde, und das bekanntlich in der Geschichte das entscheidet, was die Menschen aus einer Sache machen, und wie sie sie erleben, nicht wie sie objektiv ist, eine Revolution war. Kann man vielleicht die paradoxe Situation dahin formulieren, daß eine Revolution, die gar nicht stattgefunden hat, doch größtmögliche Wirkungen im Bewußtsein der Zeitgenossen ausgelöst hat und als Revolution empfunden wurde? Und was besonders verhängnisvoll war für die Entwicklung Österreichs, daß die entscheidenden Volksteile, die zunächst einmal in der Koalition fast zwei Jahre zusammenwirkten, also die Christlichsozialen und die Sozialdemokratie, mit völlig verschiedener Grundeinstellung an diesen Staat herangingen. Es fehlte also in Österreich seit 1918 an jenem Minimum an Konsens, den wir in anderen Staaten beobachten können, ein Symptom dafür ist auch, daß im Gegensatz zu anderen Staaten, wo der Tag der Staatsgründung eine Art Nationalfeiertag ist, in Österreich der 12. November nicht gemeinsam gefeiert wurde bzw. in der Ersten Republik nur von der Sozialdemokratie gefeiert wurde, und daß auch nach 1955 nach dem Abzug der Besatzungstruppen nicht auf diesen Tag zurückgegriffen wurde, obwohl er sich eigentlich angeboten hätte, von der historischen Logik her. Und doch ist es ein Tag, der, wenn er nicht

inzwischen überhaupt in Vergessenheit geraten ist, nach wie vor trennend und nicht einigend auf das Bewußtsein der Staatsbürger wirkt und außerdem den Schönheitsfehler hat, daß an diesem Tag sicher der Staat, der eben erst konstituiert wurde, sich mit demselben Beschluß, mit dem er sich konstituiert hat, gleich auch zum Bestandteil der Deutschen Republik erklärt und damit selbst aufgegeben hat. Und daran wollte man natürlich auch nicht erinnern und ist daher nun auf die Verlegenheitslösung des 26. Oktober ausgewichen.

Aber das ist symptomatisch, würde ich sagen, für die Situation dieser Ersten Republik und ihrer Ausgangssituation, daß es eben hier von allem Anfang ganz widerstreitende Interessen gegeben hat. Und ich möchte vielleicht ein psychologisches Bild ins Spiel bringen, das deshalb nahe liegt, weil es damals häufig strapaziert wurde. Man hat von der Republik als von dem „Kind der Schande“ gesprochen. So wie wenn man ein Kind hat, das einem quasi durch eine Vergewaltigung aufgezogen wurde, und das man halt nicht abtreiben kann, auf Grund äußerer Umstände, das man aber möglichst rasch irgendwo verstecken will.

So ungefähr war die Gefühlshaltung weitester Kreise, des Bürgertums und des Kleinbürgertums, das dieses neue Österreich nicht als einen willkommenen Zuwachs, sondern irgendwie als einen Wechselbalg angesehen hat, den es mit entsprechendem Mißtrauen betrachtet hat, auf den es sich nur eingelassen hat, um Ärgeres zu verhüten, während die Sozialdemokratie, die von ihr geführte Arbeiterschaft in dieser Republik das erste Mal die Möglichkeit gesehen haben, wirklich zu gestalten. Vor allem auch durch den Anschlußgedanken, der nicht zuletzt deshalb propagiert wurde, um eine sozialdemokratische Verbreiterung der Basis herbeizuführen und im Rahmen der Koalition das Nachziehverfahren durchzuführen. Die Sozialgesetzgebung unter Minister Ferdinand Hanusch, die damals geschaffen wurde, ist ja bis zum heutigen Tage vorbildlich geblieben. Nicht nur für Österreich, sondern weit hinausstrahlend in die Welt. Nun, die österreichische Sozialdemokratie war jetzt mit der Situation des Machtzuwachses konfrontiert und sie hatte in einer sehr komplizierten historischen Situation zu agieren. Auf der einen Seite war die Gefahr einer monarchistischen Restauration. Es gab Kreise, wie wir gehört haben, die sich mit dem Übergang zur Republik nicht abgefunden haben, und man konnte nicht sicher sein, ob es nicht doch zu einem

Gegenschlag, zu einer Wiedereinrichtung der Monarchie kommen würde. Und schon aus diesem Grunde hat die Sozialdemokratie ihre ursprüngliche historische Rolle als unbedankter Staatserhalter möglichst weit von sich gewiesen, und in ihrer Agitation so getan, als ob sie immer schon kein anderes Ziel gehabt hätte, als das alte Österreich zu zerstören, und hat dann eben darüber hinaus auch eine sehr gehässige Propaganda gegen das alte Österreich immer wieder losgelassen, die gerade noch mehr erbitternd auf die depossessierten Mittelschichten gewirkt hat, die sich durch den Untergang des alten Österreich um ihre soziale und soziologische Geltung gebracht und durch die sozialdemokratische Propaganda zum Schaden noch den Spott gefügt gesehen haben. Sie konnten sich daher noch weniger mit dieser Republik anfreunden. Auf der anderen Seite muß man sagen, daß auch das österreichische Bürgertum und Kleinbürgertum seine eigene Rolle in der Vergangenheit verfälscht und idealisiert hat.

Man fühlte sich als Opfer feindlicher politischer Kräfte und einer finsternen Verschwörung der Weltgeschichte und hat sich nicht die Gewissensfrage vorgelegt, was man selber getan hat, als noch Zeit war, um durch Reformen die Sanierung dieses alten Staatswesens herbeizuführen. Der bescheidene parallele Aufstieg der unteren Schichten wurde als kausal für den Abstieg des Bürgertums und Kleinbürgertums angesehen, und das war ein sozialpsychologischer Grund mehr, um diese Republik nicht nur als die Zerstörung des alten Österreich anzusehen und mit scheelen Augen zu betrachten, sondern auch quasi den „sozialen Schutt“ mit Mißfallen zu betrachten, der sich hier aufgehäuft hatte.

Das waren die sozialpsychologischen Voraussetzungen, die auf beiden Seiten wirksam waren und die natürlich dafür sorgten, daß diese Koalition von beiden Seiten weder als eine Liebesheirat noch auch nur als eine Vernunfthe, sondern eher als eine widernatürliche Gemeinschaft, die möglichst bald liquidiert werden soll, betrachtet wurde, und wo der unterschwellige Haß auf die Sprengung dieser Lebensgemeinschaft hingearbeitet hat. So ungefähr würde ich also die damalige Situation charakterisieren, obwohl es in beiden Lagern Kräfte gegeben hat, die durchaus für die Koalition waren. Nicht nur aus taktischen Gründen, auf sozialdemokratischer Seite Karl Renner und Karl Leuthner z. B., und auch auf christlichsozialer Seite z. B. Prälat Hauser, der ja eine große Rolle gespielt hat in den Anfängen der Republik, und Leopold Kunschak.

Aber entscheidende Kreise in beiden Lagern waren gegen die Fortsetzung der Koalition, weil man sich von ihrer Fortsetzung nichts Entscheidendes versprach.

Bei der Sozialdemokratie kam nun folgende komplizierte Situation dazu, die ihre ganze weitere Entwicklung erklärt. Man war konfrontiert mit der Gefahr einer monarchistischen und bürgerlichen Restauration und man mußte also, um diese monarchistische Restauration abzuwehren, eine betont starke Sprache führen und eine Drohgebärde annehmen. Das war immer schon eine Stärke der Sozialdemokratie.

Es gibt da einen Briefwechsel zwischen dem deutschen Revisionisten Eduard Bernstein und Viktor Adler um die Jahrhundertwende, wo Viktor Adler Bernstein vorwirft: „Du stellst uns als Schafe im Wolfspelz dar und willst uns das Fell rauben.“ Aus dem Brief geht hervor, daß Adler mehr oder weniger akzeptiert, daß wir tatsächlich Schafe im Wolfspelz sind, aber man soll uns das Fell lassen, denn wir brauchen das, einerseits um das Bürgertum einzuschüchtern, andererseits darf man auch nicht darauf vergessen, um die eigenen Leute bei der Stange zu halten. Man darf weiter nicht vergessen, daß nach 1918 in Österreich ein Potential vorhanden war für eine revolutionäre Veränderung im Sinne Bayerns und Ungarns und daß Teile des österreichischen Proletariats, vor allem die Heimkehrer, Arbeitslosen, Invaliden usw., durchaus bereit gewesen wären, einem sozialdemokratischen Aufruf nach Etablierung einer Räte diktatur zu folgen, daß damals das österreichische Bürgertum nicht in der Lage gewesen wäre, eine solche Entwicklung machtpolitisch zu verhindern. Es ist eine andere Frage, ob die Entente dann eingegriffen hätte. Ich habe hier eher das Gefühl, die Angst vor der Intervention der Entente war eher ein Alibi für die sozialdemokratische Führung, es nicht zu wagen, weil sie eben, ob man das jetzt als Kompliment oder als Vorwurf versteht, in Wirklichkeit keine revolutionäre Partei war, sondern zufrieden war, das Maximum des Erreichbaren auf sozialpolitischem Gebiet herauszuschlagen und es den eigenen Anhängern als möglichst revolutionäre Ware zu verkaufen. Und das war eine sehr erfolgreiche Taktik, nämlich diese revolutionäre Attitüde zu pflegen, um einerseits das Bürgertum einzuschüchtern und andererseits die eigenen Leute bei guter Laune zu halten und zu überzeugen, daß es gar keinen Sinn hat, die Revolution weiterzutreiben.

Allerdings hat diese so erfolgreiche Taktik, die bis zum Jahre 1927 angewendet wurde, eine gefährliche

Kehrseite gehabt, die erst später hervorgekommen ist. Nämlich die, daß die eigenen Anhänger durch diese Taktik nicht nur bei der Stange gehalten, sondern mit einem Siegesbewußtsein erfüllt wurden, das in den realen Verhältnissen gar keine Dekung mehr hatte. Man hat also Machtillusionen gezüchtet, die dann in einer Konfrontation mit der Wirklichkeit natürlich zum Scheitern verurteilt sein mußten. Und dazu hat wieder die Massenorganisation wesentlich beigetragen, vor allem der 1. Mai, an dem man sich im Gefühl der eigenen Stärke und Unbesiegbarkeit gesonnt hat; auf der anderen Seite war es so, daß man durch die radikale Sprache das Bürgertum nicht nur eingeschüchtern, sondern auch zusammengeschweißt hat; zu einer „reaktionären Masse“, als die man es ja eigentlich angesehen hat. Und für mich ist der 15. Juli 1927 kein zufälliges Ereignis.

Ein Ereignis von einer solchen Tragweite ist weder in der Geschichte eines einzelnen Menschen noch einer Gruppe ein Zufall, hier würde ich auf das marxistische Theorem der Einheit von Zufall und Notwendigkeit zurückgreifen, ein Ereignis von solcher Tragweite muß also tiefliegende Ursachen haben, die nach einer Entladung drängen und sich mehr oder weniger zufällig entzünden.

Nun, die Sozialdemokratie hat 1920 die Koalition verlassen, und zwar nicht deshalb, weil sie die Christlich-sozialen dazu gezwungen hätten, obwohl die Christlich-sozialen recht froh waren, den lästigen Koalitionspartner, nachdem er wieder einmal seine unbedankte Rolle als Staatserhalter erfüllt hatte, verdrängen zu können, sondern auch deshalb, weil die Sozialdemokratie unter der Führung Otto Bauers prinzipiell der Meinung war, daß „die Haltung des Proletariats und seiner Partei gegenüber dem Staat, auch in seiner republikanischen Form“ die der Opposition sei und daß daher die Beteiligung an einer Regierung nur eine Anomalie und eine vorübergehende Konzession sein könne. Diese Meinung hat Otto Bauer auch am Parteitag 1920 vertreten und hat zugegeben, daß er selber die längste Zeit schon auf einen Rückzug aus der Koalition hingearbeitet hat, auch deshalb, weil ein Verbleiben in der Koalition wahrscheinlich zu einer Spaltung der Partei oder zu einer Abwendung zu den Kommunisten geführt hätte. Aber ich glaube, daß das auch in diesem Falle eher Rationalisierungen waren; die grundsätzliche Haltung war die, daß es nicht möglich und im allgemeinen auch nicht notwendig ist, sich mit der bestehenden Ordnung zu identifizieren. Daß man durch die Koalition

ohnehin das Maximum erreicht hat und daß man sich aus zwei Gründen, und das, würde ich sagen, sind die zwei Irrlichter Otto Bauers, in der Politik der 1. Republik beruhigt zurückziehen und in Wartestellung gehen kann.

Beide Begründungen haben sich nicht als stichhaltig erwiesen, sondern sind rückblickend gesehen als Ideologie im schlechten Sinne des Wortes zu entlarven. Die erste Annahme war die, daß es mehr oder weniger eine Frage der Zeit sei, bis die Sozialdemokratie die Mehrheit bekommt. Wilhelm Liebknecht hat Ende der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts einen Vortrag gehalten über die Absichten des allgemeinen Wahlrechtes und dann ausgeführt, daß, wenn der Zuwachs der Partei so weitergeht, genau im Jahre 1933 die Sozialdemokratie an der Macht sein werde. Das ist genau das Jahr, in dem Hitler die Macht erobert hat, und das mutet rückblickend wie ein Scherz an, zeigt aber, daß man sich sehr stark erstens verlassen hat auf den soziologischen Automatismus der Zunahme der unselbständigen Erwerbstätigen und zweitens als selbstverständlich unterstellt hat, daß die proletarisierten Mittelschichten ihre Proletarisierung politisch und bewußtseinsmäßig nachvollziehen werden, indem sie denjenigen, die sie proletarisiert haben, auch noch die Dankbarkeit in Form der politischen Gefolgschaft erweisen. Die Möglichkeit, daß das zu einem Aufstand und zu einer Gegenaktion gegen das zuge dachte Schicksal der Proletarisierung und damit auch zum Faschismus führen könne, hat man damals noch nicht einbezogen. Das war eine verhängnisvolle Fehleinschätzung, eine Verbindung von soziologischem Automatismus mit der marxistischen These, daß das Sein das gesellschaftliche Bewußtsein bestimmt und daß man daher warten kann, bis einem auf Grund des eigenen inzwischen erfolgten Bewußtseinsbildungsprozesses die Mehrheit mehr oder weniger zufällt.

Und die zweite Zusatzhypothese, mit der man das abgestützt hat, war die Erwartung, die Überzeugung vom naturnotwendigen Kommen des Sozialismus. Eine Überzeugung, die sich vor allem bei Otto Bauer sehr stark findet und an der er niemals gerüttelt hat, auch bis in seine letzten Lebensjahre und letzten Lebensstage hinein. Und das erklärt auch die Illusionen, die seinem Buch „Zwischen zwei Weltkriegen“ im Bezug auf den sowjetischen Entwicklungsprozeß zugrunde lagen. Er hat an allem möglichem gezweifelt und hat alles mögliche revidiert, aber nicht

die Überzeugung, daß der Sozialismus eine historische Notwendigkeit sei. Daraus erklärt sich auch die heute schon genannte Begründung der Ablehnung des Seipelschen Koalitionsangebotes, weil Bauer 1931 „noch der Meinung war, daß man sich durch eine Koalition mit dem zusammenbrechenden Kapitalismus“ kompromittiere, während einem die Macht ja früher oder später ohnehin zufällt. Erst im Laufe des Jahres 1932, vor allem auch im Zusammenhang mit dem Stärkerwerden der Nationalsozialisten bei den Gemeinderatswahlen in Wien und mit dem Erstarken der faschistischen Bewegungen in anderen Ländern, dürfte Otto Bauer erkannt haben, daß die reale Alternative, auf die sich die Entwicklung zubewegt, gar nicht mehr Kapitalismus oder Sozialismus lautet, wie er die längste Zeit angenommen hat, sondern nur mehr Aufrechterhaltung des bürgerlichen Rechtsstaates oder Faschismus. In dieser Phase der Entwicklung hat er nun wiederum in Verkenntung der Dynamik, der politischen Dynamik der Gegenseite, gemeint, durch eine Politik des Nachgebens und des Ausverkaufes das Unheil aufhalten zu können. In dieser Phase hätte aber nur mehr ein Ernstmachen mit den Drohungen unter Umständen die Gegenseite zum Einlenken bringen können. Ich sage das bewußt heute, weil heute der 15. März ist, der 15. März 1933 aber war tatsächlich jenes Datum, von dem sehr viele Historiker annehmen, daß damals ein geschlossenes Auftreten, ein Generalstreik oder etwas ähnliches, Dollfuß zum Einlenken hätte bewegen können. Während die Tatsache, daß die Sozialdemokratie auf bessere Zeiten gewartet und das noch vorhandene Terrain schrittweise aufgegeben hat, die Gegenseite, die ja von der Heimwehr, von Mussolini und von den Nationalsozialisten zu irgendeiner autoritären Lösung gedrängt wurde, dazu ermuntert hat, das auch zu riskieren.

Damit will ich das in keiner Weise entschuldigen, aber es zeigt eben, daß man die Dynamik falsch eingeschätzt hat und daß man vor allem beim Gang in die Koalition 1920 völlig unterschätzt hat, in welchem Maße es dem Bürgertum und seiner Partei gelingen würde, den Staatsapparat für sich umzufunktionieren. Die Sozialdemokratie hat also die Bedeutung dieses Staatsapparates unterschätzt, und das ist der große Schock des 15. Juli 1927. Hier hat die Arbeiterschaft erlebt, daß sie auf ihren ureigensten Grund, ihrer Dämne, nämlich auf dem Pflaster von Wien, geschlagen wurde, daß ihr das Recht auf die Straße streitig gemacht wurde, und das kann man als

Verwundungs- und Traumatisierungserlebnis nur vergleichen mit dem Zusammenbruch der Hoffnungen 1914, als der Mythos der Internationale in Konfrontation mit dem Nationalismus zusammenbrach: Am 15. Juli 1927 ist der Schleier der Machtillusionen, der über die Wirklichkeit gebreitet lag, zerrissen worden, und es ist die Realität des Staatsapparates zum Vorschein gekommen, der durchaus im Sinne der herrschenden Ordnung funktionierte, obwohl wenige Wochen vor diesem Ereignis bei den Personalvertretungswahlen eine große Mehrheit sozialdemokratischer Vertreter bei den Polizeibeamten gewählt worden war. Man hat sich auch hier zu stark auf die Macht der eigenen Organisation verlassen und hat gemeint, wir sind ja so stark, wir haben so viele Mitglieder, wir haben so viele Demonstrationen, uns kann nichts passieren, wir können sozusagen in Wartehaltung gehen. Und das war natürlich eine ungeheure Überschätzung der eigenen Möglichkeiten und auch eine Unterschätzung der Möglichkeiten, den Staatsapparat inzwischen in einer wirksamen Weise gegen die Arbeiterschaft einzusetzen. Es ist sicher interessant, daß das Linzer Programm mit seinem berühmten Passus über die Diktatur des Proletariats von zwei Fällen ausgeht, die überflüssigerweise damals als Menetekel an die Wand gemalt wurden. Nämlich der Fall, daß eine sozialistische Partei, die bei einer Wahl die Mehrheit bekommt, nicht an die Macht gelassen wird bzw. daß eine an der Macht befindliche sozialistische Regierung in ihrer Arbeit durch die Sabotage des Bürgertums gehindert wird. In beiden Fällen hat man gedroht, zur Diktatur als Ultima ratio zu greifen.

Aber der dritte Fall, der auch tatsächlich historisch eingetreten ist, nämlich daß es gar nicht zu dieser Mehrheitsbildung kommt, sondern daß die parlamentarische Demokratie vorher suspendiert wird, hat man trotz der eigentlich pessimistischen Einschätzung des bürgerlichen Staates als Klassenstaat nicht als reale Möglichkeit ins Auge gefaßt.

Das bringt mich in Zusammenhang mit anderen Überlegungen, die ich jetzt nicht im einzelnen anführen kann, zu der Meinung, daß es trotz aller Verschiedenheiten zwischen der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie gemeinsame Wurzeln gibt, die im Ideologischen und im Organisatorischen ruhen und die erklären, warum diese Partei mit einer zwar schwierigen, aber nicht aussichtslosen Situation sowohl in Deutschland als auch in Österreich nicht fertig werden konnte. Und – wie

heute schon gesagt wurde – ohne einen Schwertstreich aus der Macht entfernt werden konnte. Man könnte vielleicht sagen, die gemeinsame Wurzel war ein Legalismus, der eigentlich im Widerspruch stand zur eigenen marxistischen Ideologie und überdies auch zur Lassalleschen Ideologie, die ja auch gelehrt hat, daß Verfassungsfragen Machtfragen sind und die einem an sich die Möglichkeit gegeben hat, mit der Macht entsprechend realistisch umzugehen. Hier war das Bürgertum überlegen, das hat einen nur leicht ideologisch verbrämten, aber sehr gesunden und ausgeprägten Machtinstinkt gehabt und hat daher die Situation besser in seine Richtung gelenkt als die Sozialdemokratie, die die längste Zeit in Banne hochfliegender Vorstellungen stand und dann entsetzt war, als sie mit der Realität konfrontiert wurde. Dieser 15. Juli 1927 war, wenn man will, die Stunde der Wahrheit. Denn die bis dahin geübte Taktik und Strategie der Sozialdemokratie, auf der einen Seite revolutionär zu sprechen, etwas zu zündeln, aber dann doch vor dem Brand zurückzuschrecken, hat einmal nicht funktioniert, sondern hier ist wirklich ein Brand entstanden. Eine sehr interessante Analogie: Jahrzehnte vor dem 15. Juli 1927 hat es eine Debatte am Parteitag 1894 gegeben wegen eines Rückziehers in der Wahlrechtsfrage 1893, der vielleicht dazu beigetragen hat, daß das Wahlrecht erst um ein Jahrzehnt verspätet zustande gekommen ist.

Und damals hat der gar nicht revolutionäre, sondern durchaus reformistische Huemer, der Gewerkschaftsführer, am Parteitag der Parteiführung Verrat vorgeworfen und dann folgenden Satz gesprochen:

„Wer aber das eine sagt, der soll auch dabei bleiben, nicht aber wenn er mit seinen Worten die Flamme entzündet hat, kommen und sie mit der Spritze löschen.“ Und genau das, was Huemer in bildlicher Ausdrucksweise zum Ausdruck gebracht hat, ist 1927 mit dem Wiener Bürgermeister Seitz auf dem Löschwagen der Feuerwehr geschehen. Man wollte den Brand löschen, den man selber gelegt hat, nicht in dem Sinne, daß man ihn herbeigeführt hat, aber man hat einmal die Wirkung der eigenen Agitation unterschätzt. Hundertmal ist es gutgegangen, und einmal ist es schlechtgegangen, einmal haben sich die Leute nicht mehr beruhigen lassen, sondern haben die Worte ernst genommen; zu einer Zeit noch dazu, wo die Arbeiter-Zeitung noch gelesen wurde und von Hand zu Hand ging. Haben das also für bare Münze genommen, und haben diesen Artikel von Austerlitz, diesen be-

rühmten Leitartikel, der eigentlich als eine Abwiegelung gedacht war, als Aufwiegelung aufgefaßt und ausgeführt. Und insofern muß man die Parteiführung mit der Verantwortung für dieses Geschehen belasten. Allerdings wie gesagt nur indirekt, indem sich die Kehrseite einer bis dahin erfolgreich geübten Taktik plötzlich mit erschreckender Deutlichkeit eingestellt hat. In diesem Zusammenhang muß man auch ein Wort der Moral und des moralischen Vorwurfes sagen. Ich glaube, das muß man auch der historischen Wahrheit zur Ehre sagen, daß die Schuld Seipels und des bürgerlichen Lagers, wenn man überhaupt von Schuld in der Geschichte sprechen will, darin bestand, daß sie nach dem 15. Juli 1927 nicht die Friedenshand hingereicht und zu einem relativ billigen Ausgleich mit der Sozialdemokratie gefunden haben, der zu gewinnen gewesen wäre, wenn man den sozialdemokratischen Führern nur die Möglichkeit gelassen hätte, ihr Gesicht gegenüber den Massen zu wahren. Es läßt sich zeigen, daß der Aufstieg der Heimwehrbewegung, der nach dem 15. Juli 1927 einsetzt, und die Förderung der Heimwehr durch Seipel nicht ein Ergebnis der christdemokratischen Stärke, sondern des Durchschauens der Schwäche und Ohnmacht der Sozialdemokratie war.

Obwohl ich nicht leugne, daß ein Teil der kleinbürgerlichen Gefolgschaft am 15. Juli 1927 das Fürchten gelernt hat und gemeint hat, daß diese losbrechenden Proletarier wirklich die sind, die unsere Republik gefährden und gegen die man sich jetzt militant auflehnen muß. Die bürgerlichen Führer dagegen, vor allem Seipel, haben kristallklar die Schwäche der Führung durchschaut und haben daraus nicht die Konsequenz gezogen, dem geschlagenen Feind einen ehrenvollen Rückzug zu ermöglichen, sondern zu seiner Vernichtung zu schreiten. Darin erblicke ich besonders bei einem Priesterpolitiker eine moralische Schuld, denn das war erkennbar.

Jedenfalls, wie immer man das beurteilen mag, haben von diesem Zeitpunkt an alle Faktoren zum Untergang der österreichischen Sozialdemokratie zusammengewirkt, und damit auch der österreichischen Demokratie. Die sozialdemokratische Parteiführung hat entsetzt den Zusammenbruch ihrer bewährten Strategie und Taktik erlebt, hat aber keine andere Strategie und Taktik an dessen Stelle setzen können und wollen, sondern hat sich nur noch tiefer in ihre Selbsttäuschungen hineingegraben und geglaubt, durch eine Reproduktion und Verstärkung ihrer

ursprünglichen Taktik doch noch erfolgreich sein zu können. Die sozialdemokratischen Massen wurden durch das Erlebnis ihrer Besiegbarkeit und durch die nachträglichen Vorwürfe, die sie außerdem noch von der Parteiführung bekommen haben, demoralisiert und haben quasi die Hände von der Revolution gelassen. Die Führer des Bürgertums haben hingesteuert auf eine autoritäre Lösung, nachdem die moralische Restauration nicht mehr en vogue war, und die kleinbürgerlichen Massen haben das Fürchten gelernt. Es haben also quasi allen Faktoren zusammengewirkt, aber man muß gleichzeitig auch sagen, es hätte noch Möglichkeiten gegeben, aus diesem Unheilskreis auszubrechen, und eine dieser Möglichkeiten wäre zweifellos eine Koalition 1931 gewesen. Aber damals stand man eben immer noch zu stark unter dem Erlebnis des 15. Juli 1927, unter der Zwangsvorstellung, daß einem die ganze Macht sowieso zufallen werde und daß man sich daher nicht mit Kompromissen zufriedenzugeben brauche, während man ein Jahr später bereit war, nicht nur Kompromisse zu schließen, sondern praktisch einen Ausverkauf zu veranstalten.

42

Da aber war die Gegenseite nicht mehr an einer Verständigung und Versöhnung interessiert, was man auch als einen gewissen Ausdruck der Verblendung bezeichnen kann. Denn bei einer nüchternen Bestandsaufnahme hätte man eigentlich trotz allem zum Schluß kommen können, daß die Sozialdemokratie das weitaus kleinere Übel gegenüber dem Nationalsozialismus ist. Das ist mir trotz allem Verständnis für die konservative Haltung unverständlich, daß das viele damals nicht gesehen haben, obwohl ich zugebe, daß die sozialdemokratische Propaganda es vielen konservativ gesinnten Menschen nicht leicht gemacht hat, durch diesen Schleier ihrer revolutionären Attitüden auf den harmlosen Kern durchzustoßen und durchzudringen. Auf der anderen Seite haben es die Nationalsozialisten sehr gut verstanden, ihr dämonisches Treiben und Wesen mit einem Schein von positivem Christentum und allerlei sonstigem Firlefanz zu verbrämen. Aber ein vom Charisma der Unterscheidung der Geister begabtes katholisches Volk hätte durchschauen und erkennen müssen, daß die Sozialdemokratie unvergleichlich harmloser und der natürliche Bundesgenosse im Kampf gegen den Nationalsozialismus war statt umgekehrt. Ich habe in einem Artikel unlängst geschrieben, daß Joseph Eberle und mit ihm viele andere haßerfüllt auf den Papiertiger der Sozialdemokratie gestarrt haben und die wirkliche Bestie, nämlich den

Nationalsozialismus, gekraut und sie gebeten haben, doch nicht gar so bestialisch zu sein. Der ehemalige Unterrichtsminister Drimmel hat mir erzählt, daß er den Dollfuß einmal besucht hat, und zwar einige Wochen nach dem 12. Februar, und daß der Dollfuß dann zu ihm gesagt hat: Ja, weißt du, ich war so wie ein Mann, der in einem Zug sitzt und plötzlich in einem Tunnel ist, aussteigen muß und nur die Wahl hat, in eine Richtung zu gehen. Ich hoffte, daß er ans Licht kommt und nicht noch tiefer in den Tunnel hineingeht und so bin ich halt einen Weg gegangen.

Aus diesem Zitat spricht, daß sich Dollfuß nachträglich auch noch bewußt war, daß es eine Alternative gegeben hätte. Und das ist halt die Tragödie der Ersten Republik, daß es nicht zu dieser Versöhnung gekommen ist, sondern zu diesem Bruderkampf, der dann natürlich dazu beigetragen hat, daß Österreich innerlich so geschwächt war, daß der Widerstand gegen den Anschluß, gegen den Nationalsozialismus, nicht stattfinden konnte. Und es ist vielleicht nicht zu weit hergeholt, wenn man die These wagt, wenn es in Österreich gelungen wäre, die Koalition zwischen den großen politischen Kräften zu erhalten oder 1931 neu einzurichten, und sie dann funktionierte hätte in den Nationalsozialismus hinein, daß dann die Überwindung Österreichs entweder gar nicht stattgefunden oder ganz andere weltkritische Ausmaße angenommen hätte. Und da ja Österreich das erste Opfer der Hitlerschen Aggression war, vielleicht die ganze Weltgeschichte einen anderen Ausklang und eine ganz andere Entwicklung genommen hätte. Der deutsche Historiker Veit Valentin hat einmal gesagt, die Geschichte Hitlers sei die Geschichte seiner Unterschätzungen, und man hat eben seinen Hunger und seinen Machthunger unterschätzt und seinen Appetit. Und wenn damals vielleicht schon beim ersten Versuch ein entsprechender Widerstand erfolgt wäre, so wäre unter Umständen die ganze Weltgeschichte anders verlaufen. Auch Robert Kann hat diese Meinung in einem Aufsatz über Karl Renner vertreten. Das ist natürlich immer mäßig, mit Hypothesen in der Geschichte zu arbeiten, aber auf der anderen Seite glaube ich, muß man solche realistischen Alternativen in der Situation gelegentlich herausarbeiten, weil man sonst die Geschichtswissenschaft dazu verurteilt, Tatsachen zu registrieren und abschließend sich in die Fatalitäten der Geschichte zu ergeben.

Und im Sinne einer solchen kritischen Betrachtung der Geschichte würde ich sagen, daß das Schicksal der Ersten Republik ein mahnendes

Beispiel dafür ist, daß man politische Polarisierungsprozesse nicht zu weit treiben darf und sich immer überlegen soll, wohin das führt. Und ich möchte vielleicht schließen mit einem Wort, das sehr pathetisch ist, aber das mir aus dem Herzen spricht und durch das ich mich im gewissen Sinne auch mit den Fehlern und Irrtümern der österreichischen Sozialdemokratie versöhne. Ein Wort nämlich, das Wilhelm Ellenbogen, eine interessante und liebenswürdige Randfigur im Rahmen des Austromarxismus, geschrieben hat. Wenn er ausführte, „ein Drama, folgerichtig aufgebaut nach den aristotelischen Grundsätzen, war dieses Parteisicksal: Exposition, Entwicklung, Peripetie, Katastrophe. Hinreißend in seiner Tendenz, spannend in seiner Entwicklung, erschütternd in seinem Untergang.“

Der vorstehende Text beruht auf einem modifizierten Bandmitschnitt des Referates von Norbert Leser.

DIE VERFASSUNGSENTWICKLUNG IN DER ERSTEN REPUBLIK

I. Verfassungsrechtliche Experimente in der Ersten Republik

1. Die Verfassung und das politische Klima

Wie in der Ersten war auch in der Zweiten Republik der Ausgangspunkt des Verfassungslebens eine Koalition von Parteien, die erst Grundlagen für sich und das Volk schufen. Während aber 1918 die altösterreichische Dezember-Verfassung von 1867 – von Ausnahmen abgesehen – bewußt „abgesetzt“ wurde, ist 1945 die alte Verfassung (das B-VG 1920 idF 1929) bewußt wieder eingesetzt worden. Wir leben in der Zweiten Republik unter der Verfassung der Ersten Republik. Wir erleben sie aber ganz anders als in der Ersten Republik. Damit wird klar, daß es nicht sosehr auf den Verfassungstext ankommt, als auf den gesellschaftlichen Kontext, in dem die Verfassung wirkt. Es kommt auf das politische Klima an. Ohne das Klima des Konsenses kann unsere Verfassung nicht gedeihen.

Die österreichische Bundesverfassung ist nämlich sehr kompliziert konstruiert. Und sie ist aus verschiedenen, zum Teil widersprüchlichen Elementen zusammengesetzt. Mit einem aus zwei Großparteien und einer Kleinpartei bestehenden, hinkenden Dreiparteiensystem ist ein Proporzwahlssystem nach Schweizer Art verbunden, das mehr einem Vielparteiensystem entspricht. Dieses Proporzwahlssystem ist mit einem System des Verhältnisses von Parlament und Regierung nach britischem Muster und nach dem Muster der konstitutionellen Monarchie verbunden. Mit diesem parlamentarischen System ist ein volksgewählter Bundespräsident nach dem Vorbild der Weimarer Verfassung verknüpft. Dieses komplizierte System funktioniert nur, wenn die am Regierungsprozeß beteiligten politischen Kräfte im großen und ganzen die Regeln der Vernunft, der Mäßigung und der Diskussion einhalten und das Verhandeln mit dem Ziel des Kompromisses pflegen.

In der Ersten Republik fanden die politischen Kräfte leider nicht zu jenem Basiskonsens, der für ein Gemeinwesen notwendig ist. In der Zweiten Republik wurde er bisher im großen und ganzen gefunden, wobei

durch die Sozialpartnerschaft gewissermaßen ein zweiter Gesellschaftsvertrag neben der Verfassung geschaffen wurde, der die Verfassungsinstitutionen von Konflikten entlastet und Konsens schafft.

In der Ersten Republik wurde vor allem das Verhältnis von Exekutive und Legislative durch das Verhalten und das Verhältnis der beiden Großparteien zueinander zum Staatsproblem. Ein demokratisches Regierungssystem konnte sich wegen des politischen Religionskrieges der beiden Großparteien nicht recht einspielen. Der Mangel einer einheitsstiftenden Konsensbasis bewirkte, daß auch die formalen Spielregeln der Verfassung nicht ernst genug genommen wurden. Die Parteien strebten die Mehrheit an, nicht um sich in den Dienst des Staates zu stellen, sondern um den Staat in den Dienst der Partei zu stellen und sich dadurch zu legitimieren, daß man damit die faktische oder fiktive Gefahr einer Diktatur der anderen abwehren zu können glaubte.

2. Verfassungsfragen sind Machtfragen

Die Verfassungsentwicklung der Ersten Republik stellt sich als eine Suche nach einer Zauberformel dar, um das richtige Verhältnis von Legislative und Exekutive zu finden. Das Verfassungsleben kann geradezu als Laboratorium des Staatsrechts gedeutet werden. Die Verfassungsgeschichte ist aber auch sonst sehr aufschlußreich: Man kann daraus die politischen Problemkonstanten erkennen: die Frage der föderativen Ordnung, die Frage des Verhältnisses von Legislative und Exekutive, die Frage der Struktur der Exekutive, die Selbstverwaltung, den Grundrechtskatalog.

Die Verfassungsgeschichte zeigt aber auch, wie sehr Verfassungsfragen Machtfragen sind. Geänderte Machtverhältnisse können oft Verfassungsänderungen zur Folge haben. Ist die Verfassung nicht mehr Ausdruck der bestehenden Machtverhältnisse, tendiert die Politik zu einer Veränderung der bestehenden Verfassung.

„Der Kampf um die österreichische Verfassung“ (Seipel) wurde wie „die österreichische Revolution“ (Bauer) 1918 von den drei politischen Lagern getragen. Von ihnen stammende heterogene Ideen und antagonistische

Interessen fanden sowohl in substantiellen als auch in funktionalen verfassungspolitischen Kompromissen (Junktimierungen, Provisorien, Promessen) ihren Niederschlag. Letztere sind vor allem dort festzustellen, wo es um weltanschauliche Grundfragen ging – so bei den Grund- und Freiheitsrechten, beim Erziehungs-, Unterrichts- und Volksbildungswesen, bei Fragen der Selbstverwaltung und der Demokratisierung der Verwaltung. Weil sich die beiden Großparteien über solche Regelungen nicht einigen konnten, blieb man in der demokratischen Republik vielfach bei den Regelungen der konstitutionellen Monarchie. Auch das ist ein funktioneller Kompromiß.

Die komplizierte Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern, das auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene vorgeschriebene Verhältniswahlrecht, die schwache Stellung des Bundesrates, die Struktur der obersten Exekutive, die Stellung des Bundespräsidenten, das komplizierte Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive mit seinen äußerst dichten und zahlreichen Verflechtungen, die relative Isolation der Gerichtsbarkeit gegenüber den beiden anderen Staatsgewalten – das alles wird nur verständlich, wenn man sich die Geschichte der Ersten Republik und die damalige politische Machtlage vor Augen hält.

Die heute geltende Verfassung, das B-VG 1920 idF 1929, ist eine Schöpfung der Welt von gestern. Form und Inhalt sind in einer Zeit geschaffen worden, die andere sozioökonomische und ideenmäßige Verhältnisse aufwies als unsere Gegenwart. So hat das B-VG viele Einrichtungen aus der Monarchie übernommen. Die Väter der Verfassung waren vielfach in Vorstellungen der konstitutionellen Monarchie befangen, der konstitutionelle Ordnungsstaat von gestern war ihre Erfahrungswelt, den Lenkungs-, Leistungs- und Verteilungsstaat der pluralistischen Demokratie von heute kannten sie noch nicht.

Obwohl das B-VG im wesentlichen von politischen Parteien für politische Parteien geschaffen worden ist, ignoriert es deren Bedeutung als Hauptträger des politischen Meinungs- und Willensbildungsprozesses. Es geht seinem systematischen

Aufbau und seinem Inhalt nach noch zu einem großen Teil von einem politischen Spannungsverhältnis zwischen Parlament und Regierung – wie es in der konstitutionellen Monarchie bestand – aus, obwohl sich schon 1920 die in einem parlamentarischen Regierungssystem normale Frontstellung in der Auseinandersetzung von Regierung (und sie tragende Mehrheit) und Opposition vollzogen hatte.

Politische Wünsche werden erfahrungsgemäß oft erst dann verfassungsrechtlich erfüllt, wenn sie an politischer Aktualität verloren haben. Manches aber ist von dauernder Aktualität. So ist etwa das Mißtrauen gegen die Verwaltung, von dem das B-VG erfüllt ist, und der Vertrauensvorschuß, den die Gerichtsbarkeit genießt, aus der historisch-politischen Abwehr- und Angriffsrolle der bürgerlichen Gesellschaft gegen den monarchischen Beamten- und Militärstaat zu erklären. Dieses Mißtrauen und die entsprechenden Rechtsschutzeinrichtungen sind aber auch im heutigen Staat aktuell.

Grundgedanken des B-VG wie Republik, Demokratie, Föderalismus, Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Grund- und Freiheitsrechte sind von bleibender Aktualität. Sie müssen aber immer wieder auf ihre Zeitgemäßheit im jeweiligen Staat, jetzt im Parteien-, Kammer- und Gewerkschaftsstaat von heute, überprüft werden. Denn im Gegensatz zu den kontinentalen Schlüsselstaaten Frankreich, Deutschland und Italien, wo die vorklassischen Verfassungen nach 1945 gewogen und zu leicht befunden wurden, schritten die politischen Kräfte Österreichs 1945 zu keiner Neuschöpfung der Verfassung. Im Art. 1 der Unabhängigkeitserklärung vom 27. April 1945 heißt es vielmehr: „Die demokratische Republik Österreich ist wiederhergestellt und im Geiste der Verfassung von 1920 einzurichten.“ Das B-VG 1920 in der Fassung 1929 wurde in der Zweiten Republik in Wirksamkeit gesetzt.

3. Die Verfassungsreform in Permanenz

Die Verfassung 1918, die „Oktober-Demokratie“, beruhte auf einer Kooperation der drei Lager. Der aus der Mitte der provisorischen Nationalversammlung bestehende Staatsrat war mit der Regierung- und Vollzugsgewalt vertraut, hatte aber die Geschäfte der Staatsverwaltung nicht unmittelbar, sondern durch „Beauftragte“ zu führen, die vom Staatsrat bestellt wurden. Diese „Staatsratsverfassung“ galt nur einige Monate. Sie beruhte auf einem Konsens der Krise.

Die März-Verfassung 1919 legt

Regierung und oberste Verwaltung wieder zusammen; sie werden vom Staatskanzler und den Staatssekretären besorgt, die als „Volksbeauftragte“ auf Vorschlag des Hauptausschusses von der konstituierenden Nationalversammlung gewählt werden. Dem Präsidenten der Nationalversammlung obliegen die Vertretung des Staates nach außen und andere Staatsoberhauptfunktionen. Die ordentliche Gerichtsorganisation übernahm Deutsch-Österreich von Altösterreich. Änderungen ergaben sich nur hinsichtlich der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts. Deutsch-Österreich war eine repräsentative Demokratie mit ausgesprochener Parlements Herrschaft, wobei die Oktober-Demokratie als eine Rennersche Version der Proporzdemokratie anzusehen ist. Vielleicht hätte die Proporzdemokratie nach dem Konsens der Krise einen Konsens durch Beteiligung schaffen können. Es kam nicht dazu.

Noch in den Erläuterungen zum sog. „Renner-Mayr-Entwurf“ von 1920 ist ausgeführt: „Die Proportionalvertretung soll die verhältnismäßige Anteilnahme aller an der Regierung und Verwaltung anstelle der Herrschaft des einen über den anderen, somit die Mitregierung anstelle der Alleinherrschaft (der Diktatur) setzen. Die Verfassung sieht in dieser Bestimmung ein wesentliches und spezifisches Merkmal wahrer Demokratie.“

Schon 1919 aber hatte sich die ausgesprochene Parlements Herrschaft nicht in Form der proportionalen Beteiligung aller Gruppen an der Regierung, sondern in Form der Mehrheitsregierung durchgesetzt. Die Konsensfrage war einseitig beantwortet worden. Die politische Leistung 1918–1920 war immerhin eine gewisse Integration und die Suche nach einer Identität. Leider kam man vom Koalitionskurs ab und ging auf Kollisionskurs über.

1920 war der Verfassungskampf vor allem ein Kampf um die Verteilung der Staatsgewalt zwischen dem Bund und den Ländern. Der Föderalismus ist zugleich mit dem Parlamentarismus in die österreichische Geschichte eingetreten. Durch die Verbindung von Föderalismus und Parlamentarismus war der Kremsierer Verfassungs-Entwurf 1848 ein gedanklicher Vorläufer der Bundesverfassung 1920, ohne daß man sich dessen bewußt war. Vielleicht hätte man ausdrücklich auf „Kremsier“ aufbauen sollen.

Die Verfassungsgeschichte der Ersten Republik ist gekennzeichnet durch eine sukzessive Steigerung der Gewaltenteilung fast bis in die Form der gewaltentrennenden Präsidialschafftsdemokratie. Im Verhältnis

Gesetzgebung—Vollziehung beruhte jedenfalls schon das B-VG 1920 mehr als seine Vorläufer auf dem Prinzip der klassischen Gewaltentrennung. Das geht nicht nur aus seinem Inhalt, sondern schon aus seinem Aufbau hervor. Die Gesetzgebung ist im großen und ganzen Sache des Nationalrats, die oberste Verwaltung ist Sache der Bundesminister (einzeln und in ihrer Gesamtheit als Bundesregierung) und des Bundespräsidenten, die richterliche Gewalt Sache der Gerichte. Die Vollziehung ist grundsätzlich keine Aufgabe der gesetzgebenden Vertretungskörper.

Die Mitwirkung der Legislative an der Vollziehung erschöpft sich in den im B-VG ausdrücklich bestimmten Fällen und Formen.

Das B-VG 1920 hatte seine Schwächen durch die Untugenden der Parteien. „Die deutsch-österreichische Revolution hatte als eine parlamentarische Revolution begonnen“, schrieb Otto Bauer, „ihr Ergebnis war die Parlements Herrschaft gewesen.“ Der Nationalrat wurde zum Zentralorgan, dem ein nur wenig Macht besitzender Bundesrat als Vertretung der Länderinteressen, ein schwacher Bundespräsident und ein Verfassungsgerichtshof als gewisse Gegengewichte gegenüberstanden. Der Kompromißcharakter der Verfassung hatte eines Verhaltens der Zurückhaltung bedurft. Aber der Konsens wich immer mehr der Kontroverse. Vertrauen wurde vom Mißtrauen abgelöst. Auf die Kompromisse der Verfassung folgten politische Kämpfe mit militanter, ideologischer Ausrichtung. Das Parlament wurde nicht der Ort des Aushandels und Ausgleichs, sondern ein Schlachtfeld rivalisierender Parteien. Die Überbetonung der militanten ideologischen Auseinandersetzung polarisierte die Gesellschaft. Es kam zur „Dialektik der Bürgerkriegspsychose“ (Renner) und zur Entzweiung des Landes. Ein Dialog kam umso weniger zustande, je mehr sich ein Übergewicht der bürgerlichen Parteien einstellte. Diese Änderung der Machtverhältnisse fand ihren Ausdruck in der Verfassungsreform 1929. Der Konsens war aber noch schwächer als 1920.

Die Verfassungsreform von 1929 – von der Verfassungsreform 1925 wird hier abgesehen – stand im Zeichen der Angleichung an die Weimarer Verfassung und der Rückkehr zur klassischen Gewaltenteilung als Folge der neuen Machtverteilung zwischen den bürgerlichen Gruppen und dem sozialistischen Lager. Mehr Staatsautorität, mehr Gewaltentrennung, Entpolitisierung der Gerichtshöfe des öffentlichen Rechts – das bedeutete politisch eine Schwächung der Sozialdemokratie durch

Stärkung der Exekutive auf Kosten der Legislative, der Majorität auf Kosten der Minorität, des Bundes auf Kosten der Länder, insbesondere auf Kosten Wiens. Die Gewaltenteilung im Verhältnis von Gesetzgebung und Vollziehung erfuhre eine Steigerung, ohne aber die Gestalt der Gewaltentrennung im Sinne einer Präsidenschaftsdemokratie anzunehmen. Die Regierung wird zwar vom Bundespräsidenten ernannt und kann von ihm auch entlassen werden, sie ist aber dem Parlament politisch und rechtlich verantwortlich. Minister- und Abgeordnetenamt sind vereinbar, die Mitglieder der Regierung sind in der Regel zugleich Mitglieder des Parlaments. Die Regierung ist ständig dem Parlament verantwortlich und bleibt nur im Amt, solange sie nicht das Vertrauen der Parlamentsmehrheit verloren hat. Die typischen wechselseitigen Instrumente des Parlamentarismus, das Recht der Parlamentsauflösung aufseiten der Exekutive, die Möglichkeit eines Mißtrauensvotums aufseiten des Parlaments sind vorhanden. Der Bundespräsident wird vom Bundesvolk gewählt, ist ihm politisch und der Bundesversammlung rechtlich verantwortlich. Er darf im Gegensatz zu den Bundesministern während seiner Amtszeit keinem allgemeinen Vertretungskörper angehören, keinen anderen Beruf ausüben und grundsätzlich nicht initiativ tätig werden. Wie schon nach dem B-VG 1922 gilt für ihn das nur durch wenige Ausnahmen durchbrochene absolute Antrags- und Gegenzeichnungsprinzip. Die Bundesminister einzeln und in ihrer Gesamtheit als Bundesregierung sind Träger der obersten Verwaltungsgeschäfte des Bundes, soweit diese nicht ausdrücklich durch die Verfassung dem Bundespräsidenten übertragen sind. Damit unterliegen ihre Kompetenzen dem Gesetz der Dynamik, jene des Bundespräsidenten dem Gesetz der Statik.

So umstritten das Verhältnis Legislative und Exekutive in der Ersten Republik war, so unbestritten blieb – von gewissen Elementen wie z. B. der Verfassungsgerichtsbarkeit abgesehen – ihr Verhältnis zur Judikative. Diese war im Vergleich zu den anderen Staatsgewalten ein verfassungsrechtlicher Ruhepol. Soweit man an die Neutralität dieses Zweiges der Staatsgewalt glaubte, glaubte man an die Autorität. Soweit die Judikative als politikferne Staatsgewalt galt, blieb sie in den Verfassungskämpfen im großen und ganzen außer Streit gestellt.

Das Mißtrauen und die Gegensätze der politischen Lager ließen in der Ersten Republik einen nationalen Konsens nur ansatzweise entstehen. Als der Druck von außen noch stark

war, gab es einen Krisenkonsens (1918–1920). Maß und Mäßigung gingen aber sukzessive verloren. Das Mißtrauen zieht sich wie ein schwarzer Faden durch die Verfassungsgeschichte der Ersten Republik und hat auch im B-VG seinen Niederschlag gefunden. Der verlorene Krieg, die verlorene Heimat Altösterreich, die Nachkriegszeit mit ihren Nöten, die wirtschaftlichen Krisen und sozialen Unsicherheiten, der als Provisorium konzipierte Staat, an dessen Lebensfähigkeit niemand glaubte und dessen Anschluß an das deutsche Reich von fast allen politischen Richtungen angestrebt wurde, all das verlich dem politischen Leben Unruhe und Labilität. Ausdruck dieser Unruhe sind die sechs Verfassungsreformen von 1918 bis 1929. Die Reform wurde zur Permanenz erklärt. Die Verfassung konnte nicht zum Symbol der Glaubwürdigkeit von Demokratie und Republik werden und daher auch nicht ein Staatsbewußtsein bei den Massen bewirken. Ohne Verfassungsbewußtsein aber gibt es kaum ein Staatsbewußtsein.

II. Der Übergang vom parlamentarischen zum autoritären Regierungssystem – Das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz als Instrument des Staatsstreiches und der Staatspraxis

1. Das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz als „trojanisches Pferd“
Das Ende des österreichischen Parlamentarismus war die Konsequenz aus der Situation des Mißtrauens zwischen den politischen Lagern. Die Notwendigkeit des Regierens zwang die Regierung zu Notverordnungen aufgrund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes vom 24. Juli 1917, RGBl. Nr. 107, das durch § 7 des Übergangsgesetzes 1920 in die österreichische Rechtsordnung eingeführt worden war. Es war gewissermaßen das „autoritäre trojanische Pferd“, das in die demokratische Republik Eingang gefunden hatte.

Der Verfassungsgesetzgeber hatte 1920 die nach dem kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetz (KWEG) seinerzeit der Regierung zustehenden Befugnisse sowohl auf die Bundesregierung als auch auf die Bundesminister übertragen. Sie waren danach ermächtigt, während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung und Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens, zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen, zur Versorgung

der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsgegenständen zu treffen. Das KWEG war also Bestandteil der neuen Rechtsordnung geworden. Eine andere Frage ist es, ob das KWEG in allen Fällen dem Rechte gemäß gehandhabt worden ist. Je mehr man sich vom Kriege entfernte, desto mehr mußte man der Ansicht sein, daß das KWEG einschränkend zu interpretieren war. Das Gesetz wurde aber offenkundig rechtswidrigerweise nicht nur in wirtschaftspolitischen, sondern auch in anderen Fragen herangezogen.

Schon 1919 wurde die Problematik bewußt. Damals stellte ein Abgeordneter fest, daß irgendeine kommende Regierung mit dem KWEG ohne Parlament unter dem Schein der Verfassung die ganze Herrschaft bestreiten könne. Ende der zwanziger Jahre wurden Pläne entwickelt, formell das Ende der „außerordentlichen Verhältnisse“ festzulegen. Sogar die Verfassungsreform 1929 wurde mit dem KWEG verbunden, indem die Sozialdemokraten den Beschluß faßten, für die Novelle erst dann zu stimmen, wenn auch die Aufhebung des KWEG beschlossen werde. In den Endverhandlungen wurde allerdings die Forderung fallengelassen. Noch 1930 gab es einen Plan, das KWEG aufzuheben. Im Dezember 1931 wurde mit Zustimmung der Sozialdemokraten aufgrund des KWEG die Pächterschutzordnung verlängert.

1932 erließ der Bundesminister für Justiz im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen eine Verordnung aufgrund des KWEG, wonach gegen die am Zusammenbruch der Creditanstalt Verantwortlichen mit Exekutionen vorgegangen werden könne. Der Staatsrechtslehrer Merkl stellte dazu fest, daß das Diktaturgeflüster der letzten Monate sich zu ersten quasi-diktatorischen Maßnahme verdichtet habe. Er hielt den Gebrauch der Verordnungsermächtigung nicht nur rechtspolitisch für bedenklich, sondern auch für einen Mißbrauch. Manche sahen in dieser Verordnung einen Versuchsballon für die weitere Vorgangsweise der Regierung Dollfuß. Bundeskanzler Dollfuß regierte in der Folge nicht mit Notverordnungen aufgrund der neuen Bestimmungen der Verfassung (Art. 18 Abs. 3–5 B-VG), sondern mit Verordnungen aufgrund des KWEG. Manche vertraten zwar die Ansicht, das KWEG sei durch Art. 18 B-VG in der Fassung 1929 aufgehoben worden. Der Widerstand der Opposition im Parlament war dementsprechend sehr stark. Nach Meinung Peter Huemers wäre das KWEG wieder in der Versenkung verschwunden und vielleicht nie mehr zur

Anwendung gebracht worden, wäre es nicht zu den Ereignissen des 4. März 1933 gekommen.

2. Der 4. März 1933 und die Ausschaltung des Nationalrates

Dollfuß regierte mit einer Mehrheit von 83 Mandaten, denen 82 Oppositionsmandate gegenüberstanden. Am 4. März 1933 wurde im Nationalrat über Maßnahmen beraten, die gegen streikende Eisenbahner ergriffen werden sollten. Ein Antrag der Opposition auf Amnestierung der Streikenden wurde mit 81 zu 80 angenommen. Bei der Kontrolle der namentlich abgegebenen Stimmen stellte sich heraus, daß von einem sozialdemokratischen Abgeordneten zwei Zettel vorhanden waren, der Stimmzettel seines Sitznachbarn jedoch fehlte. Während die Christlich-sozialen den Antrag stellten, die eine Stimme für ungültig und damit den Antrag der Opposition für abgelehnt zu erklären, beantragten die Sozialdemokraten eine Protokolländerung. Als die Abstimmung wiederholt werden sollte, trat Renner von seinem Amt als Erster Präsident des Nationalrates zurück. Später legten auch die anderen Präsidenten ihr Amt zurück. Die Sitzung endete ohne formellen Abschluß.

Nach Auffassung des Bundeskanzlers und der Bundesregierung war durch die Demission der drei Präsidenten das Parlament als Ganzes lahmgelegt. Sie sprachen von „Selbstausschaltung“ des Nationalrates.

Heinrich Drimmel hat in „Die Häuser meines Lebens“ dargelegt, daß der Rücktritt Karl Renners ein sozialdemokratischer Coup war, um nachher die Regierung zu stürzen und dem Bundespräsidenten einen sozialdemokratischen Kanzlerkandidaten vorzuschlagen. Adolf Schärf hatte danach am 4. März 1933 namens der Parteileitung den Auftrag zum Rücktritt an Karl Renner zu überbringen. Dieser verzichtete auf den Posten. Das sei ein schlechtes Präjudiz gewesen. Dieses auch für den Staat fatale Geschehen habe Schärf auf übereilte Beschlüsse oder Nachlässigkeiten von verantwortlichen Funktionären der Sozialdemokraten zurückgeführt und damit geschlossen: Ohne die Niederlegung der Präsidentenwürde am 4. März 1933 wäre die weitere Entwicklung eine völlig andere geworden. Dieser Einsicht des Bundespräsidenten der Zweiten Republik ist nichts hinzuzufügen.

Am 7. März 1933 fand eine außerordentliche Sitzung des Ministerrates statt, in der beschlossen wurde, zunächst einmal ohne Parlament zu regieren. Der Bundeskanzler berichtete daraufhin dem Bundespräsi-

ten und bot ihm den Rücktritt an. Dieses Rücktrittsangebot hätte zur Enthebung des Bundeskanzlers führen können, ja müssen. Denn gemäß Art. 74 Abs. 3 B-VG ist der Bundespräsident verpflichtet, die Bundesregierung oder ihre einzelnen Mitglieder auf ihren Wunsch des Amtes zu entheben.

War das Demissionsangebot des Bundeskanzlers weniger ein Rücktrittswunsch als eine Rücktrittsdrohung? Die Demission fungierte jedenfalls als Druckmittel gegenüber dem isolierten Bundespräsidenten. Die Rücktrittsdrohung des Bundeskanzlers kann die Möglichkeit der Entlassung durch den Bundespräsidenten nicht unberührt lassen. An sich hat die Entlassung nur eine Ultima-ratio-Funktion. Sie wird nur in Krisenzeiten aktuell. Bundespräsident Miklas nahm die angebotene Demission nicht an und versicherte darüber hinaus die Bundesregierung seines vollen Vertrauens. Damit brachte sich der Bundespräsident um die Möglichkeit einer späteren Entlassung. Man könnte diese Vorgangsweise auch als „Selbstausschaltung“ des Bundespräsidenten interpretieren. Das Gesetz des Handelns war auf den Bundeskanzler übergegangen. Da sowohl Nationalrat als auch Bundespräsident gegen ihn nicht vorgehen konnten, gab es kein Verfassungsorgan, von dem er etwas zu befürchten hatte.

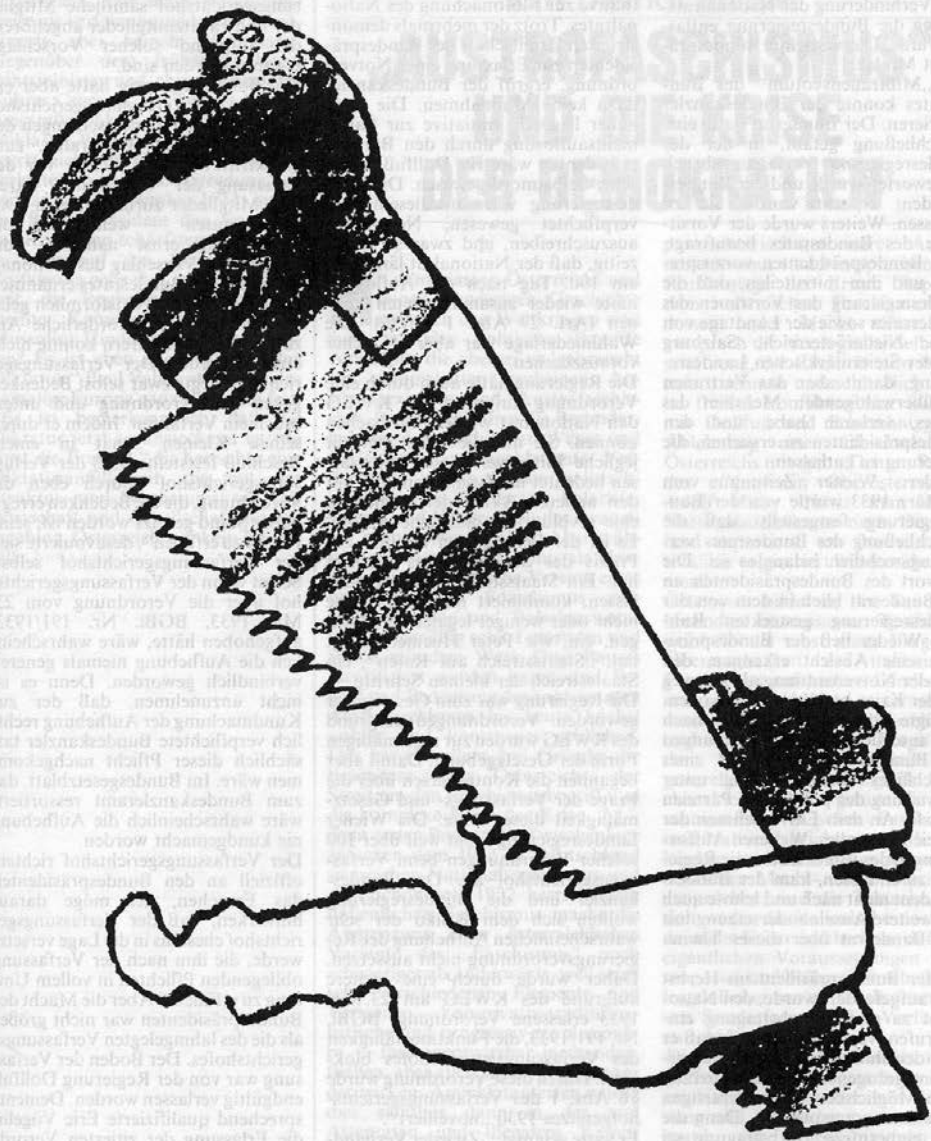
Am 9. März 1933 berief der 3. Präsident des Nationalrates, der Großdeutsche Straßner, den Nationalrat für den 15. März ein. Die Regierung sah in diesem Vorgehen einen Akt gegen die Geschäftsordnung und einen Verfassungsbruch. In ihren Augen war Straßner infolge seiner Rücktrittserklärung jeder Verfassungsorganqualität entkleidet. Der von ihm gesetzte Akt sei wohl faktisch, aber nicht rechtlich existent. Am 13. März wandte sich Dollfuß an die Öffentlichkeit und sagte u.a.: „Nur wer wie die Regierung und wie die Regierungsparteien dem Abgeordneten, der als letzter freiwillig die Präsidentenstelle niederlegte, das Recht abspricht, weiterhin als Präsident zu amtieren und den Nationalrat einzuberufen, kann es für möglich halten, daß der Herr Bundespräsident in dieser Frage verfassungsändernd oder besser gesagt die Geschäftsordnung ergänzend auf Antrag der Bundesregierung eingreifen kann.“ Diese Worte konnten als Verheißung einer Notverordnung im Sinne des Art. 18 Abs. 3-5 gedeutet werden. Die Frage, ob eine Notverordnung erlassen werden kann, liegt aber ganz bei der Bundesregierung, denn von ihr muß auch hier die Initiative ausgehen. Sie traf keine Maßnahmen in diesem Sinn.

Der Bundespräsident wurde durch Vertreter der Regierungsparteien zu einer Äußerung zum Vorgehen Straßners veranlaßt. Sie wurde in die Form eines Schreibens an Straßner gekleidet, das die Bundesregierung durch Beschluß sanktionierte und dem Bundespräsidenten zur Unterschrift übermittelte. In diesem Brief heißt es u.a.:

„Sie haben ... für Mittwoch, den 15. März d. J., die Mitglieder des Nationalrates zu einer Sitzung eingeladen. Sie vertreten dabei die Ansicht, daß Sie als der Präsident, der zuletzt demissioniert hat, zur Weiterführung der Geschäfte und auch zur Einberufung des Hauses berechtigt seien. Dieser Auffassung, die sich auf einen Schluß per analogiam legis gründet, steht, wie Ihnen wohl bekannt sein dürfte, die Rechtsanschauung gegenüber, daß in Verfassungsfragen bloße Analogieschlüsse nicht genügen, sondern nur ausdrückliche Gesetzesbestimmungen maßgebend sein können. Die Anhänger der letzteren Meinung sehen daher den einzigen uneingeschränkten Ausweg zur Wiederherstellung des vollen verfassungsmäßigen Funktionierens des Nationalrates, des wichtigsten Zentralorgans unserer Republik, in der Erlassung einer Notverordnung des Bundespräsidenten, die die Lücken des Geschäftsordnungsgesetzes ergänzt und damit die Wiederberufung des Parlaments und die Neuwahl eines Präsidenten ermöglicht. Da dieser Vorschlag von keiner Seite abgelehnt worden ist, sollte meiner Meinung nach dieser Weg beschritten werden.“

Von der Bundesregierung aber kam kein Vorschlag. Der Bundeskanzler hatte durch diesen Brief eine Rückenbedeckung, die es ihm ermöglichte, die Nationalratsitzung am 15. März 1933 zu verhindern. Dollfuß setzte Polizei ein, um die Sitzung im Sinne des Versammlungsgesetzes als verbotene Versammlung aufzulösen. Einige Abgeordnete waren von Kriminalbeamten gehindert worden, den Sitzungssaal zu betreten. Als dann ein größerer Polizeieinsatz erfolgte, um die Versammlung aufzulösen, war die Sitzung schon wieder beendet. Straßner hatte sich damit begnügt, die Beratung zu eröffnen und nach einigen Minuten wieder zu schließen, um demonstrativ zu zeigen, daß das „ausgeschaltete“ Parlament doch noch existierte. Die formelle Schließung der Sitzung wurde durch das Dazwischentreten von Kriminalbeamten aber verhindert.

Um sich aber völlig abzusichern, hatte noch am Vormittag des 15. März der Bundesminister Vaugoin den Bundespräsidenten ausdrücklich gefragt, ob er im Falle einer gewaltsa-



men Verhinderung der Nationalrats-sitzung die Bundesregierung entlassen würde. Das verneinte Bundespräsident Miklas.

Ein „Mittrauensvotum“ des Bundesrates konnte der Bundeskanzler ignorieren. Der Bundesrat hatte eine Entschliebung gefaßt, in der der Bundesregierung Verfassungsbruch vorgeworfen wurde und der Bundespräsident ersucht wurde, sie zu entlassen. Weiters wurde der Vorsitzende des Bundesrates beauftragt, beim Bundespräsidenten vorzusprechen und ihm mitzuteilen, daß die Bundesregierung das Vertrauen des Bundesrates sowie der Landtage von Wien, Niederösterreich, Salzburg und der Steiermärkischen Landesregierung, damit aber das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit des Volkes, verloren habe, und den Bundespräsidenten zu ersuchen, die Regierung zu entlassen.

In der „Wiener Zeitung“ vom 19. März 1933 wurde von der Bundesregierung festgestellt, daß die Entschliebung des Bundesrates verfassungsrechtlich belanglos sei. Die Antwort des Bundespräsidenten an den Bundesrat blieb in dem von der Bundesregierung gesteckten Rahmen. Wieder ließ der Bundespräsident seine Absicht erkennen, den Weg der Notverordnung als Ausweg aus der Krise beschreiten zu wollen. Er fügte jedoch hinzu, daß er nach den ausdrücklichen Bestimmungen der Bundesverfassung dazu eines Vorschlages der Regierung unter Mitwirkung der politischen Parteien bedürfe. An dem Einvernehmen der Parteien liege alles. Weiteren Aufforderungen des Bundesrates, die Regierung zu entlassen, kam der Bundespräsident nicht nach und lehnte auch jede weitere Auseinandersetzung mit dem Bundesrat über dieses Thema ab.

Als der Bundespräsident im Herbst 1933 aufgedordert wurde, den Nationalrat zu seiner Herbsttagung einzuberufen, verwies er darauf, daß er nach den ihm durch die Bundesverfassung gezogenen Schranken derzeit keine Möglichkeit habe, derartigen Ansuchen zu entsprechen. Denn die 1932 einberufene Herbsttagung sei noch nicht gemäß Art. 28 Abs. 3 B-VG geschlossen worden.

3. Der Staatsstreich auf Raten

Schon am 10. März 1933 hatte Otto Bauer vorausgesagt, daß von der Verfassung der Republik nichts übrigbleiben werde als das KWEG. Das Vorgehen der Bundesregierung gab ihm recht. Aber sie stand unter dem Zwang, zu handeln. Das KWEG wurde dabei das wichtigste Regierungsinstrument. Die Bundesregierung unterließ andererseits jede In-

itiative zur Flottmachung des Nationalrates. Trotz der mehrmals demonstrierten Bereitschaft des Bundespräsidenten zur Erlassung einer Notverordnung, ergriff der Bundeskanzler dazu keine Maßnahmen. Die noch näher liegende Initiative zur Parlamentsauflösung durch den Bundespräsidenten wäre für Dollfuß politischer Selbstmord gewesen. Die Bundesregierung wäre in diesem Fall verpflichtet gewesen, Neuwahlen auszuschreiben, und zwar so rechtzeitig, daß der Nationalrat längstens am 100. Tag nach der Auflösung hätte wieder zusammentreten können (Art. 29 Abs. 1 B-VG). Die Wahl Niederlage war aber als sicher vorauszusehen.

Die Regierung hätte auch durch eine Verordnung aufgrund des KWEG den Nationalrat wieder flottmachen können. Sie unterließ aber bewußt jegliche Initiative. Dieses Unterlassen bedeutet im Zusammenhang mit den anderen Akten der Regierung eine revolutionär-politische Aktion. Es ist der Beitrag, den Dollfuß zur Praxis des Staatsstreiches geleistet hat. Ein Staatsstreich durch Unterlassen, kombiniert mit einer Reihe mehr oder weniger legaler Handlungen, ein, wie Peter Huemer gesagt hat, „Staatsstreich auf Raten“, ein Staatsstreich der kleinen Schritte. Die Regierung war zum Gesetzgeber geworden. Verordnungen aufgrund des KWEG wurden zur regelmäßigen Form der Gesetzgebung. Damit aber begannen die Kontroversen über die Frage der Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit dieser Akte. Die Wiener Landesregierung focht weit über 100 solcher Verordnungen beim Verfassungsgerichtshof an. Der Bundeskanzler und die Bundesregierung wollten sich dem Risiko der sehr wahrscheinlichen Aufhebung der Regierungsverordnung nicht aussetzen. Daher wurde durch eine weitere Verordnung aufgrund des KWEG am 23. Mai 1933 erlassene Verordnung, BGBl. Nr. 191/1933, die Funktionsfähigkeit des Verfassungsgerichtshofes blockiert. Durch diese Verordnung wurde § 6 Abs. 1 des Verfassungsgerichtshofgesetzes 1930 „novelliert“.

Er hatte gelaute: „Zu jeder Verhandlung des Verfassungsgerichtshofes sind der Vizepräsident und sämtliche übrigen Mitglieder einzuladen.“ Nunmehr wurde nach dem Worte „und“ die Worte eingeschaltet: „sofern in Abs. 3 nichts anderes bestimmt ist“. Der durch Verordnung neugeschaffene Abs. 3 lautete: „Die auf Vorschlag des Nationalrates oder auf Vorschlag des Bundesrates ernannten Mitglieder und Ersatzmitglieder dürfen nur dann an Sitzungen und Verhandlungen teilnehmen und hiezu eingeladen werden, wenn und solange dem Verfas-

sungsgerichtshof sämtliche Mitglieder und Ersatzmitglieder angehören, die aufgrund solcher Vorschläge ernannt worden sind.“

Die Bundesregierung hatte aber ein Mitglied des Verfassungsgerichtshofes, auf das die Voraussetzungen des neuen § 6 Abs. 3 zuträfen, zum Rücktritt bewogen. Schon vor der Erlassung der Verordnung waren drei Mitglieder zurückgetreten. Daher konnten — wenn man die Verordnung ernst nahm — die übrigen auf Vorschlag des Nationalrates und des Bundesrates ernannten Mitglieder nicht rechtsförmlich geladen werden. Die erforderliche Anzahl von Stimmführern konnte nicht erreicht werden. Der Verfassungsgerichtshof hegte zwar selbst Bedenken gegen die Verordnung und unterbrach ein Verfahren. Indem er durch seinen Kleinen Senat in einem Beschluß feststellte, daß der Verfassungsgerichtshof „durch eben die Verordnung, die die Bedenken erregt, außer Stand gesetzt worden ist, seine Pflicht zu erfüllen“, desavuierte sich der Verfassungsgerichtshof selbst. Selbst wenn der Verfassungsgerichtshof aber die Verordnung vom 23. Mai 1933, BGBl. Nr. 191/1933, aufgehoben hätte, wäre wahrscheinlich die Aufhebung niemals generell verbindlich geworden. Denn es ist nicht anzunehmen, daß der zur Kundmachung der Aufhebung rechtlich verpflichtete Bundeskanzler tatsächlich dieser Pflicht nachgekommen wäre. Im Bundesgesetzblatt, das zum Bundeskanzleramt ressortiert, wäre wahrscheinlich die Aufhebung nie kundgemacht worden.

Der Verfassungsgerichtshof richtete offiziell an den Bundespräsidenten das Ersuchen, „er möge darauf hinwirken, daß der Verfassungsgerichtshof ehstens in die Lage versetzt werde, die ihm nach der Verfassung obliegenden Pflichten in vollem Umfang zu erfüllen.“ Aber die Macht des Bundespräsidenten war nicht größer als die des lahmegelegten Verfassungsgerichtshofes. Der Boden der Verfassung war von der Regierung Dollfuß endgültig verlassen worden. Dementsprechend qualifizierte Eric Vogelín die Erlassung der zitierten Verordnung als den revolutionären Akt und stellte fest: „Die Republik Österreich hatte von diesem Tage an eine autoritäre Verfassung. Mit der Ausschaltung des Verfassungsgerichtshofes... war der Übergang von der demokratisch-parlamentarischen Verfassung zu einer regierungsdiktatorischen vollzogen.“

Bundespräsident Miklas sah die Diktatur als gegeben an und kapituliert letztlich vor den Tatsachen. Er entwickelte zwar einen Rücktrittsplan, trat aber nicht zurück. Er mitbilligte das Vorgehen des Bun-

„AUSTROFASCHISMUS“ UND DIE KRISE DER DEMOKRATIEN

1.

Mit dem Namen Österreichs und seiner schwierigen Geschichte zwischen den Weltkriegen sind zwei konträre politische Begriffe verknüpft, die ebenso vielgebraucht wie vielumstritten erscheinen: Austromarxismus und Austrofascismus. Beide bezeichnen die Besonderheit des österreichischen Weges und zugleich seine eingeklemmte Verflechtung in die großen politisch-ideologischen Tendenzen, Polarisierungen und Verirrungen der zwanziger und dreißiger Jahre. Aber während der Austromarxismus als ideologische und politische Version eines österreichischen Sozialismus zwischen Revision und Bolschewismus verhältnismäßig scharf umrissen und zumal mit dem Werk Otto Bauers identifiziert werden kann, sind Begriff und Bedeutung des sogenannten **Austrofascismus** bis heute höchst unklar und kontrovers geblieben. Das hat vor allem drei Gründe: die besondere Lage Österreichs, der Streit um den Faschismusbegriff und die komplexe Form der Krise.

Zum ersten Punkt: Die Zwischenlage zwischen dem 1933 in Deutschland siegreichen Nationalsozialismus und dem schon seit 1922 herrschenden italienischen Faschismus macht die Abgrenzung einer **österreichischen Variante** des „Faschismus“ noch schwieriger als anderwärts, weil seine sehr verschiedenen Elemente und Versionen — konservativ-traditionalistische und progressiv-revolutionäre — fast unentwirrbar ineinanderfließen, aber auch scharf gegeneinander wirken. Am eklatantesten wurde dies sichtbar dann in der von Attentaten und illegalem Kampf markierten Stellung der österreichischen Nationalsozialisten gegen das autoritäre Regime von Dollfuß und Schuschnigg. Hier liegt auch die Problematik des wichtigen Buches von F. L. Carsten: **Faschismus in Österreich** (München 1977).

Am ehesten mit Faschismus haben wir es bei Starhembergs Heimwehrbewegung zu tun, die sich ähnlich den deutschen Freikörper, Selbstschutz- und Wehrverbänden aus den Auseinandersetzungen und Bedrohungen der Revolutions- und Nachkriegskrisen entwickelte. Dieser

paramilitärisch-autoritäre Antidemokratismus stand entsprechend der Problemlage der Ersten Republik dem italienischen Faschismus und dessen realer Macht näher: dem entsprach die ideologische Selbsteinschätzung, die Rivalität zum Nationalsozialismus und schließlich auch, im freilich konfliktreichen Bündnis mit Dollfuß und Schuschnigg, die Ablehnung einer Gleichschaltung Österreichs mit dem „Dritten Reich“ des entlaufenen Oberösterreichers Adolf Hitler. Hatte man diesen Nationalsozialismus nach Deutschland exportiert, um ihn von dort totalitär organisiert wiederzubekommen?

Österreich bildet in der Tat einen besonders interessanten Testfall sowohl für die umstrittene Frage der Übertragbarkeit des italienischen Faschismus auf andere Länder, zumal auf benachbarte, unter seinem machtpolitischen Einfluß stehende, und somit auch für die Frage nach dem Nutzen und Nachteil eines generellen Faschismusbegriffs. Denn charakteristisch ist gerade die Zwischenstellung zwischen Faschismus und Nationalsozialismus, d. h. sehr konkret zwischen italienischen und deutschen Macht- und Herrschaftsansprüchen, und die Tatsache, daß sich weder die italienische noch die deutsche Form durchsetzen, daß ihre eigentlichen Voraussetzungen Massenpartei und Führerherrschaft fehlen, daß eher von nationalkonservativen Sonderformen oder Vorformen zu sprechen ist.

Die Anwendung des Faschismusbegriffs kann mithin gerade im österreichischen Falle eher zur Verwirrung und Verunklärung der Problematik, zur Ablenkung von den eigentlichen Fragen der ideologischen und politischen Entwicklung beitragen. Nicht nur eine pauschale marxistische Faschismustheorie, die alle Unterschiede verwischt, auch liberale Interpretationen, die den Fall Österreich in ihre Faschismusbilanz einbeziehen, leiden unter dieser Schwierigkeit. Sie besteht vor allem auch darin, daß der „österreichische Faschismus“ im Zeichen des Generalbegriffs gerade all das einschließen und auf eine Formel bringen müßte, was doch so wesentlich verschieden, ja geradezu konträr war — und in

seiner direkten Konfrontation gerade die österreichische Entwicklung vor und nach 1933 entscheidend bestimmte. Man kann nicht im Stil vulgärmarxistischer „Analyse“ lapidar alles zum Scheingefecht erklären, was sich im bürgerlichen Lager an blutigen Konflikten zwischen Konservativ-Nationalen, Faschisten und Nationalsozialisten abspielte. Das gilt auch für die gängige Neigung, die österreichisch-konservativen, die national-halbfaschistischen, die ständisch-sozialen und die nationalsozialistisch-revolutionären, die antiösterreichisch-großdeutschen und gleichschaltungswilligen Kräfte auf die einzige Formel „faschistisch“ zu bringen. Es hieße die konkrete Problematik um eines abstrakten Begriffes willen zu verdrängen und zu verflüchtigen.

2.

Zweiter Grund des Streites ist mithin der **Faschismusbegriff** selbst, der in den vergangenen 15 Jahren weltweit eine pseudowissenschaftliche Renaissance erlebt hat. Er liefert eher eine polemische Formel oder ein ideologisches Konstrukt als eine historisch-politische Erklärung der sehr verschiedenartigen Entwicklungen, die nach dem Ersten Weltkrieg in fast allen neugeschaffenen Demokratien Europas binnen weniger Jahre zur Errichtung autoritärer Diktaturen geführt haben. Der Versuch, diese Tendenz nach dem ersten „Vorbild“ Mussolinis ganz allgemein als Faschismus zu bezeichnen, hatte damals wie heute eklatante Fehleinschätzungen zur Folge: ob Faschismus gut marxistisch als Konsequenz der bürgerlichen Demokratie und des Kapitalismus gegen das Zukunftsideal Sozialismus abgehoben wird, wobei man die Massenwirkung und die revolutionäre Dynamik im Unterschied zu bloßen Militärdiktaturen erkennt; oder ob man mit nichtmarxistischen Faschismusforschern im Gefolge Ernst Noltes den Faschismus als Epochenbegriff zu verallgemeinern sucht und dabei die Grundfrage nach dem autoritären oder totalitären Charakter der jeweiligen Regime vernachlässigt.

Die offenkundige Heterogenität der nationalsozialistischen Diktaturen, die man dabei auf ein und dieselbe Formel zu bringen sucht, führt schließlich dazu, von „Faschismen“ zu sprechen und diese national etikettiert als Italo- oder Austrofaschismus oder neuesten gar den Nationalsozialismus als „Germanofaschismus“ zu bezeichnen (W. Schieder). Eine andere Mode geht seit je dahin, entsprechend den jeweiligen Führersystemen von Hitlerfaschismus, Francofaschismus, Klerikalfaschismus usw. zu sprechen.

Aber nach aller wissenschaftlichen und politischen Erfahrung überwiegt die Mißbräuchlichkeit des Faschismusbegriffes damals wie heute seine Brauchbarkeit. Die globale Gegenüberstellung „reaktionärer Faschismus“ — „progressiver Sozialismus“ verschleiert die Realität von Linksdiktaturen und lenkt von ihrem tendenziell totalitären Charakter ab — so wie dies auch die lapidare Entgegensetzung von Revolution und Konterrevolution als weltgeschichtliches Muster in der linken Propaganda tut. Dagegen sprechen aber auch schon die tiefen Verschiedenheiten zwischen italienischem Faschismus und deutschem Nationalsozialismus, der ja als Selbstbezeichnung die eigentliche Stoßrichtung des „nationalen Sozialismus“ erst voll und wörtlich zum Ausdruck bringt. Jedenfalls enthält der sogenannte Austrofaschismus die große Skala der verschiedenen Komponenten und Möglichkeiten, die den antidemokratischen, autoritären, schließlich totalitären Bewegungen im veränderten, krisengeschüttelten Nachkriegseuropa eigen waren. Und zwar auf besonders eindringliche, ja exemplarische Weise gerade in der Zwischenlage zwischen dem frühesten, dem italienischen, und dem radikalsten, dem deutschen Fall. Darin scheint mir nicht zuletzt das Lehrreiche, Gewichtige der österreichischen Erfahrung zu liegen, wie immer man sie terminologisch zu fassen sucht. Der Faschismus für die diktatorische Starhemberg-Richtung der italienischen Orientierung, der Nationalsozialismus für die radikalere, rassistische Ausprägung einer totalitären Integrationsbewegung, zwischen beiden aber die Krisendiktatur des autoritären Ständestaates, der die betont österreichische Version der Krisenregime in den kleineren Nachkriegsdemokratien verkörpert.

Zu den weiteren Folgen des Krieges gehört überall die enttäuschte Illusion, die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts werde notwendig zu einer besseren internationalen Ordnung führen. Besonders aber wirkten sich die ungünstigen Umstände der Staatswerdung gegen die neue Form der Demokratie aus, die man vorschnell für die Enttäuschungen haftbar machte. Ökonomisch meist schwach und abhängig, im Widerspruch zum stolzen Postulat der nationalen Souveränität gerieten selbst Siegerstaaten wie Rumänien, Jugoslawien, Tschechoslowakei und Polen in Dauerkrisen; noch weniger Kredit konnte die Demokratie in besiegten und reduzierten Ländern wie Österreich, Ungarn oder Deutschland gewinnen. Die verantwortliche Übung in der komplizierten Praxis des parteienstaatlichen

Parlamentarismus war in den autoritären Monarchien nicht gerade gefördert worden, nun verschärften nationalistische und revisionistische Dauerkonflikte die Instabilität der neuen Staatsgebilde.

So wurden halb autoritäre, halb konstitutionelle Diktaturen in Europa bald zur Regelform, von Ungarn zu Polen und den baltischen Staaten, von Portugal zu Griechenland. Die Zerstörung der inneren Balance in Österreich geschieht schließlich durch den wachsenden Druck der deutschen Entwicklung zur Diktatur. Das autoritäre Regime selbst aber, das Sozialisten und Nationalsozialisten gleichermaßen niederzuhalten sucht, wird durch das Zurückweichen Europas, auch Italiens, vor der großdeutschen Politik Hitlers ausmanövriert.

3.

Damit sind wir bei dem dritten Grund für die Schwerdefinierbarkeit eines Austrofaschismus, nämlich bei der allgemeinen **Krise der Demokratie** in den zwanziger und dreißiger Jahren, mit den höchst verschiedenen und doch auch charakteristisch ähnlichen Versuchen, sich durch Nationaldiktaturen der Bedrohung und Umklammerung durch die großen ideologischen Mächte zu erwehren oder zwischen ihnen zu laviere. Das italienische und das deutsche Muster ist dabei gleichermaßen von Bedeutung: als Einfluß oder als Abschreckung. Denn es geht hier vor allem um den Versuch, eine Art von drittem Weg zwischen Sozialismus und Totalitarismus zu finden.

Solche Bemühungen gab es übrigens zunächst durchaus auch in Deutschland, von den Deutschnationalen bis zur Zentrumsparterie. Die präsidentenautoritären Versuche der Ara Brüning und Papen zielten auf eine Alternative sowohl zur Parlamentsdemokratie als auch zum Hitlerregime. Noch einmal in letzter Stunde zeichnete sich Ende 1932 unter dem Kanzler von Schleicher der Plan einer Notstandsdictatur unter Tolerierung der Gewerkschaften und der nichttotalitären Parteien ab, dem nun freilich selbst die Unterstützung Hindenburgs fehlte. Denn in Wahrheit führte das deutsche Präsidentschafts-Notverordnungsregime schon 1931/32 in ein gigantisches **Machtvakuum**, das der Dynamik und Bewegungsfähigkeit der Nationalsozialisten ein weites Aktivitätsfeld und dem totalitären Führungsanspruch Hitlers die wirkungsvollsten Ansatzpunkte bot. Meine alte Theorie des Machtvakuum (1952, 1955) ist in weltweiten Vergleichen kürzlich wieder in dem großen Werk von Juan Linz und Alfred Stepan angewandt

worden (The Breakdown of Democratic Regimes, Baltimore 1978).

Von einem Machtvakuum kann man auch in den meisten anderen neuen Demokratien sprechen, nicht zuletzt in Österreich. Wohl war hier das Parteiensystem verschieden: es gab weder eine starke KP noch eine vergleichbar große nationalsozialistische Partei vor 1933. Der politische Radikalismus konnte nicht in ähnlicher Weise die parlamentarische Demokratie blockieren wie in Deutschland. Vor allen fehlte ein Hitler. Die Bedeutung von Personen und personifizierten Leitbildern wird heute im Zeitalter der Gesellschaftsgeschichte ja eher unterschätzt, während sie vormdem gerne überschätzt wurde (Männer machen Geschichte). Leninismus und Stalinismus, Maoismus und Castroismus werden wie der Hitlerismus die fortwauernde Bedeutung des personalen Elements (und Mythos) durchaus auch im Zeitalter der kollektiven Ideologien und Strukturen.

Aber das starke Bedürfnis nach einer Alternative zur Parlamentsdemokratie und zur Durchsetzung nichtdemokratischer Leitbilder bestand auch in Österreich, die politischen und ökonomischen Zwänge drängten auf ähnliche Weise zur Legalisierung eines postdemokratischen Notstandsregimes. Der Diktatur des Reichspräsidenten nach dem berühmten-benachteiligten Artikel 48 der Weimarer Verfassung, die Hitlers pseudolegale Machtergreifung ermöglichte, entsprach in Österreich der „Staatsstreich auf Raten“ (Huemer, S. 21) mit Hilfe des kriegswirtschaftlichen Ermächtungsgesetzes von 1917; es ermöglichte sukzessive das Regieren ohne Parlament, die Unterdrückung politischer Parteien, die Aufhebung zahlreicher Grundrechte, die Lähmung des Verfassungsgerichtshofes, die Gleichschaltung der Bundesländer und schließlich sogar das Inkrafttreten der neuen autoritären Verfassung von 1934 als Legalisierung eines diktatorförmigen Ständestaates anstelle des Parteiensystems.

Im grundlegenden Ansatz erinnert dies durchaus an die diktatorförmige, doch pseudolegale Verwandlung der Demokratie in einen präsidentialen Autoritätsstaat am Ende der Weimarer Republik. Sie wurde politisch und sachlich gerechtfertigt als Überwindung des Machtvakuaums von 1930 bis 1932 — heute würden wir sagen: der Unregierbarkeit der Demokratie, zumal auf dem ökonomischen und ordnungspolitischen Felde. Dabei wirkte die Pseudolegalität, wie umstritten sie juristisch war, als wichtiger psychologischer Faktor: beruhigend auf das nichtrevolutionäre, sicherheitsbedürftige Bürgertum,

lähmend auf die Aktions- und Streitdebatten der Linken. Diese mußte am 20. Juli 1932 Papens Staatsstreich in Preußen hinnehmen, und nach dem 30. Jänner 1933 auch den Gleichschaltungskurs, den Hindenburgs Notverordnung und ein gegen die SPD erzwungenes Ermächtigungsgesetz deckten. Dies geschah so lange, bis die Weichen zur totalen Diktatur Hitlers endgültig gestellt waren und eine Rückkehr zum ausgehöhlten, wenngleich formell nie beseitigten Verfassungsstaat unmöglich geworden war.

Ähnlich und doch anders in Österreich. Dort dauerten die „beklemmende Atmosphäre“ und der halbdiktatorische Zwischenzustand ungleich länger, und dabei kam es tatsächlich zur Durchsetzung jenes national-konservativen Autoritätsregimes jenseits des parlamentarischen Parteienstaats, das in Deutschland zur Überwindung der Krise des Parteienstaats und schließlich auch zu einer Zähmung des Nationalsozialismus angestrebt wurde, wobei die Frage der monarchischen Restauration offenblieb. Was der Kreis um Hindenburg und Schleicher zunächst mit Brüning, dann mit Papen und schließlich gar mit Hugenberg und Hitler anstrebte, ist freilich als grandiose Selbsttäuschung und Selbstüberschätzung konservativer Kräfte an der entschlossenen Machtergreifungsstrategie und virtuellen Massenmanipulation der Nationalsozialisten gescheitert.

In Österreich versprach dieser Weg eher Erfolg: nicht nur wegen der Kräfteverhältnisse der Parteien und der Schwäche des Rechts- und Linksradikalismus, sondern vor allem auch, weil von den drei Lagern — die Adam Wandruszka schon 1954 und jetzt wieder (in Schieders Handbuch) so meisterhaft beschrieben hat — das christlichsoziale, bürgerliche Lager einen stärkeren Rückhalt versprach als die schrumpfende Mitte in Deutschland und weil das erstrebte Regime sich nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch als Alternative zu den großen Ideologien in Italien und Deutschland verstand. Was dort genuine Diktaturregime waren, die ohne außenpolitische Einflußnahme zur Macht gekommen waren, mußte spätestens seit 1933 in Österreich als ständige Infragestellung und potentielle Unterwanderung, ja politische Penetration von Staat und Gesellschaft wirken: als Drohung eines doppelten Bürgerkriegs, der innen- wie außenpolitisch motiviert war.

Dazu kam die Rolle der politischen Linken. In Deutschland gespalten, mit einer ständig anwachsenden KPD, deren Antifaschismus sich gleichzeitig auch gegen die als

Sozialfaschisten beschimpften Sozialdemokraten richtete und diese lähmte, in Österreich eine große sozialistische Partei, die aber schon seit 1920 außerhalb der politischen Verantwortung stand und sich auch Mit-Regierung angeboten verweigerte. In der deutschen Diskussion spielt bis zum heutigen Tag die Frage eines möglichen Widerstands der Linken eine große Rolle; ihre Schwächung durch Arbeitslosigkeit und kommunistische Konkurrenz fällt dabei schwer ins Gewicht. Der Tolerierungs- und Legalitätskurs der SPD und der Gewerkschaften gilt als das große Versagen. Aber Österreich bietet ein erfahrungsschweres Gegenbeispiel. Wie der dritte Weg zwischen Demokratie und Diktatur 1933-1938 mißlang, so war auch ein bewaffneter Widerstand der Linken zum Scheitern verurteilt, selbst wenn diese nicht wie in Deutschland gespalten war.

Das Schlagwort von der Einheit der Arbeiterklasse als Rettung erscheint hier in fragwürdigem Licht. Denn die österreichische Erfahrung vor und nach 1934 zeigt, daß die Anfälligkeit für diktatorische Lösungen auch die Arbeiterschaft paralyisierte, obgleich das Bundesheer ja alles andere als stark war und eine faschistische oder nationalsozialistische Massenbewegung zunächst noch nicht hinter den bewaffneten Bürgerkriegstrupp der Rechten stand. Hinzu kommt, daß gerade ein Erfolg gegen die autoritären „Faschisten“ die Sozialisten direkt mit den Nationalsozialisten konfrontiert hätte — und hinter diesen stand Hitlerdeutschland. Auch sie fanden sich hilflos vor der Paradoxie des Austrofaschismus, der sowohl als Schrittmacher wie Alternative des Nationalsozialismus wirkte. Dem Machtvakuum und der Polarisierung folgte die Paralyisierung des Parteiensystems im Zeichen außen- wie innenpolitisch widerstreitender Konfliktrohungen. Auch für Österreich bleibt dabei die ungelöste Kontroversfrage, wieweit sich Parlament und Demokratie selbst ausgeschaltet haben, wieweit sie ausgeschaltet wurden. Faschistische und nationalsozialistische Impulse bildeten nun gewalttätige Pole, zwischen denen die Regierung laierte: so stellt sich der „Austrofaschismus“ dar. Vor allem fehlte ihm die berauschende Wirkung des Führerkults, jene pseudoreligiöse Form der Ideologebewegung, die an Mussolini und besonders an Hitler gebunden war: die Massenmobilisierung war hier ein weitgehend importiertes Phänomen, auch wenn die politischen und ökonomischen Bedingungen existierten. Gewiß sind die österreichischen Wurzeln und Komponenten des Nationalsozialismus einschließlich des völkischen Rassismus nicht zu

unterschätzen; und gewiß sind auch die faschistischen Elemente in der Entwicklung des autoritären Korporatismus bedeutsam. Aber das selbstgeschaffene Regime war nicht rassistisch (was ohne Hitler auch in Deutschland möglich gewesen wäre). Charakteristisch bleibt der Anspruch, eine eigenständige Zwischenlösung, ein bürgerliches, nicht rassistisches oder totalitäres Autoritätsregime zu etablieren, das denn auch anders als in Deutschland oder Italien nur durch Druck von außen zu überwältigen war.

4.

Ähnlich wie bei der Betrachtung des deutschen Falls drängt sich immer wieder der Eindruck auf, die Entwicklung sei unvermeidlich, die Republik nicht zu retten gewesen. Übermächtig erscheinen die fatalen Bedingungen und Belastungen, der mangelnde Wille zu einem inneren Staats- und Demokratieverständnis auf der Grundlage der schmerzhaften weltpolitischen Entscheidung von 1918 und schließlich die andauernden äußeren Pressionen antidemokratischer Kräfte: ihre Verstärkung schon seit Mussolinis Machtantritt 1922, und vollends nach Hitlers Machtergreifung von 1933, machte demokratische Politik in Österreich überhaupt „unworkable“ (Simon 94). Auch die Existenz des autoritären Horthy-Regimes in Ungarn und die allgemeine Ablehnung der Pariser Friedensverträge wirkten verschärfend auf die innenpolitische Polarisierung der Ersten Republik. Weithin dominierte das „Anti“: Antikapitalismus und Antiklerikalismus, Antidemokratismus und Antiliberalismus boten die vornehmlichen Ansatzpunkte für rechte und linke Antipositionen, die philosophisch entweder rückwärts orientiert waren (wie Othmar Spann's „Wahrer Staat“) oder vom revolutionären Umsturz träumten, sei dieser nun konservative oder marxistische Revolution.

Aber entscheidend war neben den inneren und äußeren Druckwellen letztlich doch, daß die in allen Parteien durchaus vorhandenen Kräfte der Mäßigung und der Zusammenarbeit, mit deren Konsensfähigkeit jede Demokratie steht und fällt, nicht mehr zusammenfanden. Den Personen und personalen Beziehungen kommt gerade in dieser Lage so große Bedeutung zu wie der ideologisch-traditionalen Verhärtung in allen Lagern. Länger als in Deutschland bestanden demokratische Optionen fort: im Kampf um die Revision der Verfassung 1929/30 („Zeugnis für die Vitalität demokratischer Politik“: Simon 100 ff) wie in den Novemberwahlen 1930, als noch immer 90 Prozent für die drei

Parteien der Republikgründung votierten, während in Deutschland schon über ein Drittel (1930), schließlich (1932) die totalitäre Mehrheit der Wähler gewannen.

Verhängnisvoll nur, daß die besseren Möglichkeiten einer Mehrheits- oder Allparteienkoalition auch hier ungenutzt blieben. Es war die Tragik Seipels, daß die Sozialisten im Interesse der eigenen austromarxistisch fundierten Parteinheit auf ihrem Parteikongreß vom November 1931 die Regierungsbeteiligung verweigerten: eine Erfahrung, die dann auch als gemeinsame Bewältigung der Vergangenheit die Große Koalition in der Zweiten Republik zur Folge hatte. Aber es bleibt richtig, daß das Wählerpotential für den Radikalismus bis zuletzt wesentlich kleiner war als in Deutschland – übrigens auch die Zahl der Nichtwähler, deren Mobilisierung ja in den deutschen Reichstagswahlen zum Aufschwung der NSDAP entscheidend beitrug. Ausschlaggebend waren wohl doch der Einfluß der äußeren Ereignisse, zumal der deutschen, und die Rolle bestimmter Personen, nachdem 1932 bisherige Schlüsselfiguren wie Brüning und Otto Braun in Deutschland gestürzt wurden; Seipel und Schober in Österreich (im selben Monat) gestorben waren.

Alle Strukturanalysen der Demokratiekrise, denen ich selbst schon in meinem Weimarbuch hohen Wert beigemessen habe, müssen diesem zentralen Raum personaler Entscheidungen gegenüber strukturellen Determiniertheiten Rechnung tragen. Der Unterschied zwischen der deutschen und österreichischen Entwicklung jedenfalls bis 1938 ist wesentlich darin begründet. Die Konstellation Hindenburg-Papen-Hitler hebt sich schief ab gegen die Konstellation Miklas-Dollfuß-Schuschnigg. Eine modische Tendenz Geschichte in quasimarxistische oder strukturdeterministische Modelle aufzulösen, verfällt heute in ähnliche Fehler wie schon die damaligen Faschismus- und Kapitalismustheorien. Ihre Unterschätzung der komplexen Motive und persönlichen Faktoren verkannte die Dynamik der politischen Bewegungen jenseits des Schemas von Revolution und Konterrevolution, von Sozialismus und Kapitalismus.

5.

Nach dieser notwendigen knappen Skizzierung der Austrofascismus-Frage bleibt nun noch der Versuch, eine zeitgeschichtliche und politische Bilanz zu ziehen. Vergleicht man die vielerörterte Bewältigung der Vergangenheit in jenen drei Ländern, von denen hier besonders zu sprechen

war, so tritt ein wesentlicher Unterschied hervor.

In Deutschland stand nach 1945 und besonders auch bei der Entwicklung des Grundgesetzes, der neuen Verfassung der Bundesrepublik, die Auseinandersetzung mit den Ursachen des Scheiterns der Weimarer Republik im Mittelpunkt: demokratische Stabilität und antitotalitäre Ausrichtung der Politik bestimmten die Bemühungen um eine Aufarbeitung der „deutschen Katastrophe“, der sich eine riesige Zeitgeschichtsliteratur widmete.

In Österreich, so scheint mir, standen eher zwei aktuelle Fragenkreise im Vordergrund: zum einen die Überbrückung der Bürgerkriegsluft zwischen bürgerlichem und sozialistischem Lager, auch durch die eigentümliche Anstrengung der Proporzregierung; zum anderen die vertiefte Befestigung einer eigennationalen Identität, zugleich als Bewältigung jener großdeutschen Problematik, in der man die Instabilität und das Scheitern der Ersten Republik begründet sah.

Wieder anders in Italien. Dort, im Ursprungsland des Faschismus, stand die zeitgeschichtliche und politische Orientierung zunächst ganz unter dem Blick auf die Resistenza, auf den vergleichsweise weniger totalitären, nicht-rassistischen Charakter des Faschismus, und auf eine stärkere Kontinuität der italienischen Geschichte über die faschistische Periode hinweg; erst verspätet setzten deren detaillierte Erforschung und Enttabusierung ein. Obwohl der Totalitarismusbegriff gerade dort zuerst (seit 1923) benutzt und beansprucht wurde, ist der Einbruch der faschistischen Diktatur weniger tief und destruktiv empfunden oder bewertet worden. Der lange Aufschub der Selbstprüfung gehört wohl zu den Gründen für die mangelnde Modernisierung und Stabilisierung der Demokratie in Italien.

Was in unserem Zusammenhang wesentlich erscheint, ist wiederum die Zwischenstellung Österreichs, auch in der Frage der Auseinandersetzung mit der düsteren Zwischenkriegszeit. Was für Italien faktisch eine einzige Epoche der Diktatur ist, eben die des Faschismus, und was für Deutschland grell kontrastierend und durch das weltpolitische Datum von 1933 getrennt die Konfrontation von rechtsstaatlicher Demokratie und radikal totalitärer Diktatur bedeutet, das zerfällt für Österreich in drei verschiedene Phasen, deren Erlebnis und Beurteilung jeweils für Zeitgenossen wie Nachlebende besonders komplex erscheint: die Phasen der Demokratie, des autoritären Regimes und der NS-Diktatur.

Auch die Frage nach Schuld und Verantwortung, Zufall und Notwendigkeit, nach dem Besonderen und dem Allgemeinen in der Entwicklung zu Diktatur und Katastrophe stellt sich verschieden. Österreich teilt mit den zahlreichen kleineren Staaten Europas, die bis in die dreißiger Jahre einen ähnlichen Weg von der neugeschaffenen Demokratie zum autoritären Regime gingen, die Probleme der national-staatlichen Identität und der sozio-ökonomischen Lebensfähigkeit; der Sturz vom Imperium in eine Republik wider Willen wurde verschärft durch die Lage zwischen zwei revisionistischen, schließlich hochideologisierten Großmächten, zu denen teils geschichtliche, teils nationale Bande bestanden. Es war eine Demokratie im Schatten aufgezwungener Souveränität („Democracy in the shadow of imposed sovereignty“; Walter B. Simon); dazu die allgemeinen Strukturprobleme des modernen parteistaatlichen Parlamentarismus, mit denen selbst die alten Demokratien nur mühsam fertig wurden.

Damit ist auch schon angedeutet, wo nach 1945 die Ansatzpunkte zur Debatte um die umstrittenen Lehren der Geschichte liegen. Österreich hat dieses Mal anders als 1918 seine staatliche Einheit bewahrt; der deutsche Fall ist komplizierter, die nationale Teilung bildet hier auch ein richtiges Moment der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Für beide Staaten, aber auch für die DDR, die sich kurzerhand durch eine als antifaschistisch proklamierte neue Diktatur der Problematik zu entziehen sucht, bleiben die brennenden moralischen Fragen, die das Heraufkommen und das totalitäre Zerstörungswerk der nationalsozialistischen Diktatur aufgeworfen und hinterlassen haben. Sie signalisierte eine Krise Europas und seiner Werte. Aber sie war vor allem eine deutsche Diktatur und schließlich eine großdeutsche. Es bleibt die Warnung, wozu der Mensch fähig ist, wenn er in den Rausch totalitärer Ideologie und Machtpolitik flüchtet. Und solche Verführung dauert weltweit fort: mehr denn je hat der moderne Staat die Mittel dazu, und an politischen Erlösungsideologien für die einsame „Masse“ der modernen Gesellschaft ist kein Mangel.

Das Thema Ihrer Tagung enthält zwei Fragen. Erstens: Hat Österreich seine Vergangenheit bewältigt? Ich kann als Außenstehender keine Antwort wagen, auch wenn ich darüber mit österreichischen Freunden seit langem gesprochen habe – seit den Tagen der Kriegsgefangenschaft mit Adam Wandruszka in Concordia, Kansas. Die zweite Frage lautet: Das Erbe der Ersten Republik – eine Last

für die Parteien von heute? Ich würde hier fortfahren: oder nicht vielmehr eine große Chance, ähnlich der Lernerfahrung, die Weimar den deutschen Parteien auferlegt und gewährt?

Der Wandel des Parteiensystems von der Ersten zur Zweiten Republik ist wohl weniger augenfällig als im deutschen Fall. Er tritt nur am rechten Flügel, im Verschwinden der Großdeutschen, in Erscheinung und zeigt damit zugleich die bewußte und (im Wortsinne) entschiedene Veränderung des nationalen Bezug Rahmens. Daß eine **Demokratie auf Vorbehalt** letztlich nicht lebensfähig ist – diese geschichtliche Erfahrung geht vor allem auch die Parteien an. Für Sozialisten muß dies heißen: Verzicht auf ideologische Utopien; Für Liberale und Konservative: Fähigkeit und Versöhnung von Tradition und Modernität, von Ordnung und Freiheit. Für Parteien überhaupt: pluralistisch offen und fähig zu sein zur Vermittlung zwischen Gesellschaft und Staat, zwischen Bürgerinteresse und wertgebundener Autorität, fähig auch für die notwendigen Aufgaben der politischen Führung und der kontrollierenden Opposition, wie sie der gewaltenteilige Rechtsstaat verlangt, der allein die Wahrung der Menschenrechte verbürgen kann.

Solchen Parteien müssen die bittere Vergangenheit und das Bekenntnis zu ihren Irrtümern und ihrem Versagen keine Last bleiben. Es kann das Wissen und die Bereitschaft zur Verteidigung der freiheitlichen Demokratie noch stärken – und dies in einer Welt, in der die große Mehrheit der Staaten Diktaturen sind. Dem süßen und doch zuletzt bitteren Gift der Diktatur zu widerstehen, sei diese ideologisch oder technokratisch, progressistisch oder reaktionär, links oder rechts begründet, ist heute nicht einfacher geworden.

VON BERCHTESGADEN BIS LINZ ÖSTERREICHS UNTERGANG ALS AUGENZEUGE ERLEBT

Nach einer Reihe von Vorträgen, die von berufenen Wissenschaftlern gehalten wurden, ist es nun meine Aufgabe, gewissermaßen zur Abrundung dieses Symposiums über die österreichische Zeitgeschichte als einer der Überlebenden den Schlüsselpunkt unter diese dankenswerte Veranstaltung zu setzen. Das mir gestellte Thema ist, um beim Wortlaut zu bleiben, ein Augenzeugenbericht. Ich muß aber hinzufügen, daß ich mich nicht korrekt an diese Diktion halten kann. Ein Mensch erlebt als Augenzeuge immer nur jenen Ausschnitt einer historischen Entwicklung, dem er selbst persönlich und unmittelbar beiwohnen konnte. Es ist klar, daß das immer nur ein Teil des Ganzen sein kann, der – ergänzt durch andere Erfahrungswerte – den Erlebenden allerdings in die Lage versetzt, sich aus der ihm gebotenen Sicht ein zusammenhängendes Bild aller Ereignisse zu machen. Ich wähle ausdrücklich das Wort „Bild“ und möchte damit zum Ausdruck bringen, daß ich im folgenden versuchen werde, Ihnen aus der Erlebnisdarstellung auch meine Beurteilung der Gesamtsituation zu vermitteln.

Schon der Titel dieses Symposiums in Form der Frage, ob Österreich seine Vergangenheit bewältigt hat, zeigt zweierlei auf: einmal, daß die Frage noch zu beantworten ist; zum anderen aber, daß es unterschiedliche Meinungen, vor allem über die Zeit von 1933 bis 1938, gibt, denn gäbe es sie nicht, wäre die Frage nicht gestellt worden.

Ich muß noch eine kleine Korrektur zum Titel meines Referates anbringen. Ich möchte nicht mit Berchtesgaden beginnen, sondern – auch auf die Gefahr hin, schon Besprochenes noch einmal anzuführen – kurz auf die historischen Zusammenhänge zurückgreifen. Geschichte ist bekanntlich eine Kette kausaler Zusammenhänge. Nichts, was sich ereignet hat, geschah ohne vorhergegangene Ursachen. Wenn man daher z. B. die Frage beantworten will, warum Schuschnigg überhaupt nach Berchtesgaden gegangen ist, obwohl es am 12. Februar 1938 längst klar gewesen ist, daß man mit Diktatoren keine Verträge abschließen kann, denn

diese Gattung von Menschen hält sich an keinen Vertrag, wie wir ja in jüngster Zeit immer wieder erleben, so muß man auf die vorhergegangene Entwicklung Bezug nehmen.

Ich glaube, es ist richtig, wenn man – etwas summarisch – für das, was sich 1938 abspielte, die drei Wurzeln sieht, nämlich die großdeutsche Idee mit hohem, politischem Stellenwert, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zwischenkriegszeit und die Aggression des Nationalsozialismus gegen Österreich. Sie haben sich mit diesen Problemen bereits in den drei ersten Referaten dieses Symposiums beschäftigt. Erlauben Sie mir dennoch, einige Bemerkungen dazu zu machen, um anzudeuten, wie sich die Dinge aus meiner eigenen Erfahrung heraus darstellen.

Zum ersten Problem: Wenn ich der großdeutschen Idee einen hohen politischen Stellenwert in der damaligen Zeit beimesse, so sehe ich den Beweis für diese Klassifizierung schon in dem Beschluß der Provisorischen österreichischen Nationalversammlung vom 30. Oktober 1918, da die deutschsprachigen Abgeordneten des alten Reichstages bekanntlich beschlossen, daß „Deutschösterreich ein Bestandteil der Deutschen Republik“ sein solle. Ein Beschluß, gegen den damals nur Wilhelm Miklas, das dritte republikanische Staatsoberhaupt, auftrat. Der Einspruch der Siegermächte machte diesen Beschluß aber rasch zu einem unrealen. Fragt man sich, wieso es überhaupt zu diesem Beschluß kommen konnte, so lagen ihm – allgemein gesprochen – zwei Tendenzen zugrunde: Einmal wußte man wirklich nicht, wie dieses neue Österreich, von dem Clemenceau gesagt hatte: „L'Autriche c'est qui reste!“, politisch existieren sollte; zum anderen mangelte es vor allem an Vertrauen in die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des neuen Kleinstaates.

Es war die Anschlußidee in der Christlichsozialen Partei nur teilweise vertreten und nahm im Laufe der Jahre rapide ab, während die Sozialdemokratische Partei den Anschluß in ihr Parteiprogramm aufgenommen hatte. Es wäre verfehlt, anzunehmen, daß es sich bei den Sozialdemokraten dabei vor allem um nationale

Überlegungen gehandelt hätte. Es waren vielmehr echte parteipolitische Tendenzen, die wesentlich der großdeutschen Auffassung der Sozialdemokraten zugrunde lagen. Zum Beweis dafür zitiere ich einen Ausspruch Otto Bauers, der in einem Aufruf an die österreichische Arbeiterschaft unter anderem sagte: „Wir müssen den Anschluß dort suchen, wohin wir nach unserer Geschichte, Sprache und Kultur gehören. Und wenn sich das Bürgertum nur langsam zu dieser Erkenntnis durchringt, so darf die Arbeiterschaft mit heller Begeisterung die Vereinigung mit Deutschland verkünden. Denn es ist jetzt das rote, das proletarische, das sozialistische Deutschland, mit dem wir uns vereinen wollen und werden... Anschluß an Deutschland ist Anschluß an den Sozialismus.“

Ein geradezu radikaler Vertreter der großdeutschen Idee war auch Professor Kelsen.

Wie tief verankert die großdeutsche Idee bei den Sozialdemokraten gewesen ist, dafür gibt es noch einen viel späteren Beweis, der aus dem Buch von Adolf Schärf „Österreichs Erneuerung, 1945–1955“ entnommen werden kann. Schärf berichtet über einen Besuch Wilhelm Leuschners, des seinerzeitigen sozialdemokratischen Innenministers von Hessen, im Frühsommer 1943, bei dem dieser seine Idee über die kommende Nachkriegszeit entwickelte und betonte, daß er zu Schärf gekommen wäre, „damit wir Vereinbarungen über die Mitwirkung der österreichischen Sozialdemokraten zur Erhaltung des Anschlusses besprechen“. Schärf schreibt dann weiter: „Aber während des Gesprächs kam es mir wie eine Erleuchtung. Gerade die Darstellung der Lage durch Leuschner ließ mich plötzlich erkennen, was sich geändert hatte. Ich unterbrach meinen Besucher unvermittelt und sagte: „Der Anschluß ist tot! Während ich diese Worte sagte, hatte ich das Gefühl, als ob nicht ich, nicht meine Stimme spräche, sondern ein anderer Mensch, eine andere Stimme aus mir.“ Und das – ich wiederhole – 1943, also zu einer Zeit, da österreichische Patrioten schon jahrelang wegen ihres Abwehrkampfes gegen den Anschluß in den Konzentra-

tionslagern und Gefängnissen des Dritten Reiches saßen und schon Hunderte Todesurteile an österreichischen Patrioten vollstreckt worden waren!

Es muß hinzugefügt werden, daß mit dem Vordringen des Nationalsozialismus und insbesondere nach 1933 die Sozialdemokraten zwar nach wie vor – und die Haltung Schärf beweist es ja – an der großdeutschen Idee festhielten, jedoch ein Anschluß an ein nationalsozialistisches Deutschland nicht erfolgen sollte.

Die Entwicklung, oder besser gesagt, die Rückentwicklung der großdeutschen Idee bei den Christlichsozialen lag ganz anders. Sie war mehr oder minder überhaupt nur in ökonomischer Beziehung aufrecht geblieben und fand z. B. in dem mißglückten Versuch einer österreichisch-deutschen Zollunion ihren konkreten Ausdruck. Mit der Zunahme der nationalsozialistischen Bewegung starb die großdeutsche Idee innerhalb der Christlichsozialen Partei zur Gänze ab, um schließlich mit der Vaterländischen Front in einen radikalen Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus und den Anschluß zu münden. Inzwischen hatte auch die Großdeutsche Partei völlig ihre Bedeutung verloren, weil ihre Anhänger zu einem sehr hohen Prozentsatz zum Nationalsozialismus übergingen. Ergänzend sei auch noch an den Landbund erinnert, der grundsätzlich den Anschlußgedanken vertrat, jedoch innerhalb seiner bäuerlichen Wählerschaft so wie die Großdeutsche Partei immer mehr an Anhang verlor.

Die zweite Komponente dieser Entwicklung waren die wirtschaftlichen Verhältnisse der damaligen Zeit, die ich als bekannt voraussetzen darf. In unserem Zusammenhang sind aber zwei Dinge festzuhalten: Zunächst konnte man sich, wie ich bereits ausführte, eine wirtschaftliche Lebensfähigkeit der jungen Republik einfach nicht vorstellen, weil es an jeder Erfahrung in diesen Dingen mangelte. Zum zweiten aber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es sich bei den tristen wirtschaftlichen Verhältnissen in Österreich nicht um ein auf unser Land allein bezogenes Faktum, sondern um eine weltweite Zeiterscheinung handelte. Es ist völlig unwahr, wie gerne behauptet wird, daß es nur in Österreich und Deutschland in dieser Zeit eine enorm hohe Arbeitslosenrate gegeben hätte. In fast allen europäischen Staaten, aber auch in den Vereinigten Staaten von Amerika gab es Millionenhundert an Arbeitslosen, was schon damals genau wie heute nichts anderes bewies, als daß die Volkswirtschaften voneinander im internationalen Geschehen ab-

hängig sind. Daß unter diesen Umständen der Anschlußgedanke seine besondere Wirkung hatte, ist eigentlich erstaunlich, denn es wäre logisch gewesen, zu wissen, daß die Zusammenlegung zweier Volkswirtschaften, die unter dem gleichen Übel zu leiden hatten, noch lange keine Garantie für dessen Beseitigung sein konnte. Zu erwähnen ist auch, daß sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Österreich, beginnend mit dem Jahre 1932, wesentlich besserten, was in einseitigen historischen Darstellungen ebenfalls gerne verschwiegen wird.

In dieser Zeit aber entstand das dritte Element, die Aggression durch den Nationalsozialismus, die schließlich die österreichische Politik insofern beherrschte, als man versuchte, in zunehmendem Maße die Abwehrkräfte gegen den Nationalsozialismus zu mobilisieren.

Zählt man diese Fakten zusammen, so ergibt sich als Resultat die österreichische Politik seit 1933. Die Regierungen unter Dollfuß und Schuschnigg hatten als Hauptziel ihrer Politik den Kampf gegen den Nationalsozialismus und den Anschluß zu führen, wobei es klar war, daß Österreich, allein auf sich gestellt, diesen Kampf niemals bestehen konnte und daher Verbündete gesucht werden mußten. Dies ist ein wesentlicher Unterschied zur Situation von heute, die dem neutralen Staat jede Bündnispolitik verbietet. Aus dieser Situation ergab sich das Nahverhältnis zum faschistischen Italien. Italien war schon nach dem Ersten Weltkrieg so etwas wie eine Schutzmacht für Österreich, und dies nicht nur aus eigenen Interessen, sondern gewissermaßen auch anerkannt durch Großbritannien und Frankreich. Wir wissen, daß Mussolini dieser Aufgabe zunächst gerecht wurde. Wenn heute in einer eindeutig ausgerichteten Propaganda behauptet wird, daß die Anlehnung Österreichs an Italien vor allem aus faschistoiden Überlegungen – man verzeihe diesen Begriff! – erfolgte, so ist dies nicht richtig. An wen hätte sich Österreich anlehnen sollen, um wenigstens eine Chance für seinen Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus zu haben, als an Italien, das bis Ende dieser Phase der italienischen Politik im Jahre 1935 dieser Aufgabe auch gerecht wurde? Man kann annehmen, daß es schon nach dem Dollfuß-Mord 1934 zur gewaltsamen Besetzung Österreichs gekommen wäre, wenn Mussolini nicht seine Truppen am Brenner hätte aufmarschieren lassen. Daß Mussolini dem österreichischen Bundeskanzler für seine Hilfe gewisse Bedingungen bezüglich der österreichischen Innenpolitik stellte, ist

bekannt. Aber auch in der Politik ist niemals eine Leistung ohne Gegenleistung zu erwarten. Es soll damit kein Werturteil über das autoritäre System in Österreich gefällt – auch darüber wurde hier schon gesprochen –, sondern nur der außenpolitische Zusammenhang klargestellt werden. Die innerpolitische Tragödie, die sich dabei ergab und die zu den schrecklichen Ereignissen vom 12. Februar 1934 führte, hat eine ihrer Ursachen in der falschen Einschätzung dieser außenpolitischen Situation Österreichs durch die Sozialdemokraten, denen die Wiederherstellung parlamentarisch-demokratischer Verhältnisse wichtiger war als der bedingungslose Kampf gegen den Nationalsozialismus. Sonst hätten die Sozialdemokraten nicht so scharf auf die Abhaltung von Neuwahlen gedrungen, obwohl sie wußten, daß damit die Nationalsozialistische Partei in den Nationalrat einziehen würde. Die vorangegangenen Wahlen in Wien und Innsbruck waren ein Menetekel.

Mit der bereits erwähnten Wende der italienischen Politik zur nationalsozialistischen Großmacht- und Kriegspolitik, beginnend mit dem Besuch Mussolinis bei Hitler 1935, war Österreich seines einzigen Freundes im Kampf um seine Selbständigkeit beraubt. Alles, was weiterhin geschah, war eine Politik auf Zeitgewinn. Der erste signifikante Schritt in dieser Richtung war das Juliabkommen von 1936, über das wir in der Vaterländischen Front – ich gestehe das offen – zunächst entsetzt gewesen sind, weil es uns – wiederum muß ich es sagen – zu diesem Zeitpunkt längst klar war, daß dem deutschen Diktator der Begriff der Vertragstreue völlig unbekannt gewesen ist.

Schuschnigg hatte selbst seine Zweifel an der Tragfähigkeit dieses Abkommens. Aber wenn wir retrospektiv die Frage stellen, was anderes hätte geschehen können, um wenigstens den Versuch zu machen, Zeit zu gewinnen, so muß die Frage unbeantwortet bleiben. Es blieb einfach kein anderer Weg als der der Spekulation auf Zeit, so schlecht er auch gewesen sein mag.

Im gleichen Lichte wie das Juliabkommen 1936 ist auch die Vereinbarung von Berchtesgaden zu sehen. Auch hier der Versuch, Zeit zu gewinnen; nur war der Preis, der in Berchtesgaden zu bezahlen war, ein bedeutend höherer als zwei Jahre vorher. Es war klar: Wäre dieses Abkommen unter vorläufiger Aufrechterhaltung der österreichischen Souveränität durchgeführt worden, so hätte es auf anderen Wegen ebenfalls zum Ende der österreichischen Unabhängigkeit geführt. Aber wieder ist die Frage zu stellen, ob

dieser letzte Versuch, den Schuschnigg unternommen hat, gerechtfertigt war oder nicht. Er wäre es nicht gewesen, wenn es noch einen anderen Weg gegeben hätte. Den gab es aber nicht. Und das war auch der Grund für die Ansetzung der Volksabstimmung. Wir wußten genau, daß das Berichtigende Abkommen das Ende Österreichs bedeuten mußte, wenn nicht vor aller Welt demonstriert werden konnte, daß die überwiegende Mehrheit der Österreicher den Anschluß nicht wollte.

Die ständige Verschärfung der innerpolitischen Verhältnisse trug das Ihre dazu bei, die österreichische Situation noch weiter zu schwächen. Zu einer in der historischen Darstellung immer wieder aufgestellten Behauptung muß aber etwas gesagt werden. In der Geschichtsdarstellung der linken Seite wird immer wieder behauptet, daß eine Bereinigung der innerpolitischen Situation in Form der Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie die Ereignisse von 1938 verhindert hätte. Diese Behauptung ist grundfalsch! Wir haben später den Überfall auf die Tschechoslowakei erlebt, die ein tadellos funktionierendes, parlamentarisch-demokratisches System bis zum letzten Tag ihrer Existenz hatte. Man kümmerte sich in Berlin keinen Deut um die innerpolitische Konstruktion des Landes, das man zu überfallen wünschte. Als man endlich in den ersten Märztagen 1938 anläßlich der Verkündung der für 13. März festgesetzten Volksabstimmung für ein freies und unabhängiges Österreich doch zu einem Übereinkommen mit der sozialdemokratischen Seite und auch mit den Kommunisten gelangte, war es zu spät. Aber nicht in dem Sinne, daß eine frühere innerpolitische Bereinigung den Überfall auf Österreich verhindert hätte, wie ich es eben sagte; im Gegenteil! Man weiß heute, daß es das vorauszusehende überwiegende Ergebnis dieser Volksabstimmung für Österreich gewesen ist, das Berlin veranlaßte, in Form eines militärischen Einmarsches zuzuschlagen. Die ursprünglichen Pläne der Berliner Regierung hatten einen anderen Weg zum Anschluß vorgesehen.

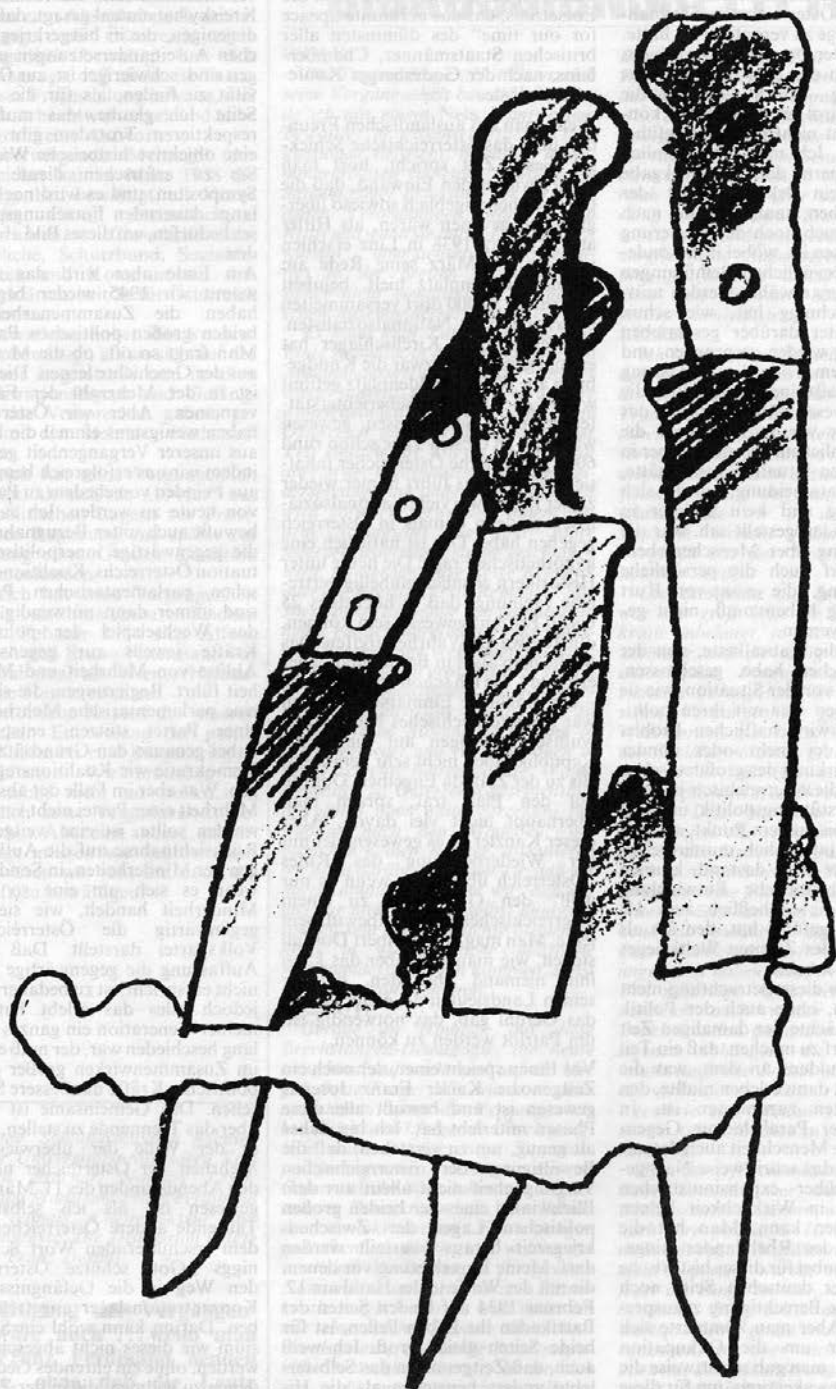
Hier ist noch eine innerpolitische Hypothese anzufügen. Die Bemühungen um einen innerpolitischen Ausgleich begannen bekanntlich schon im Jahre 1935. Daß und warum sie keinen Erfolg hatten, ist bekannt. Folgendes steht für mich aber außer Zweifel: Hätte die Volksabstimmung am 13. März 1938 stattgefunden und zu dem erwarteten, überragenden Ergebnis für die Unabhängigkeit Österreichs geführt, dann wäre ein weiterer Ausschuß der Sozialdemokraten von den Regie-

rungsgeschäften unmöglich geworden. Das hätte gar nicht zu einer unbedingten Rückkehr zur Verfassung von 1929 führen müssen. Mehrere verfassungsrechtliche Wege wären offen gestanden, um die sozialdemokratische Seite für eine tatsächliche und verantwortungsvolle Mitarbeit in der Staatsführung zu gewinnen. Das autoritäre Verfassungssystem hätte dies bei beiderseitigem gutem Willen ohne weiteres erlaubt. Aber das Schicksal nahm eben einen anderen Verlauf.

Man macht sich heute kaum eine Vorstellung davon, wie schicksalsschwer jede staatspolitische Entscheidung in dieser Zeit gewesen ist. Die bedeutendste dieser schicksalsträchtigen Entscheidungen war die letzte, als Schuschnigg auf einen militärischen Widerstand gegen die einmarschierenden deutschen Truppen verzichtete. Die Diskussion darüber, ob dieser Verzicht richtig gewesen ist, ist bis heute nicht verstummt. Bevor ich davon spreche, möchte ich hier auch Selbsterlebtes berichten, aus dem Sie ersehen können, was sich in den Abendstunden des 11. März 1938 abgespielt hat.

Zunächst erinnere ich daran, daß der Bundeskanzler erst am 9. März 1938 in einer Rede in Innsbruck mit dem historischen „Mander, 's ischt Zeit!“ die Volksabstimmung für den 13. März verkündete. Die höheren Amtswalter in der Vaterländischen Front, vor allem wir in der Bundeswerbeleitung, wurden schon vorher mit dem Auftrag informiert, unter vorläufiger strenger Geheimhaltung ein Konzept für die nur auf wenige Tage beschränkte Wahlwerbung zu entwerfen, so daß unmittelbar nach der Schuschnigg-Rede alle Druckaufträge für Plakate, Flugzettel und andere Schriften erteilt werden können. Die Begeisterung über die schon seit langem geforderte Volksabstimmung war damals ungeheuer groß. Man kann sich davon in unserer heutigen, wesentlich nüchterneren Zeit kaum eine Vorstellung machen. Die Vorbereitungsarbeiten für die Volksabstimmung liefen auf Hochtour weiter bis in die späten Nachmittagsstunden des Freitags. Das letzte, was wir in der Werbeabteilung produzierten, war der Text für einen Flugzettel, der am Sonntag von Flugzeugen in ganz Österreich abgeworfen werden sollte. Als das entsprechende Manuskript von mir abgezeichnet wurde und für den Druck freigegeben werden sollte – es war 1/2 7 Uhr abends –, meldete der Rundfunk eine Ansprache des Bundeskanzlers, und so erfuhr ich erst zu diesem Zeitpunkt, dem letzten Augenblick der Ersten Republik Österreich, daß alles zusammenbrach. Man hat selbst uns vorher weder eine

Information noch, was wichtiger gewesen wäre, eine Warnung zukommen lassen. Als der in diesem Augenblick im Hause anwesende höchste Funktionär ließ ich sofort das Haus räumen, sperrte das Haustor zu und übergab den Schlüssel dem Kommandanten der vierköpfigen Hauswache mit dem Auftrag, das Gebäude verschlossen zu halten, bis allenfalls seitens der Polizei die Öffnung und die Übergabe des Hauses verlangt würden, was einige Stunden später auch geschehen ist. In der Abschiedsrede Schuschniggs erfuhr wir dann auch den Verzicht auf militärischen Widerstand, um, wie der Bundeskanzler in seiner erschütternden Ansprache ausführte, unnötiges Blutvergießen zu vermeiden. Von diesem Augenblick an datiert die Frage, ob das eine richtige Entscheidung gewesen ist, und ich bin noch heute der festen Überzeugung, daß es das nicht war. Schuschnigg selbst hat, solange er lebte, immer wieder in seinen Büchern und auch bei Vorträgen versucht, seine Entscheidung zu rechtfertigen. Ich besitze darüber auch eine ausführliche Korrespondenz mit Schuschnigg, in der er die Gründe für seine Entscheidung darlegte. Es waren im wesentlichen zwei Überlegungen, die Schuschnigg zu diesem Verzicht auf militärischen Widerstand veranlaßten: Einmal war man damals, im Gegensatz zu heute, der Meinung, daß ein militärischer Widerstand nach wenigen Stunden zusammenbrechen müsse. Heute sind sich die Historiker darüber einig, daß ein solcher Widerstand etwa drei Tage hätte anhalten können; daß er schließlich gebrochen worden wäre, ist selbstverständlich. Aber der damaligen, unrichtigen Auffassung entsprechend, hätte ein auf wenige Stunden beschränkter Widerstand als sinnlos gelten müssen. Der zweite Grund für Schuschniggs Entscheidung lag in der Befürchtung, daß es im Falle eines Widerstandes in bestimmten österreichischen Gebieten, wo die Nationalsozialisten sehr stark waren, z. B. im Grazer Raum, wahrscheinlich zu Bürgerkriegskämpfen hätte kommen können, von denen Schuschnigg annahm, daß sie noch mehr Opfer gefordert hätten als der 12. Februar und der 25. Juli 1934. Die Entscheidung Schuschniggs ist daher menschlich verständlich, und aus diesem Grunde müssen wir sie auch respektieren. Trotzdem war sie politisch falsch! Hätte es einen militärischen Widerstand gegeben und wäre Schuschnigg nach dessen Zusammenbruch ins Ausland gegangen, um eine österreichische Exilregierung zu bilden, wie es alle Regierungschefs der später überfallenen Länder getan haben, so hätte es



niemals zu der Moskauer Deklaration kommen können, daß – wie es dort hieß – Österreich seine Teilnahme am Kriege zu verantworten hätte. Was das unter Umständen – auch das ist natürlich nur eine hypothetische Feststellung – nach 1945 für die Frage Südtirol hätte bedeuten können, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Ich muß hier nämlich daran erinnern, daß die Rückgabe Südtirols ein erklärtes Ziel der Provisorischen Staatsregierung nach 1945 und auch noch der Regierung Figl I gewesen ist, wobei insbesondere die diesbezüglichen Bemühungen Karl Gruber erwähnt werden müssen. Schuschnigg hat, wie schon gesagt, später darüber geschrieben und immer wieder gesprochen und bis zu seinem Tode die Auffassung vertreten, daß seine Entscheidung die richtige gewesen wäre. Ich glaube das nicht. Aber wir müssen wohl die Frage anschließen, was man selber in einer solchen Situation getan hätte, denn die Entscheidung, vor die sich Schuschnigg und kein anderer in diesen Stunden gestellt sah, war die Entscheidung über Menschenleben. Darum darf auch die persönliche Hochachtung, die man vor Kurt Schuschnigg haben muß, nicht geschmälert werden.

Damit ist die Kausalkette, von der ich gesprochen habe, geschlossen. Ausgehend von der Situation, wie sie 1918 gegeben war mit ihren politischen und wirtschaftlichen Problemen, mit der mehr oder minder latenten Wirkung der großdeutschen Idee, über die österreichisch-italienische Unterstützungspolitik und deren Ende, bis zu dem Punkt, an dem Österreich tatsächlich mutterseelenallein in der Welt dand, können wir jene historische Entwicklung verfolgen, die schließlich zum 11. März 1938 geführt hat, den ich als ersten Tag des Zweiten Weltkrieges bezeichnen möchte.

Wir können diese Betrachtung nicht abschließen, ohne auch der Politik der Großmächte der damaligen Zeit den Vorwurf zu machen, daß ein Teil des Verschuldens an dem, was die Menschheit dann erleben mußte, den Großmächten zuzurechnen ist. In schrecklicher Parallele zur Gegenwart hat die Menschheit auch damals erlebt, daß das schrittweise Nachgeben gegenüber expansionistischen Diktatoren in Wirklichkeit keinen Erfolg haben kann. Man hat die Besetzung des Rheinlandes hingenommen, wobei für dieses historische Faktum der deutschen Seite noch eine gewisse Berechtigung zuzusprechen war. Aber man kümmerte sich nicht mehr um die Okkupation Österreichs, man gab schrittweise die Tschechoslowakei preis, um für diese verfehlte Politik schließlich den Blut-

zoll des Zweiten Weltkrieges zu bezahlen. Ich erinnere mich noch des Entsetzens, das das berühmte „peace for our time“ des dümmsten aller britischen Staatsmänner, Chamberlains, nach der Godesberger Konferenz auslöste.

Wenn man mit ausländischen Freunden über das österreichische Schicksal dieser Zeit spricht, hört man immer wieder den Einwand, daß die Österreicher angeblich sowieso überglücklich gewesen wären, als Hitler am 12. März 1938 in Linz erschien und am 15. März seine Rede am Wiener Heldenplatz hielt, bejubelt von rund 150.000 dort versammelten österreichischen Nationalsozialisten. Bundespräsident Kirchschläger hat einmal gesagt, daß zwar die Kundgebung am Wiener Heldenplatz gefilmt wurde, aber kein Presseberichterstatter in den Gefängnissen gewesen wäre, wo an diesem Tage schon rund 6000 patriotische Österreicher inhaftiert waren. Das führt immer wieder zu der Frage, wie viele Nationalsozialisten es denn damals in Österreich gegeben habe. Das ist natürlich eine hypothetische Frage! Die heute unter Historikern ziemlich einhellig vertretene Meinung, daß es höchstens 25 bis 30 Prozent gewesen sein können, dürfte etwa die Wahrheit treffen. Das wußte man auch in Berlin, und daher erfolgte – wie ich schon erwähnt habe – der plötzliche Einmarsch. Freilich war ein österreichisches Nationalbewußtsein, bezogen auf die kleine Republik, noch nicht sehr verankert. Bis zu der Zeit, da Engelbert Dollfuß auf den Plan trat, sprach man überhaupt nicht viel davon. Aber dieser Kanzler ist es gewesen, der mit der Wiederbelebung des Rufes „Österreich über alles, wenn es nur will!“ den Grundstein zu einem österreichischen Nationalbewußtsein legte. Man mag zu Engelbert Dollfuß stehen, wie man will, aber das kann ihm niemand abstreiten, daß er seinen Landsleuten als erster wieder das Gefühl gab, das notwendig ist, um Patriot werden zu können.

Vor Ihnen spricht einer, der noch ein Zeitgenosse Kaiser Franz Josephs gewesen ist und bewußt alle diese Phasen miterlebt hat. Ich bin daher alt genug, um zu verstehen, daß die Bewältigung der österreichischen Vergangenheit nicht allein aus dem Blickwinkel eines der beiden großen politischen Lager der Zwischenkriegszeit heraus beurteilt werden darf. Meine Ehrerbietung vor denen, die mit der Waffe in der Hand am 12. Februar 1934 auf beiden Seiten der Barrikaden ihr Leben ließen, ist für beide Seiten gleich groß. Ich weiß auch, daß Zeitgenossen das Selbsterlebte anders beurteilten als die Historiker einer späteren Zeit, deren

Aufgabe es ist, ein möglichst objektives Geschichtsbild zu formen. Dr. Kreisky hat einmal gesagt, daß es für diejenigen, die in bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen unterlegen sind, schwieriger ist, zur Objektivität zu finden, als für die andere Seite. Ich glaube, das muß man respektieren. Trotzdem gibt es nur eine objektive historische Wahrheit. Sie zu erforschen diente dieses Symposium, und es wird noch eines lange dauernden Forschungsprozesses bedürfen, um dieses Bild abzurunden.

Am Ende aber wird das stehen, womit wir 1945 wieder begonnen haben: die Zusammenarbeit der beiden großen politischen Parteien. Man fragt so oft, ob die Menschen aus der Geschichte lernen. Die Frage ist in der Mehrzahl der Fälle zu verneinen. Aber wir Österreicher haben wenigstens einmal die Lehren aus unserer Vergangenheit gezogen, indem wir uns erfolgreich bemühten, aus Feinden von ehemals zu Partnern von heute zu werden. Ich sage das bewußt auch unter Bezugnahme auf die gegenwärtige innerpolitische Situation Österreichs. Koalitionen zwischen parlamentarischen Parteien sind immer dann notwendig, wenn das Wechselspiel der politischen Kräfte jeweils zur gegenseitigen Ablöse von Mehrheit und Minderheit führt. Regierungen, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit nur einer Partei stützen, entsprechen dabei genauso den Grundsätzen der Demokratie wie Koalitionsregierungen. Was aber im Falle der absoluten Mehrheit einer Partei nicht vergessen werden sollte, ist eine weitgehende Rücksichtnahme auf die Auffassungen der Minderheiten, in Sonderheit, wenn es sich um eine so starke Minderheit handelt, wie sie etwa gegenwärtig die Österreichische Volkspartei darstellt. Daß dieser Auffassung die gegenwärtige Praxis nicht entspricht, ist zu bedauern. Wer jedoch alles das erlebt hat, was meiner Generation ein ganzes Leben lang beschieden war, der muß einfach im Zusammenwirken großer parteipolitischer Kräfte das bessere System sehen. Das Gemeinsame ist immer über das Trennende zu stellen, so wie es der Wille der überwiegenden Mehrheit der Österreicher noch in den Abendstunden des 11. März 1938 gewesen ist, als ich selbst und Tausende andere Österreicher nach dem erschütternden Wort Schuschniggs „Gott schütze Österreich!“ den Weg in die Gefängnisse und Konzentrationslager angetreten haben. Darum kann wohl ein Symposium wie dieses nicht abgeschlossen werden, ohne ein ehrendes Gedenken denen zu widmen, die in der Zeit der nationalsozialistischen Apokalypse

DISKUSSIONSSPLITTER

ihr Leben lassen mußten, damit Österreich wiedererstehen konnte. Und nun zum Abschluß noch einmal die Frage, ob Österreich seine Vergangenheit bewältigt hat. Ich sagte eingangs, daß allein die Tatsache dieser Fragestellung beweise, daß sie noch zu beantworten sei, und habe nun darauf eine Antwort:

Die überwiegende Mehrzahl der Österreicher hat im März 1938 die Vergangenheit bewältigt, als Vaterländische Front, Heimatschutz, Sturmsharen, Christlichsoziale, Bürgerliche, Schutzbund, Sozialdemokraten und Kommunisten sich bereitklärten, mit Ja für Österreich zu stimmen.

Die Österreicher haben ihre Vergangenheit bewältigt, als sie sich auf der Dachauer Lagerstraße und in allen Konzentrationslagern und Gefängnissen das Versprechen gaben, gemeinsam die Heimat wiederaufzubauen.

Österreich hat seine Vergangenheit bewältigt, als sich die „1945er“ aus allen politischen Lagern zur Provisorischen Regierung und später zur Regierung einer Großen Koalition zusammenfanden.

Österreich hat seine Vergangenheit bewältigt, als zum sichtbaren Zeichen am 12. Februar 1964 sich Alfons Gorbach und Bruno Pittermann vor dem Mahnmahl am Wiener Heldenplatz die Hände reichten.

Das historische Kapitel der inneren feindlichen Entzweiung der politischen Kräfte bis zum Bürgerkrieg ist abgeschlossen. Wir brauchen die Frage nicht mehr zu stellen, ob Österreich seine Vergangenheit bewältigt hat. Aber eine andere, ständige Frage müssen wir beantworten: Was müssen wir tun, um auch die Zukunft zu bewältigen?

WOLF:

Die Tagungsfrage „Hat Österreich seine Vergangenheit bewältigt?“ würde ich mit einem **Nein** beantworten. Bewältigt in wissenschaftlichen Diskussionen vielleicht, bewältigt in Seminararbeiten vielleicht, bewältigt in zahnärztlicher Erfassung der verschiedenen Verordnungen, wann sie in Kraft und wann sie außer Kraft gesetzt wurden... aber sicherlich nicht bewältigt in der breiten Öffentlichkeit, sicher nicht bewältigt in der politischen Auseinandersetzung.

Es kann kein Zufall sein, daß die Erste Republik in der tagespolitischen Auseinandersetzung heute immer wieder auftritt, **aufgetreten wird**, wäre wahrscheinlich besser gesagt, daß Österreich dieses Trauma aus jener Zeit einfach hat. Dieses Trauma hat aber in der tagespolitischen Auseinandersetzung eine andere Funktion. Es wird politisch verwendet, indem mit dem Schlagwort der 30er Jahre jederzeit jedermann sofort erschlagen wird. Es werden diese Erste Republik oder der Begriff „Erste Republik“, die 30er Jahre, Zustände von damals also heute einfach unreflektiert als **politische Brechstange** verwendet. So wird, um es ein bißchen provokativ zu sagen, in der tagespolitischen Auseinandersetzung einfach das gekillt, was zu einer tieferen Auseinandersetzung in der Gegenwart und vielleicht auch in der Geschichte führen könnte. Wahrscheinlich ist Österreich geschichtlich bewußtlos über weite Strecken, bewußtlos nach den Modellen: wir brauchen keinen Richter, diskutieren wir nicht darüber, schauen wir, daß wir durchkommen. Schauen wir, daß wir uns nur nicht zu sehr selbst analysieren, zu sehr die Geschichte brauchen, nicht in grundsätzliche politische Auseinandersetzungen kommen, sonst wird alles ganz schlimm.

DESPUT:

Gerade im Hinblick auf diese Brechstangen-Demagogie, die heute manchmal auftaucht und auf die hier gedauerte Frage: Wie würde es denn ausschauen, wenn die Vergangenheit bewältigt wäre? folgende Überlegung: Wie wäre die derzeitige Situation, politisch gesehen, wenn wir uns im Österreich der 80er Jahre zum Schutz unserer Demokratie bzw. zum Schutz der demokratischen Einrichtungen gedankenhaft überlegten, welche gesetzlichen Vorkehrungen für gewisse Notstandssituationen dieser Demokratie möglich wären. Und wenn ich mir eine solche Debatte über Notstandsgesetze, wie sie die Bundesrepublik Deutschland bereits hinter sich hat, in diesem Österreich vorstelle, so kann ich sie mir heute **noch nicht ohne**

Bezüge auf diese Zeit der Ersten Republik vorstellen, unter dem Motto: das haben wir schon einmal gehabt... Also da ist meiner Meinung nach ein gewisser gefühlbetonter Rückhalt, der vielleicht auch ein Generationsproblem darstellt, weshalb wir in Österreich noch nicht über solche Dinge ruhig reden können. Erst wenn eine solche Notstandsgesetzesdebatte ohne unreflektierte Äußerungen in Richtung „faschistisch“ ablaufen kann, ist diese Zeit historisch bewältigt und politisch neutralisiert.

LESER:

Ich kann und muß zunächst sagen, daß es sehr verdienstvoll war, hier in diesem Haus und im Rahmen dieser Tradition eine solche **Abklärung** durchzuführen, die vielleicht im konservativen Lager schmerzvoller ist und ausfallen muß als im sozialdemokratischen, und daß insgesamt die **Fortschritte**, die wir in der Zweiten Republik erreicht haben, nur im Vergleich mit der Ersten Republik sichtbar werden.

Die **Intoleranz** auf beiden Seiten war sehr groß. Was die Sozialdemokratie anbelangt, so bin ich auch der Meinung, daß die völlig überflüssige antireligiöse Propaganda und die ständige Verteufelung der habsburgischen Vergangenheit geradezu im Widerspruch zur historischen Rolle der Sozialdemokratie gestanden sind und sie überflüssigerweise bei den Mittelschichten in Mißkredit gebracht haben. Dies hat sehr viel dazu beigetragen, die reaktionäre Masse, von der das Linzer Programm sprach, auch tatsächlich herzustellen. Das war zweifellos eine Fleißaufgabe, die sich bitter gerächt hat. Man kann rückblickend nur bedauern, daß hier nicht Persönlichkeiten wie Renner den Ton angegeben haben, sondern auch zum Teil gehässige Agitatoren, die aber natürlich auch wieder unter der Drucksituation gestanden sind, ihren eigenen Anhängern die im Effekt relativ maßvolle Politik als revolutionär verkaufen zu müssen. Es war also irgendwie ein *Circulus vitiosus*, aus dem es kein Entrinnen zu geben schien.

MANTL:

Eine der erfrischendsten Tatsachen dieses Seminars war, daß von allen Diskussteilnehmern, wo immer sie auch ihre politische Heimat haben, nicht mit vagen Begriffen wie „faschistoid“ operiert wurde, sondern daß jeder die Dinge immer „to the point“ benannte. Man sollte auch Gegenwartprobleme genau analysieren und benennen, sie aber nicht zudecken etwa mit der Etikettierung als „faschistoid“. Ich bin z. B. sehr froh, um ein Beispiel aus unseren Tagen zu wählen,

An der Schlußdiskussion nahmen teil: die Universitätsprofessoren Karl Dietrich Bracher, Norbert Leser, Wolfgang Mantl und Franz Ferdinand Wolf, damals Chefredakteur der Wochenpresse. Die Diskussion leitete Joseph Franz Desput.

„Bewältigung der Vergangenheit wäre auch ... wenn man sich Franz Ferdinand nennen könnte, ohne daß die Leute lachen...“

daß die ganze Debatte um den Ausschluss der nahen Angehörigen der Unternehmer vom Wahlrecht zu den Arbeiterkammern oder die um die Bestellung des Präsidenten des Arbeiterkammertags nicht in dieser Tonlage, sondern einfach mit dem politischen und rechtlichen Vokabular einer rechtsstaatlichen Demokratie geführt wurde.

Wir haben in diesen eineinhalb Tagen die kunstvollen Pirouetten der Historiker erlebt, denen jetzt der etwas herbe Tanz der Politikwissenschaft hinzugefügt werden soll. So sehr der Fachhistoriker Scheu vor Pauschalierungen haben muß, so wenig ist der politische Bildner und jeder politische Bürger der Notwendigkeit eines Gesamturteils entbunden.

In der Beurteilung dieser jüngsten österreichischen Vergangenheit hat eine **Horizont- oder Kriterienverschiebung** stattgefunden. In der ersten Zeit nach 1945 bis etwas über den Staatsvertragsabschluß hinaus standen die Fragen der österreichischen Unabhängigkeit, der Souveränität und der nationalen Identität so sehr im Vordergrund, daß von diesem Kriterienhorizont aus der Überlebenskampf des autoritären Ständestaates eine positivere Beurteilung erfahren konnte als später, als das **Demokratieprinzip** die politischen Betrachtungen stärker bestimmte und Demokratie als Maßstab für die Erste Republik herangezogen wurde, wodurch sich die Beurteilungen verschoben.

Für die **Authentizität und Elementarität** österreichischer Existenz ist es notwendig, „roots“, Wurzeln zu haben und zu kennen. Auch die Beschäftigung mit Zeitgeschichte macht uns diese **Wurzeln** bewußt. So sehr man dabei auch kognitiv arbeitet, so sehr wird es doch immer auch emotive Nebeneffekte geben. Davor sollte man sich auch gar nicht fürchten. Weil die jüngste Vergangenheit eben die Vergangenheit vieler von uns ist, erfährt sie uns **emotionell** so stark, daß es hier immer noch Auseinandersetzungen um „Wortbreiten“, um Wortnuancen, ums „letzte Wörtl“ gibt.

Neben dieser **Orientierungsfunktion** erfüllt das beherrschte Traktieren bestimmter Themen — da sollte man sich gar nichts vormachen — auch bisweilen andere Funktionen: etwa **Integration** einer Gruppe, sei es auch durch Schaffung und „Pflüge“ von Feindbildern, die auch so konstruiert werden können, daß ein gegenwärtiger politischer Gegner kompakt in der Schuld seiner historischen Vorgänger festgehalten wird, oder **Entlastung** von Gegenwartsproblemen durch ablenkende Diskussion bereits historischer Fragen.

LESER:

Ich sehe allerdings eine andere Gefahr, nicht wie in der Ersten

Republik die Gefahr einer die Demokratie auf eine Zerreißprobe stellenden **Polarisierung**, sondern die gegenteilige Gefahr der **Aushöhlung** der Demokratie durch **Gleichgültigkeit**. Ich fürchte, daß die Menschen sich nicht mehr für etwas Ideales begeistern können und daß quasi der Preis für unseren Frieden, den wir mit uns selbst und mit unseren Mitmenschen geschlossen haben, Teilnahmslosigkeit und Pragmatismus ist, der dann so weit geht, daß er alle Ideale unter sich begräbt. Wenn die Demokratie nur darauf aufgebaut wäre, so könnte sie auch aus anderen Gründen als den früheren Belastungsformen der Zukunft nicht standhalten. Und deshalb sollten wir nicht selbstgefällig sein, sondern sollten gerade solche Situationen als Ausgangspunkt betrachten für neue Vorstöße zu einer besseren Durchdringung unserer demokratischen Ordnung und unserer Ideale und auch zur Entschlossenheit, diese Ideale dann in konkreten Situationen anzuwenden. In diesem Sinne betrachte ich ein solches Gespräch als einen Versuch, einerseits die Fehlerquellen der Vergangenheit aufzudecken, andererseits aber im Dienste einer **Wertsuche und Wertverwirklichung** zu stehen. Denn eine Aufarbeitung der Vergangenheit um ihrer selbst willen hätte keinen Sinn.

WOLF:

Ich glaube, wenn die Geschichte der Ersten Republik und die Zeiten davor bewältigt wären, aufgearbeitet wären, was immer das ist, könnten wir viele Dinge, die heute nicht diskutiert werden, heute diskutieren. Ich meine die Demokratie. Wir haben den Begriff der Demokratie mehr oder weniger unreflektiert geheiligt, tabuisiert, und niemand ist bereit oder in der Lage, Demokratie zu diskutieren. Demokratie an sich als Wertvorstellung, Demokratie als Organisationsform eines Gemeinwesens, Demokratie als way of life — wie es so schön heißt. Hier sehe ich ein riesiges Defizit. Es ist in politischen Zirkeln doch nach wie vor so, und da bin ich wieder in der Analysephase, daß das Wort 12. Februar einfach obszön ist, wenn man das sagt, sind alle erschüttert, erschrocken und sagen: wie unständig. Ähnliches ist ja passiert, exemplarisch Götz — Taus. Die wurden rechts außen miteinander positioniert oder rechts von der Außenmauer des Führerbunkers, wenn sie so wollen, und dann haben sich alle zu fürchten begonnen. Durch die Tabuisierung der Begriffe ist eine Auseinandersetzung nicht möglich.

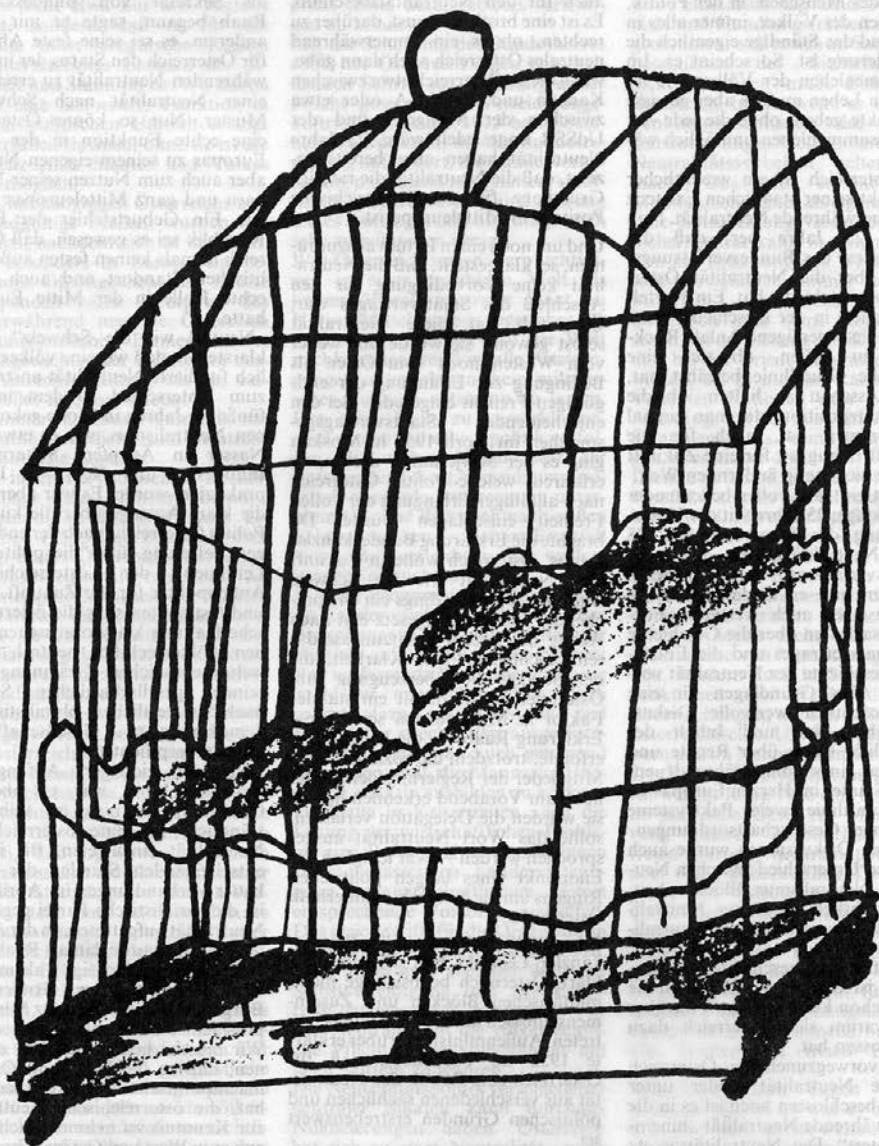
MANTL:

Mir bereitet noch etwas bei den intensiven Diskussionen um die Geschichte der Ersten Republik Sorge, nämlich die Gefahr, daß dadurch andere Probleme verblissen, daß

ritualisierte Diskussionen unter feststehenden, eingeübten Partnern abrollen, wobei es dann unversehens passiert, daß andere, neuere Entwicklungen **übersehen** werden. Gerade durch die Hochstilisierung nur eines historischen Phänomens, nur einer historischen Periode kann die analytische Erfassung neuer Entwicklungen verfehlt werden. Man wird sozusagen blind für neue Probleme:

1. Es ist zu kurz gesehen, **Politische Bildung** nur als **Zeitgeschichte der Ersten Republik auf Bundesebene** zu fassen, wie es jetzt häufig als große Lösung propagiert und praktiziert wird. Das ist einfach zu wenig. Zeitgeschichte müßte einmal auch auf die **Länder**, dann etwa auch auf die **Zweite Republik** ausgedehnt werden. Juristen im 3. Studienabschnitt kennen Reinhard Kamitz nicht mehr, die **Zweite Republik** ist für viele nur ganz grobmaschig personalisiert durch ein paar Namen (Figl, Raab, Schärf und Kreisky).
2. Historische Betrachtung muß **Tiefenschärfe** haben, muß auch in ältere Perioden, selbstverständlich auch ältere revolutionäre Perioden (wie die amerikanische, französische und russische Revolution) zurückreichen.
3. Dem Defizit an Bundesländerwissen korrespondiert ein ebenso bedauerliches Defizit an Kenntnis **ausländischer** Entwicklungen, auch innerhalb der Parteienforschung. Wir machen Otto Bauer, Max Adler etc. rauf und runter. Aber wie wenig wissen wir, welche Entwicklungen es im ausländischen Sozialismus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gegeben hat.
4. In der **ÖVP** wird mit dem Wechsel der Parteiobermänner immer gleich ein Stück Geschichte abgelegt. Umso begrüßenswerter der mit diesem Seminar erfolgte Anlauf.
5. Für den Lehrer, der **Politische Bildung** macht, liegt eine große **Versuchung** darin, bloß **Ideologiegeschichte** mit **Ereignisgeschichte** zu kombinieren, nicht zuletzt deshalb, weil er hierfür noch am leichtesten Material auftreiben kann. Wir müssen jedoch auch das schwierige Geschäft (beschwerliche Materialsuche) auf uns nehmen, auch **Sozialstruktur und Organisationsformen, Parteitheorie und Herrschaftspraxis** zu bearbeiten.
6. Noch im Halbdunkel ahnenden Vortastens liegen die Probleme der **politischen Kultur**, die in komplizierte interdisziplinäre Fragen (Sozialpsychologie, Soziolinguistik etc.) münden, wobei sich immer deutlicher die Wichtigkeit der **Sprache** in der Politik abzeichnet.

EIN BEKENNTNIS ZUR IMMER- WÄHRENDEN NEUTRALITÄT



EIN BEKENNTNIS ZUR IMMERWÄHRENDEN NEUTRALITÄT

Immerwährende Neutralität — das mag manchen als Widerspruch dazu erscheinen, daß doch im Leben des Menschen, in der Politik, im Leben der Völker, immer alles in Fluß und das Ständige eigentlich die Veränderung ist. So scheint es. Im Zusammenleben der Völker wie im privaten Leben muß es aber gewisse Fixpunkte geben, ohne die jede Art von Zusammenleben unmöglich wäre.

Für Österreich ist ein wesentlicher Fixpunkt seiner staatlichen Existenz die immerwährende Neutralität. Nun ist es 25 Jahre her, daß der Nationalrat das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität Österreichs verabschiedet hat. Ein Vierteljahrhundert in der Geschichte eines Volkes bietet genügend Anlaß, Rückschau zu halten, ob sich eine politische Grundlinie bewährt hat, und Ausschau zu halten, ob die Grundsatzposition, die man einmal angenommen hat, auch für die Zukunft richtig ist, für eine Zukunft in einer sich stetig ändernden Welt.

62 1980 ist ein Jahr voller bedeutender Gedenktage: 25 Jahre seit der Unterzeichnung des Staatsvertrages, 25 Jahre Neutralitätsgesetz, 60 Jahre Bundesverfassung. Aus all diesen Anlässen gab es Gedenkfeiern, es wurden aber auch wertvolle Forschungsarbeiten über die Geschichte des Staatsvertrages und die Entstehungsgeschichte der Neutralität vorgelegt. Alles Grundlagen für eine außerordentlich wertvolle Diskussion über Sinn und Inhalt der Neutralität sowie über Rechte und Pflichten eines immerwährend neutralen Staates im Herzen Europas an der Schnittlinie zweier Paktsysteme und zweier Gesellschaftsordnungen. In diesen Diskussionen wurde auch über den Unterschied zwischen Neutralität, Neutralismus, Blockfreiheit, völkerrechtlich fundierter Neutralität und weltanschaulicher Neutralität erörtert.

Die Entstehungsgeschichte der Neutralität ist deshalb wichtig, weil sie allein schon klare Auskunft darüber gibt, warum sich Österreich dazu entschlossen hat.

Um es vorwegzunehmen: Österreich hat die Neutralität weder unter Zwang beschlossen noch ist es in die immerwährende Neutralität „hineingeschlittert“. Das Neutralitätsgesetz ist in Anbetracht der geschichtlichen und geopolitischen Situation im Europa dieses Jahrhunderts zustande

gekommen. Jede echte politische Entscheidung muß auf vorhandenen Gegebenheiten aufbauen. Dies gilt auch für den Neutralitätsbeschuß. Es ist eine brotlose Kunst, darüber zu rechten, ob es ein immerwährend neutrales Österreich auch dann gäbe, wenn dieses Österreich etwa zwischen Kanada und den USA oder etwa zwischen der Mongolei und der UdSSR angesiedelt wäre. 25 Jahre Neutralität haben aber bereits gezeigt, daß die Neutralität die richtige Grundlage für die österreichische Position in Mitteleuropa ist.

Und um noch einen Irrtum auszuräumen, sei klargestellt, daß die Neutralität keine Vorbedingung für den Abschluß des Staatsvertrages war; Österreich hat diese Neutralität selbst gewollt, sie wurde uns weder vom Westen noch vom Osten als Bedingung zur Erlangung der endgültigen Freiheit eingeordnet. Bei den entscheidenden Staatsvertragsgesprächen im April 1955 in Moskau ging es der Sowjetunion darum, zu erfahren, welche Politik Österreich nach allfälliger Erlangung der vollen Freiheit einschlagen würde. Da brachte die Erklärung Bundeskanzler Raabs, Österreich wolle in Zukunft eine Neutralität wie die Schweiz wahren, wolle allerdings ein entsprechendes Verfassungsgesetz erst nach Abzug des letzten Besatzungssoldaten beschließen, jene Klarheit, die den Sowjets die Überzeugung gab, Österreich werde damit ein stabiler Faktor in Mitteleuropa sein. Diese Erklärung Raabs — die bekanntlich erfolgte, trotzdem die sozialistischen Mitglieder der Regierungsdelegation noch am Vorabend erkennen ließen, sie würden die Delegation verlassen, sollte das Wort Neutralität ausgesprochen werden — war lediglich der Endpunkt eines langen politischen Ringens um die Neutralität innerhalb Österreichs.

Schon 1949 hat der damalige Bundeskanzler Leopold Figl öffentlich erklärt, Österreich beabsichtige nicht, militärischen Blöcken und Zusammenschlüssen anderer Mächte beizutreten. Außenminister Gruber erklärte 1952 im Parlament, daß für Österreich eine Politik der Neutralität aus verschiedenen sachlichen und politischen Gründen erstrebenswert sei.

Die entscheidende Rolle um die tatsächliche Durchsetzung des Status der Neutralität für Österreich kommt

aber ohne Zweifel Bundeskanzler Raab zu.

Als ich im Herbst 1953 meine Arbeit als Sekretär von Bundeskanzler Raab begann, sagte er mir unter anderem, es sei seine feste Absicht, für Österreich den Status der immerwährenden Neutralität zu erreichen, einer Neutralität nach Schweizer Muster. Nur so könne Österreich eine echte Funktion in der Mitte Europas zu seinem eigenen Nutzen, aber auch zum Nutzen seiner Nachbarn und ganz Mitteleuropas erfüllen. Ein Geburtsfehler der Ersten Republik sei es gewesen, daß Österreich damals keinen festen außenpolitischen Standort und auch keine echte Rolle in der Mitte Europas hatte.

„Neutral wie die Schweiz“ sollte klarstellen, daß wir eine völkerrechtlich fundierte Neutralität anstreben zum Unterschied zu dem in den fünfziger Jahren in Mode gekommenen Neutralismus, wie er etwa von Nasser in Ägypten, Sukarno in Indonesien und Nehru in Indien praktiziert wurde. Es war aber auch die klare Aussage über die künftige Politik Österreichs nach der endgültigen Befreiung, über die politischen Leitlinien der österreichischen Außenpolitik für die Zukunft. West und Ost sollten stets die österreichische Haltung klar voraussehen können: völkerrechtlich neutral, seiner weltanschaulichen Gesinnung und seinem gesellschaftlichen System nach den westlichen, pluralistischen, demokratischen Gesellschaftsordnungen verpflichtet.

Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre war es aber in Österreich gar nicht so selbstverständlich, für eine österreichische Neutralität einzutreten. Bis in die entscheidenden Stunden der Moskauer Verhandlungen im April 1955 ist die sozialistische Partei gegen die Neutralität aufgetreten. In der Arbeiter-Zeitung wurde damals Raab „der Neutralität verdächtig“, als im Juni 1953 Außenminister Gruber am Bürgerstock in der Schweiz Ministerpräsident Nehru traf.

Wir müssen heute auch klar erkennen, daß es für West und Ost ein machtpolitisches Risiko bedeutet hat, die österreichische Neutralität zur Kenntnis zu nehmen. Sicherlich gab es in West und Ost im Jahre 1955 noch große Bedenken, ob Österreich auf die Dauer willens und in der Lage war, seinen neutralen Status korrekt

aufrechtzuerhalten. Das Vertrauen in die damaligen österreichischen Staatsmänner erleichterte sicherlich die Haltung der Alliierten. Die Geschichte der letzten 25 Jahre hat bewiesen, daß Österreich sehr wohl ohne äußeren Zwang, aus sich selbst heraus, in politischer Eigenverantwortung in der Lage ist, seinen Pflichten nachzukommen. Die politische Bedeutung der Neutralität liegt vor allem auch darin, daß unser Status nicht etwa nur uns Vorteile bringt, sondern daß er für die gesamte mitteleuropäische Region ein unersetzliches Element der Sicherheit und Stabilität ist. Wir haben damit eine historische Funktion in unserer politischen Umwelt erlangt und erfüllen sie auch; ohne sie ist die Existenz eines Staates und Volkes nicht möglich.

Die Unabhängigkeit Österreichs und die endgültige Freiheit wurden nur möglich, nachdem sich in der Welt, aber besonders in Europa ein bestimmtes Gleichgewicht der Kräfte eingependelt hatte. Heute ist das immerwährend neutrale Österreich ein unersetzliches Element dieses Gleichgewichtes der Kräfte, an dessen Aufrechterhaltung wir ein existenzielles Interesse haben.

Die immerwährende Neutralität hat neutralitätsrechtliche und neutralitätspolitische Aspekte.

Die innerösterreichische Rechtsgrundlage der immerwährenden Neutralität ist das BVG vom 26. Oktober 1955. Der Beschluß über diesen Status Österreichs wurde der Staatengemeinschaft mitgeteilt, die überwiegende Mehrheit der Staaten anerkannte die Neutralität bzw. nahm sie zur Kenntnis. Mit der Notifizierung des Inhaltes des Gesetzes wurde ein internationaler Rechtszustand geschaffen.

Um einem weitverbreiteten Irrtum entgegenzutreten, sei festgestellt, daß die österreichische Neutralität von keinem Staat „garantiert“ wurde. Österreich hat nie eine „Garantie“ gewünscht, denn eine solche könnte immer die Möglichkeit in sich bergen, daß irgendwer außerhalb Österreichs eine Gefährdung unserer Neutralität auch gegen unseren Willen feststellt und auf Grund eines Garantievertrages eingreift oder „brüderliche Hilfe“ leisten möchte. Mit dem Bekenntnis zur dauernden Neutralität hat es Österreich übernommen, die sich aus diesem Status ergebenden völkerrechtlichen Pflichten zu erfüllen. Es handelt sich hier also nicht um eine gelegentliche politische Gratwanderung zwischen den Blöcken, sondern um ein völkerrechtlich klar umschriebenes rechtliches und politisches Verhalten eines Staates.

Man kann dieses Verhalten vereinfachend so umschreiben, daß der

dauernd neutrale Staat bereits im Frieden alles tun muß, um seine aus der Neutralität entstehenden Verpflichtungen auch in einer Krisen- oder Konfliktsituation erfüllen zu können, und alles zu unterlassen hat, was ihre Erfüllung unmöglich machen würde. Ein immerwährend neutraler Staat hat allerdings auch die Pflicht, schon im Frieden alles zu unternehmen, um seine Neutralität bzw. die Unabhängigkeit und Integrität seines Staatsgebietes zu verteidigen zu können.

Mit der Schaffung des Bundesheeres 1955 hat Österreich einen entscheidenden Schritt zur Erfüllung dieser Pflicht gesetzt. Der Verteidigungsauftrag ist mit der 1975 beschlossenen Wehrdoktrin, die die Bundesregierung auffordert, die Landesverteidigung umfassend zu gestalten, spezifiziert worden. Die Durchführung dieses Auftrages läßt allerdings noch sehr zu wünschen übrig.

Will Österreich seinen Verpflichtungen in einer unruhigen Welt als immerwährend neutraler Staat im Herzen Mitteleuropas gegenüber der eigenen Bevölkerung und der Welt nachkommen, muß es alle Anstrengungen unternehmen, kein militärisches Vakuum entstehen zu lassen. Um seine Rolle zu verwirklichen, muß es eine Sicherheitspolitik verfolgen, die außenpolitisch zwar der Entspannung dient, verteidigungspolitisch aber jede Anstrengung unternimmt — und dies auch nach außen sichtbar machen —, sich im Ernstfall nicht nur verteidigen zu wollen, sondern es auch zu können.

Aus der geographischen Lage unseres Landes ergibt sich, daß allfällige Bedrohungen in sehr vielfältiger Hinsicht auf uns zukommen können; eine umfassende Landesverteidigung ist daher unerlässlich. Vor allem gehört dazu ein qualitativ und quantitativ zweckmäßig ausgerüstetes Heer, dem man auch genügend Zeit lassen muß, die Mannschaftsbestände effektiv ausbilden zu können. Da heute in Krisenzeiten auch die Lösung der wirtschaftlichen Probleme eine Rolle spielt, ist im Rahmen einer umfassenden Landesverteidigung auf wirtschaftlichem Gebiet entsprechende Vorsorge zu treffen. Das gleiche trifft für die Organisation eines zweckmäßigen Zivilschutzes zu. Über allem muß aber der Wille zur Selbstverteidigung und zur Erhaltung der eigenen Werte stehen. Für den Neutralen gilt die völkerrechtliche Pflicht, seine Souveränität mit allen Mitteln zu wahren.

Die Neutralitätspolitik verschiedener neutraler Staaten kann durchaus Nuancierungen haben. Österreich hat sich zu einer Neutralität „nach Schweizer Muster“ bekannt, dies hatte im Jahre 1955 vor allem den Zweck, die völkerrechtliche und

weltanschauliche Position möglichst deutlich zu umreißen. Es war nie daran gedacht, sklavisch alle politischen Schritte der Schweiz nachzuvollziehen.

So sind wir z. B. schon 1955 den VN beigetreten, die Schweiz gehört ihnen heute noch nicht an. Österreich ist 1956 dem Europarat beigetreten, die Eidgenossenschaft sieben Jahre später. Mit der Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen hat Österreich keine Einschränkung seiner Souveränität und Handlungsfreiheit in Kauf genommen, weil es sich an Sanktionsbeschlüssen des Sicherheitsrates nicht beteiligen muß. Bisher hat Österreich, immer wenn es sich den Sanktionsbeschlüssen des Sicherheitsrates angeschlossen hat, einen Neutralitätsvorbehalt geltend gemacht. Das heißt, es hat solche Maßnahmen immer als eigene souveräne Entscheidung verstanden. Der Sicherheitsrat kann in seiner Funktion zur Erhaltung des Weltfriedens selbstverständlich immer auf die Mitarbeit Österreichs rechnen. Österreich muß seine Rolle darin sehen, bei der Lösung von Konflikten und bei der Friedensfindung mitzuwirken, sei es nun im Rahmen der Vereinten Nationen oder bilateral. Allerdings soll sich auch ein neutraler Staat niemals als Vermittler aufdrängen, aber immer dort bereit sein, gute Dienste zu leisten, wo dies von beiden

Konfliktparteien als hilfreich angesehen wird. Ein neutraler Staat kann die Bedeutung seiner Neutralität für die Staatenwelt dadurch klar sichtbar machen, daß er den Nutzen, den sie für eben diese Staatenwelt darstellt, erhält und erhöht. Seine guten Dienste liegen nicht nur in der Übernahme von Vermittlungsaufgaben, sondern auch in Schutzmachtfunktionen oder Waffenstillstandsüberwachungen, wie dies z. B. bei den österreichischen UN-Truppen in Zypern und im Nahen Osten der Fall ist. Der Beitritt Österreichs zum Europarat war im Jahre 1956 eine bedeutende politische Geste zur Manifestierung unserer Zugehörigkeit zum freien Europa, neutralitätsrechtlich aber völlig unbedenklich. Der Europarat hat insbesondere auf dem Gebiet der Menschenrechte und auf vielen Gebieten der praktischen Zusammenarbeit in Europa eine geschichtliche Bedeutung erlangt. Heute ist der Europarat für einen neutralen Staat das wichtigste Forum europäischer Zusammenarbeit, das alle Staaten des freien Europas umfaßt.

Von den ersten Tagen unseres neutralen Status an war es unerlässlich, aller Welt unsere weltanschauliche Position ganz klar zu machen. Es war die feste Überzeugung von Staatsmännern wie Julius Raab und Leopold Figl, daß nur so das

Vertrauen in unsere politische Verlässlichkeit aufgebaut werden konnte. Die Grundlage war die Überlegung, daß das Neutralitätsrecht den Staat, aber nicht den einzelnen Bürger bindet. Und schon gar nicht den Staatsbürger zu einer gewissen Gesinnung oder Weltanschauung verpflichtet. Es war für Österreich auch wichtig darzutun, daß es seiner Gesellschaftsordnung nach dem Westen Europas angehört. Die Frage, wie ernst wir es mit diesen politischen Absichten nehmen, wurde erstmals während des Ungarn-Aufstandes 1956 deutlich unter Beweis gestellt. Eine völkerrechtlich korrekte Haltung war von einem tatkräftigen Eintreten für die Freiheit des Menschen begleitet. Diese Politik war nicht ohne große Schwierigkeiten durchzuhalten, hat aber entscheidend zum Ansehen Österreichs als neutraler Staat beigetragen.

Auch die zweite große Bewährungsprobe, nämlich die österreichische Haltung während der CSSR-Krise 1968, wurde hervorragend bestanden. Österreich ging damals bis an die Grenze des Möglichen, um verfolgten Menschen zu helfen, und zeigte aller Welt unübersehbar, daß Österreich weit von jedem Opportunismus und jeder Gesinnungsneutralität entfernt ist.

64 Neue Probleme für das Neutralitätsrecht und für unsere Neutralitätspolitik brachte die Europäische Integration mit sich. Da die Verträge von Rom — die Gründungsurkunde der EWG — internationale Institutionen vorsehen, die eine Abgabe souveräner Rechte der Mitglieder an die internationalen Gremien verlangen, kann ein neutraler Staat nicht Mitglied der Gemeinschaft sein. Unsere wirtschaftliche Situation würde es nicht nur möglich machen, sondern sogar wünschenswert erscheinen lassen, der Gemeinschaft beizutreten. Es war daher zu überlegen, wie das Verhältnis zur Wirtschaftsgemeinschaft möglichst eng, aber neutralitätsrechtlich korrekt gestaltet werden könne. Fast zwei Jahrzehnte waren notwendig, um eine einigermaßen befriedigende Lösung in Form eines speziellen Vertrages für unser Verhältnis zur Gemeinschaft zu finden. Auf diesem schwierigen Weg waren wir allerdings nicht allein, die neutrale Schweiz und Schweden versuchten gemeinsam mit uns völkerrechtlich mögliche, wirtschaftlich und politisch tragbare Lösungen zu finden. Diese Gemeinsamkeit war deshalb von besonderer Bedeutung, weil dadurch klargestellt wurde, daß nicht österreichische Sonderinteressen, sondern ausschließlich neutralitätsrechtliche Überlegungen ausschlaggebend waren.

Auch für die weitere Entwicklung unseres Verhältnisses zur Europäischen Gemeinschaft sind die Grundsätze, die bisher vertreten wurden, ausschlaggebend: Wir sind durchaus an einer gedeihlichen Entwicklung der Gemeinschaft ebenso interessiert wie an der Verbesserung ihrer inneren Struktur. Wir sind aber nicht daran interessiert, daß der Begriff Europa nur die Länder der EG umfaßt.

In Kreisen mancher begeisterter Europäer wird die Hoffnung genährt, daß der innere Zusammenhalt der Gemeinschaft immer lockerer werde, und da komme dann unweigerlich der Punkt, wo Österreich vielleicht doch Mitglied der Gemeinschaft werden könnte. Ich halte dies für eine Fehleinschätzung der Entwicklung der Gemeinschaft auf lange Sicht und für eine Fehleinschätzung der wahren österreichischen Interessenslage. Wir leisten dem gesamten Europa einen schlechten Dienst, wenn wir auch nur eine Handbreit von unserer neutralen Position abgehen.

Es muß in der Zukunft für uns eine entscheidende außenpolitische Aufgabe sein, die noch offenen, für unsere Wirtschaft unerlässlichen Regelungen mit der Gemeinschaft politisch vorzubereiten und anzustreben. Es darf nicht übersehen werden, daß Österreich z. B. die Hauptlast des Warentransits von West nach Ost und von Nord nach Süd tragen muß. Das ist zweifellos eine Leistung, die für ganz Europa, gerade aber auch für die EG erbracht wird. Österreich ist überdies für die meisten EG-Staaten ein nur schwer ersetzbarer Wirtschaftspartner. Die politische, wirtschaftliche und die geographische Position Österreichs ist für die EG ein Wert, der von ihr nicht übersehen werden kann.

Damit Österreich in der Mitte Europas seine Funktion für die Erhaltung des Kräftegleichgewichtes voll ausüben kann, ist nicht zuletzt eine gesunde Wirtschaft notwendig, um in Krisenzeiten nicht in lebensbedrohende Abhängigkeiten zu geraten. So kann es z. B. auch eine leistungsfähige Landwirtschaft als Teil einer gesunden Wirtschaft nur geben, wenn die traditionellen Absatzmärkte gesichert sind. Und diese liegen nun einmal vor allem im EG-Raum.

Die Tätigkeit in internationalen Organisationen und Konferenzen stellt einen neutralen Staat laufend vor neue Probleme. In diesem Rahmen wird immer wieder auch vom neutralen Staat eine klare Parteinahme für oder gegen die Wünsche eines Landes oder gar für oder gegen ein Land selbst erwartet. Das Votum eines Neutralen ist in internationalen Konferenzen deshalb besonders ge-

sucht, weil ihm ja zu Recht der Hauch von echter Unabhängigkeit anhaften soll.

Dies bringt die Gefahr mit sich, daß bei der Vertretung der selbstverständlichen Interessen den Neutralen von anderen Staaten eine ungebührliche Parteinahme vermutet wird. Man muß aber in Sachfragen, die in internationalen Organisationen diskutiert werden, sehr wohl unterscheiden, ob neutralitätsrechtliche oder -politische Aspekte im Vordergrund der Entscheidungen stehen müssen und wann dies ganz einfach nicht der Fall sein kann und darf. In Fragen der internationalen Zusammenarbeit, in Fragen der Friedenspolitik, den Versuchen der Konfliktlösung oder der Entspannungspolitik hat natürlich der Neutralitätsaspekt eine hohe Bedeutung.

So haben z. B. bei der Europäischen Sicherheitskonferenz die neutralen Staaten eine wichtige Rolle gespielt. Nicht nur ihre Bemühungen, allgemein akzeptierbare Lösungen zu finden und sie durchzusetzen, waren von großer Bedeutung, wichtig war vor allem, daß die neutralen Staaten einen sehr klaren und hohen Maßstab in Grundsatzfragen vertreten haben. Nur schwer konnte Ost oder West diese Linie übersehen. Für das neutrale Österreich war der Beschluß, tatkräftig an der KSZE mitzuarbeiten, deshalb möglich, weil diese Konferenz unter Gleichen stattfindet und jeder Staat gleiche Rechte und gleiche Stimme hat. Dadurch war die Gewähr gegeben, daß kleinere und neutrale Staaten nicht Opfer einer Konferenzstrategie der Militärblöcke wurden.

Gerade bei der Sicherheitskonferenz gab es eine nützliche Zusammenarbeit zwischen den Neutralen und den europäischen Blockfreien. Es war dies auch ein Musterbeispiel dafür, daß sich neutrale Staaten und blockfreie Staaten ergänzen können. In den letzten Monaten hat es in Österreich eine ausführliche Diskussion über die Frage Blockfreiheit und Neutralität gegeben.

Nun sind hier einige Klarstellungen nötig. Blockfreie sind keine schlechteren Neutralen, sie sind etwas wesentlich anderes.

Im Gegensatz zur völkerrechtlich fundierten, österreichischen Neutralität, die uns zur Beachtung gewisser rechtlicher Normen verpflichtet und Verlässlichkeit, Rechtschaffenheit und Grundsatztreue in unserer Außenpolitik erfordert, sind blockfreie Staaten an keine speziellen Regeln des Völkerrechtes gebunden. Der Status der Blockfreiheit ist im wesentlichen politischer Natur und gründet sich auf unverbindliche Deklarationen meist als Ergebnis von Staatenkonferenzen. Der Inhalt der Blockfreien-Politik ist durch keiner-

lei rechtliche Normen vorgegeben. Es bestehen für einen blockfreien Staat keinerlei rechtliche Beschränkungen betreffend den Beitritt zu politischen oder wirtschaftlichen Zusammenschlüssen. So ist Kuba z. B. Mitglied des COMECON. Auch der Abschluß bilateraler Verträge, die manchmal sogar militärischen Charakter haben, ist dem Blockfreien nicht versagt, ebensowenig wie die Einräumung von Stützpunktrechten.

Die Haltung vieler blockfreier Staaten erklärt sich aus ihrer Entstehungsgeschichte. Die meisten dieser Staaten haben das Erbe der Befreiungsbewegungen gegen den Kolonialismus übernommen und einen eigenen Weg zwischen den Konflikten der Großmächte gesucht. Die Kernländer der Blockfreien glaubten zeitweise die Weltpolitik als dritte Kraft mitentscheiden zu können. Meist stellten sie sich in der Vergangenheit gegen die Politik des Westens. Gerade die sich so oft verändernden Mehrheiten in dieser bunt zusammengewürfelten Staatengruppe, der ständige Versuch, in verschiedenen Konflikten Partei zu ergreifen, oft einseitige Waffenhilfe zu fordern, bewaffnete Befreiungsbewegungen zu unterstützen, machen es klar, warum ein neutraler Staat sich unter keinen Umständen ganz allgemein mit einer Blockfreien-Politik identifizieren kann und darf.

Auch innerhalb der Blockfreien gibt es radikale und gemäßigte Gruppen, allerdings ändert sich deren Zusammensetzung je nach dem jeweiligen Problem. Nicht nur Neutrale, sondern auch manche Blockfreie haben eine echte, unersetzliche Funktion in der Staatenwelt. Sie ist sicherlich eine andere als die des Neutralen. So hat etwa Jugoslawien durch seine führende Rolle innerhalb der Blockfreien-Bewegung seine unabhängige Existenz wesentlich gefördert, aber auch eine Aufgabe in der Weltpolitik erfüllt. Die Blockfreien-Politik Jugoslawiens ist ein wichtiger Faktor für das europäische Gleichgewicht und damit für den Frieden Europas. Das neutrale Österreich hingegen hat eine ganz andere Funktion, und die kann es nur erfüllen, wenn es sich strikte an die völkerrechtliche Norm der immerwährenden Neutralität hält. Jedes andere Verhalten bringt das nur mühsam aufrechterhaltene Gleichgewicht der Kräfte in Europa und in der Welt ins Wanken.

Das Verhältnis Österreichs zu den Blockfreien soll ein durchaus gutes sein; so ist z. B. die Teilnahme Österreichs als Beobachter an Blockfreien-Konferenzen zweckmäßig, weil damit eine ausführliche Information über Absichten, Tendenzen und Gruppierungen innerhalb der Blockfreien-Bewegung möglich ist.

Auf diese Weise läßt sich auch leichter beurteilen, auf welchem Gebiet es gemeinsam zu vertretenden Anliegen gibt.

Wie alle Industriestaaten ist auch das neutrale Österreich mit der Nord-Süd-Problematik konfrontiert. Es muß aber von allem Anfang an klargestellt werden, daß es sich hierbei weder um ein neutralitätsrechtliches noch um ein neutralitätspolitisches Problem handelt.

Die internationale Auseinandersetzung zum Nord-Süd-Problem, d. h. das Spannungsverhältnis zwischen industrialisiertem Norden und unterentwickeltem Süden, entstand parallel zur Entkolonisierung in der Nachkriegszeit. Hilfsaktionen, die bis dahin von den Kolonialmächten in den Süden flossen, mußten nun zwischen den alten und den neuen Staaten abgewickelt werden. Um diesen Staaten auch die Überlebensfähigkeit zu sichern, entstand die Notwendigkeit der Entwicklungshilfe, zu Beginn nur auf bilateraler Ebene vom Geber- zum Empfängerstaat. Die Vereinten Nationen, deren Satzung auch die Förderung sozialer und wirtschaftlicher Beziehungen vorsieht, haben sich dieses Problemkreises angenommen, um die nötige Bewußtseinsbildung zu fördern und durch gemeinsame Planung und Hilfeleistung nutzbringend zu handeln. Im Laufe der Zeit wandelten sich die Begriffe von Entwicklungshilfe über Entwicklungszusammenarbeit zur Forderung nach der sogenannten neuen Weltwirtschaftsordnung, die von den neuen Staaten im Bewußtsein ihrer zahlenmäßigen Stärke innerhalb der Vereinten Nationen gestellt wurde.

Im Nord-Süd-Konflikt, in der Auseinandersetzung um eine neue Internationale Wirtschaftsordnung, geht es um einen Prozeß, in dem das internationale System in seiner Gesamtheit betroffen ist. Es geht um humanitäre, politische und wirtschaftliche Fragen, in denen es keine Neutralität geben kann. Die Funktion unserer Neutralität darf hier nicht eine opportunistische, immer nur „vermittelnde“ Haltung sein, die uns nur kurzfristig optisch politische Erfolge bringt und unter Umständen unser eigenes wirtschaftliches System schädigen kann. Vor allem dürfen wir nicht durch ein opportunistisches Stimmverhalten falsche Hoffnungen bei jenen erwecken, die nicht Worte, sondern tätige Hilfe zum Überleben brauchen.

Die Vertretung eines neutralistischen Standpunktes wäre gefährlich, weil eine Mehrheit, die im Nord-Süd-Konflikt dirigistische Maßnahmen fordert, gestärkt würde. Dirigismus führt aber zu wirtschaftlichen Abhängigkeiten, die im Extremfall für unsere Neutralität doch von Bedeu-

tung sind. Im Nord-Süd-Konflikt müssen wir daher die eigene Position vertreten — nämlich primär die Lösung der humanitären Probleme durch konkrete Maßnahmen im kleinen, kontrollierbaren Rahmen durch Hilfe an Partner, die man kennt, die eine ähnliche Weltanschauung vertreten und denen man Hilfe zur Selbsthilfe und nicht endlose Strukturdiskussionen in multilateralen Organisationen bietet.

Wenn sich auch in der Welt neben den Machtzentren in Ost und West neue Kräftegruppierungen gebildet haben, so bleibt für uns der Ausbau und die freundschaftliche Gestaltung des Verhältnisses zu den für den europäischen Raum maßgebenden Großmächten besonders wichtig. Dabei müssen wir alles tun, um die Entspannung zwischen Ost und West zu fördern. Allerdings kann man Entspannung nicht einfach beschließen, sie ist immer erst das Produkt einer bestimmten politischen Verhaltensweise aller Betroffenen. Das Beispiel der sowjetischen Invasion in Afghanistan zeigt, daß die europäische Entspannungspolitik auch dann in Schwierigkeiten kommt und unglaublich wird, wenn eine Macht die Grundsätze der Entspannung außerhalb des europäischen Raumes mißachtet. Staaten wie Österreich, die über keine großen Machtmittel verfügen, sind darauf angewiesen, daß in der internationalen Politik gewisse Grundsätze und Verhaltensweisen eingehalten werden.

35 Jahre nach Kriegsende können wir mit Befriedigung feststellen, daß unsere heutigen guten Beziehungen zu allen unseren Nachbarländern, trotz der Schwierigkeiten, die bestanden haben, ein wesentliches Element der europäischen Entspannung darstellen. Gerade diese Beziehungen zu den Nachbarn lassen den Wert unserer Neutralität für den mitteleuropäischen Raum praktisch sichtbar werden.

In den letzten 25 Jahren wurde häufig darüber diskutiert, ob unsere Neutralität eine militärische sei. Ich bin der Meinung, daß jede Hinzufügung zum Begriff der immerwährenden Neutralität nicht zusätzliche Klarheiten schafft. Haben wir es doch erlebt, daß z. B. der Begriff „militärisch“, der etwa im letzten Jahrhundert rein auf Heer und Marine anwendbar war, in unseren Tagen schon beinahe die gesamten Gebiete von Militär, Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung umfaßt. Bleiben wir also dabei, uns strikte an die völkerrechtlichen Bestimmungen zu halten, die das Verfassungsgesetz verlangt, bleiben wir dabei, dem Sinn zu folgen, den die österreichischen Staatsmänner des Jahres 1955 der Neutralitätspolitik gegeben haben.

ÖSTERREICHS SOUVERÄNITÄT UND NEUTRALITÄT IN DER INTERNATIONALEN POLITIK

Zur Lehrzielbestimmung und Didaktik „Politischer Bildung“

Politische Bildung bedeutet mehr als Faktstudium und heißt, mit Lawrence Kohlberg zu sprechen: „Erziehung zu analytischem Denken, zu prinzipiellen Werten und zum Engagement... Staatsbürgerliche oder politische Erziehung heißt die Entwicklung zu fortgeschrittenen Denkstilen über politisches und soziales Entscheiden und Handeln.“

Die Entwicklung fortgeschrittener Denkstile über politisches und soziales Entscheiden und Handeln verlangt heute mehr denn je nach Erweiterung des Bildungshorizontes um internationale Dimensionen politischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen, aber ebenso sehr nach einer Vertiefung der Erfahrung (und Selbsterfahrung) politischer Relevanz. Letzteres verlangt nach einem besonderen Unterrichtsstil. Im folgenden sollen einige Überlegungen zu politischer Bildung durch „kooperatives Lernen“ und, davon ausgehend, zum inhaltlichen Lehr- und Lernpotential der Frage nach der internationalen Stellung Österreichs angestellt werden.

1. Das Prinzip eines kooperativen Unterrichts: Widerspruchsvielfalt – Erziehung zu Friede und Demokratie durch aktives und kreatives Lernen.

„Politische Bildung“ hat die „Sinnprämissen des sozialen Verkehrs“ zum Gegenstand und sollte ebenso wie auf Enttabuisierung auch auf Anerkennung freigewählter Lebensanschauungen abstellen.

Im Zuge von politischer Bildung sollte der Basiswert einer pluralistischen Gesellschaftsordnung in Gestalt einer im Gespräch realisierten Widerspruchsvielfalt im Unterricht erfahrbar gemacht werden. „Politische Bildung“ verlangt daher nach einer auf diesen Zweck hin orientierten Denkarbeit. Sie erfordert einen wohlorganisierten kooperativen Unterrichtsstil, in dem zu einem aktiven und kreativen Lernen angehalten wird und in welchem der Schüler die für ihn persönlich relevanten Fragen einbringen darf und von seinem Standpunkt aus begründete Antworten zur Diskussion stellen soll. Der

Lehrvorgang ist dabei so zu gestalten, daß die Schüler oder Studenten anhand ihnen zur Verfügung gestellter Materialien den eigentlichen Unterrichtsstoff selbst erarbeiten. Aktives Lernen bedeutet, daß der Schüler sich zumindest Teile des Lehrstoffes selbst erarbeitet und dabei nur insoweit angeleitet wird, als durch Materialauswahl ein vorgegebenes Frageschema die kooperative Denkarbeit des Dialogs zwischen Lehrer und Schülern eine Vorstrukturierung erfährt. Gerade darin kann aber eine Belastung von politischem Unterricht angelegt werden, unter welcher das Unternehmen vorzeitig zusammenbrechen oder zumindest eine Verweigerungshaltung einzelner Teilnehmer provoziert oder gefördert werden kann.

In einem streng materialbezogenen und weniger dogmatischen Unterrichtsstil soll daher stets Einsicht in den Ausschnittcharakter der zur Verfügung gestellten Materialien – gerade auch angesichts grundsätzlicher Fragestellungen – betont und ein Bewußtsein davon erzeugt werden, daß alle Aussagen nur eine auf das Material bezogene relative Geltung beanspruchen können, einmal ganz abgesehen von jener Relativität, die aus der subjektiven Vorstrukturierung aller Wahrnehmung im sozialen Kontext resultiert. Das Bewußtsein von der Relativität der eigenen Aussage und der Aussagen der Gesprächspartner sowie der Umstand, daß in einer sog. Open-ended-Erörterung kein endgültiges Ergebnis der Diskussion gesucht wird, wird jene Entspannung im Unterrichtsgespräch entstehen lassen, in der der Frage des Diskussionsstils mindestens Gleichwertigkeit neben der inhaltlichen Aussage beigemessen werden kann.

Es handelt sich hier immer wieder um den Umgang mit „prekären“ Wissen und mit Materialien, deren Sinnendutung in aller Regel einen beachtlichen Rest von Fragwürdigkeit offen läßt. Dieser in der Sache gelegene Umstand verlangt ebenso wie das Gebot des Respektes vor der Meinung und dem Werturteil des

anderen die Öffnung des Gesprächs für eine Meinungsvielfalt. Das Gespräch ist dabei so zu gestalten, daß von Anfang an Raum für alternative Klassifikation und Deutung von Sachverhalten sowie für Vielfalt und Variation in der Gewinnung eines persönlichen politischen Urteils gegeben ist. Daher ist der Unterricht in Gestalt einer „Open ended“-Diskussion so durchzuführen, daß es am Ende weder „Sieger“ noch „Besiegte“ gibt. Dies ist die entscheidende Voraussetzung dafür, die auch andernorts geforderte „Friedenserziehung“ an der Basis zu leisten. Einer unproduktiven Verunsicherung wäre durch eine schriftliche Fixierung der jeweils erarbeiteten inhaltlichen Alternativen vorzubeugen.

Das beherrschende Moment „politische Bildung“ anhand der Frage nach der internationalen Stellung Österreichs gründet letztlich einerseits im Gespräch über die im zwischenstaatlichen Bereich gelegenen politisch-ideologischen Voraussetzungen der internen gesellschaftlichen Ordnung, in dem gleichzeitig grundsätzliche Verhaltensmuster des demokratischen Miteinanders in einer offenen Gesellschaft eingeübt werden können. Andererseits sollte politische Bildung heute Sozialisation nicht nur im nationalen Raum verfeinern und vertiefen, sondern regional und global erweitern. Das Thema „Souveränität und Neutralität Österreichs in der internationalen Politik“ weist auf eine im Fall Österreich modellhaft sichtbar gemachte Verkettung von nationaler und internationaler Politik, d.h. auf die Bedeutung der im Bereich internationaler Politik gelegenen „Sinnprämissen des sozialen Verkehrs“ schlechthin, und damit auch der spezifisch österreichischen politischen Kultur. Dabei darf wohl von einem eklatanten Defizit an „außen- (oder vielleicht besser international-) politischer Bildung“ in Österreich ausgegangen werden.

Um diesem Defizit zu begegnen, wird im folgenden von einer „Ordnungsleistung“ und Denkarbeit auf mehreren Ebenen der Aktion und Reflexion

ausgegangen werden: nämlich von der Ebene der internationalen Beziehungen, der Ebene des einzelnen Staates, der Ebene der einzelstaatlichen Gesellschaft mit ihrer jeweiligen besonderen Struktur gesellschaftlicher Kräfte und Gruppen und letztlich der Ebene des einzelnen.

Im Hinblick auf Österreichs Souveränität und Neutralität in der internationalen Politik besteht politische Bildung in der Erschließung eines um die regionale und globale Dimension der internationalen Stellung Österreichs erweiterten Sozialisationshorizontes. Neue Wissensbestände sind hierfür so aufzubereiten, daß deren Aneignung jeweils subjektives Betroffensein bewirkt und die Auseinandersetzung mit ihnen in einem dynamischen kooperativen Unterricht gleichsam von selbst zur Gewinnung eines eigenen, begründeten Standpunktes hinführt.

Vor dem Hintergrund der historisch-politischen, militärischen, wirtschaftlichen und geistig-ideologischen Ausgangslage der Neutralität ließe sich z. B. die Frage nach dem Sinn umfassender Landesverteidigung, insbesondere nach dem Sinn von militärischer Landesverteidigung und von Zivildienst, stellen. Hier gälte es, den einzelnen zutiefst berührende Fragen in einem von der subjektiven Ebene des Einzelbetrachters bis zur Ebene der internationalen Politik sich stets erweiternden Ordnungszusammenhang und unter damit stets neu hinzutretenden Gesichtspunkten zu argumentieren und dabei eine Perspektive zu gewinnen, in der der eigene Staat letztlich in einem unentrinnbaren regionalen und globalen Ordnungszusammenhang wahrgenommen, dieser aber nicht als unabänderliche Größe hingenommen wird. In der Reflexion diesbezüglich möglicher Entwicklungstendenzen ist letztlich auf einer integrierten subjektiven, gesellschaftlichen, staatlichen und internationalen Ebene stets von neuem ein persönlicher Standpunkt zu gewinnen, der sich aufgrund dergestalteter politischer Bildung von einer bloß beliebigen Stellungnahme abheben wird. Alles entscheidend ist hierbei das Schema, nach welchem „Denkarbeit“ organisiert wird.

Neben einer zumeist wohl nur vorordergründigen Gliederung von Materialien besteht eine wesentliche Komponente der Organisierung von Denkarbeit darin, daß die Erörterung der vorgegebenen Materialien anhand einer vorgegebenen Sequenz von Fragen vorherbestimmt wird. Darauf wird im folgenden näher einzugehen sein, indem vier Lehrschritte als Hauptelemente einer im obigen Sinn vorläufigen Organisierung von Denkarbeit, d.h. als Grundmuster eines Diskussionsverfahrens

zum Thema Österreichs Souveränität und Neutralität in der internationalen Politik etwas näher abgehandelt werden, nämlich:

1. Die historisch-politischen und ideologischen Grundlagen nationaler und internationaler Politik, dargestellt am Beispiel der Gründung der UNO und einzelner aktueller Hauptprobleme dieser Organisation,
2. die internationale Stellung Österreichs im geteilten Europa,
3. zwei aktuelle Problembereiche der österreichischen Außen- bzw. Neutralitätspolitik in einem europäischen Kontext (wirtschaftliche Integration und Landesverteidigung) und schließlich
4. die Entwicklungsproblematik und Abrüstungsthematik.

2. Zum Lehr- und Lernpotential der Fragestellung „Österreichs Souveränität und Neutralität in der internationalen Politik“: ein vierteiliges Unterrichtsschema

Wenn hier einem komplexen Bildungsziel auf mehreren Ebenen nachgegangen werden darf, geht es auf einer ersten Ebene um die Erschließung eines Verständnisses für globale zwischenstaatliche Zusammenhänge sowie für die historisch-politischen und vor allem auch ideologischen Grundlagen nationaler und internationaler Politik im allgemeinen unter Rückgriff auf die Gründungsgeschichte der Vereinten Nationen und deren heutige hauptsächliche Aufgaben bzw. Problemstellungen. Auf einer nächsten Ebene gelte es dann, die internationale Stellung Österreichs im regionalen, aber auch globalen Raum internationaler Politik zu veranschlagen, um dabei unter anderem die Faktoren verstehen zu lernen, von denen Österreichs Souveränität und Neutralität mittelbar oder unmittelbar betroffen werden. Daran anschließend wären jeweils die jüngere österreichische Außen-, insbesondere Neutralitätspolitik, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik zur Diskussion zu stellen, um unmittelbar an aktuelle Entwicklungen anzuschließen. Hier Erfolg zu haben, verlangt, auf einer letzten, man könnte wohl auch sagen höchsten Ebene die Schulung eines eigenen politischen Urteilsvermögens. Internationale Politik ist Ergebnis jeweiliger Konstellationen vielfältiger nationaler Politiken bzw. Außenpolitiken, wobei es stets um die Einschätzung objektiver Möglichkeiten und Optionen sowie um die Feststellung subjektiver Absichten der beteiligten Staaten, insbesondere jener Staaten geht, die eine besondere Machtstellung aufweisen. Ein Urteil über internationale Sachverhalte und

völkerrechtliche Rechtslagen enthält immer auch ein politisches Kalkül. Neben dem „prekären“ Charakter des zeitgeschichtlichen Wissensbestandes und der steten Bewegung, Veränderung oder, wenn man so will, Entwicklung, in der nationale, vor allem aber internationale Politik befangen sind, liegt ein besonderes Moment der Erschwerung eines Urteils über Fragen der internationalen Politik, v.a. der Einschätzung subjektiver Absichten, sowie der Feststellung objektiver Machtlagen, insbesondere auch des eigenen Vermögens. Gerade hier hängt vieles vom eigenen Willen ab und wurzelt unser Wahrnehmungsvermögen allzu leicht in Dispositionen zu dem, was wir wollen, und gegen das, was wir nicht wollen. Politische Bildung heißt hier Abstand zu sich selbst, zu tradierten oder sich selbst angeeigneten Vorurteilen und Wahrnehmungsvoraussetzungen in Gestalt von Ideologien und Anthropologien sowie Soziallehren und Weltanschauungen gewinnen, heißt aber auch, sich ein begründetes Selbstbewußtsein, was die eigenen Positionen anlangt, zu verschaffen.

Im folgenden soll nun das bereits einmal erwähnte vierteilige Unterrichtsschema etwas näher umrissen werden:

- a) Die historisch-politischen und ideologischen Grundlagen nationaler und internationaler Politik.

Ein Verständnis für die historisch-politischen und ideologischen Grundlagen nationaler und internationaler Politik kann anhand einer Auseinandersetzung mit der Vorgeschichte der UNO und ihren gegenwärtigen Hauptaufgaben vermittelt werden. Am Beispiel der Anfänge der Errichtung der UNO während des Zweiten Weltkrieges, ebenso wie am Beispiel der Entstehung der UNO von einzelstaatlichen Kriegszielklärungen bis hin zum multilateralen Gründungsvertrag läßt sich einmal das grundsätzliche Streben der einzelnen Staaten nach einem hinlänglich abgesicherten, internationalen Ordnungsgefüge, d.h. nach Frieden, erörtern. Zum anderen läßt sich dabei der prekäre Charakter einer zwischenstaatlichen Friedensordnung darstellen, der nämlich daraus resultiert, daß sich Frieden nicht zeitlos festlegen läßt, sondern stets auch eine Funktion herrschender politischer und ideologischer Machtlagen ist (Pax Britannica; Pax Americana, Pax Sovietica, Pax Africana?).

- b) Die internationale Stellung Österreichs im geteilten Europa.
Was den zweiten Punkt anlangt, beschränkt sich der hier vorgeschlagene nächste Lehr- bzw. Lernschritt auf einige Grundsatzfragen der inter-

nationalen Stellung Österreichs im regional-europäischen Gefüge zwischenstaatlicher Beziehungen. Als besonders bedeutsame dynamische Komponente der Gestaltung der europäischen zwischenstaatlichen Beziehungen kommt hier die Sowjetunion mit dem ihr eigenen globalen und regionalen Ordnungsanspruch in Betracht. Eine Auseinandersetzung mit der sowjetischen Doktrin friedlicher Koexistenz und dem europäischen Entspannungsverlauf (KSZE und die Folgen) ist hier am Platz.

Gerade angesichts der regionalen und weltweiten Bedeutung der sowjetischen nationalen und internationalen Politik müssen der Ausschnittscharakter der hier aufgegriffenen Thematik betont und Geduld für die Gewinnung eines Problemverständnisses gefordert werden, das sich in einer der Bedeutung der Umstände entsprechenden Tiefe erst nach längerer eigener kritischer Anschauung einstellen wird. Hier kann nur ein erster Zugang zu weiterer eigenständiger Lernarbeit ebenso wie nur eine erste Berührung mit dem Ernst der außenpolitischen Lage Österreichs vermittelt werden. Ernst der außenpolitischen Lage soll hier nicht Bedrohung der staatlichen Existenz, sondern vielmehr nur heißen, daß es für die Behauptung von innenpolitischer Freiheit ebenso wie für die Behauptung eines gewissen außenpolitischen Handlungsspielraumes erster Anstrengungen auf dem Boden nationaler Politik sowie auf dem Boden der Außenpolitik bedarf. Hierfür ist erste Voraussetzung ein breit angelegtes Grundlagenverständnis der österreichischen Außenpolitik an der Basis. Schließlich mag es angezeigt sein, eine problemorientierte Darstellung der österreichischen Stellung im europäischen Bezugsrahmen dahingehend zu vertiefen, daß ein vergleichender Bezug zur politischen und völkerrechtlichen Lage der Bundesrepublik Deutschland und zur Deutschen Demokratischen Republik hergestellt wird. Wenn davon ausgegangen werden kann, daß die Wiedererrichtung Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg ein Element der Deutschlandpolitik der Alliierten war, so ist es angebracht, die Vervollständigung Österreichs nach dem Zweiten Weltkrieg und das Hervortreten einer österreichischen Staatsnation auch vor dem Hintergrund des Verhältnisses zu den beiden anderen deutschen Staaten sichtbar zu machen.

3. Zwei aktuelle Problembereiche

In einem dritten Abschnitt geht es hier um zwei konkrete Fragen der österreichischen Außenwirtschafts-

und Verteidigungspolitik im Kontext von „Entspannung“ in Europa.

Zwei Fragen der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik können als im europäischen Rahmen elementar angesehen werden: Es sind dies einmal die Frage der österreichischen Teilnahme am westeuropäischen wirtschaftlichen Integrationsprozeß und zum anderen die Frage der Rüstungsbeschränkung des Artikels 13 des Staatsvertrages. Was die erstere Frage anlangt, geht es um den traditionellen Absatzraum der exportorientierten österreichischen Wirtschaft. Die zweite Frage steht hier stellvertretend für die Frage nach dem Stellenwert der militärischen Landesverteidigung in der österreichischen Sicherheitsstrategie. Mit beiden Fragen wird auch von neuem die Frage nach Bedeutung und Zweck der österreichischen Neutralität als Komponente der europäischen Nachkriegsordnung gestellt werden müssen. Unter dem Titel der Entspannung als Potential der Normalisierung und Befriedung europäischer zwischenstaatlicher Beziehungen stellt sich hier die für alle Politik typische, ja klassische Frage nach Bewahrung und/oder Wandel überkommener Formen und Institutionen. Ist Neutralität nach Schweizer Muster, oder wie immer sie bisher verstanden wurde, auch in der Epoche der Entspannung noch zeitgemäß? Was ist unter Entspannung von einem österreichischen Standpunkt aus zu verstehen, wenn gleichzeitig die Rüstungsanstrengungen des sozialistischen Lagers und dessen Überlegenheit auf dem konventionellen Sektor die NATO-Staaten zu einer Realerhöhung ihrer Verteidigungsbudgets veranlassen? Im Wort Entspannung klingt ein durchaus unwägbares Schicksal Europas als Ganzes, tönt aber auch Hoffnung auf Normalisierung und Befriedung an. Hier kann nicht mehr versucht werden, als eine gewisse Sensibilisierung für ein Kodewort zu erwirken, das heute in aller Munde und auch zu einem Schlüsselwort österreichischer Außenpolitik geworden ist.

4. Abrüstung und Entwicklungspolitik

Schließlich sollte es in einem letzten und vielleicht bedeutsamsten Abschnitt um die Erschließung eines Verständnisses für die elementare Frage nach neuen Ordnungsmodellen internationaler Politik und alternativer Lebenshaltungen im nationalen Lebensbereich angesichts einer katastrophalen Verknappung an Mitteln zur Sicherung der Grundbedürfnisse des größeren Teils der Menschheit gehen. Es geht hierbei um „Entspannung“ in Europa in

einem ganz anderen Sinn des Wortes, nämlich darum, verstehen zu lernen, daß von einem globalen Gesichtspunkt aus gesehen die spezifisch europäische Problematik jedenfalls nicht mehr vorrangig ist, wenn dem sog. Nord-Süd-Konflikt der ihm gebührende Stellenwert eingeräumt wird. Gleichwohl liegt der Anordnung des Unterrichtsschemas die Anschauung zugrunde, daß die Thematik einer globalen Entwicklungsstrategie vom jeweils gegebenen soziopolitischen Kontext aus aufzurollen ist. Das heißt, daß hierzulande ein gründliches Vorverständnis europäischer zwischenstaatlicher Beziehungen, insbesondere des Ost-West-Gegensatzes, vorausgesetzt werden muß, nicht zuletzt weil es auch dabei um „Entwicklungsstrategien“ anhand unterschiedlicher Weltordnungsmuster geht und sich immer wieder die Frage nach der Relevanz des Ost-West-Gegensatzes im Nord-Süd-Konflikt stellt. Ein den beiden Problemlagen gemeinsames Strukturelement liegt unter anderem in dem Gegensatz zwischen dem von seiten der westeuropäischen Staaten immer wieder monierten Menschenrechtsschutz in der Gewährleistung individueller Freiheitsrechte einerseits und einem kollektivistischen Menschenrechtsverständnis der sozialistischen Staaten, bzw. einem Menschenrechtsverständnis der Gewährleistung vornehmlich sozialer Rechte, der Befriedigung sog. „basic needs“ und nationaler Selbstbestimmung der Staaten der sog. Dritten Welt andererseits. Mit dieser Abrundung des Bogens einer über mehr als drei Jahrzehnte sich erstreckenden zeitgeschichtlichen Betrachtung internationaler Politik soll schließlich auch ein Spannungsmoment erzeugt werden, durch das dem hier entworfenen Unterrichtsprogramm insgesamt ein Zusammenhalt gegeben und durch das den globalen Bezügen Österreichs internationaler Stellung ein annähernd gleich hohes Interesse wie den regional-europäischen entgegengebracht werden möge.

Die Erhaltung der 1955 von Österreich wiedergewonnenen vollen Eigenstaatlichkeit und Freiheit im Sinne einer pluralistischen Demokratie hängt nicht zuletzt oder gerade von einer Verfeinerung und Vertiefung politischer Bildung, ebenso aber auch von deren Erweiterung um ihre internationale Dimension ab.

Anläßlich der 25. Wiederkehr des Tages des Abzuges der letzten Besatzungstruppen und der Verabschiedung des Neutralitätsgesetzes lohnt es, sich auch darauf zu besinnen, daß politische Kultur einer entsprechenden politischen Bildung,

und zwar v. a. auch unter Berücksichtigung der internationalen Dimensionen des politischen Geschehens unserer Zeit, bedarf.

(Interessanten an einer ins nähere Detail gehenden Unter-richtsvorlage mit Quellenhinweisen mögen sich an das Institut für Völkerrecht und Internationale Beziehungen an der Universität Graz, A-8010 Graz, Hans-Sachs-Gasse 3/III wenden.)

EX LIBRIS

Peter Altenberg

Was sollte man – anlässlich der neuerlichen Lektüre einiger seiner kurzen „Erzählungen“ – über P.A. schon sagen? Wer ihn kennt, der weiß auch, daß seine Arbeiten schwer zu beschreiben sind, daß kein derartiger Versuch jenen Eindruck vermitteln kann, auf dem die Faszination seiner Texte beruht. Ja, es sind Impressionen, kurze Szenen, melancholisch und feuilletonistisch, Gedichte ohne Vers und Reim, Widerspiegelungen der „Belle Epoque“, die nun in einer sorgfältigen zweibändigen Ausgabe beim Hanser Verlag ediert wurden:

Peter Altenberg: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Hanser Verlag, München 1979.

Es ist eine Auswahl aus den Büchern Altenbergs, vom ersten – „Wie ich es sehe“ –, das P.A. 1896 schlagartig berühmt machte, bis zum „Nachlaß“ von 1925. Die genauen Beobachtungen, prägnant formuliert und zwischen den Zeilen zu lesen, machen das österreichische Zeitalter vor dem Kriege lebendig, lassen auch das Szenarium der Kaffeehäuser, Altenbergs festes Domizil, vor uns erstehen. Denn Richard Engländer – so Altenbergs bürgerlicher Name –, geboren 1859, begann zwar Jus und Medizin zu studieren, blieb dabei aber ebenso erfolglos wie in einer Buchhändlerlehre; nachdem 1882 ein Arzt auch noch eine „Überempfindlichkeit des Nervensystems“ und „Berufsunfähigkeit“ diagnostiziert hatte, beschloß P.A., auf einen bürgerlichen Beruf zu verzichten und von der Rente seines Vaters zu leben. Bewußt entgegen der herrschenden Mode gekleidet – wie sein großes Vorbild Baudelaire –, spielte sich von da an sein eigentliches Leben im Kaffeehaus ab. „Das runde Marmortische ersetzt das Schreibpult, die in- und ausländischen Zeitungen dienen als Bibliothek, der Blick führt durch die Glasscheibe an der verschwimmenden Spiegelschrift ‚Café‘ vorbei hinaus auf die Straße, aber auch in den Raum selbst. Beobachtungsobjekte waren Zahlkellner, schöne Damen, Kinder, Dirnen, Vorstadtmädchen, Portiers und Droschkenkutscher. Als Hauptquartier wählte sich Altenberg mit seinen Freunden das Café Central, im Sommer verbrachte er den Tag gern im Straßencafé am Graben.“ Dies berichtet Hans Dieter Schäfer im Nachwort zu einer kurzen Sammlung:

Peter Altenberg: Sonnenuntergang im Prater, Reclam Verlag, Stuttgart 1976.

Zu seinen Freunden zählten manche hochberühmten Männer: der Architekt Adolf Loos, der Musikerneuerer Alban Berg, der Kulturphilosoph Egon Friedell. Arthur Schnitzler war an P.A.'s „Entdeckung“ beteiligt; begeistert waren von seinen Arbeiten auch Hugo von Hofmannsthal, Hermann Bahr, Gerhard Hauptmann, Karl Kraus. In einer Nachbemerkung der beiden Hanser-Bände weist Dietrich Simon auf die positive Aufnahme durch Thomas Mann, Georg Kaiser, Kurt Tucholsky, Alfred Polgar hin. Im späteren Verlaufe seines Lebens geriet Altenbergs „Weigerung, am normalen Leben seiner Zeit teilzunehmen“, oft eher zu einer naturbetonten Gesundheitslehre. Mit dem Zerbröckeln der spezifischen „Fin de Siecle“-Atmosphäre zerfiel auch Altenbergs Stil. Alkoholismus, Einweisungen in Nervenheilanstalten, Schlafmittelmisbrauch begleiteten Krieg, Alter und Einsamkeit; am 8. Jänner 1919 erlag er einer Lungenentzündung.

Karl Kraus schrieb in der „Fackel“, man sehe es der Stadt Wien nicht an, daß sie den freiesten Geist der Epoche hervorgebracht habe: Peter Altenberg. Gisela von Wysocki spricht im gleichen Sinne von einem „befreiten Leben“:

Gisela von Wysocki: Peter Altenberg. Bilder und Geschichten des befreiten Lebens, Hanser Verlag, München und Wien 1979.

Ihr Buch ist keine Literaturgeschichte, keine Analyse; eher ein großer Essay, „der Altenbergs poetische Fragmente des Lebens als offenes, bewegliches Geflecht der Phantasien und ‚Eindrücke‘ präsentiert“, der sich selbst als „poetisches Konstrukt“ versteht. Impressionen und Erfahrungen über Impressionen und Erfahrungen.

M.P.

Über die steirische Provinz

Hans Trummer: Versuch, sich am Eis zu wärmen. Roman. 292 S. Hoffmann-und Campe-Verlag, S 215.60

Das Leben Karl Sonnleitners, das Hans Trummer beschreibt, könnte in eine Reihe mit den zahlreichen Biographien der letzten Jahre – wie etwa Thomas Bernhards oder Franz Innerhofers Berichten – gestellt werden; er stellt allerdings einerseits ein spezifisch kleinbürgerliches Milieu, andererseits die obersteirische Kleinstadt Bruck an der Mur dar. So erwecken seine Erinnerungen aus dem „Ort, in dem die Zukunft verbaut ist“, in dem man sich immer nur die Frage stellen kann, wo und wann das „eigentliche“ Leben – jenseits der stumpfen Ereignislosigkeit, der Gefühlskälte, der engen

Horizonte – beginnen würde, natürlich das besondere Interesse der Betroffenen. Ein cholerischer Lehrer als Vater, eine langweilige Schulzeit, der Beginn eines Studiums, ein Aufenthalt in einer psychiatrischen Klinik, Selbstmord: Karl Sonnleitner geht an seinen Lehrjahren in der Kleinstadt zugrunde. „Es ist eine besondere Spezialität der Kleinstadt“, so sagt Trummer einmal, „der Jugend den Elan einfach abzuwürgen.“ Dies trifft auch auf Sonnleitners Schulkameraden und Spiegelfährten zu. Der Roman ist – natürlich – zum guten Teil autobiographisch, erkennt doch jeder, der Bruck kennt, die nur andeutungsweise „verhüllten“ Personen und Institutionen, die Cafés und die Lehrer, die Stätten des Tratsches und die Milieus des ausgelebten provinziellen Statusdenkens. Es handelt sich – natürlich – auch „um ein Stück Selbsttherapie“, wie ein Kritiker vermerkt, „um den Akt einer Befreiung von übermächtigen Zwängen und einer im Sumpf der Ereignislosigkeit erstickenden Kleinstadt“. Trotz der gewollt einseitigen Perspektive, trotz der therapeutischen Intention aber ergibt sich ein Mosaik treffender Szenen und Dialoge, auch eingefangen in den sprachlichen Wendungen, in denen die ganze Überheblichkeit bornierter Dummheit und kleinbürgerlicher Ignoranz zum Vorschein kommt.

„bildet das revolutionäre Sturmjahr einen epochalen Einschnitt in die deutsche Geschichte. Die bürgerlich-demokratische Revolution leitete einen nicht mehr rückgängig zu machenden Prozeß der Erneuerung in allen Lebensbereichen ein. Erstmals eröffnete sich der Ausblick auf eine von politischer Freiheit und sozialer Gleichheit bestimmte Gesellschaftsordnung, in der der einzelne nicht mehr Objekt fremder Befehlsgewalt, sondern Subjekt eigener Entscheidungen ist. Erstmals betrat die Arbeiterbewegung, die im Kampf ihre Organisationen zu schaffen begann, die politische Arena. Erstmals wurden 1848 laut und allen vernehmbar die Ideen des sozialen Wohlfahrtsstaats, der freiheitsparlamentarischen Demokratie, der Föderativrepublik, der Abschaffung aller sozialen Privilegien der Geburt und des Besitzes verkündet.“

M.P.

Philosophische Hintertreppe

„Auch den Philosophen kann man sich feierlich nähern: über gepflegte Läufer und an blankgeputztem Geländer entlang. Aber es gibt auch eine philosophische Hintertreppe“, bei deren Beschreiten man die Denker oftmals als die Menschen antrifft, die sie sind: „Mit ihren Menschlichkeiten und zugleich mit ihren großartigen und ein wenig rührenden Versuchen, über das bloß Menschliche hinauszugelangen.“ Vierunddreißigmal wird diese Hintertreppe begangen in dem Buch:

Wilhelm Weischedel: 34 große Philosophen in Alltag und Denken, Nymphenburger Verlagshandlung, 3. Auflage, München 1980, DM 14,80,

und 34 bekannte Persönlichkeiten der Geistesgeschichte – von Thales, Sokrates, Platon und Aristoteles über Augustinus, Descartes, Rousseau, Hume, Kant, Hegel bis zu Heidegger, Russel, Wittgenstein und viele andere – werden als „Privatleute“ und „Denker“ präsentiert; als Gegenstand von Anekdoten und Schöpfer bleibender Ideen. In souveräner Leichtigkeit werden hier Gedankensysteme zusammengefaßt, die zum Nachdenken anregen sollen: um die „Einsichten, die auf der Etage der Philosophen gewonnen werden, auch für das Erdgeschoß des alltäglichen Lebens, ja vielleicht sogar für den Keller der Wirklichkeit fruchtbar“ werden zu lassen.

M.P.

Kapitalismus

Die (weit verstandene) „Ordnungspolitik“, also die Untersuchung der gesetzlichen und sozialen Rahmenbedingungen des Wirtschaftsprozesses, erlebt in den letzten Jahren, so scheint es, eine Renaissance. Dies hat sicher auch mit der Erschütterung des (nahezu) krisenfreien Wachstums der letzten zwanzig Jahre zu tun – neuerlich werden Fragen nach den Eigenschaften dieses Wirtschaftssystems, in dem wir leben, aufgeworfen, nach den Eingriffsmöglichkeiten und -grenzen des Staates. Nicht nur mit gesellschaftstheoretischen, sondern auch mit wirtschaftstheoretischen Konzeptionen muß eine solche Untersuchung zu tun haben. Und genau diese Verbindung zu nationalökonomischen Entwürfen stellt das Buch:

Jürgen Kromphardt: Konzeptionen und Analysen des Kapitalismus, UTB 1017, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1980, DM 20,80,

her; es befaßt sich nur mit den „wichtigsten Konzeptionen der Ordnung und Steuerung kapitalistischer Wirtschaftssysteme“, nicht aber mit planwirtschaftlichen Mechanismen, verbindet aber in erhellender Weise wirtschaftsgeschichtliche Skizzen mit den entsprechenden analytischen Versuchen. Für den Frühkapitalismus am Ende des 18. Jh. wird Adam Smiths Beitrag vorgestellt; für den Hochkapitalismus am Ende des 19. Jh. der Manchester-Liberalismus, die klassische Konzeption eines J. St. Mill und die kritische Analyse von Karl Marx; für die Gegenwart die auf staatliche bzw. selbstregulierende Stabilisierung abzielenden Vorschläge von J. M. Keynes und der Monetaristen, die radikale Perspektive der Stamokap-Theoretiker und der „dritte Weg“ einer integrierten Global- und Struktursteuerung. Als ordnungspolitisches Lehrbuch hebt sich die Arbeit wohlthuend von den üblichen faden Erörterungen ab; von einer Theoriegeschichte durch den wirtschaftsgeschichtlichen Ansatz; von zahlreichen Kapitalismusanalysen durch die fundierte Verbindung mit nationalökonomischen Theorien verschiedener Herkunft. Kromphardt, Professor für Volkswirtschaftslehre in Gießen, besitzt – angesichts der gegenwärtigen Situation der Ökonomie – einen erfreulich weiten Blick.

M.P.

Eine gescheiterte, aber nicht vergebliche Revolution

So nennt Walter Grab die Erhebung des Jahres 1848, in der das Bürgertum die überkommenen feudalen Restriktionen abzuschütteln, aber eine Garantie seines Besitzes zu wahren versuchte, und von der sich die Arbeiterschaft, die auf den Barrikaden Wiens und Berlins, Frankfurts und Dresdens ihr Leben in die Schanze schlug, eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage erhoffte. Der von ihm herausgegebene Band,

Walter Grab (Hrsg.): Die Revolution von 1848/49. Eine Dokumentation, Nymphenburger Verlagshandlung, München 1980,

vereint – neben einer kurzen Einleitung – 131 Dokumente, die über alle wichtigen Aspekte der Erhebung Auskunft geben sollen, eine Zeittafel und eine umfangreiche Bibliographie. Die Dokumentation informiert über die Einstellung der verschiedenen Klassen, Gruppen und bedeutenden Persönlichkeiten zu sozialen, konstitutionellen und nationalen Fragen; bei der Quellenauswahl wurde auf die Ausgewogenheit der politischen Positionen geachtet. Trotz ihres Scheiterns, so Grab,